



Konrad
Adenauer
Stiftung

WIRTSCHAFTSORDNUNG UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Globale Perspektiven

Economic System and Social Justice
Global Perspectives

Karlies Abmeier | Josef Thesing (Hrsg./Ed.)



WIRTSCHAFTSORDNUNG UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

GLOBALE PERSPEKTIVEN

ECONOMIC SYSTEM AND SOCIAL JUSTICE

GLOBAL PERSPECTIVES

WIRTSCHAFTSORDNUNG UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

GLOBALE PERSPEKTIVEN

ECONOMIC SYSTEM AND SOCIAL JUSTICE

GLOBAL PERSPECTIVES

KARLIES ABMEIER, JOSEF THESING (HRSG./ED.)



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

ClimatePartner[®]
klimateutral

Druck | ID: 53323-1310-1021



© 2013, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

www.kas.de

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln

Satz: workstation, Niederkassel

Umschlagfoto/Bildcollage unter Verwendung von:

© SSilver@fotolia.com

© adisa@fotolia.com

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

*Die Publikation wurde gedruckt mit finanzieller Unterstützung
der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-944015-90-3

INHALT

- 7** | VORWORT
- 13** | ETHISCHE MAXIMEN IN DER WIRTSCHAFT –
GLOBAL AKZEPTIERT?
Markus Vogt
- 29** | RESEARCH, TEACHING AND PRACTICE OF CATHOLIC
SOCIAL TEACHING ON THE AFRICAN CONTINENT
THROUGH COMMUNICATING FAITH IN THE DIVERSITY
OF CULTURES
Obiora Ike
- 47** | NORMATIVE VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE
ORDNUNGSPOLITIK
Christian Müller
- 73** | DER KOREANISCHE BLICK AUF DIE CHRISTLICHEN
GRUNDLAGEN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT
Hwang Jun-Seong
- 83** | LATIN AMERICAN ECONOMIC CONCEPTS AND CHRISTIAN
SOCIAL PHILOSOPHY
María Luisa Aspe Armella
- 99** | ETHISCHE GRUNDLAGEN EINER POLITIK NACHHALTIGEN
WACHSTUMS: STRUKTURKRISE ODER KRISE DES
MENSCHEN?
Raymond Bernard Goudjo
- 113** | CATHOLIC POLITICAL INVOLVEMENT IN THE PHILIPPINES
Dennis T. Gonzalez
- 121** | RESPONSIBILITY OF DEMOCRATICALLY-BASED EMERGING
COUNTRIES FOR SUSTAINABLE ECONOMIC ACTIVITIES?
Camillus D. N. Kassala
- 135** | RESPONSIBILITY FOR SUSTAINABLE ECONOMIC
ACTIVITIES: THE SITUATION IN CHILE
Claudio A. Agostini
- 145** | STRUCTURAL TRANSFORMATION: CAUSES, IMPLICATIONS
AND ETHICS
Joseph P. Kaboski
- 159** | TRANSFORMATION PROCESSES WITHOUT ETHICAL
COMPONENTS?
Pierre Lecocq

165 | WACHSTUMSDYNAMIKEN WERTORIENTIERT LEITEN AUS
LATEINAMERIKANISCHER SICHT

Guillermo León Escobar Herrán

181 | RE-INTERPRETATING THE "CHINESE MIRACLE":
A MULTI-DIMENSIONAL FRAMEWORK

Xingyuan Feng, Christer Ljungwall, Sujian Guo

195 | WIRTSCHAFTSORDNUNG UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Peter Schallenberg

206 | AUTORENVERZEICHNIS

VORWORT

„Globalisierung ist ‚a priori‘ weder gut noch schlecht. Sie wird das sein, was die Menschen aus ihr machen.“ Dieser Satz Johannes Pauls II. motiviert darüber nachzudenken, wie die weltweite Vernetzung unter ethischen Gesichtspunkten gerecht gestaltet werden kann. In den vergangenen Jahrzehnten ist die Welt enger zusammengerückt. Die Probleme aller sind für alle schneller erkennbar und berühren sie auch unmittelbarer. Wirtschaftliche Turbulenzen in anderen Ländern können Rückwirkungen auf heimische Märkte haben, wie die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 und ihre Folgen schmerzhaft gezeigt haben.

Dies wirft die Frage auf, ob es auch einen Austausch über Lösungsmöglichkeiten für die neuen Herausforderungen gibt, ob Ansätze existieren, wie Krisen sozial gerecht überwunden werden können, welche Rolle Wirtschaftsordnungen dabei spielen und welche normativen Vorstellungen ihnen zugrunde liegen.

Von wirtschaftsorientierter Seite wird nicht selten behauptet, Ethik und Moral seien überall dort hinderlich, wo Leistung und Erfolg gefragt sind. Gegen eine solche Globalisierung eines rücksichtslosen Gewinnstrebens und einer „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ steht eine Politik, die den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt des Wirtschaftsgeschehens rückt. Diesen Anspruch erfüllt das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft.

Ihre Ursprünge gehen auf die Zwischenkriegszeit zurück. Als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise und die totalitär geführten Planwirtschaften entwickelte Alfred Delp in seinem Werk „Die dritte Idee“ einen „dritten Weg“ zwischen Laissez-faire-Liberalismus und dirigistischem Kommunismus zur Neuordnung im Nachkriegsdeutschland. Dabei handelt es sich nicht um einen Kapitalismus mit sozialem Anstrich, sondern entscheidend sind die Regeln zugunsten einer dem Menschen gemäßen Wirtschaftsordnung. Nach Walter Eucken, einem der Begründer des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, geht es darum, einen Ordnungsrahmen zu setzen, der den Menschen „das Leben nach ethischen Prinzipien“ und einen gerechten Ausgleich zwischen Freiheit und Solidarität ermöglicht. Damit ist die Soziale Marktwirtschaft mehr als bloße Wirtschaftstheorie. Sie ist vielmehr eine Geisteshaltung und umfasst auch ethische Aspekte. Sie orientiert sich am christlichen Menschenbild und an den Prinzipien der Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Nachhaltigkeit. Die Grund-

werte Freiheit und Verantwortung sind unerlässliche Voraussetzungen. Zwei Grundgedanken sind entscheidend: Es bedarf klarer wirtschaftlicher Rahmenregelungen, die keine Fehlanreize setzen, und ein dem Gemeinwohl verpflichtetes Handeln des Einzelnen. Zusammenfassen lässt sie sich in dem klassischen Zitat von Alfred Müller-Armarck: „Sinn der sozialen Marktwirtschaft ... [ist], das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.“

Dieses Modell der Sozialen Marktwirtschaft wurde in Deutschland unter Ludwig Erhard verwirklicht und ist seither in den Grundzügen – den jeweiligen Erfordernisse angepasst – Leitbild der Politik. Die Attraktivität dieser Gedanken beweist auch die Tatsache, dass die Europäische Union sie im Vertrag von Lissabon aufgegriffen hat und zu ihren Zielen zählt.

Mit der Frage, ob und unter welchen Modifikationen diese Gedanken sich auch außerhalb Europas verwirklichen lassen, beschäftigte sich die Tagung „Wirtschaftsordnung und soziale Gerechtigkeit in Zeiten der Globalisierung“, zu der im November 2012 die Konrad-Adenauer-Stiftung, Ordo Socialis und die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle Theologen und Wirtschaftswissenschaftlicher nach Brüssel eingeladen hatte.

Die Konferenz untersuchte, wie ethische Impulse und wirtschaftliche Erfordernisse zusammen gedacht werden können, welche Beziehungen zwischen beiden bestehen, wie ethische Ansprüche unter modernen Bedingungen in verschiedenen Ländern und anderen kulturellen Kontexten formuliert werden können und sich auf das Wirtschaftsleben anwenden lassen. Es ging darum zu erkennen, was eine Wirtschaftsordnung dazu beitragen kann, dass Menschen besser und sozial gerechter leben können, und welche ethischen Gesichtspunkte dafür inspirierend sein können.

Den Auftakt bildeten zwei ethische Impulse, die das Spektrum der theologischen Perspektive erläuterten. Der Münchener Sozialethiker und Sprecher des wissenschaftlichen Beirates von Ordo Socialis Professor Markus Vogt erklärte, dass angesichts der globalen Verflechtung der Wirtschaft das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft mit den Impulsen aus der Zivilökonomie und der Ökologischen Ökonomie verknüpft und durch sie erweitert werden müsste. Der Nigerianer Professor Obiora Ike entfaltete die Chancen der Katholischen Soziallehre in einem afrikanischen Kontext. Vor dem Hintergrund der afrikanischen Mentalität war es ihm wichtig zu zeigen, dass Theorie und Praxis, Reden und Handeln nicht

auseinanderklaffen dürften; überzeugend sei vorbildliches Handeln. Es gelte eine Beziehung zwischen afrikanischer Weisheit und Katholischer Soziallehre herzustellen, damit die christliche Botschaft im interkulturellen Gespräch mit traditionellen afrikanischen Werten kompatibel werde.

Das schon von Professor Vogt zitierte Modell der Zivilökonomie (Civil Economy) und ihre Bedeutung in globalisierten Wirtschaftsstrukturen entfaltete Professor Stefano Zamagni aus Bologna, dessen Vortrag leider nicht in diesem Band aufgenommen werden konnte. Sein Konzept setzt jenseits von Tauschgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit auf die Reziprozität im Sinn des Begriffs der Brüderlichkeit. Es gehe über formale Gerechtigkeit hinaus und erweitere sie um die freiwillige unentgeltliche Gabe, das Geschenk – Vorstellungen, die in die Enzyklika Caritas in veritate Eingang gefunden haben und seither diskutiert werden.

Den Gerechtigkeitsaspekt, wenn auch von einer anderen Ausgangsposition, betonte der Wirtschaftswissenschaftler Professor Christian Müller. Er wies durch die Analyse der Schriften der Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft nach, dass nicht die Freiheit der wichtigste Wert gewesen sei, sondern ein ethisches Gerechtigkeitsprinzip ihrem Denken normativ zugrunde liege. Auf diese Weise ließen sich große Ähnlichkeiten und teilweise Übereinstimmungen zwischen dem Konzept des „Neoliberalismus“ und der Katholischen Soziallehre feststellen.

Einen Überblick über die Situation in Lateinamerika lieferte die Darstellung der mexikanischen Professorin María Luisa Aspe Armella. Sie sah die Zukunft Lateinamerikas einerseits voller Chancen, andererseits aber auch voller Bedrohungen. Trotz einer langen Tradition christlichen Denkens und christlicher Prägung tue sich die katholische Sozialethik schwer, auf gegenwärtige Entwicklungen und Herausforderungen zu reagieren. Diese Stagnation gefährde eine nachhaltige Zukunft der Menschen, die auf Impulse und Perspektiven für eine gerechte Gesellschaft hofften.

Für den asiatischen Bereich stellte Professor Hwang Jun-Seong den koreanischen Blick auf die christlichen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft vor. Bei den Veränderungsprozessen von einem staatlich gelenkten System zur Marktwirtschaft sei der soziale Aspekt weitgehend auf der Strecke geblieben. Ausgehend von christlichen Grundlagen nannte er als Ziel einen „humanistischen Kapitalismus“, der auf sozialen Ausgleich gerichtet sei und so eine Chance habe, die Mittelschicht wiederherzustellen.

Einen ethisch stärker auf das Individuum ausgerichteten geprägten Akzent setzte Pater Dr. Raymond B. Goudjo aus Benin. Zur Beurteilung nachhaltiger Wachstumskonzepte griff er auf Gedanken des Jesuiten Teilhard de Chardin zurück, der in seiner Anthropologie den Menschen in seiner Vielschichtigkeit erfasst. In der Fähigkeit des Menschen über sich selbst hinauszuwachsen kann er in seinem Streben nach einem höheren Ziel sich selbst zum Geschenk für andere machen. Damit kommt Goudjo von einem anderen Ausgangspunkt zu ähnlichen Anforderungen an Unentgeltlichkeit und Notwendigkeit von freiwilligen Leistungen zur Lösung gerechter nachhaltiger Verhältnisse wie der italienische Wirtschaftswissenschaftler Zamagni.

Die Ausstrahlung der Katholischen Soziallehre auf die Politik auf den Philippinen beschrieb Professor Dennis Gonzales aus Manila. Zwar könnten aus der Bibel keine politischen Programme abgeleitet werden, aber wegen der Übereinstimmung in den Zielen seien ein Dialog und eine Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat erstrebenswert. Um die Glaubwürdigkeit der Lehre zu unterstreichen, sei entscheidend, sich den Armen zuzuwenden und Gerechtigkeit zu fördern. Dafür sollten sich insbesondere Laien und nicht nur Geistliche engagieren.

Den konkreten Herausforderungen in den Schwellenländern wandten sich die Länderberichte zu. Es ging darum, wie diese Staaten die Übergänge (besser) steuern können, wie Fehler vermieden werden und welche Verantwortung sie in ihrer jeweiligen Tradition und Kultur für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sehen und was ihnen unter den jeweiligen Umständen praktikabel erscheint.

Kritisch setzte sich der Vorsitzende der „Christian Professionals of Tanzania“ Dr. Camillus Kassala mit den Kriterien für eine Entwicklung zwischen Gewinnmaximierung und ethischen Normen auseinander. Vor dem Hintergrund des nationalen Selbstbewusstseins unterstrich er das Streben nach eigenen, auf das jeweilige Land zugeschnittenen Lösungsansätzen und warb für eine afrikanische Perspektive.

Aus chilenischer Sicht erklärte Dr. Claudio Agostini, dass dort Nachhaltigkeit unter den Gesichtspunkten der sozialen Ungleichheit und der Demokratie diskutiert werde. Es bedürfe starker Institutionen, die mehr Chancengerechtigkeit durch Zugang zu Bildung, Gesundheit, Justiz und öffentlichem Verkehr ermöglichen und fördern würden.

Stärker auf die ethischen Komponenten bei Transformationsprozessen ausgerichtet waren die folgenden Beiträge: Der Wirtschaftswissenschaftler Professor Joseph Kaboski aus den USA beobachtete langfristige Zyklen wirtschaftlicher Umbruchphasen, die sich in der Neuzeit erheblich beschleunigt hätten. Dabei habe sich erwiesen, dass Schutzmechanismen die Entwicklungen nicht aufhalten könnten. Eine Antwort für die aktuellen Herausforderungen könne nicht allein in erhöhten Bildungsmaßnahmen liegen. Der Präsident der Union Internationale des Associations Patronales Catholiques (UNIAPAC), der Franzose Pierre Lecocq, legte den Schwerpunkt auf die Verantwortung des Unternehmers. Er zitierte das Dokument „Zum Unternehmer berufen!“ des Päpstlichen Rats für Gerechtigkeit und Frieden und betonte das Prinzip der Subsidiarität. Durch eine Übertragung von Aufgaben im Vertrauen auf die Kompetenzen der Mitarbeiter könne man deren Motivation erhöhen und wirtschaftliche Veränderungen gemeinsam bewältigen.

Um Wachstumsdynamiken wertorientiert zu leiten, stellte Professor Guillermo León Escobar Herrán die Würde des Menschen in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Aus dieser Perspektive stehe Lateinamerika vor großen Herausforderungen. Es bedürfe einer besseren Integration der Staaten. Drogen, Waffenhandel und Korruption müssten bewältigt werden und der ethische Anspruch richte sich auf eine „Ökologie des Menschen“, um Werte im Zusammenleben durchsetzen zu können. Im Rückgriff auf die Theorien westlicher Wirtschaftswissenschaftler erläuterte Professor Feng die wirtschaftliche Entwicklung in China. Der Wandel sei von geplanten, spontanen und unvollständigen Elementen geprägt gewesen. Gerade die weichen Faktoren wie Tradition, Fleiß und Disziplin hätten sich als hilfreich gezeigt. Gleichwohl gebe es beunruhigende Tendenzen, vor allem das schwindende Bewusstsein für Ordnungspolitik.

Eine abschließende Zusammenschau aus ethischer Sicht boten die Betrachtungen von Professor Peter Schallenberg. Ausgehend vom zentralen Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ setzte er auf die unveräußerliche Menschenwürde als gemeinsame Grundlage in pluralistischen Gesellschaften. Auf eine politische Ebene übertragen könne der zentrale Wert der Personalität am besten in einer Demokratie und einer entsprechenden Wirtschaftsordnung gewährleistet werden.

Die Diskussionen zeigten, dass für die Umsetzung ethischer Maxime persönliche Tugenden und eine klare Regeln setzende Ordnung ausschlaggebend sind. Um eine globale Ordnungspolitik einzufordern, die

Freiheit und Gerechtigkeit verbindet, wird es immer wieder wichtig sein, auf die Orientierungen zurückzugreifen, die ethische Ansätze aus unterschiedlichen Quellen bieten.

Daher danken wir allen sehr herzlich, die zu den Diskussionen in Brüssel beigetragen haben, besonders aber den Referenten, die ihre Vorträge zum Druck zur Verfügung gestellt beziehungsweise neu verfasst haben. Wir hoffen, dass diese Publikation weitere Diskussionen anstoßen kann, wie die Qualität der Globalisierung im Sinn einer sozial gerechten, der Würde des Menschen entsprechenden Ordnung verbessert werden kann.

Berlin, Königswinter im August 2013

Karlies Abmeier

Josef Thesing

Ethische Maximen in der Wirtschaft – global akzeptiert?

Markus Vogt

The basis for the following reflection on business ethics is the conciliar document "Gaudium et Spes" that underlines man's dignity and a chance for the poor. The development of the economy in Germany is coined by the model of social market economy. The success of this model is based on an anthropological coherence as well as on a coherence of a theory of justice, taking into account basic principles of legal justice, of a justice in exchange and distribution. At the same time it gives room for motivating competition, cooperation and solidarity. In the light of the global intertwining of economies, the concept of social market economy needs to be advanced by linking it with the concept of "Civil Economy" and of ecological economics. In order to achieve this, a strong social state and the best possible education for all as well as promoting talents are necessary.

1. Gaudium et spes heute

Wir feiern im Herbst 2012 den 50. Jahrestag der Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils. Dieses war der „erste amtliche Selbstvollzug der Kirche als Weltkirche“ (Karl Rahner), das erste Mal ein wirklich globaler, mit aktiver Beteiligung von Vertretern aller Kontinente geführter Diskurs über den Ort der Kirche in der modernen Gesellschaft.

Eines der bis heute umstrittensten und bei weitem nicht vollständig rezipierten Dokumente ist *Gaudium et spes* (GS), die sozialetische Verfassungsgrundlage der Kirche in der modernen Welt. Kardinal Lehmann bezeichnete es bei einem Festvortrag zum Konzilsjubiläum an der Katholischen Akademie in Bayern am 16. November 2012 als dessen „vielleicht gelungenstes Dokument“ und als „hermeneutischen Schlüssel des Zweiten Vatikanischen Konzils“. Zugleich hat gerade dieser Text die heftigsten Kontroversen ausgelöst. Bis heute ringen wir um das rechte Verhältnis der Kirche zur Moderne und damit zugleich ganz wesentlich auch um ihr Verhältnis zur heutigen Wirtschaft mit ihrer enormen Chance und tiefen Gefährdungen für die Entwicklung der Menschheit.

Eine Leitthese meiner Einführung ist, dass *Gaudium et spes* die Sozialethik und damit auch eine christliche Wirtschaftsethik auf neue Grundlagen gestellt hat, was jedoch bisher nur unvollständig als konzeptionelle Basis des Faches erkannt und rezipiert wurde. Auch in der theoretischen Fundierung der Arbeit der *Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle* (KSZ) sowie der Vereinigung *Ordo Socialis* (OS) sehe ich hier Innovationsbedarf.

Gaudium et spes stellt den Begriff der Menschenwürde in den Mittelpunkt. „Wurzelgrund nämlich, Träger und Ziel aller Institutionen ist und muss auch sein die menschliche Person.“ (GS 25) Zwar kommt der Gedanke der Menschenwürde auch in den vorkonziliaren Texten der Sozialethik prominent vor, jedoch vollzieht *Gaudium et spes* eine bemerkenswerte Akzentverschiebung: Die Würde der Person wird nicht als ein substanz-ontologisch vorgegebener Ausgangspunkt verstanden, sondern als stets gefährdeter und durch Beziehungen konkreter Anerkennung immer neu zu realisierender Grundwert. Damit ist die Ethik und mit ihr die Kirche insgesamt auf einen Dialog mit der modernen Welt in der Form eines wechselseitigen Lernprozesses verwiesen.

Um die Würde der Menschen im vollen Sinne anzuerkennen, müssen sie als Subjekte ihrer eigenen Geschichte mit ihren je eigenen, kulturell unterschiedlichen Situationswahrnehmungen, Freuden, Hoffnungen, Sorgen und Ängsten (GS 1) ernst genommen werden. Es geht nicht um die Anwendung einer aus der Kenntnis des Wesens des Menschen abgeleiteten Sozialordnung, sondern um die Grammatik einer Anerkennung des Menschen als Subjekt. Von zentraler Bedeutung ist die Hermeneutik der Anerkennung des Anderen, damit auch der Anerkennung von Pluralität und Vielfalt. Sie ist die entscheidende Voraussetzung einer globalisierungsfähigen Ethik, die den Binnenraum der je eigenen Nation, Konfession, Religion überschreitet, ohne den eigenen Standpunkt zu verleugnen. Erstmals rückt damit der Wert der Freiheit systematisch in den Mittelpunkt. Peter Hünermann interpretiert den Ansatz von *Gaudium et spes* als einen Paradigmenwechsel der theologischen Begründung, Verortung und Konzeption der Sozialethik.¹

1 | Vgl. Peter Hünermann: *Die theologische Grundlegung der christlichen Sozialethik in Gaudium et spes*, in: Markus Vogt (Hg.): *Theologie der Sozialethik (Quaestiones disputatae 255)*, Freiburg 2013, 23-62.

Die Kantsche „Wende zum Subjekt“ (Wilhelm Korff) wird hier im Licht der biblischen Botschaft von der Ebenbildlichkeit des Menschen gedeutet. Alle gesellschaftlichen Strukturen sind wandelbar und auf die Chancen humaner Entfaltung hin zu optimieren. Entscheidend ist die konstitutive Wechselseitigkeit der Anerkennung im Werde- und Vollzugscharakter der Freiheit.

Diese neue Sicht des Sozialen, dass nach dem methodischen Dreischritt „Sehen – Urteilen – Handeln“ zunächst empirisch erforscht werden muss, gestattet einen tiefenscharfen Blick auf die unterschiedlichen Lebensräume der Menschen in Familie, Staat, Wirtschaft und Kultur. Die Würde des Menschen als sittliches Subjekt und Freiheitswesen ist der Ort der Transzendenz in der Gesellschaft und auch in der Wirtschaft. Sie zu schützen ist Mittelpunkt, Ziel und ethische Leitmaxime aller Bemühungen um eine christliche Wirtschaftsethik. Überall, wo die Würde des Menschen durch rassische, kulturelle oder soziale Marginalisierung verletzt wird, ist die Kirche um ihres Glaubens willen aufgerufen, für diese Menschen einzutreten. Der Einsatz für Gerechtigkeit wird zur Glaubenspraxis. Das gilt auch für den Kampf gegen „Strukturen der Sünde“, wie Johannes Paul II., der häufig *Gaudium et spes* zitiert hat, in der Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* (1987) hervorhebt.

Gaudium et spes formuliert erstmals die „Option für die Armen“ als Erkenntnisprinzip christlicher Sozialethik. Erst über den Umweg der Rezeption in Lateinamerika hat sich dies inzwischen auch in Europa und weltweit Geltung verschafft. Die ethische Leitperspektive christlicher Wirtschaftsethik in der globalen Welt ist von daher die Suche nach Strategien der Armutsüberwindung. Ein aktueller Schwerpunkt sollte dabei der Kampf gegen den Hunger sein: Es ist ein moralischer Skandal, dass trotz des Überschusses an Lebensmitteln in manchen Regionen derzeit weltweit eine Milliarde Menschen Hunger leidet. Das ist kein Schicksal, sondern Folge falscher Strukturen in Landwirtschaft und Agrarpolitik sowie zunehmend auch von Wassermangel, Klimawandel und einer Flächenkonkurrenz zwischen Nahrungsmittelanbau und Energiepflanzen. Nicht religiöse oder kulturelle Differenzen, sondern die Dominanz von Partikularinteressen und die Blindheit gegenüber Natur als Kollektivgut, sind das entscheidende Hindernis für die globale Akzeptanz ethischer Maxime der Wirtschaft.

Gerade die Hungerbekämpfung zeigt aber auch exemplarisch die methodischen Schwierigkeiten einer wirksamen Solidarität. Das Almosen-

modell genügt nicht mehr und ist teilweise sogar kontraproduktiv. Es kommt darauf an, die Eigenproduktion von Lebensmitteln in südlichen Ländern auch durch Kleinbauern zu fördern.

Amartya Sen hat im Ausgang von seinen empirischen Analysen zum Hunger in der Welt das Konzept der Befähigungsgerechtigkeit entwickelt. Dieses ist auch auf viele andere Bereiche anwendbar und kann als Leitmaxime für Strategien zu einer humanen Weltwirtschaft dienen. Sen nennt sein Konzept *Development as Freedom*: „Entwicklung als Freiheit“. Die Befähigung zu aktiver Mitwirkung wird zum Schlüssel der Armutüberwindung. Bildung sowie die Achtung kultureller Eigenständigkeit und politischer Mitwirkungsmöglichkeiten sind als Indikatoren von Armutüberwindung genauso wichtig wie die Güterversorgung.

Mit dem Konzept der Befähigungsgerechtigkeit ist eine Richtung gewiesen, um *Gaudium et spes* im Sinne der oben genannten Anerkennungs- und Subjektorientierung weiterzudenken und eine global akzeptanzfähige Wirtschaftsethik zu entwickeln.

2. Europäisierung der Sozialen Marktwirtschaft

Vor diesem Hintergrund muss auch das Modell der Sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden, um als ordnungspolitischer Rahmen für die Maximen einer humanen Weltwirtschaft zu dienen. In meinen Augen ist es eine der genialsten ordnungsethischen Erfindungen der Menschheit. Das Modell bedarf jedoch einer tiefgreifenden Transformation, um global anwendbar und akzeptanzfähig zu sein. Das kann nur in einem internationalen Diskurs gelingen.

Das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft ist die normative Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in den letzten 60 Jahren. In der päpstlichen Soziallehre wurde es 1991 in der *Enzyklika Centesimus annus* (Nr. 19, 42, 48) offiziell anerkannt. Der Vertrag von Lissabon (2007), der einen wichtigen Teil des Vertrags über die Europäische Union darstellt, hat es als Grundlage der europäischen Wirtschaftsordnung verankert.

Bisher fehlt jedoch eine hinreichende Konkretisierung, die dabei hilft, das Modell in den verschiedenen Kontexten der europäischen Länder zu implementieren und umzusetzen. Insbesondere für die Sozialpolitik fehlen in vielen Ländern die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen

für eine vergleichbare Absicherung von Solidarität. Für eine weltweite Akzeptanzfähigkeit gilt dies in verstärktem Maß.

Zu Recht haben im Mai 2011 bei einer Tagung von KSZ und Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE – Commissio Episcopatum Communitatis Europensis) in Mönchengladbach Vertreter verschiedener europäischer Länder auf dieses Problem hingewiesen. Das deutsche Modell sei zu etatistisch, zu sehr auf den Staat als Akteur konzentriert. Stefano Zamagni hat das Modell der „Zivilökonomie“ als Alternative zum Modell der Sozialen Marktwirtschaft dargestellt.

Ich halte diesen Ansatz von Stefano Zamagni für einen der wichtigsten gegenwärtigen Anregungen für die Erneuerung christlicher Wirtschaftsethik. Dennoch möchte ich in einem Punkt widersprechen, da ich die Zivilökonomie nicht für eine Alternative zur Sozialen Marktwirtschaft halte, sondern für einen Impuls zur notwendigen Weiterentwicklung. Ich bin davon überzeugt, dass nur die Verknüpfung beider Konzepte Zukunft hat. Nur so lassen sich systemisch neue Herausforderungen, wie etwa der demografische Wandel, die Umweltkrise, die Handlungsunfähigkeit und Verschuldung vieler Staaten adäquat beantworten. Das Konzept der Zivilökonomie, das insbesondere in Italien und Frankreich eine lange eigenständige Tradition hat, wäre für sich allein davon strukturell überfordert. Der Sozialen Marktwirtschaft gelingt es gegenwärtig für sich allein nicht hinreichend, Freiheit und Verantwortung zu koppeln. Für wirksame Antworten braucht es eine Kombination der Stärken beider Konzepte.

Das Erfolgsgeheimnis der Sozialen Marktwirtschaft beruht auf ihrer anthropologischen und gerechtigkeits-theoretischen Stimmigkeit:²

- Sie entspricht den Grunddimensionen des aristotelischen Konzeptes von Legal-, Tausch- und Verteilungsgerechtigkeit, indem sie auf einen starken Rechtsstaat, einen freien Markt und eine verlässliche soziale Grundsicherung setzt.

2| Vgl. Peter Schallenberg/Piotr Mazurkiewicz (Hg.): *Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union*, Paderborn 2012. In meinem Beitrag (S. 77-101) habe ich versucht, die Soziale Marktwirtschaft zunächst auf ihre gerechtigkeits-theoretischen Komponenten zurückzuführen und dann daraus Prioritäten für ihre Erneuerung zu formulieren. Dieser Ansatz ermöglicht es, die Maximen für eine humane und zukunftsfähige Wirtschaft systematisch zu ordnen.

- Zugleich gibt sie den basalen Handlungsantrieben des Menschen Entfaltungsraum, indem sie sowohl der Neigung zu Konkurrenz und Wettbewerb als auch der Neigung zu Kooperation als auch der durchaus anthropologisch angelegten Neigung zu sozialer Hilfe für die Schwachen Rechnung trägt.

Der Erfolg und damit auch die internationale Akzeptanz des Modells ist heute jedoch gefährdet, da die Integration der drei Grundelemente, auf die alles ankommt, unter den veränderten Bedingungen nicht mehr hinreichend gelingt. Daher muss es durch Zivilökonomie sowie Ökologische Ökonomie zu einer zivilgesellschaftlich verankerten Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft als globaler Ordnungsrahmen weiterentwickelt werden.

Wenn wir die Würde und Freiheit der Menschen in der globalen Wirtschaft sichern und zugleich Verantwortung und Initiative für Wohlstandsmehrung fördern wollen, dann sollten wir gemeinsam für ein solches, letztlich im christlichen Menschen- und Weltbild wurzelndes Modell kämpfen.

Meine These, dass das Erfolgsgeheimnis der Sozialen Marktwirtschaft ihre anthropologische und gerechtigkeitstheoretische Stimmigkeit ist, möchte ich kurz erläutern.

3. Die anthropologische Stimmigkeit der Sozialen Marktwirtschaft

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist durch die Elemente Konkurrenz, Kooperation und Solidarität geprägt: Wir konkurrieren im Markt, kooperieren in der Arbeitsteilung und garantieren Solidarität in den Systemen der sozialen Sicherung. Damit hat es die gleiche anthropologische Basis wie die Gerechtigkeitstheorie von Aristoteles.³ Mit

3) *Dabei ist freilich zu beachten, dass die Begriffe Konkurrenz, Kooperation und Solidarität bei Aristoteles nicht, zumindest nicht in dieser Gegenüberstellung vorkommen. Es handelt sich also nicht um eine Interpretation in historischer Absicht, sondern um eine Neukonzeption, die lediglich an einige systematische Überlegungen von Aristoteles anknüpft und diese mit anthropologischen und ordnungstheoretischen Zugängen verknüpft, um so das Erfolgsgeheimnis der Sozialen Marktwirtschaft besser zu verstehen und diese weiterzuentwickeln. Zu einer anthropologischen Interpretation der Aristotelischen Gerechtigkeitstheorie vgl. Markus Vogt: Soziale Interaktion und Gerechtigkeit, in: Wilhelm Korff (Hg.): Handbuch der Wirtschaftsethik, Gütersloh 1999, Bd. I, 284-309 (2. Aufl. 2009). Gerechtigkeitstheoretisch knüpfe ich an das fünfte Kapitel der Nikomachischen Ethik an: Aristoteles: Nikomachische Ethik, übers. und eingeführt von Olof Gigon, München 1991.*

Wilhelm Korffs Theorie der Sozialen Perichorese⁴ kann man statt von Konkurrenz, Kooperation und Solidarität auch von Selbstbehauptung, Sachhaft-Gebrauchen und Fürsorge sprechen. Alle menschlichen Beziehungen sind von diesem Dreiklang geprägt. Eine human angemessene Wirtschaft beruht wesentlich auf Integration dieser Kräfte.

Es würde zu weit führen, dies im einzelnen zu entfalten. Ich will mich auf wenige Aspekte beschränken:

1. Wir konkurrieren ständig mit anderen Menschen, sind aggressiv, wollen unsere Kräfte messen und uns im Wettkampf behaupten. Insbesondere in der agonalen, also auf Wettbewerb ausgerichteten Kultur Griechenlands, die die europäische Tradition wesentlich geprägt hat, hat dieses Element zu einer hohen Blüte von Sport, Kunst, Literatur und Politik geführt. Auch die moderne Demokratie ist eine Ordnung des Wettbewerbs, in diesem Fall um Wählerstimmen. Damit eine Konkurrenz produktiv werden kann, müssen Regeln eingehalten werden. Bezogen auf die staatliche und wirtschaftliche Ordnung kommt es auf entsprechende Gesetze und Rahmenordnungen an, die definiert und deren Anwendungen kontrolliert werden müssen. In der ethischen Systematik kann man zur Entfaltung dieser Idee des Rechts an den Aristotelischen Leitbegriff der *Legalgerechtigkeit* anknüpfen.

Der Rechtsstaat, der dafür sorgt, dass sich Aggression nicht gewaltsam und regellos entlädt, ist eine Voraussetzung für das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft. Die Bekämpfung von Korruption und das Engagement für einen funktionierenden Rechtsstaat sind notwendige Voraussetzungen für eine verantwortliche Wirtschaft. Das ist gegenwärtig besonders in Afrika – aber keineswegs nur dort – virulent.

2. Wir sind nicht nur aggressiv, sondern auch egoistisch. Wir sind Vorteilsmaximierer. Nach Aristoteles ist das Nutzenstreben im Tausch als eine Grundform von Kooperation eines der ursprünglichen Motive menschlicher Vergesellschaftung. Das Nutzenstreben der Individuen ist nach der ökonomischen Theorie von Adam Smith die Quelle des Wohlstands der Nationen, da es durch den Markt indirekt zum Nutzen aller integriert wird. Das Vorteilsstreben führt zu einer arbeitsteiligen Gesellschaft.

4| Wilhelm Korff: *Norm und Sittlichkeit. Untersuchungen zur Logik der normativen Vernunft*, Freiburg 1895, 78-101.

Damit die soziale Dynamik des Tausches zustande kommt, braucht es ein Medium. Das ist in der modernen Gesellschaft vor allem Geld. Soll der Handel den Ansprüchen der Gerechtigkeit genügen, müssen die getauschten Güter gleichwertig sein; es ist also auf die Ausgewogenheit von Geben und Nehmen zu achten. Man braucht eine möglichst stabile und transparente Tauschordnung durch die Symmetrie von Macht und Informationen sowie durch Geldwertstabilität und die Begrenzung von Monopolen.

Diesen dynamischen Zugang zu Gerechtigkeit als Ordnung der fairen Kooperation kann man unter dem Begriff *Tauschgerechtigkeit* zusammenfassen. Aktuelle Prioritäten in diesem Bereich sind: Zugang der Ärmsten zu Märkten (was nach Mohammed Yunos wichtiger ist als alle direkten Hilfen) sowie eine Überwindung der Finanz- und Schuldenkrise.

3. Wir sind nicht nur aggressiv und egoistisch, sondern auch fürsorglich veranlagt. Wir sollen nicht nur den Schwachen helfen, sondern wir wollen es auch. Menschen haben in der Regel trotz aller Konflikte um Selbstbehauptung und unterschiedlicher Interessen auch eine spontane Neigung zu solidarischem Verhalten. Das Prinzip der *Solidarität*, die man humanitär oder christlich begründen kann, findet sich – freilich mit unterschiedlichen Ausprägungen – in allen Gesellschaften.

Der Impuls zu sozialer Verantwortung braucht unter den Bedingungen moderner Gesellschaft sozialstaatliche Institutionen, um zur Entfaltung zu kommen. Eine Marktwirtschaft ohne soziale Komponente ist gegen die Natur des Menschen und verfehlt den Anspruch einer humanen Gesellschaftsordnung. Der Maßstab für die Zuteilung von Gemeinschaftsgütern ist nach Aristoteles die *Verteilungsgerechtigkeit*, die im Laufe der Geschichte jedoch sehr unterschiedlich interpretiert wurde und bis heute sehr unterschiedlich interpretiert wird.

Die Globalisierung der Märkte braucht notwendig die Flankierung durch eine Globalisierung der Solidarität, also verlässliche Strukturen der Armutsbekämpfung: Hilfe zur Anpassung an den Klimawandel und zur Entwicklungszusammenarbeit. Aus meiner Sicht ist Solidarität eine Überlebensbedingung für unsere Zivilisation. Sie wird jedoch nur in einer ausgewogenen Balance zwischen Institutionen der Hilfe, Institution des Wettbewerbs und Institutionen der Rechtsstaatlichkeit gelingen.

4. Die spannungsvolle Integration von Markt und Moral

Die Soziale Marktwirtschaft bringt die drei Elemente Konkurrenz, Kooperation und Solidarität durch eine rechtsstaatliche Rahmenordnung, Marktprozesse und einen Sozialstaat institutionell zum Ausdruck. Ihre Dynamik beruht darauf, dass die Elemente nicht nur unverbunden nebeneinander stehen, sondern sich wechselseitig durchdringen, begrenzen und stabilisieren. So wird beispielsweise die Aggression nicht nur durch staatliche Strafandrohungen in Schranken gehalten, sondern auch durch Interessenverflechtung in Marktprozessen begrenzt und durch Wettbewerbsprozesse konstruktiv umgelenkt. Kluge Egoisten halten ihre Aggression im Zaum und kooperieren.

Je besser die Ausgewogenheit und wechselseitige Durchdringung der anthropologischen Grundelemente gelingt, desto besser können die Menschen ihre Begabungen entfalten und ihre Konflikte bewältigen. Damit ist ein Maßstab gewonnen, wie eine gerechte und dem Menschen gemäße Wirtschaft zu gestalten ist. Heute müssen die drei Dimensionen jedoch angesichts des globalen Wandels und der weltweiten Finanzkrise neu ausbalanciert werden, um verantwortliches und effektives Wirtschaften zu ermöglichen.

Der freie Wettbewerb hat sich in den westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen als ein System etabliert, das entscheidend zum gesellschaftlichen Wohlstand beigetragen hat. Auch unter dezidiert sozialen Zielsetzungen darf dies nicht unterschätzt werden. Häufig können soziale Ziele – z.B. billige und gute Produkte für alle – effektiver durch offene Wettbewerbsprozesse und eine entsprechende Begrenzung von Monopolen erreicht werden als durch direkte Subventionen und direkte Hilfen.

Wo dies möglich ist, sollte der Staat also durch eine soziale und ökologische Rahmenordnung sowie durch die Sicherung von Vertragsfreiheit und Chancengleichheit einen Wettbewerb zugunsten gesellschaftlich gewollter Ziele initiieren und eine Externalisierung von Kosten verhindern. Für öffentliche und kollektive Güter gilt dies allerdings nur eingeschränkt.⁵ Diese wurden in den bisherigen Theorien Sozialer Marktwirtschaft nicht hinreichend beachtet.

5| *Silke Helfrich/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Bielefeld 2012.*

Insofern Sozialpolitik die Voraussetzungen für Leistung durch Risikoschutz, Bildungszugang und Beteiligung schafft, ist sie als integraler Bestandteil der Marktwirtschaft zu werten. Das Soziale ist unter diesem Blickwinkel eine Investition in die Entwicklung und Leistungsfähigkeit (künftiger) Marktteilnehmer. Der Sozialstaat ist eine Investition in das bessere Funktionieren von Markt und Wettbewerb, im Sinne von *Empowerment*, aktivierendem Sozialstaat und Hilfe zur Selbsthilfe. Er soll nicht die vom Strukturwandel Betroffenen entschädigen, sondern sie in die gesellschaftliche Interaktion reintegrieren. Dieser Integrationsanspruch muss heute angesichts des globalen Wettbewerbs sowie des demografischen Wandels neu gefunden und durchgesetzt werden.

5. „Zivilökonomie“ als Erweiterung der Sozialen Marktwirtschaft

Für eine faire und humane Wirtschaft sind rechtliche Regelungen notwendig, aber keineswegs hinreichend. Es bedarf ebenso einer freiwilligen moralischen Leistung der Individuen, indem sie die Rechtsordnung und die Gemeinwohlinteressen auch dort beachten, wo dies nicht durch äußere Kontrolle garantiert werden kann. Als einzelne wären diese jedoch zu schwach, um unter den Bedingungen fragmentierter Interessen den sozialen, ökologischen und kulturellen Zielen in der Wirtschaft Geltung zu verschaffen. Ohne zivilgesellschaftliche, am Gemeinwohl ausgerichtete Initiativen auch innerhalb der Wirtschaft kann eine humane Wirtschaft letztlich nicht funktionieren.

Hier bietet das Modell der Zivilökonomie, wie es Stefano Zamagni und Luigino Bruni vertreten⁶, eine bedeutsame Perspektivenerweiterung. Die fundamentale Bedeutung der Non-Profit-Unternehmen, die explizit soziale und gesellschaftliche Ziele verfolgen, sich jedoch gleichwohl unter Marktbedingungen behaupten müssen und dies sehr wohl und oft mit langfristigem Erfolg vermögen, wurde in den bisherigen Wirtschaftstheorien, zumindest im deutsch- und englischsprachigen Raum, weit unterschätzt. Gewinn ist ein Indikator für gute Unternehmensführung. Wenn er jedoch als alleinige Sinnstiftung des unternehmerischen Handelns dient, wird er zur Ideologie.

Der große Vorteil des Modells der Zivilökonomie ist seine Distanz gegenüber einer spezifischen Staatsfixierung in Konzepten, die vorwie-

6 | *Luigino Bruni/Stefano Zamagni: Civil Economy: Efficiency, Equity, Public Happiness (Frontiers of business ethics, Vol. 2), Oxford u. a. 2007.*

gend auf die (staatliche) Rahmenordnung als Mittel für die Integration von Markt und Moral setzen. Dies ermöglicht eine Anwendung auf Kontexte mit schwächerer Ausprägung von rechts- oder sozialstaatlichen Strukturen und ist damit Voraussetzung für die Europäisierung und Globalisierung der Sozialen Marktwirtschaft.

Hilfreich für eine solche Weiterentwicklung sind nicht zuletzt die sozialphilosophischen und theologischen Überlegungen der Enzyklika *Caritas in Veritate* (CiV): Das Prinzip der Unentgeltlichkeit und die Logik des Geschenkes müssen auch im normalen wirtschaftlichen Leben Platz finden.⁷ „Ohne solidarische und von gegenseitigem Vertrauen geprägte Handlungsweisen in seinem Inneren kann der Markt die ihm eigene wirtschaftliche Funktion nicht vollkommen erfüllen.“ (Nr. 35) Wirtschaft brauche die Logik des Marktes, der vertraglich geregelten Gütertausch ermöglicht, die Logik der Politik, die umfassende Rahmenbedingungen dafür schafft, und die Logik des Geschenkes ohne Gegenleistung, ohne die die Zusammenarbeit in einem Unternehmen nicht funktionieren könne (Nr. 30). In dieser Formulierung kann man die drei Dimensionen des aristotelisch-thomistischen Gerechtigkeitskonzeptes wieder erkennen.

Erstmals wird hier in einer Enzyklika eine Unternehmensethik entworfen, was bisher in der katholischen Soziallehre gefehlt hat. Diesbezüglich hat die katholische Wirtschaftsethik einen deutlichen Nachholbedarf. Die im September 2012 vom Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden veröffentlichte Schrift „Zum Unternehmer berufen! Eine Ermunterung für Führungskräfte in der Wirtschaft“ knüpft hieran an und bietet wichtige neue Horizonte.

Die Analysen zur Bedeutung des Prinzips der Unentgeltlichkeit für das Funktionieren der Wirtschaft tragen dazu bei, Markt und Wettbewerb auf der einen Seite sowie sozialen Ausgleich und gesellschaftliche Verantwortung auf der anderen Seite nicht vorschnell als Gegensätze zu sehen, sondern sie trotz aller Spannung zugleich als wechselseitig miteinander verschränkte Größen in den Blick zu nehmen. Genau dieser Integrationsgedanke ist die Substanz des Modells der Sozialen Marktwirtschaft. Das Konzept hat hier also eine kohärente Weiterentwicklung und neue Akzentsetzung erfahren, die seine anthropologisch und gerechtigkeits-theoretisch stimmige Ausformung unter heutigen Bedingungen substantiell verbessert.

7| *Benedikt XVI. (2009): Enzyklika Caritas in veritate, Nr. 34 und Nr. 36.*

6. Zur Relevanz des Faktors Religion für die Wirtschaft

Viele zweifeln prinzipiell, ob theologische Überlegungen überhaupt für die Wirtschaftsordnung relevant sein können. Darauf lässt sich jedoch auch von wissenschaftlicher Seite her offensiv antworten: Seit den 1980er Jahren haben sich auch die ökonomischen Wissenschaften kulturtheoretischen Fragen geöffnet. Man kann dies als „kulturalistische Wende“ (*cultural turn*) charakterisieren.⁸ Dabei werden kulturelle Voraussetzungen ökonomischen Handelns, also soziale Mentalitäten und Kommunikationsformen, religiöse Wertvorstellungen und Menschenbilder sowie gesellschaftliche Institutionen deutlicher in den Blick genommen. In Abgrenzung gegen die klassischen Theorien der rationalen Wahl (*rational choice*) werden die das Alltagsverhalten prägenden Einstellungen, Vorverständnisse und Erwartungshaltungen als relevante Faktoren der Entscheidungsfindung stärker beachtet (*behavioural economics, social choice*⁹).

„Das Verhalten (Interagieren) der Menschen als Personen folgt zwar stets und überall dem Modell des ‚rationalen Handelns‘, aber die Rationalität dieses Handelns folgt inhaltlich variablen Gewissheitsbeständen, tritt also nur in unterschiedlichen Rationalitätsmodellen auf. Für den Aufbau und Verfall solcher Rationalitätsmodelle spielen die Bewegungen im Bereich der religiös-weltanschaulichen Gewissheiten über die ursprüngliche Konstitution und Bestimmung des Daseins eine grundlegende Rolle. Denn diese Gewissheiten fungieren zielwahlorientierend: Sie legen fest, was Personen überhaupt als vorzugswürdig erkennen, also was sie jeweils materialiter wollen können.“¹⁰

So hat sich etwa die „Wende der Vernunft nach außen“ (Wilhelm Korff) erst in der christlich geprägten europäischen Neuzeit voll ausgeprägt, dann aber so vehement, dass sie zum Leitmerkmal der geschichtlichen Entwicklung wurde. Die besondere Rolle Deutschlands für die Entste-

8 | Vgl. Friedrich Wilhelm Graf: *Die Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur*, München 2004, 179. Vgl. auch ders.: *Interdependenzen von Religion und Wirtschaft*, in: *Handbuch der Wirtschaftsethik 2009*, Bd. 2-1, 567-780.

9 | *Zur Social-choice-Theorie vgl. Amartya Sen, Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, 2. Aufl. 2003, 297-334.

10 | Eilert Herms: *Die Bedeutung der Religion für die Fortentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft*, in: *Handbuch der Wirtschaftsethik 2009*, 669-683; hier: 671.

hung und Ausprägung des Sozialstaates liegt auch darin begründet, dass hier die christlichen Konfessionen von Katholizismus und Lutherum nicht nur nebeneinander existierten, sondern miteinander um Einfluss rangen und im Blick auf die Sozialpolitik in einer produktiven Konkurrenz voneinander gelernt und zu einer Synthese gefunden haben: Der Katholizismus hat universalistische und strukturelle Elemente integriert, die lutherische Tradition hat sich der Integration verbandlicher Elemente geöffnet. In einem dann eher international ausgerichteten, bis heute nicht abgeschlossenen Lernprozess werden eher wettbewerbsorientierte, auf Effizienz ausgerichtete Elemente der calvinistischen Tradition integriert. So entstand in Deutschland und in Europa eine durch Vielfalt und einen je spezifischen Mix von unterschiedlichen Akzenten geprägte Tradition des Sozialstaates, die bis heute ein wesentliches Profil der Politik und Kultur des Kontinents ausmacht.

Heute genügt es nicht mehr, ethische Maximen für die globale Wirtschaft allein aus europäischer Perspektive zu formulieren. Die Weltwirtschaft ist von der Konkurrenz dreier deutlich auch von religiösen Mentalitäten mitgeprägten Wirtschaftsmodellen gekennzeichnet:¹¹

- (1) Dem angloamerikanischen Kapitalismus, der wesentlich einer calvinistischen Tradition entstammt. Er ist weitgehend dereguliert, akzeptiert nur minimale politische Regelsysteme und ist sehr effizient.
- (2) Dem „Rheinischen Kapitalismus“, also die Soziale Marktwirtschaft, gekennzeichnet durch sozialstaatlichen Korporatismus und gesellschaftlichen Dialog als bestimmende Integrationsbasis.
- (3) Dem asiatischen Kapitalismus, dessen Merkmale patriarchale Familienstrukturen mit hoher Bindungskraft auch in Unternehmen sowie das konfuzianische Ethos von Fleiß, Zuverlässigkeit und Unterordnung sind.

Man kann sicher noch weitere Modelle und Varianten finden. Entscheidend ist jedoch die Frage, wie die verschiedenen Ansätze sich heute weiterentwickeln und voneinander lernen können. Interessant ist dabei, dass der Einfluss der Religionen auf das Wirtschaftsleben keineswegs einseitig besteht, sondern auch in umgekehrter Richtung stattfindet: Sowohl das Auftreten von Neuerungen als auch das Überleben von

11 | Vgl. Michael Albert: *Kapitalismus kontra Kapitalismus*, Frankfurt 1992 (dort mit weiteren Feinunterscheidungen).

Weltanschauungs- und Religionskommunikation ist von der jeweils bestehenden Ordnung des Wirtschaftens nicht unerheblich beeinflusst.

Das Christentum hat sich keineswegs nur aufgrund der Attraktivität seiner Dogmatik (die mit der Trinitätslehre eher komplex und sicher für viele nicht leicht verständlich ist) weltweit verbreitet, sondern ganz wesentlich auch durch die Dynamik des enormen Erfolges der von ihm beeinflussten Zivilisation. Der wirtschaftliche Erfolg der westlichen Zivilisation ist vielleicht bis heute der stärkste Werbeträger für den christlichen Glauben.

7. Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

Abschließen möchte ich mit drei Thesen zur notwendigen Weiterentwicklung des Modells der Sozialen Marktwirtschaft als Rahmenprogramm für ethische Maximen einer zukunftsfähigen Wirtschaft:

These 1: Die Wirtschaft braucht gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen einen starken Sozialstaat. Angesichts der Schuldenkrise bedarf es einer neuen Vergewisserung über die normativen Grundlagen des Sozialstaates. Die zukunftssträchtige Devise muss lauten: Nicht Kollektivierung der Risiken, sondern Befähigung zu Verantwortung auch durch soziale Sicherheit und Integration dort, wo der Einzelne die Risiken nicht individuell abfangen kann. Teilhabe an der Gesellschaft, nicht bloß Sicherung des Existenzminimums ist aus christlicher Sicht das normative Leitkriterium einer gerechten Gesellschaft. „Für unsere Zukunft ist die Innovationskraft im Sozialen genauso wichtig wie die Innovationskraft im Bereich der Wissenschaft, der Technik und der Ökonomie – sie ist der Wegbereiter zu einer humanen Zukunft.“¹² Auch im Schatten der Schuldenkrise darf die soziale Sicherheit nicht vernachlässigt werden. Das gilt auch global: die Länder Schwarzafrikas haben einen ethischen Anspruch auf solidarische Hilfe zur Anpassung an den Klimawandel, der dort besonders stark in Form von Dürren spürbar ist, der jedoch globale Ursachen hat.

These 2: Bildung ist der wichtigste Faktor einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen Wirtschaft. Bildung schafft gemeinsame Werte, schafft Chancengleichheit und Lebensperspektiven. Wir müssen deshalb dafür

12| Alois Glück: *Warum wir uns ändern müssen. Wege zu einer zukunftsfähigen Kultur*, München 2010, 171.

sorgen, dass jeder nach seinen Talenten und Interessen bestmöglich qualifiziert wird. Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist dies ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Die Gesellschaft kann es sich nicht leisten, die Qualifizierung des Nachwuchses zu vernachlässigen. Im Blick auf globale Gerechtigkeit in der Bildung ist vor allem darauf zu achten, dass die begabten jungen Menschen der südlichen und östlichen Länder trotz der oft derzeit noch schwierigen Bedingungen in ihren Ländern zurückkehren. Denn sie sind das wichtigste Kapital für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ihrer Heimatländer. Das Programm der deutschen Bundesregierung für die Internationalisierung der Bildung ist gegenwärtig auf den Aufbau von Bildungs- und Kompetenzzentren in den Schwellen- und Entwicklungsländern fokussiert.

These 3: Die Soziale Marktwirtschaft muss sich zum globalen Ordnungsrahmen für eine zivilgesellschaftlich verankerte Ökosoziale Marktwirtschaft weiterentwickeln. Diese gestaltet alle wirtschaftlichen Prozesse von Anfang an so, dass Umwelt- und Naturschutz nicht nur mit Hilfe defensiv-nachsorgender Maßnahmen als Begrenzungsfaktor der gesellschaftlichen Entwicklung berücksichtigt werden, sondern gestaltet sie als Zielfaktor und integrale Bestandteile des Wohlstandsmodells.¹³ Sie nutzt die Kraft der Märkte im Hinblick auf Innovationen für eine Erhöhung der Ressourcenproduktivität um den Faktor zehn. Das Modell der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, für das sich die Kirchen in Deutschland bereits 1985 ausgesprochen haben und das heute als ordnungspolitische Umsetzung des Sozialprinzips der Nachhaltigkeit anzusehen ist, könnte sich als eine der wichtigsten Traditionen erweisen, die Europa in die Gestaltung der Globalisierung einzubringen hat.

Dies ist jedoch mit einer grundlegenden Neuausrichtung des Modells verbunden, bei der insbesondere die Problematik von Kollektivgütern (z.B. Klima, Gewässer, Sicherheit) systematisch ins Zentrum rückt.

Zusammenfassung

Die Soziale Marktwirtschaft folgt in ihren konzeptionellen Leitgedanken allgemeinen anthropologischen und gerechtigkeitstheoretischen Über-

13| Vgl. Markus Vogt: *Prinzip Nachhaltigkeit. Ein Entwurf aus theologisch-ethischer Perspektive*, München 2009 (3. Auflage 2013), 142-161 und 432-436.

legungen und kann daher nicht einfach als deutsche Sondertradition abgetan werden. Sie ist jedoch eine evolutionäre Ordnung, die stets weiterentwickelt werden muss. Die Balance zwischen Konkurrenz, Kooperation und Solidarität muss sowohl auf der persönlichen Ebene des Umgangs der Menschen untereinander als auch auf der institutionellen Ebene immer neu gefunden werden. Das um den Ansatz der Zivilökonomie sowie der Ökologischen Ökonomie erweiterte Regelwerk der Sozialen Marktwirtschaft bietet hierfür Orientierung.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine offene, immer neu gefährdete und integrationsbedürftige Ordnung. Sie setzt hohe kulturelle und institutionelle Standards voraus, die bei weitem nicht überall erfüllt sind. Die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft ist ein Wagnis der Freiheit, das nicht ohne Bildung, Kultur und Rechtsstaat funktionieren kann. Sie muss sich heute neu für einen kooperativen Umgang mit globalen Kollektivgütern bewähren.

Research, Teaching and Practice of Catholic Social Teaching on the African Continent through Communicating Faith in the Diversity of Cultures

Obiora Ike

Sozialprinzipien dürfen gemäß der Enzyklika Mater et magistra von Papst Johannes XXIII. nicht nur verkündet, sondern es muss gehandelt werden. Bei der Verteidigung der Menschenwürde und dem Streben nach Gerechtigkeit lässt sich eine Verbindung zwischen afrikanischer Weisheit und katholischer Soziallehre herstellen. Weltweite politische Veränderungen, technischer Fortschritt und Industrialisierung, wirtschaftliche und kulturelle Verflechtungen sowie ökologische Probleme erfordern Wertorientierung. Die katholische Soziallehre von Leo XIII. bis Benedikt XVI. breitet sich in Afrika nur langsam aus. Glaubensvermittlung kann nur gewaltfrei durch einen Dialog der Kulturen erfolgen, wobei vorbildliches Handeln mehr zählt als Lehre. Voraussetzung für die Teilnahme aller am Gemeinwesen ist die Gleichheit vor dem Gesetz, ein eng begrenztes Recht auf Widerstand, Patriotismus verstanden als die Liebe zur eigenen Herkunft und zum eigenen Land, der Wille einen eigenen Beitrag zu leisten und sich in Interessengruppen zusammenzuschließen. Die christliche Botschaft der Umkehr weist einen Weg zu Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden.

1. Catholic Social Thought at the Centre Stage of Intellectual Discourse

The background of this paper seeks to gravitate to the Catholic intellectual and socio-ethical tradition towards the center stage of discourse at a time when humanity faces fundamental questions of life and death. This urgent and dramatic situation refers to the apparent lack of meaning and the disorientation of values; of wars and the absence of peace; the growing abuse of the environment and the scandal of poverty in the midst of plenty. There is abundant evidence to show that whereas some people in some parts of our world are saturated with the advances made in technical, social, economic and political sophistication and have become ever more complex, some other parts of the world are still

wallowing in horrendous superstition, physical and mental poverty, ignorance, curable diseases and lack of access equivalent to a bazaar of deprivation of all sorts.

For those who aim at humanity integrated in justice, equality, dignity, freedom, peace and progress, there is a belief that faith compels them to action. This in effect means to stand up with prophetic courage, armed with ethical, intellectual, rational, moral and spiritual strength to give hope, serve those in need, pursue peace, defend the life, dignity and rights of all people and maintain a fundamental option for the poor who are the most vulnerable in society. Pope John XXIII wrote in his Social Encyclical '*Mater et Magistra*' that the "Church owes the world the duty not only of preaching the Gospel and pronouncing Social Doctrines, but also of Social Action" (33).

Pope John XXIII far back in 1963 understood the challenge facing humanity and the Church. In the Encyclical Letter '*Mater et Magistra*' he writes: "Though the Church's first care must be for souls, how she can sanctify them and make them share in the gifts of heaven, she concerns herself too with the exigencies of man's daily life, with his livelihood and education, and his general welfare and prosperity" (3).

2. The Human Person is Central in Creation and History

The starting point of every reflection on the Catholic Social tradition, indeed on every Christian ethical foundation, is the teaching about the centrality of the human person in creation and in history. There shall be no fundamental human rights, no human dignity, no universal declarations on human rights and duties if the central position of the human person, as a unique being in entire creation is denied. Indeed, the focus of most African cosmological and philosophical traditions, alongside the other traditions of mankind at various times and places, is the location of the unique identity of the human being as an image of God. Biblical records authenticate the substance of the human being made in the image of God (Genesis 1:26).

Thomas Aquinas, the great scholastic of the middle ages, upon whose thought patterns and philosophical traditions the Aristotelian pagan philosophy of Greek antiquity seemed liberated, made the pedestal of Western Christian-philosophical and theological interpretation in schools, the dominant vehicle for the re-interpretation of human ex-

perience and history with his teaching on the human person, the trinity and on Natural Law. He thus established for the Western rational scholastics, the model upon which cultural, sociological, philosophical, technological and scientific rationality relied upon until recently.

Thomas Aquinas' authorship of speculative works was in humble recognition that persons called to be responsible agents working within the institutions of the '*Ecclesia*' and '*Societas*' must lead by responding to the world around us with rational approach. Thomas Aquinas settled for the simple theory that "Grace builds on Nature"; that "God helps those who help themselves"; and that "there is a fundamental link between faith and reason, theology and real life founded on sound reason, natural law, common sense and the socio-ethical principles known as morality which is the knowledge and distinction of the good from the evil which is known and personally revealed and incarnate in each human rational soul".

Today, globalization has become a new buzzword uniting people across borders. On the other hand, its negative consequences are glaringly epitomes of this scholastic drive for a bridge between faith and reason, theology and life. One might state without fear of contradiction that humanity's attempt at healing the wounds and tackling the challenges posed upon mankind by horrendous poverty, ignorance, diseases, senseless wars, injustices and conflicts, the lack of good governance, dictatorships, unfair trade, preventable violence and inhumanity experienced in virtually all continents during his time, but even more so, in contemporary times has always been to defend the dignity of the human person.

3. I am Because We Are – the Challenge for Humanity

The 21st century was ushered in by Pope John Paul II with an Encyclical Letter titled '*Tertio millennio Adveniente*' (1994) which gave an optimistic view of human history, founded on God as mystery of the world. For over 2000 years, the emergence of 'The Word became flesh' (John 1:14) on the Areopagus of human history has impacted on theological teaching, cultural space and intellectual traditions. This had become the rallying moment or at some times the reason for conflicts for peoples of all ages and times, thus a new phase of human history had dawned with the phenomenon of the birth of Christ. The Encyclical Letter created hope and direction at a time when much of mankind in view

of modern tendencies, materialism and its advances, the cult of mediocrity and relativism was evidently lost to its belief and its technological advances, yet unsure of its future, identity, mission and teleology.

This is the origin and background of the recently acclaimed and very credible and relevant Encyclical Letter '*Caritas in veritate*' of Pope Benedict XVI in June 2009. It is also a challenge of universal appeal for even in the deeply rich but yet unknown world of African cosmology and cosmo vision, as found in the Omenala tradition of 'Igbology', the inherent wisdom thought is: "I am because we are; and since we are, therefore I am"; it is understood in the wisdom of "*Onye anwuna ma ibe ya efula*", "*Egbe bere Ugo bere*" (Cf. Mbiti, J., *African Religions and Philosophy*; Ike, O. F., *Understanding Africa*, 2001). Such thoughts are also deeply embedded in the biblical scripts as exemplified in the life and teachings of the "Incarnate Word" himself, Jesus Christ, who came "that all may have life and have it more abundantly" (John 10:10).

This social-theological and ethical-philosophical mission which was inspired by common wisdom has been inherited from the natural family, the ancestors, the inherent traditions and cultures which form the heritage of mankind in each race, time and place; it was driven by the passion for justice (Amos 5:24); shaped by Catholic intellectual and Social Thought (Social Teaching as found in the encyclicals, the writings of the Fathers, the contemporary events of society and the biblical foundations); and is lived out in the daily excruciating and practical reality of the people of God on mission, at each era and in each place or clime.

Rising from the 1971 World Synod of Bishops, convoked under Pope Paul VI, the Fathers of the Synod concluded in their Statement that "action for justice and peace and participation in the transformation of the world remained a fundamental and constitutive element in the preaching of the Gospel". This is the setting for the mission and identity of the Catholic Intellectual Tradition which finds its "Sitz im Leben" (context) in the interventions, the Catholic Church makes since the time of the Apostles at each age and circumstance, "to respond to the signs of the time and translate them in the light of the Gospel" (Gaudium et Spes 4). Such is carried out through the sharing of faith and strong hope in witness to what the good Lord has done and continues to do for humankind in and through the Church. It is the practice of theory, the influence of ideas on history and the action of working

for peace and justice, freedom and reconciliation in order to restore the image of God in all humanity.

4. We owe ourselves Some Reckoning

From the aforesaid, we do really owe ourselves some reckoning as humanity enters a key stage in human history with its apparent claims of civilisation. We are witness to the manifold positive achievements that humanity was able to make in the past hundred years in the areas of sciences, art, technology, humanities, literature, economy, political and social life, spacecraft, medicine, agriculture, education, information and communication technology. The list is endless. The concept of 'space' and 'time' which in ancient philosophy was beyond thought and speculation, has received practical solutions by virtue of recent developments in science and technology. Consequently, distances previously believed to be 'beyond space' and issues thought to be 'beyond time' have been conquered, at least in the sphere of the phenomena. Mankind is able to master the external universe. But can mankind also show goodwill and acceptance of the universal and basic principle that all human beings are fundamentally equal with dignity, freedom and integrity?; that truth exists and that all are able to know and reach this truth, despite the attempts at relativism?; that faith and tolerance are virtues possible for human beings within the multiplicity and diversity of cultures?; and that imbued with an immortal soul, given freely by a supreme Being who is generous, kind, almighty and the universal judge of all creation and that all human beings have rights and duties imposed upon them by their conscience and would obtain salvation in their circumstances? These are questions which repeat themselves even as the project of intercultural dialogue considers the principles of 'coherent pluralism' as basis for being human in an interdependent world.

5. Globalisation and the Challenge of Catholic Social Thought

The achievements of mankind in our times have led to a greater integration of people, economic exchanges, cultural influences and technological advances, leading to the present understanding that the whole world has become a 'global village'. It is presumed to be a world for all, even though only a privileged few have the key to the door of this global village. Others must wait outside, treated as aliens, without rights and basic human dignity. This is the reality, increasingly so understood and practised. What does this mean for the African people

and cultures, for humanity at large, both in the northern and southern hemispheres, and especially for vulnerable groups and the poor everywhere? This is the challenge to the project of a world for everybody which has several defining characteristics on the political, economic, cultural, environmental and technological levels:

a) The political climate which shows that the winds of change (perestroika) triggered off in the late 1980's with the collapse of the Soviet Union and its effects blowing through countries of Eastern Europe, was not an exercise in isolation. What people have experienced within the past few years in the winds of change blowing worldwide including parts of Africa since the so called Arab Spring has surprised all. We have witnessed the arrogance of power disappear and the hegemony of dominant minorities transferring powers to the will of the people, albeit, through people's sheer determination often without guns in countries such as Tunisia, Egypt, Libya, Sudan and Syria to mention just a few. In very remote villages of Africa, Yugoslavia, Asia and Latin America, these winds have come to blow with potentials for radical changes at all levels of human endeavour. It has brought with it some instability in systems and assumptions previously held as sacrosanct. Military dictatorships and monarchies have changed into democratic governments. Political configurations have been broken up, sometimes peacefully, often by violence, of some states into smaller nations and countries (e.g. Serbia, Montenegro, Croatia, Czech, Slovakia). The Southern Sudan remains the greatest enigma after 42 years of war between native black Africans and immigrant Arab Sudanese. Countries like Rwanda and Burundi lost over 800,000 people in communal clashes in 1994, caused to some extent, by the inability to break away peacefully from Belgian colonial structures imposed on various African people binding them to political configurations that took no cognisance of cultural originality, social expressions and authenticity. On the other hand, there is development of the merging of some groups of nations and interest groups into unions, such as the European Union and the African Union for the purposes of regional integration for peaceful existence, market linkages, political strategies and collaboration for mutual benefit. The recent phenomenon in Nigeria, four decades after Biafra and the emergence of Boko Haram, a fanatical Islamic sect with terror tendencies recalls Biafra. Thus the search for a workable constitution that guarantees national integrity, regional autonomy, a measure of true federalism as the

only realistic solution to the Boko Haram jihadists and the unity in diversity.

b) Economic realities include cross-border trade on goods and services, capital flows and financial investments. Today, almost two trillion dollars move around the world every day, seeking not the best production but the best return on speculation. Of the hundred largest economic entities in the world, fifty of them are trans-national corporations (Cf. "The Rough Road to Globalization", a CAFOD paper, December 2000). This is contrasted with the fact that poverty is on the increase all over the world, not just in the developing countries, but also, for countries until now regarded as wealthy, highly industrialised and developed. Rising poverty is followed by a rise in homelessness, hunger and by lack of jobs especially of the youth. Poverty has assumed not only the forms of physical deprivation but has become worse in its spiritual manifestations as found in loneliness, emptiness, meaninglessness and escape from reality. Many people abandon their homes in forced or induced migrations, searching for a better state of life. They find instead in their new countries of migration, much of legal barriers, non-acceptance, prejudices and xenophobia that they are often cut between their desire for their original homes despite its problems, and the challenges of their new migrant addresses with its unfulfilled hopes, disappointments and exile spirit.

c) Cultural influences are obvious in the "westernisation" of popular culture in music, clothes, lifestyles, art, theatre, songs, technology, language, values and orientation. Today, the single largest export industry for the United States of America is not aircrafts, auto mobiles, computers, but entertainment – found in Hollywood films and television programmes. The globalisation of films has eroded the originality of self-determination for simple people in their cultural milieu, making the American dream and way of life a measure for civilisation worldwide. Money has become a world formula, a new value and the mighty author of all things. This culture exposes many flaws and weaknesses. It is often based on a materialistic conception of the world, devoid of any spiritual meaning, thus the meaninglessness of the present time. Individualism is on the increase, leading to a "global crisis of values". There is an apparent lack of ethical and cultural ingredients determining the global social and economic systems in the formulation of policies that guide people

and nations while businesses carry on as usual, negating and neglecting people's traditional ways of life, their history, indigenous rationality, social development and cultural values. On this, we could go on and on.

d) Environmental issues emerge showing defects in the recognized control mechanisms adopted among various societies, particularly by dominant Western nations. Consumption patterns have increased. Specifically, one has to observe the horrendous waste of non-renewable resources; the dramatic and excessive burden on the environment's capacity to absorb pollution. People consume more instead of becoming persons with integrity. Furthermore, there is the debatable matter of population growth in agricultural regions of the developing world. This is a source of strength but could threaten the already delicate balance of resources in these regions. According to Daniel Lynch of Notre Dame University, Indiana: "There is no technology to support 12 billion people at the current aggregate consumption rate; and there is no vision of a planetary ecosystem in equilibrium with this level of industrial metabolism". Environmental issues have assumed in the context of Igbo land, West Africa, the albatross of development. Agricultural lands are used for housing, marketing or business without proper spaces for development, parks and human ecology. Waterways find their own pathways, thus, the growing erosions and gully, the unplanned cities and mega cities often overpopulated but without access and the reduction in the quality of life for our people.

e) Technological advances and industrialisation have left their consequences on modern societies and systems which include the rapidly growing utilization of electronic communications (internet, informatics, gsm telephones, telematics, e-mail) and the increasing ease of transportation. We live in an information age, a "borderless age" and a very fast age. With its many advantages, the explosion in scientific and technical knowledge and the availability of knowledge, capital and manpower shudders the imagination and questions the sustainability of the human family, for it makes it easier for people to manufacture bombs in their sleeping rooms or in private libraries by just opening the relevant pages on the Google search engine of their personal computers. If this is conceivable, then we are living in a dream. Yet it does seem in the present circumstances that industrialisation will continue unabated worldwide.

It is desirable. But can we have industrialisation based on some values? It has been said that sustainability demands of an integral vision of the universe which respects the integrity of creation. If this is not done, it does seem that what we are building worldwide may not work without a strong value orientation. For this worldwide building it needs a strong value orientation. And this is the crux of the matter.

6. Catholic Social Teaching in Africa through Research Teaching and Practice

Catholic Social Teaching refers to a set of socio-philosophical and ethical-theological truths about man and human affairs, systematically developed over the last one hundred years, integral and multi-disciplinary in nature, with a Christian conception of the universe and determined to establish a true basis for the truth about man and society, their origin, destiny and moral grounding. The foundations for Catholic Social Teaching rest on some principles tested and applied across cultures and beyond time and place. These include teachings on the common good, subsidiarity, solidarity, personality, human rights and human dignity.

The Encyclical Letters of the Magisterium focused the attention of the teaching office of the Church to social and practical issues facing mankind. Pope Leo XIII kick-started this style of reflection in 1891 with his Letter titled '*Rerum Novarum*'. It x-rayed the injustices imposed by the ruling classes and property owners upon the working classes, the labourers and the poor of the late nineteenth century. His writings appealed for justice and fairness, the establishment of a just wage and the legitimacy of the state to guarantee equity and protect the working classes. This intervention unveiled the powerful potential of the teaching office of the Church to speak out, not only on matters of faith and morals, but also on the '*Ordo Socialis*' (social order).

Other encyclicals that followed carried equal dynamism, with great impact on world development and history. Some of these include: '*Quadragesimo Anno*' with its principle of subsidiarity; '*Pacem in Terris*' with its teaching that peace is universal and humanity was indivisible; '*Mater et Magistra*' insisted that the human person is the origin, aim and central subject within history for every social development; '*Populorum Progressio*' which described development as another name for peace;

'*Laborem Exercens*' expanded the concept of human work to mean every human activity calling for the overcoming of a communist ideology that thought of work as a tool in the objective sense, instead of its proper understanding of work in the subjective sense.

Thus John Paul II makes the human person, his rights and dignity central in every discussion around the theme of human work; '*Solicitudo rei Socialis*' elevated the Church's social concern and her justification to intervene in human and international affairs; '*Centesimus Annus*' marked the hundred years of the Social Teaching of the Church and took a balanced scorecard of the various teaching positions of the Church on themes around the environment, war, peace, the social order, family, communism, capitalism, work, women, human rights, life and a just international order.

In year 2009, Pope Benedict XVI wrote his very celebrated document '*Caritas in veritate*' which emphasises truth as an act of charity. It also develops the virtue of love as a dimension of truth beyond the selfish limiting claims of a world that lives in self-deceit and wallowing illusion filled with the vice of materialism, hedonism, primitive accumulation of wealth, the lack of virtue in business relations with its consequence of the division of mankind into those who have and the majority who have not.

Until recently, knowledge of the Christian social principles studied under systematic theological guidelines as enunciated through the Encyclicals was a rare study in African universities or even centres of Christian learning. The teaching, research and study including practice of the tenets of Catholic Social Teaching rested more on traditions of moral and cultural values, less from teachings obtained from theological studies. One fact is certain which is that Christianity in most African countries came within the last one hundred years to many parts of the continent. The Christian message at the same time with the colonial incursion on the continent was not essentially clear enough. Furthermore, Catholic Social Teaching in itself is new, just about 110 years, since the first encyclical of Pope Leo XIII in 1891. Even in Europe, only the hard word of such teachers which started in the mid 1950's such as Joseph Cardinal Höffner, Oswald von Nell-Breuning, Lothar Roos, Anton Rauscher, Manfred Spieker to mention a few, made the popularisation of this systematic school of thought noticeable. In Africa therefore, even in current times, only a few institutions offer the Catholic Social

tradition as a teaching course in the universities. The few universities on the Continent include the Catholic Institute of West Africa at Port Harcourt; the Catholic University of Younde in Cameroun; the Catholic University of East Africa, Nairobi Kenya and the Bigard Memorial Seminary Enugu, which is Africa's largest centre for the training of priestly candidates. These institutions offer various philosophical and theological subjects of its largely clerical students. One institution however, which is specifically established for the research, training and spread of the knowledge of the social teaching of the church and its application in private and public lives of the political and socio-economic class, the laity, men and women of various persuasions and the cultures of the continent, is the Catholic Institute for Development Justice and Peace (CIDJAP) founded at Enugu in 1986. One may simply say that at the moment, the knowledge and spread of the social teaching is at a very slow and low tempo.

7. Communicating Faith in the Diversity of Cultures as an Expression of Catholic Social Teaching in Africa

Some conditions have to be fulfilled to communicate faith within the diversity of cultures. The prejudices until now received and perceived attitudes of one people or group against another must give way for a "*dialogue of cultures and civilisations*" to emerge. This does not compromise the truth but it makes the truth a vessel in the service of charity. The opposite, which is a "clash of cultures" does no one good and deepens the world view of intolerance. The clash of cultures promotes the fight for dominance and does not give room for intercultural dialogue which is the basis for peace and progress in the world of today. The condition for achieving this starting point towards a communication of faith is tolerance, mutual respect and the assumption that no one has the monopoly of the truth. After several centuries of inter human contacts, it is sad to witness how wars are carried out in the name of religion and martyrs are made to die for their beliefs even in the 21st century.

One lesson that humanity must learn is that we cannot communicate faith from the point of view of violence or in the name of fighting for one's 'God', 'Chukwu' or 'Allah'. The missionary superiority model of the past and the top down method of a group who knows it all, have all the answers and are better than the others must allow a meeting point of rational dialogue to take place. The Christian principle of the "incarnation" is that the "Word became Flesh and lived among us". It

is a humble but honest example of how faith, carried out in dialogue, brings the divine near to the people.

The essence of 'Emmanuel' is the principle of God communicating with humankind in understandable language and manner known today as "down to earth". This is the basis of tolerance, much needed in communicating faith in the diversity of cultures. Yet, in the last five years, over 10,000 people have been killed in Nigeria in clashes that have cultural social, political and religious bias as its cause. The tragedy of it all is that these clashes have nothing to do with the wisdom thoughts of these people, but is linked to the newly imported ideological differences from other countries, both in the West and in the Islamic countries which continues to trigger off the conflicts in which Nigeria currently goes through. One would even assert that if Nigerians lived according to their original and indigenous beliefs and practices, communicating faith would be much more a matter of life than of doctrine and orthopraxis instead of orthodoxy. Nigerians like many African people believe that "actions speak louder than words".

8. Nigeria and the Challenge of Inter-Religious Dialogue

Taking Nigeria as a model, this is a country of over 160 million people, speaking 350 languages amidst 400 ethnic tribes and ethnic groups. Britain forced the various nationalities into one state for its colonial purposes, a historical error that has continued to replicate itself elsewhere. With its many blessings, much of which is found in its human potentials, cultures, religions and mineral resources, Nigeria is a country that is thorn between hopes and hopelessness, possibility and limitations, yet with a potential to rise above the given and transcend. In the context of Nigeria, faith is communicated more through a convincing lifestyle than through preaching. In this society, orthopraxis is more cherished than orthodoxy. In one Nigerian family, one finds a Christian, a Muslim, a traditional worshipper and liberal thinkers, all living harmoniously in one family. The Nigerian context is a situation where tolerance and acceptance of the other is basic, not because of what one believes on the level of faith, but on how this faith is lived out in real life. The proverb: "*Onye na chi ya*" which means "Each with his or her own destiny" made any ideological fight on whose god is superior a principle of life. There was never a war over religion. Nigerian traditional values which are indeed African values show the importance of integrating cultural values into real life through pedagogy of practice

which is lived faith than just a theoretical didactic method. The global outlook has shown a tendency to ideological socio-technological and economic paradigms which is a Western contribution to development. African values are non-ideological; they are life, thus the Igbo saying that "*Ezi Okwu bu ndu*", literally meaning that "Truth is life".

Africa's traditional value systems provide a basis for a dialogue of life, not just a superiority of ideas, making communal living together possible. Through its communal philosophy which is the principle of the family, the large family and the clan consciousness made sure that all had a place and "*no one is an island*". It encourages consensus building instead of individualism, promotes social responsibility, entrepreneurship, justice and fair play. "*Egbe belu Ugo belu*", which means co-existence, became a key principle of life: "let the Kite perch and let the Eagle perch".

To conclude, communicating faith in the diversity of cultures is possible based on the African context where humanity's most authentic and distinctive features nurture a cultural soil which makes a fruitful and constructive dialogue. In this context, religion and its beliefs is not the point of departure. What counts is life and people's behaviour. As in the letter of James in the New Testament, the African would say to the theme under discussion concerning communicating faith in the diversity of cultures: "Show me your faith and I will show you my works. For faith without works is dead".

9. Practical Applications of the Social Teaching of the Church to the Relationship between Faith and Life

a) All Citizens are entitled to contribute actively to the Common Good of the State

A government is not possible without the civil society, the private sector and the citizenry. These must play a proper role of self-determination. I recall minding the right to vote and the honorary collaboration in self-government, but also the right of criticism and control. Community services are another area that appear relevant as citizens could identify with the state and society in a voluntary manner. "We must be ready to donate a large part of our work without remuneration simply because we consider it meaningful and relevant, if not even commanded" (Oswald von Nell-Breuning).

b) All Citizens Have a Legal Claim to Equity before the Law

In the Basic Constitutional Law of Nigeria, it says: "No one may be disadvantaged or preferred because of sex, descent, race, language, homeland and origin, faith or religious and political views" (Nigerian constitution 3, 1). As the second Vatican Council teaches, three different forms of apartheid can be distinguished, namely, discrimination against a person because of his or her "race or color, condition of life, or religion" (Nigerian constitution 5, Declaration on Relation to Non-Christian Religions). Every form of apartheid violates the right and dignity of man. The Christian will therefore not limit himself or herself to protesting against a particular kind of apartheid, e.g. racial apartheid, as if religious apartheid were less evil. The Christian rejects all apartheid. He or she is also convinced that the overcoming of apartheid is an essential presupposition of peace within the state and among states.

c) The Right to Resistance

Even if, as it says in the Epistle of Romans, governmental authority "is instituted by God" (Rom 13:1), it still bears the inadequacy of all earthly things. With more or less reasons, one will have one thing or the other to criticize in all laws and in all governmental measures. But more frightening is the fact that states and governments, as experience teaches, can exhibit not only this or that deficiency, but can also degenerate in a criminal way. Here it is usually not a question today, as it was antiquity, of an individual tyrant, but of movements or parties that spread terror at home and abroad. The "Instruction on Christian Freedom and Liberation" of April 5, 1986, branded with sharp words the "violence exercised by the powerful against the poor, arbitrary action by the police, and any form of violence established as a system of government".

As the original bearer of governmental authority, the people are entitled to the right of resistance with respect to the state. The above-mentioned instruction rejects, however, the "systematic recourse to violence" as a "destructive illusion" since it not infrequently "opens the way to new forms of servitude". The "myth of revolution" surrenders to the illusion that "the abolition of an evil situation is in itself sufficient to create a more human society," whereas in reality this myth fosters "the setting up of totalitarian regimes". The thesis that sees "in the class struggle the structural dynamism of social life" is also rejected as erroneous. An armed struggle can only be justified in "an extreme case", when it is "a last resort to put an end to an obvious and prolonged tyranny

which is gravely damaging the fundamental rights of individuals and the common good". Nevertheless, a "very rigorous analysis of the situation" is necessary whereby one must consider that "passive resistance" is a way more conformable to moral principles and having fewer prospects for success".

d) Love of One's Fatherland (Patriotism)

In many countries of the world, love of one's fatherland or motherland has fallen into disrepute because of the past history of nations. In recent decades, it was almost tabooed to speak of the fatherland for example in Germany. Criticizing of one's fatherland took the place of love of one's fatherland. At the most, one still spoke of preservation of the countryside and protection of monuments, if the fatherland was not simply rejected as a "system of the ruling-classes". Yet, it is a healthy practice to love and defend the fatherland and motherland as our language, color and identity come from him or her.

Franz Rudolf Bornewasser, bishop of Treves, wrote the last pastoral letter on love of one's fatherland on March 15, 1947. There he said: "It is not open to man whether he wishes to love his fatherland or not. Love of one's fatherland is not a weighing of advantage, but a religious obligation. Neither is love of one's fatherland mere feeling, but a virtue of the will, a free, conscious self-surrender to the land of one's Fathers. Love of one's fatherland means rejoicing at the flowering of one's fatherland, suffering at its suffering, and always praying for its well-being. But love of one's fatherland also means deep pain at the blemishes that soil the image we bear of it in our hearts. Love of one's fatherland further means faithfulness. Whoever breaks faith is a traitor. True faithfulness proves itself when suffering and need come upon one's fatherland. Would it not be sad if, in times of need, one was to begin to calculate whether one could not live better if one were to separate oneself from one's fatherland? To abandon one's fatherland for purely egotistical reasons in flight before the required sacrifice contradicts the spirit of Christianity values faithfulness and willingness to sacrifice more highly than material goods".

It seems to me that the time has come to reflect again on the Christian message about the relation of man to his people, to his fatherland, motherland, to his or her state. According to the Christian understanding, love for one's fatherland is grounded in reverent dedication to those to whom we owe our origin: God, our parents, and the land of our fa-

thers, the land where our cradle stood and to which we were bound by destiny through a common homeland, a common descent, a common history, a common culture, and a common language. "Before man is thrown into the world, he is laid in the cradle of the home," says the French philosopher, Gaston Bachelard (1884-1962).

Homelessness is a loss of identity. If "fatherland" disappears from linguistic usage, other important things in life are also lost. The Christian does not have a broken relation to his or her fatherland. The Second Vatican Council summons Christians to "a generous and loyal devotion to their country" (65). It exhorts the faithful, in loyalty to their country, to serve the common good (Vatican II, Decree on the Laity, Number 14).

The people of God of the Old Testament loved their homeland and the city of Jerusalem. In Psalm 137, it says: "By the waters of Babylon, there we sat down and wept, when we remembered Zion... If I forget you, O Jerusalem. Let my right hand wither!" (Psalm 137,1-5). Jesus loved his people also. As he saw before him the disaster that would come upon the city of Jerusalem, "he wept over it" (Luke 19:4). Christian love of one's fatherland is not a mere feeling, nor an unctuous patriotism, nor a sentimental nationalism, and even less chauvinism. It is embedded in the love for all men and all people. For the limitation of being human to one's own race, one's own people, one's own nation, or one's own class leads to brutality. Love of one's fatherland is, as the Second Vatican Council says, "without any being narrow-minded," open to "the whole human family, united by different the ties which bind together races, people and nations" (Gaudium et Spes 75).

e) Willingness to Sacrifice

Without the citizens' willingness to sacrifice, the common good cannot be realized. The tight social intertwinement and the development of social and political relations since the beginning of the industrial age have greatly increased the financial needs of the state. The amount of taxes and duties, their anonymity, the complicated process of balancing costs, and not least the spread of that attitude which is usually called "minimum morality" (Grenzmoral) have weakened the consciousness of being morally obligated to pay taxes and social security contributions. The Second Vatican Council calls tax evasion "fraud" (Gaudium et Spes 36). If the citizens consider the tax laws to be in need of improvement, the solution does not lie in tax evasion, but in tax reform to be striven for in a democratic way.

f) Obligation to form Civil Society Associations

Gladly we notice in Nigeria the rising number of registrations at the Corporate Affairs Commission of civil society, economic and public associations for the common good. Numerous interest groups have been formed, i.e. organized associations that conjoin the parallel economic interests of their members and seek to exercise influence and pressure on public opinion, the political parties, the chambers of parliament, the government, and the administration of public affairs and justice as well as on opposed interest groups in order to obtain their interests. The formation of organized associations does correspond to our understanding of society and state. And it is also to be recognized that, in a certain respect, interest groups are the expression of the need for protection against the ever expanding power of the state. Nevertheless, Catholic Social Teaching places the common good of the state above the special interests of associations. It appeals to the sense of responsibility of the associations and their functionaries to recognize the primacy of the common good in their programs and praxis in spite of the fully justified advocacy of their own interests.

10. Conclusion

Permit me to conclude this presentation with a statement that it is a truly Christian challenge and a fundamental option in a corrupt society like ours to respond to the "signs of the times in the light of the Gospel". The demands of modern society and the challenges of the present situation faced worldwide humanity with no other viable option than to seek a life that is just and integral, following in the footsteps of the teacher and master himself, Jesus Christ of Nazareth who urged his followers "to be the light of the world and the salt of the earth" (Mathew 5). This is not the time for the option of lethargy and apathy. It is rather the time to promote the common human heritage which is to be people of faith and reason. John the Baptist in the desert, repeating the citation of Isaiah, made it clear that there is a call to positive action of conversion '*metanoia*' for the committed and convinced citizen of our time, country and era. We are challenged to become "the voice of one crying in the wilderness, prepare yet the ways of the Lord, make his path straight (Mathew 3:3; Isaiah 40:3). It is this ability to give voice, to enlighten the ignorant, to teach the love of God and neighbor by example and by communicating faith in the diversity of cultures that has made this conference a new beginning (especially for the oppressed peoples of Africa), for humanity at large

and for the sustainable peace and justice which all people earnestly yearn for.

Thus, universal values of solidarity are expressed, as blessed Pope John Paul II stated in his World day Message of Peace in 2001, that "the value of peace is the primary objective of every society; the value of life itself as the most sacred and inviolable earthly reality, for it is not possible to invoke peace and despise life; the value of education which enables regard for one's own identity with an understanding of others and respect for diversity; the values of forgiveness and reconciliation necessary for building bridges over the barriers caused by non-communication and misunderstandings, thereby, nurturing the path which leads to peace."

Normative Voraussetzungen für die Ordnungspolitik¹

Christian Müller

The scale for a functioning economic life is not the value of freedom, but rather an ethical principle of justice. On the one hand, socialism humiliates humans to become an instrument of fulfilling economic planned targets. On the other hand, a complete laissez faire creates the risk of turning other market players into means of one's own aspiration, thus leading to a collective self-injury. One must strive for a way between the two extremes, with the state providing the rules but not interfering in individual processes. The "principle of justice-oriented income adjustments" ensures a social balance. The financial and debt crisis is not due to a failure of individuals in the market, but rather a failure of the regulatory state system. By underlining the justice aspect the concept of governance of "neoliberalism" approaches ideas of social ethics. Therefore the suggestion was made to call it "third way" or "economic humanism".

1. Die Wahl von Ordnungen

Es gehört zu den Grundeinsichten des Forschungsprogramms der Constitutional Economics (siehe z.B. Buchanan 1990), bei politischen Wahlhandlungen zwischen einer konstitutionellen und einer postkonstitutionellen Entscheidungsebene zu unterscheiden: Die *postkonstitutionelle* Sichtweise betrachtet Wahlhandlungen *innerhalb* exogen vorgegebener Restriktionen, die natürlicher oder historischer Art, von anderen Personen, durch Sitte oder Gewohnheit gesetzt sein können. Die konstitutionelle Sichtweise berücksichtigt demgegenüber die Tatsache, dass Menschen, soweit sie über Selbstbindungsfähigkeit verfügen, auch Wahlentscheidungen *zwischen* alternativen Restriktionen treffen können, unter denen sie später selbst handeln. Gegenstand von Wahlhandlungen sind dann die Regeln selbst, die sich die Entscheidungsträger auf der konstitutionellen Ebene – dem „Urzustand“ (Rawls 1994) – geben (Buchanan 1990, S. 2 f.; Vanberg 1990, S. 16). Der Blickwinkel

1| *Grundlegend überarbeitete und aktualisierte Fassung von Müller (2007; 2008).*

verlagert sich insoweit auf jene Institutionen, die in der postkonstitutionellen Gesellschaft den „Datenkranz“ der individuellen Entscheidungen darstellen. Bewertungsmaßstab sind nicht mehr nur die postkonstitutionell relevanten Handlungsinteressen der Beteiligten, sondern ihre „konstitutionellen Interessen“ an einer Selbstbindung durch Regeln (Vanberg und Buchanan 1988).

Eine beliebte Metapher zur Verdeutlichung beider Perspektiven ist die eines Spiels oder Wettkampfs (Brennan und Buchanan 1993, S. 7-9): Während des Spiels stellen die Spielregeln die Grenzen legitimer Spielzüge dar; sie dienen als vorgegebene Restriktionen, die das Verhalten der Spieler in mehr oder weniger vorhersagbarer Weise steuern. Wechselt man indes hypothetisch auf die konstitutionelle Entscheidungsebene, so lässt sich danach fragen, wie sich der Spielablauf und die Spielergebnisse ändern, wenn die Regeln in bestimmter Hinsicht geändert werden.

In Deutschland hat diese Sichtweise ihren Vorläufer in der um die Mitte des 20. Jahrhunderts entwickelten Ordnungstheorie, die schließlich, ausgearbeitet zu einem Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ (dazu z.B. Cassel, Hrsg., 1998; Rauhut 2000), zu wesentlichen Teilen ihre Umsetzung in der frühen Bundesrepublik fand. Diese Denkrichtung des Neo- oder Ordoliberalismus, die ideengeschichtlich auf die sog. „Freiburger Schule“ der Ordnungsökonomik um den Ökonomen Walter Eucken und die Juristen Franz Böhm und Hans Großmann-Doerth zurückgeht, betonte die Unterscheidung zwischen der Wirtschaftsordnung und dem Wirtschaftsprozess, der sich unter dieser Ordnung vollzieht.

Auf der einen Seite hat der Staat danach durch *Ordnungspolitik* die Spielregeln für eine funktionierende und menschenwürdige Marktwirtschaft zu schaffen. Der wichtigste Ordnungsbestandteil ist dabei die Wirtschaftsverfassung, die alle rechtlichen Bestimmungen für die Wirtschaft enthält, die in der juristischen Verfassung, anderen Gesetzen oder in höchstrichterlichen Entscheidungen festgelegt sind, aber auch alle nicht rechtlich verankerten – moralischen oder traditionellen – Verhaltensregeln, die für die wirtschaftlichen Entscheidungsträger verbindlich sind. Ganz wie später die modernen Konstitutionenökonomien, betonten auch die deutschen Ordnungstheoretiker den instrumentellen Charakter von Wirtschaftsordnungen, die als Mittel betrachtet wurden, um vorgegebene gesellschaftliche Ziele (Freiheit, soziale Gerechtigkeit o.ä.) zu erreichen. Eine solche „Wirtschaftsordnungspolitik“ zielt darauf,

ein auf Dauer angelegtes und für alle Menschen verbindliches System rechtlicher Verhaltensnormen für die Beteiligung am Wirtschaftsleben zu schaffen, anzuwenden und durchzusetzen.

Wirtschaftsordnungspolitik in diesem normativen Sinne ist zwar nicht auf kapitalistische Ökonomien beschränkt; das übliche deutsche Verständnis dieser Politikoption zielt jedoch auf die Umsetzung einer liberalen Konzeption einer „Wettbewerbsordnung“, die eine faire Rahmenordnung für die Wirtschaft definiert, innerhalb derer die wirtschaftlichen Akteure freie Entscheidungen treffen. Eine solche freiheitliche Ordnungspolitik greift nicht direkt auf die konkreten Ergebnisse des Produzierens, Konsumierens, Sparens, Kreditierens usw. der Wirtschaftssubjekte zu, sondern sie definiert allgemeine Regeln, unter denen die Individuen diese Prozesse frei entscheiden können.

Bei Maßnahmen, die über eine bloße Rahmensetzung in einer Volkswirtschaft hinausgehen und vielmehr – aus einer postkonstitutionellen Perspektive – direkt die Ergebnisse des Marktprozesses zu korrigieren suchen, spricht man von *Prozesspolitik*. Zu solchen prozesspolitischen Interventionen greifen politische Entscheidungsträger, um Arbeitslosigkeit, Wachstumsschwächen oder Inflationsraten zu reduzieren oder den wirtschaftlichen Konjunkturverlauf aus Boom und Rezession zu „glätten“.

Wie wichtig die Unterscheidung einer konstitutionellen, ordnungspolitischen Perspektive auf der einen Seite und einer postkonstitutionellen, prozessorientierten Sichtweise auf der anderen ist, ließ sich erst jüngst an dem Beispiel der politischen Behandlung des Problems der sog. Leerverkäufe auf Finanzmärkten sehen, der Veräußerung vor allem von Wertpapieren, zu denen der Verkäufer im Transaktionszeitpunkt nicht verfügt. In Deutschland wurde dieses Problem letztlich durch einen Eingriff in das „Spiel“ gelöst (siehe dazu näher aus ordnungstheoretischer Sicht Kielholz und Suttner 2011): Ungedechte Leerverkäufe – also solche, bei denen der Verkäufer die veräußerten Titel weder besitzt noch einen Anspruch auf Übertragung des Eigentums hat –, wurden im Jahr 2011 weitgehend verboten. Dabei wurde jedoch übersehen, dass Leerverkäufe eine wichtige Information bereitstellen: dass nämlich der Verkäufer den entsprechenden Finanztitel für überbewertet hält – und für diese Einschätzung sogar bereit ist, Geld einzusetzen. Wenn man ungedeckte Leerverkäufe verbietet, erschwert man die schnelle Umsetzung von Negativinformationen in Marktpreisänderungen. Ungedechte Leerverkäufe sind aber nur dann problematisch, wenn mit großen Volumina

Marktmacht ausgenutzt wird oder die Leerverkäufe von Institutionen getätigt werden, die Einleger oder andere schützenswerte Kapitalgeber gefährden – wenn also Marktversagen vorliegt (Pfungsten 2010). Es ist hier wie bei Euckens (2004, S. 270-275) Diskussion des Privateigentums: Nicht das Instrument selbst ist schlecht; es muss nur unter der richtigen (nicht vermachteten) Marktstruktur verwendet werden.

Von wirtschaftsethischer Seite, auch aus Teilen der Katholischen Sozialethik, ist der ordnungstheoretische Ansatz immer wieder zum Teil scharfer Kritik ausgesetzt gewesen. Zwar hat das ökonomische „Denken in Ordnungen“ (Eucken 2004, S. 19) auch in der Katholischen Soziallehre eine lange Tradition, die bis auf Thomas von Aquin und sogar auf Augustinus zurückgeführt werden kann (siehe Utz 1991). Der „Sozialkatechismus“ der Kirche weist dieser Frage sogar programmatische Bedeutung zu; schon in seiner Einleitung heißt es, die Kirche suche „eine neue gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Ordnung herbeizuführen, die sich auf die Würde und Freiheit jeder menschlichen Person gründet und in Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität realisiert werden muss“ (Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden 2006, Nr. 19). Dennoch war es in der Nachkriegszeit gerade die katholische sozialetische Forschung, von welcher der deutsche Ansatz der Ordnungstheorie einer teilweise sehr scharfen Kritik unterzogen wurde. Der Kern dieser Kritik, die am prominentesten von dem Sozialethiker Nawroth (1961, S. 76 ff.) vertreten wurde, war, dass der deutsche Neoliberalismus Walter Euckens die Freiheit als personalen Höchstwert verfolge.²

Dieser Vorwurf findet seinen Widerhall auch in der modernen Globalisierungskritik, welche dem Neoliberalismus letztlich vorwirft, den Wert der Freiheit zu verabsolutieren.³ „Neoliberalismus“ ist deshalb geradezu ein Schimpfwort geworden. In den Augen vieler Autoren ist dieses Wort ein Synonym für die Schattenseiten des Kapitalismus; es steht für uneingeschränkten „Sozialabbau“, „soziale Kälte“ und sogar – wie auf einschlägigen Internetseiten zu lesen ist – für „Unterdrückung im Namen der Freiheit“.

- 2 | *Eine ausführliche Auseinandersetzung mit Nawroths Kritik am neoliberalen Freiheitsverständnis findet sich bei Lenel (1975), S. 49 ff.*
- 3 | *Für eine ausführliche Diskussion gängiger Vorurteile über den Neoliberalismus siehe Willgerodt (2006).*

Unter Liberalismus versteht man traditionell jene „geistige Bewegung, die auf dem Individualismus als Weltanschauung beruht, in ihm namentlich das oberste Gesellschaftsprinzip sieht und danach das gesamte öffentliche gesellschaftliche Leben zu gestalten strebt“ (Messner 1929, Sp. 968). Der „Individualismus als Weltanschauung“ – heute meist *normativer Individualismus* genannt – verlangt, dass alle Zustände der Welt nur in dem Maße als „gut“ und „gerecht“ betrachtet werden sollen, in dem sie von den Individuen, die von ihnen betroffen sind, als „gut“ oder „gerecht“ angesehen werden; und sie werden für „besser“ gehalten als andere Situationen, wenn sie von den Beteiligten auf diese Weise eingeschätzt werden (z.B. Vanberg 1986, S. 115).⁴ Es ist die Orientierung an diesem liberalistischen Werturteil, die den Menschen vollkommen frei macht. Im Extremfall muss er sich keinen außerindividuellen Normen mehr beugen; vielmehr wird das Individuum allein zur „Quelle aller Werte“ (Brennan und Buchanan 1993, S. 28).

In diesem Beitrag werde ich jedoch argumentieren, dass die Interpretation des Neoliberalismus als einer am Letztwert der Freiheit orientierten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeption zu kurz greift. Nicht die Freiheit ist der personale Höchstwert, welcher den Arbeiten Euckens und der anderen Theoretiker der Freiburger Schule zugrunde liegt, sondern ein (sozial-) ethisches Gerechtigkeitsprinzip in der Gestalt des kantischen Universalisierungspostulats, das seinerseits gerade nicht individualistisch legitimiert ist. Der Neoliberalismus ist damit, streng genommen, gar kein „Liberalismus“ im oben definierten Sinne; ihre Maßstäbe bezieht die Wirtschaftspolitik hiernach nämlich nicht, wie behauptet, aus der Wirtschaft, sondern aus der Ethik. Mit seiner normativen Ausrichtung am Verallgemeinerungsprinzip der Ethik gleicht der Ansatz der Ordnungstheorie vielmehr einer Spielart der Christlichen Sozialethik.

2. Ordnungspolitik und Gerechtigkeit

a) Zwischen den Extremen

Es zeugt von geringer Sachkenntnis, wenn ausgerechnet „Neoliberalismus“ als Schlagwort für einen schrankenlosen „Turbokapitalismus“

4| Davon zu unterscheiden ist der *Individualismus als Theoriebildungsprinzip (methodologischer Individualismus)*, nämlich das (metatheoretische) Werturteil, nach welchem alle sozialen Phänomene aus den Motiven und dem Handeln von Menschen erklärt werden sollen. Vgl. z.B. Udehn (2002).

– was immer das konkret bedeuten soll – erhalten muss. Denn gerade die negativen Folgen einer vollkommen sich selbst überlassenen Marktwirtschaft suchten die Theoretiker des „Neo-Liberalismus“ mit ihrer eigenen Konzeption zu vermeiden. Ihr Ansatz einer Wettbewerbsordnung, die einen langfristigen, fairen Rahmen für das freie wirtschaftliche Handeln der Marktakteure definieren soll, verstanden sie stattdessen als eine Alternative zu einem zügellosen *Laissez-faire*-Kapitalismus. Die Neoliberalen suchten vielmehr einen „Dritte[n] Weg“ (Röpke 1979, S. 43 und S. 284 ff.) zwischen dem Wirtschaftsverständnis des *Laissez-faire* auf der einen Seite und der Konzeption einer totalitären sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft auf der anderen.⁵ Nach den Vorstellungen Euckens⁶ hat der Staat vor allem die Funktion eines Reglers: Er soll durch die Gestaltung einer Rahmenordnung dafür Sorge tragen, dass die Ergebnisse des einzelwirtschaftlichen Handelns der Marktakteure „universalisierbar“ im Sinne des kantischen „kategorischen Imperativs“ sind. Dieses Werturteil verlangt: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde“ (Kant 1983, S. 51).⁷ Denn Eucken (2004, S. 179) strebt nach einer „Wirtschaftsordnung ..., in der die Menschen nicht nur Mittel zum Zweck, nicht nur Teilchen des Apparates sind“, und wählt damit eine Formulierung, die dem kategorischen Imperativ Kants in seiner dritten Fassung entspricht.⁸

Nicht allein wegen der ihr immanenten praktischen Probleme der Information und der Motivation menschlichen Handelns (dazu näher Thieme 2003, S. 28 ff.) lehnt der Neoliberale Eucken daher die sozia-

5 | Die Bezeichnung „Dritter Weg“ ist insofern missverständlich, als der Neoliberalismus weder „Halbkapitalismus“ noch „Halbsozialismus“ – also ein Zwischenweg zwischen zwei verfehlten Ansätzen – sein soll, sondern eine völlig eigenständige Konzeption. Röpke (1965), S. 332, distanzierte sich daher später wieder hiervon.

6 | Die folgenden Ausführungen werden sich vor allem an den Auffassungen Walter Euckens orientieren. Eucken ist wohl nicht nur der exponierteste Vertreter des Ordoliberalismus Freiburger Prägung; seine „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ liefern überdies auch eine in sich geschlossene Gesamtdarstellung der ordoliberalen Konzeption der Wirtschaftspolitik, wie sie am ehesten als repräsentativ für die Ordnungstheorie insgesamt angesehen werden kann (ähnlich Leipold 1990, S. 47).

7 | Zur Frage der Begründbarkeit der Existenz solcher kategorischen im Unterschied zu hypothetischen Imperativen siehe Müller (2004).

8 | „Handle so, daß du die Menschheit, sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden andern, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchest.“ Kant (1983, S. 61).

listische Zwangswirtschaft ab, sondern auch und gerade wegen ihres Menschenbildes. Der Sozialismus, kritisiert Eucken, degradiert den Menschen zu einem bloßen Instrument der Erfüllung von Sollvorgaben im Prozess zentralistischer Planung und Lenkung bei der Erstellung und Durchführung der Volkswirtschaftspläne (Eucken 2004, S. 126 und 131). Durch die angestrebte Vereinigung wirtschaftlicher Konzentration mit der Umbildung des Staates werde der Mensch zur Sache und verliere seinen Charakter als Person: „Der Apparat ist Zweck, der Mensch Mittel“ (Eucken 2004, S. 177).

Der gleiche moralische Grund spricht nach Eucken aber auch gegen eine Wirtschaftspolitik des *Laissez-faire*, für welche das Schlagwort vom „Neoliberalismus“ heute oft so leichtfertig verwendet wird. Die Wirtschaftspolitik des *Laissez-faire* orientierte sich zwar insofern am ethischen Postulat der Universalisierung, als den Bürgern gewisse – verallgemeinerbare – Grundrechte zugesichert und dem Rechtsstaat die Aufgaben aufgetragen wurden, diese Bürgerrechte einerseits gegen die Zwangsgewalt der Organe des Staates, der damit selbst unter das Recht gestellt wurde, und andererseits gegen die Bedrohung der Bürger gegeneinander zu sichern (Eucken 2004, S. 48). Aber dieser Ordnung des Rechts stand, wie Eucken (2004, S. 50) kritisierte, keine Ordnung der Wirtschaft gegenüber, welche die grundsätzliche Gleichheit aller Bürger auf die Interaktionen im Markt übertrug. Was der *Laissez-faire*-Ansatz aus der neoliberalen Sicht übersah, war damit die Tatsache, dass die Funktion rechtsstaatlicher Institutionen mit dem Ordnungsgefüge der Wirtschaft selbst variiert (Eucken 2004, S. 50). Insofern der *Laissez-faire*-Liberalismus den Wettbewerbsgedanken ohne Rücksicht darauf in den Mittelpunkt stellt, dass Konkurrenz – wenn sie nicht an Leistung orientiert ist – auch negative Wirkungen für den Menschen haben kann, besteht nach seiner Auffassung auch in dieser Konzeption die Gefahr, dass Menschen von anderen Menschen systematisch benutzt werden. Wer sich etwa auf Strategien des fairen Leistungswettbewerbs beschränkt, während seine Konkurrenten zu Praktiken des Behinderungs- oder gar Vernichtungswettbewerbs greifen, wird – ohne eine staatliche Rahmensezung, die dem entgegenwirkt – am Markt unterliegen. Auf diese Weise können Situationen entstehen, in welchen die grundsätzlich geltenden – universalisierbaren – Freiheitsrechte durch die wirtschaftlichen Interaktionsprozesse ausgehöhlt werden und die Menschen „nur formell frei, faktisch aber unfrei“ (Eucken 2004, S. 50) sind.

Die Kritik Euckens am wirtschaftlichen (oder Paläo-) Liberalismus zielt also im Kern darauf, dass er sich zwar am ethischen Universalisierungsgedanken orientierte, aber in der Sphäre der Wirtschaft gerade keinen Raum für ein Tätigwerden des Staates sah. Im ökonomischen Liberalismus ist es der Rechtsstaat, welcher der unbegrenzten Freiheit aller in der Anarchie eine Grenze in der Freiheit des jeweils anderen setzen will, um gerade erst hierdurch allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Der Motor der Wirtschaft ist nach dieser Auffassung der menschliche Eigennutz, ihr Ordnungsprinzip der Wettbewerb.

Beeinflusst von der Philosophie des Deismus glaubte der Paläoliberalismus an eine „natürliche“, aus der Vernunft ablesbare Ordnung der Wirtschaft. Ebenso wie der von Harmonie und Ordnung geprägte Kosmos, besitze auch die Ökonomie eine „prästabilisierte Harmonie“, in die einzugreifen sich der Regierung verbiete. Nach Smith' berühmtem „Theorem der unsichtbaren Hand“ koordiniert der sich selbst überlassene marktliche Wettbewerb – wie von „unsichtbarer Hand“ geleitet – die Vielzahl der individuellen Einzelinteressen auf ein einziges übergeordnetes Gesamtinteresse der Gesellschaft. Das wirtschaftliche Ordnungsproblem scheint hier auf genial einfache Weise gelöst: Ganz ohne eine Koordination durch den Staat fördern die Wirtschaftssubjekte bloß dadurch, dass sie egoistisch nach Gewinn oder Nutzen streben, „ohne es zu beabsichtigen, ja ohne es zu wissen, das Interesse der Gesellschaft“ (Smith 1994 [1759], S. 316 f.). Nicht eine planmäßige Wirtschaftsordnungspolitik empfiehlt daher diese Konzeption der praktischen Wirtschaftspolitik, sondern – etwas überspitzt formuliert – das schiere Nichtstun. Wer als Regierender will, dass es der Allgemeinheit gut geht, braucht nur die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten – getreu dem paradigmatischen Motto „Laissez faire, laissez passer“.

Doch gerade in dieser Empfehlung lag das katastrophale „Versagen des Wirtschaftsliberalismus“ (Rüstow 1950), denn er übersah, dass das Laissez-faire-Prinzip allenfalls für bestimmte Arten von Wettbewerb eine geeignete wirtschaftspolitische Leitlinie sein mag, doch keineswegs für alle. Zu universalisierbaren Marktergebnissen führt nämlich allein ein „Leistungswettbewerb“ (grundlegend Böhm 1933, S. 210 ff., Rüstow 1950 S. 68 ff.; Eucken 2004, S. 42 und S. 247), in dem die Unternehmen mit Preisen, Qualitäten und Konditionen in paralleler Richtung und Anstrengung um Problemlösungen im Sinne ihrer Konsumenten konkurrieren. Ein Schädigungs- oder Behinderungswettbewerb („Nichtleistungswettbewerb“), in dem die Konkurrenten danach streben, sich mit

Strategien des „raising rival's costs“ gegenseitig zu behindern, wäre hingegen ineffizient. Mehr noch: Wenn der Staat es versäumt, durch Wirtschaftsordnungspolitik allgemeine, universalisierbare Regeln für den Wettbewerb durchzusetzen, werden sich gerade die unerwünschten Formen des Nichtleistungswettbewerbs am Markt durchsetzen. Denn der Leistungswettbewerb hat die Tendenz, sich selbst aufzuheben, insofern seine Herstellung, in moderner ökonomisch-spieltheoretischer Diktion, den Bedingungen einer „sozialen Dilemmasituation“ unterliegt (Kirsch 1981).

Betrachten wir zur spieltheoretischen Illustration (siehe z.B. auch Wentzel 2000, Müller 2008) nur den Fall einer Wirtschaft mit mehreren Unternehmen, die vor der Frage stehen, ob sie eine bestimmte Regel des Leistungswettbewerbs – sagen wir: den Verzicht auf Preisabsprachen – freiwillig befolgen sollen oder nicht. Jedes Unternehmen verfügt also über die beiden Handlungsalternativen „Wettbewerbsregel einhalten“ und „Wettbewerbsregel brechen“. Die einzelnen Zellen der Matrix in der Abbildung enthalten die „Payoffs“ aller Beteiligten (mit $T > R > P > S$ für jeden Spieler), wobei die Auszahlungen eines beliebigen Unternehmens *A* vor dem Komma stehen, die Auszahlungen aller übrigen Unternehmen (hier zur Vereinfachung zu einem einzigen Entscheider *B* zusammengefasst) dahinter. Die Situation rechts unten beschreibt dabei den Zustand eines allseitigen Nichtleistungswettbewerbs, in dem alle Teilnehmer die Wettbewerbsregel brechen; die Zelle links oben hingegen markiert den kollektiv gewünschten – universalisierbaren – Zustand einer allgemeinen Befolgung der Wettbewerbsregel.

		alle übrigen Unternehmen B:	
		Wettbewerbsregel einhalten	Wettbewerbsregel brechen
Unternehmen A:	Wettbewerbsregel einhalten	R,R	S,T
	Wettbewerbsregel brechen	T,S	P,P

Die Selbstaufhebung des Wettbewerbs als soziales Dilemma (mit $T > R > P > M$ für jeden Spieler)

In einer solchen Entscheidungssituation wird jedes Unternehmen – unabhängig von der Entscheidung seiner Konkurrenten – rationalerweise die Wettbewerbsregel brechen. Für das Unternehmen *A* ergibt sich das aus dem folgenden Kalkül: Wenn alle übrigen Unternehmen die Regel

einhalten, steht *A* besser da, wenn es selbst die Regel bricht und sich Vorteile sichert, welche die anderen nicht für sich in Anspruch genommen haben; denn der Regelbruch zahlt sich aus, insofern (in der Zelle links unten) die Auszahlung *T* größer ist als die Auszahlung *R* in der Situation der allseitigen Regelbefolgung. Wenn hingegen alle übrigen Unternehmen die Wettbewerbsregel nicht einhalten, so ist es – schon aus Gründen des Selbstschutzes – für Unternehmen *A* erst recht besser, die Regel ebenfalls zu brechen (Situation rechts unten), denn nur dann erhält *A* die höhere Auszahlung *P* statt *S*. Was immer also die übrigen Unternehmen tun, für Unternehmen *A* liegt es immer im Eigeninteresse, die Wettbewerbsregel zu missachten. Analoges gilt aufgrund der Symmetrie der Entscheidungssituation umgekehrt für die übrigen Marktteilnehmer.

Die Beteiligten befinden sich hier in einem Dilemma zwischen individueller und kollektiver Vernunft: Obwohl alle Marktteilnehmer ein gemeinsames Interesse an der Kooperation haben, weil die gemeinschaftlichen Auszahlungen bei allgemeiner Normbefolgung (*R,R*) für jeden Einzelnen höher sind als im Auszahlungspaar (*P,P*) bei allseitigem Regelbruch, drängt das individuelle Eigennutzstreben einen jeden Konkurrenten dazu, gegen das Gemeinwohl zu entscheiden. Da jeder so handelt, finden sich im Ergebnis alle Unternehmen in der kollektiv schlechtesten – aber stabilen – Situation eines allseitigen Bruchs der Wettbewerbsregel wieder: im kollektiv ungewünschten Schädigungswettbewerb (Zelle rechts unten).

Ein menschenwürdiger Leistungswettbewerb, dies ist die Ratio einer jeden wirtschaftlichen Ordnungspolitik, unterliegt der Gefahr, sich selbst aufzulösen. Eine zerstörerische Nichtleistungskonkurrenz, in der jeder Marktteilnehmer versucht, jeden anderen zum „Mittel“ seines privaten Gewinn- oder Nutzenstrebens zu machen, ist möglich und – gegeben das Eigennutzstreben der Marktakteure – sogar wahrscheinlich. Zumindest in seiner Universalität ist Smith' Theorem von der unsichtbaren Hand damit falsch. Leistungswettbewerb, der allein zu einer Harmonie der individuellen Einzelinteressen mit dem Gesamtinteresse der Gesellschaft führen kann, entsteht selbst dann nicht einfach von selbst, wenn der Rechtsstaat die allgemeine Geltung universalisierbarer Grundrechte verfassungsmäßig garantiert. Der Staat muss die Marktteilnehmer vielmehr – in ihrem eigenen Interesse – auch dazu zwingen, die Regeln des Leistungswettbewerbs einzuhalten und damit alle Versuche von Marktteilnehmern zu unterbinden, Macht über andere Individuen zu erlangen. Denn Machtpositionen auf Märkten erlauben es einzelnen Wirtschafts-

subjekten, die Kompensation für Schädigungen, die sie Dritten aufgezungen haben, zu unterlassen. Vermachtungen von Märkten stören damit jene Reziprozität von Leistung und Gegenleistung, die das kanstische Universalisierungsprinzip fordert.

Es ist dies der Grund, warum auch andere Neoliberale forderten, den „sozialen Darwinismus des Laissez-faire“ (Röpke 1979, S. 265) aufzugeben und die Herstellung und den Schutz von (Leistungs-) „Wettbewerb als Aufgabe“ (Miksch 1947; siehe auch Berndt und Goldschmidt 2000; Goldschmidt 2006) des Staates zu betrachten: Denn der sozial gewünschte Leistungswettbewerb stellt sich in der Interaktion der Marktakteure nicht einfach von selbst ein; er muss erst durch den Staat geschaffen werden. Der Mensch soll nach ordoliberaler Überzeugung durch den Staat davor geschützt werden, in seiner Eigenschaft als Marktakteur zum „Mittel“ des Erfolgsstrebens anderer Menschen zu werden, zu dem ihn ein ungezügelter, freier Marktprozess leicht machen könnte.

Die sozialistische Kritik an den Ergebnissen des Paläoliberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts hatte insofern also ihre Berechtigung: Wo die sichtbare Hand der staatlichen Ordnungspolitik es versäumte, hinreichende Bedingungen für das wohlfahrtsstiftende Wirken der unsichtbaren Hand des Marktes zu schaffen, musste auch das Proletariat benachteiligt bleiben. Viele Arbeiter waren deshalb unter dem Laissez-faire-Regime allenfalls formell frei; faktisch aber waren sie unfrei. Doch muss man sich nach Ansicht der Neoliberalen hüten, deshalb nun gleich umgekehrt der sozialistischen Versuchung zu verfallen und den Staat zu einem omnipotenten Heilsbringer machen zu wollen, der mit der Berechtigung und sogar Verpflichtung versehen wird, nahezu unbeschränkt prozess- und nicht nur ordnungspolitisch in die wirtschaftlichen Abläufe zu intervenieren.

Es ist daher gerade ein Weg *zwischen* den beiden extremen Wegen eines zentralverwaltungswirtschaftlichen Sozialismus auf der einen Seite und eines allein auf die freien Kräfte des Marktes setzenden Liberalismus auf der anderen Seite, den die ordnungstheoretische Perspektive aufspannt. So fordert Eucken (1949, S. 93):

„Der Staat soll weder den Wirtschaftsprozess zu steuern versuchen, noch die Wirtschaft sich selbst überlassen: Staatliche Planung der Formen – ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses

– nein. Den Unterschied von Form und Prozess erkennen und danach handeln, das ist wesentlich. Nur so kann das Ziel erreicht werden, daß nicht eine kleine Minderheit, sondern alle Bürger über den Preismechanismus die Wirtschaft lenken können.“

Der Grund hierfür ist ein normativer: Der Liberalismus des Laissez-faire überlässt die Wirtschaftsordnung und den Wirtschaftsprozess dem Einzelnen – und er übersieht damit, dass es gerade die Verfolgung des Eigeninteresses der Wirtschaftssubjekte ist, welche die Menschen in eine Situation der kollektiven Selbstschädigung führt – in einen Hobbeschen „Krieg aller gegen alle“ in der Wirtschaft. Der Sozialismus indes überlässt die Wirtschaftsordnung und den Wirtschaftsprozess allein dem Staat; er erniedrigt den Menschen zu einem bloßen Instrument der Planerfüllung und raubt ihm hierdurch seinen Charakter als Person: „Der Apparat ist Zweck, der Mensch Mittel“ (Eucken 2004, S. 177). Wie es von Hayek (2009) eindringlich beschrieben hat, wird der Weg einer praktisch unbeschränkten Prozesspolitik auf diese Weise leicht zu einem geraden „Weg zur Knechtschaft“.

b) Ordnung mit Würde

Der normative Impetus, dass es der Staat ist, der das ethische Prinzip der Universalisierung und mit ihm die Menschenwürde durch sein ordnungspolitisches Eingreifen in der Wirtschaft zu Geltung bringen muss, durchzieht alle Grundsätze, die Eucken als Richtschnur für die ordoliberalen Wirtschaftspolitik definierte (siehe zu diesen Grundsätzen Eucken 2004, S. 255 ff.; vgl. auch Grossecktkler 1987, S. 12a; Cassel und Kaiser 2000; Goldschmidt 2006).

Zentral in dieser Konzeption ist dabei der *Grundsatz des Strebens nach vollständiger Konkurrenz*. Das ist insofern konsequent, als nur die Vollkommenheit eines Marktes garantieren kann, dass alle systematisch zu erwartenden positiven wie negativen Handlungsfolgen einer Markttransaktion beim Verursacher internalisiert werden (Bonus 1980, S. 139). Konsumiert ein Verbraucher nämlich beispielsweise ein privates Gut wie ein Brot, so sind bei dessen Produktion Grenzkosten angefallen, die bei vollkommener Konkurrenz (dem Grenzanbieter) exakt durch den Preis entgolten werden. Könnte der (marginale) Nachfrager stattdessen einen Preis erzwingen, der unter den angefallenen Grenzkosten liegt, so entstünde dem Hersteller ein Defizit; der Anbieter würde insoweit zum „Mittel“ der Bedürfnisbefriedigung des Nachfragers. Könnte hingegen der Produzent – etwa, weil ein nur unvollkommener Anbieterwettbewerb

ihm Marktmacht verleiht – einen Preis oberhalb der dem marginalen Nachfrager entstandenen Grenzkosten verlangen, so würde umgekehrt der Konsument zum Objekt des Verkäufers; es wäre seine Marktmacht, nicht aber seine Leistung, die ihn in die Lage versetzte, die schwächere Position des Käufers auszubeuten. Nur wenn – wie bei vollkommener Konkurrenz – beide Marktseiten einander gleichmächtig gegenüberstehen, entspricht der Preis genau den Grenzkosten. Es dürfte in diesem Sinne zu verstehen sein, wenn Eucken sich von der Realisation der Wettbewerbsordnung nicht nur die Herstellung einer *funktionsfähigen*, sondern auch die einer *gerechten* Ordnung erwartet:

„Was Gleichgewicht bedeutet, kann einem im Angesicht dieser doppelten Aufgabe klar werden: Die Funktionsfähigkeit ist eine Frage des Gleichgewichts. Nicht weniger aber ist es – was hier nur angedeutet werden soll – die Gerechtigkeit. Dem Gleichgewicht kommt also mehr als eine bloß ökonomisch-technische Bedeutung zu.“ (Eucken 2004, S. 166).

Dabei spielt es keine Rolle, dass Euckens Vorstellung von vollständiger Konkurrenz nicht exakt das Vorbild der neoklassischen Mikroökonomik getroffen haben dürfte: „Die Neoliberalen haben weder behauptet, die Modellmarktform des vollkommenen Polypols unter idealen Nebenbedingungen sei praktisch durchsetzbar, noch haben sie den Charakter des Wettbewerbs als eines dynamischen Prozesses verkannt“ (Willgerodt 1975, S. 105). Aber auch dann, wenn man unter vollständiger Konkurrenz „eine Mechanik, die tendenziell zum Gleichgewicht des Wirtschaftsprozesses hinführt“ (Lenel 1975, S. 59), versteht oder auch ein „Sichbewegen zwischen zwei Gleichgewichtslagen“ (Heuß 1989, S. 24), so besteht doch zumindest immer eine systematische und tendenzielle Verwirklichung des ethischen Universalisierungsprinzips. Alle alternativen Allokationsmechanismen – etwa die Zuteilung durch Anweisung in der zentralen Verwaltungswirtschaft – verwirklichen die hierdurch gewährleistete „Waffengleichheit“ der Marktakteure hingegen höchstens zufällig; allein der vollkommene Markt sorgt durch seinen inhärenten Preisbildungsmechanismus dafür, dass das sich ergebende Gleichgewicht des wirtschaftlichen Handelns aller Akteure „universalisierbar“ im Sinne des kantischen Sittengesetzes ist, insofern niemand systematisch zum „Mittel“ anderer Marktteilnehmer degradiert wird.

Wie man bei näherer Betrachtung leicht erkennt, folgen auch alle übrigen Euckenschen konstituierenden und regulierenden Prinzipien der Wirtschaftspolitik – von denen im Folgenden nur einige exemplarisch

herausgegriffen werden sollen – der gleichen normativen Leitlinie. So kann die vollständige Konkurrenz nur insoweit zur ethisch gewünschten Internalisierung aller systematisch auftretenden Entscheidungsfolgen beitragen, als exklusive Eigentumsrechte definiert sind; eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Wettbewerbsordnung schafft daher die Institution des Privateigentums (*Grundsatz des Privateigentums an Produktionsmitteln*). „Kollektiveigentum“ hingegen wäre dazu ungeeignet. Denn nach Eucken (2004, S. 138 f.) wird kollektiviertes Eigentum in vielen Fällen de facto nicht mehr sein als eine Art Privateigentum einer handvoll Funktionäre; seine Existenz würde bestehende soziale Ungleichheiten eher noch verstärken, statt diese zu reduzieren. Wo indes niemand irgendwelche Ausschlussrechte an knappen Gütern ausübt, würde sprichwörtlich „jedermanns Eigentum niemandes Eigentum“. Das Fehlen eines Exklusionsrechts für rivale, private Güter und – als dessen logisches Korrelat – einer privatwirtschaftlichen Haftungsverpflichtung für Eigentumsverletzungen würde, wie die *Common-pool resource*-Forschung (Ostrom 1990; Ostrom, Gardner und Walker 1994; einen Überblick geben Müller und Tietzel 2005) theoretisch und mit einer Vielzahl von Feldstudien ans Licht befördert hat, einen wahren Positionswettlauf um die Nutzung des Gutes initiieren. Insofern die Nutzen des Ressourcenverbrauchs allein beim Nutzer anfallen, die Kosten – in Form der Aufzehrung des gemeinschaftlich besessenen Guts – indes bei der Gesamtzahl aller Nutzungsberechtigten, hätte jeder einen rationalen Anreiz, der erste zu sein, der sich die Erträge aus der gemeinschaftlich besessenen Ressource aneignet. Um sich nicht selbst zum Ausbeutungsobjekt aller übrigen zu machen, würde jeder danach streben, der erste zu sein, der alle übrigen Beteiligten zum „Mittel“ seiner Nutzung macht. Übernutzung und Rentenaufzehrung des gemeinschaftlich gebrauchten Gutes sind die natürlichen Folgen einer Eigentumsordnung, die eine solche Aneignungskonkurrenz um die Ausbeutung einer Ressource initiiert.

Aus der gleichen normativen Überzeugung heraus sind auch Haftungsbeschränkungen aller Art zu verhindern (*Grundsatz der Vermeidung von Haftungsbeschränkungen*). „Wer den Nutzen hat“, so Eucken (2004, S. 279), „muß auch den Schaden tragen.“ Denn wer – wie in der Rechtsform der Aktiengesellschaft und besonders in jener der GmbH möglich – die Haftung für seine Handlungen auf eine bestimmte Summe an Haftungskapital beschränkt, lebt tendenziell auf Kosten Dritter. Er vermag in überoptimalem Maße Risiken zu übernehmen und damit andere Menschen, die prospektiven Haftungsträger, zum „Mittel“ seines priva-

ten Gewinnstrebens zu degradieren. Haftung – die Übernahme auch der negativen Konsequenzen des eigenen Handelns – ist für Eucken nur die Kehrseite der menschlichen Freiheit; sie ist „nicht nur eine Voraussetzung für die Wirtschaftsordnung, sondern überhaupt für eine Gesellschaftsordnung, in der Freiheit und Selbstverantwortung herrschen“ (Eucken 2004, S. 285). Der um Haftungsbeschränkung bemühte Wirtschaftsakteur strebt letztlich nach Macht – und damit nach Reduktion der Freiheit anderer: „Das Streben nach Haftungsbeschränkung ähnelt dem universalen Streben zur Monopolsituation, das stets lebendig ist“ (Eucken 2004, S. 284). Insofern dieses universale Streben indes nicht universalisierbar ist, soll die Wettbewerbsordnung konsequenterweise Haftungsausschlüsse möglichst zu unterbinden.

Vollständig spezifizierte, private Verfügungsrechte und die Vermeidung von Haftungsbeschränkungen ermöglichen aber nicht nur die Zurechnung von Kosten der Nutzung knapper Ressourcen, sondern verleihen auch dem einzelnen Eigner die Möglichkeit, Teile seines Ressourcenanteils herauszulösen und anderen Individuen zum Tausch anzubieten. Hierdurch erhält der private Rechteinhaber einen zusätzlichen Anreiz, den Marktwert seines Vermögensanteils zu erhalten. Die Freiheit, mit anderen Individuen Verträge zu schließen (*Grundsatz der Vertragsfreiheit*), ist darum eine weitere Voraussetzung der Funktionsfähigkeit vollständiger Konkurrenz. Andererseits darf sie nach Eucken (2004, S. 278) „nicht zu dem Zwecke gewährt werden, um Verträge zu schließen, welche die Vertragsfreiheit beschränken oder beseitigen“. Damit nicht ein Mensch zum „Mittel“ der Lebensführung eines anderen wird, muss die Freiheitssphäre eines jeden Einzelnen ihre Grenze in der Freiheit aller anderen Personen finden (Eucken 2004, S. 176). Eucken (2004, S. 275 und 279) postuliert daher auch, dass Privateigentum und Vertragsfreiheit eine „Kontrolle durch die Konkurrenz“ erfahren müssen. Wären Kartell- und Monopolverträge erlaubt, könnten Arbeiter in genau jener Weise von Unternehmern abhängig und damit zu deren „Mittel“ werden, die Karl Marx mit Recht an der Wirtschaftsordnung seiner Zeit kritisierte. Was Marx indes übersah – und was ihn paradoxerweise dazu brachte, mit der Überführung von Produktionsmitteln in „Kollektiveigentum“ die Ersetzung der Monopolnachfrage privater Unternehmen nach Arbeit ausgerechnet durch die Arbeitsnachfrage des noch größeren Staatsmonopols zu fordern –, war die Tatsache, dass nicht das Privateigentum die Ursache der seinerzeitigen Ausbeutung von Arbeitern war, sondern die (monopolistische oder oligopolistische) Marktstruktur, unter der es verwendet wurde (Eucken 2004, S. 272 f.).

Wo von der Marktform der vollkommenen Konkurrenz abgewichen wird, haben Wirtschaftsakteure die Möglichkeit, auf Märkten Macht auszuüben; sie werden so in die Lage versetzt, Kompensationen für Schädigungen zu unterlassen, die sie Dritten aufgezwungen haben. Als regulierendes Prinzip neoliberaler Wirtschaftspolitik postuliert Eucken (2004, S. 291 ff.) daher einen *Grundsatz der Verhinderung von Monopol- und Kartellbildungen und Kontrolle unauflöslicher Machtanballungen*, da diese notwendig jene Reziprozität von Leistung und Gegenleistung stören würden, die das ethische Universalisierungsprinzip fordert.

Vor allem war es „die soziale Frage“ (Eucken 1948), deren moralisch akzeptable Lösung die Freiburger Ordnungsökonomien bewegte. Die Vertreter der Ordnungstheorie waren sich dabei einig, dass Ordnungspolitik grundsätzlich die beste Sozialpolitik sei. Das wichtigste Mittel der Sozialpolitik sei daher die Sicherung einer Wettbewerbsordnung (Eucken 1948, S. 116 f.; 2004, S. 314 ff.; Böhm 1954, S. 75 ff.; Müller-Armack 1966, S. 207 f., 234; für einen Überblick Rauhut 2000, S. 48 ff.). Aus dieser Sicht ist eine Politik sozial, die Privilegierte entmachtet und Freiheiten sichert. In jenen Bereichen aber, in welchen die Wettbewerbsordnung allein die Gerechtigkeit der Ergebnisse des Wirtschaftens nicht realisieren kann, sehen auch die Ordnungstheoretiker Bedarf für eine „spezielle Sozialpolitik“ (Eucken 2004, S. 314 und 318). Die durch die Konkurrenz zustande gekommene Primärverteilung von Einkommen durch den Markt ist zwar grundsätzlich effizient, aber nicht notwendig gerecht (universalisierbar). Wer als Reicher Luxusgüter nachfragt, die nicht zur Deckung besonders dringender Bedürfnisse nötig sind, verbraucht Ressourcen, die solchen Menschen, die um ihre bloße Existenz ringen, zum Überleben benötigen (Eucken 2004, S. 355). Der Arme wird auf diese Weise leicht zum Mittel der Befriedigung höherer Bedürfnisse durch den Reichen. Da man, wenn man selbst bedürftig wäre, Unterstützungsleistungen anderer wünschen würde, verlangt Eucken mit seinem regulierenden *Prinzip der gerechtkeitsorientierten Einkommenskorrektur* – ganz im Sinne des ethischen Universalisierungsgedankens – einen korrigierenden Staatsingriff. Dabei mag es offen bleiben, ob dem Verallgemeinerungsprinzip eher durch eine progressive Einkommensteuer entsprochen wird (wie bei Eucken 2004, S. 301, angedeutet) oder durch irgendeine andere Ausgestaltungsform des Steuertarifs, etwa durch eine Proportionalbesteuerung.

3. Die Krise als Versagen der Ordnungsethik

Gerechte Ergebnisse marktlichen Handelns, so lautet die Grundüberzeugung des Neoliberalismus, werden sich im Regelfall nur dann einstellen, wenn die Spielregeln für die Wirtschaft ihrerseits gerecht sind. In diesem Sinne führt der Ordoliberalismus Krisenphänomene vor allem auf Defizite der Regelsysteme – und damit auf ein Staatsversagen – zurück (Funk 2009, S. 80). So war nach neoliberaler Diagnose im Wesentlichen ein Versagen der wirtschaftlichen Ordnungsregeln die Ursache der US-Immobilienmarktkrise, die sich seit dem Jahr 2007 unter dem Einfluss vor allem einer extrem expansiven Geldpolitik der USA zu einer globalen Banken- und Wirtschaftskrise und – im Zusammenspiel mit der Einführung des Euro – schließlich zu einer Verschuldungskrise entwickelte (für eine Analyse der Abläufe siehe z.B. Brunetti 2011). Das Versagen bestand in dem Versäumnis der staatlichen wirtschaftspolitischen Akteure, die freien (eigennützigen) Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte auf den Märkten anhand der höchstgeordneten Gerechtigkeitsnorm zu korrigieren.

Konkret waren im Verlauf der Ereignisse gleich mehrere (Gerechtigkeits-) Prinzipien der Wirtschaftspolitik verletzt: Die vom Leverage-Effekt (Perridon, Steiner und Rathgeber 2007, S. 489-495) motivierte und von der Too-big-to-fail-Problematik gesteigerte exzessive Risikofreue der Banken konstitutierte nach dieser Lesart ein grundlegendes Moral-Hazard-Problem (Brunetti 2011, S. 26 ff.) und damit eine grobe Verletzung des Euckenschen Haftungsprinzips der Wirtschaft. Es war im Wesentlichen der gleiche Grund, der ab 2006 zur Subprime-Problematik geführt hatte. Die Banken vergaben, oft ohne hinreichend Kreditwürdigkeitsprüfungen, zunehmend „zweitklassige“ (Subprime-) Kredite bis hin zu extrem riskanten sog. NINJA-Krediten (NINJA = no income, jobs or assets), was für sie weitgehend problemlos erschien, weil sie ihr Risiko durch Forderungsverkauf an Investmentbanken weitergaben. Diese wiederum schufen hieraus durch Bündelung und Strukturierung sog. Asset-backed securities (ABS) und wähten sich ihrerseits sicher aufgrund von Risikodiversifizierung, steigenden Preisen der als Sicherung gegebenen Häuser sowie durch eigene Haftungsverlagerung auf Dritte über Credit Default Swaps bei Versicherungen.

Die amerikanische Notenbank tat ihr Übriges dazu, indem sie mit ihrer extrem expansiven Geldpolitik die Prinzipien der Konstanz der Wirtschaftspolitik, der Preisniveaustabilität und, zumindest auf dem Immo-

bilienmarkt, das Prinzip der Schaffung von knappheitsbedingten Wettbewerbspreisen verletzte. Ihre Versuche, durch eine restriktiver werdende Geldpolitik darauf zu reagieren, führten zudem über steigende Hypothekenzinsen und daraus resultierende Häuserverkäufe zu einem Absinken der ABS-Preise und verschärften mit den hieraus resultierenden Eigenkapitalverlusten der Banken die bestehende Verletzung des Haftungsprinzips.

Die Einführung der Gemeinschaftswährung in Europa führte schließlich in den sog. GIPS-Ländern (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien) zu einem wettbewerbswidrigen Wegfall des Wechselkursrisikos in den Zinsen, so dass insoweit das Prinzip von Wettbewerbspreisen auf dem Kreditmarkt ausgeschaltet war. Die hieraus resultierende Angleichung der Zinsen auf dem Stand der soliden europäischen Schuldnerländer wirkte in den GIPS-Ländern wie eine extrem lockere Geldpolitik, was dort zu einem vorübergehenden enormen Boom zu Lasten Dritter – mithin zu einer weiteren massiven Verletzung des Haftungsprinzips – führte.

Ursache aller dieser Entwicklungen im Verlauf der Finanz- und Schuldenkrise war nach ordnungstheoretischer Diagnose somit nicht (primär) die vielbemühnte „Gier“ und das Eigennutzstreben der Finanzmarktakteure, also eine Krise der Individualmoral. Schuld war aus dieser Sicht vielmehr ein Versagen der staatlichen Entscheidungsträger statt ein (individuelles) Marktversagen: eine Krise der Ordnungsgerechtigkeit, in welcher zeitweise die Freiheit der Marktakteure fälschlicherweise höher gewichtet wurde als die eigentlich höchste Norm der Gerechtigkeit.

4. Der Neoliberalismus als sozialetische Konzeption

Die neoliberale Konzeption der Wirtschaftspolitik verabsolutiert nach alledem nicht, wie so gern behauptet wird, den Wert der Freiheit auf Kosten der Gerechtigkeit. Denn es ist eine Gerechtigkeitsvorstellung – die ethische Norm der Verallgemeinerung –, welche den Dreh- und Angelpunkt des Freiburger Ansatzes der Ordnungsökonomik bildet. Nicht das Individuum dient hier als letzter normativer Bezugspunkt, sondern eine überindividuell definierte Vorstellung vom Gemeinwohl der Gesellschaft.

Die deutschen Neoliberalen lehnten eine rein individualistische Orientierung an der Freiheit als höchster gesellschaftlicher Norm sogar explizit ab. So kritisiert etwa Röpke (1979, S. 88) nachdrücklich „die so-

ziologische Blindheit, mit der man das freischwebende, atomisierte Individuum zur Grundlage der Wirtschaft machte“, was „zu jenem bedenklichen *Individualismus* [führte; der Verf.], der sich schließlich als gesellschaftszerstörend erwiesen hat“ (Hervorhebung im Original). Auch beklagt er die individualistische „Selbstvergottung des Menschen, der sich zum Herrn der Welt zu machen anmaßt“ (Röpke 1964, S. 18). Zwar sei der Mensch das Maß der Wirtschaft; das Maß des Menschen aber sei sein Verhältnis zu Gott (siehe Ockenfels 1999, S. 55). Ganz ähnlich forderte auch der Neoliberale Alexander Rüstow (1950, S. 100), statt die individualistische Selbstbestimmung zum alleinigen Letztwert zu erheben, die „beiden höchsten überwirtschaftlichen Werte: *Gerechtigkeit und Freiheit*“ (meine Hervorhebung, der Verf.) zu erstreben – und zwar in dieser Reihenfolge!

Damit aber hört dieser „Neoliberalismus“ streng genommen auf, überhaupt ein „Liberalismus“ im Sinne von Messners obiger Definition zu sein. Interessanterweise erwägt Röpke (1979, S. 43) sogar, den Begriff des „Liberalismus“ für diese wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption ganz aufzugeben und durch Bezeichnungen wie „Dritter Weg“ oder „ökonomischer Humanismus“ zu ersetzen. Denn für die Freiburger Ordnungstheoretiker ist es die Individualismuskonzeption, deren Anwendungsergebnisse sich am Gemeinwohl messen lassen müssen – nicht aber umgekehrt.

Vielmehr fallen bemerkenswerte Ähnlichkeiten des Freiburger ordnungsökonomischen Ansatzes mit wesentlichen Forderungen der Katholischen Soziallehre auf. Auch die päpstliche Sozialverkündigung setzt – trotz ihres früheren Marktskeptizismus (dazu näher Rauscher 2006, S. 128 ff.) – wesentlich auf den Allokationsmechanismus des Marktes, insofern sie betont, dass „der freie Markt dem Gemeinwohl und der umfassenden Entwicklung des Menschen“ diene und dieses Instrument nur bei Kollektivgütern, bei deren Bereitstellung der Markt versagen muss, suspendiert werden solle (Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden 2006, Nr. 348 f.).

Auch sieht die Soziallehre der Kirche den Primat auf der Ordnungspolitik: Bereits einige Jahre vor den Freiburger Ordnungsökonomien verwies 1931 die päpstliche Enzyklika *Quadragesimo Anno* auf die Möglichkeit, dass der freie Wettbewerb zu seiner eigenen „Selbstaufhebung“ (Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden 2006, Nr. 109) führen könne mit den ungewünschten Folgen einer wirtschaftlichen Vermach-

tung und eines zügellosen Gewinnstrebens. Auch die kirchliche Soziallehre sieht daher das Schwergewicht auf ordnungspolitischen Markt Eingriffen. Die Wirtschaftspolitik hat danach einen „juristischen Rahmen festzulegen, der geeignet ist, die ökonomischen Beziehungen zu regeln“, so dass „Gleichheit unter den Beteiligten besteht“ und Vermachtungen vermieden werden.

Als wesentliche Elemente der Wirtschaftspolitik betont auch die kirchliche Soziallehre die Bedeutung von Privateigentum und Vertragsfreiheit (Nothelle-Wildfeuer und Steeger 2006, S. 19 ff.). Ebenso wird die Notwendigkeit offener Zugänge zu den Märkten bzw. eine Verzögerung oder Behinderung von Monopolisierungen unterstrichen, so dass die Arbeiter „wirklich frei“ sind, „zwischen verschiedenen Optionen zu vergleichen, zu bewerten und zu wählen.“

Und wie bei den Theoretikern des Ordoliberalismus ist auch die Sozialpolitik kirchlicherseits vor allem als Ordnungspolitik gedacht, insofern das die Umverteilung legitimierende Solidaritätsprinzip seine Grenze in der Subsidiarität finden müsse. Einer prozesspolitischen Intervention hat sich der Staat hingegen auch nach kirchlicher Lehre weitgehend zu enthalten, weil ein solches „direktes Eingreifen ... letztlich zur Entmündigung der Bürger und zu einem übermäßigen Wuchern des öffentlichen Apparats“ führen würde (Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden 2006, Nr. 350-355; alle Zitate).

Nicht einmal in Bezug auf die christlich-metaphysische Fundierung der zugrunde liegenden Universalisierungsvorstellung gibt es tiefgreifende Unterschiede zwischen den beiden Positionen. Denn auch die christliche Sozialethik⁹ basiert wesentlich auf dem ethischen Universalisierungsgedanken. In der Fassung von Karol Wojtyła (1979, S. 25), der als Johannes Paul II. Papst wurde, liegt aller christlichen Sozialethik als oberstes Gebot ein aus dem biblischen Liebesgebot abgeleitetes „personalistisches Prinzip“ zugrunde, das explizit in Anlehnung an den kantischen kategorischen Imperativ formuliert ist, das verlangt (Wojtyła (1979), S. 25): „Wenn in deinem Verhalten eine Person Objekt deines Handelns ist, verlei niemals, daß du sie nicht bloß als Mittel, als Werk-

9 | *Als Christliche Sozialethik wird im Allgemeinen jene normative (technologische) sozialwissenschaftliche Disziplin bezeichnet, welche die Werte der „Personalität“, „Solidarität“ und „Subsidiarität“ zum Ausgangspunkt hat. Vgl. z.B. Furger (1991), S. 134 ff.; Anzenbacher (1998), S. 178 ff.*

zeug, behandeln darfst, sondern sei dir bewußt, daß sie ihr eigenes Ziel hat oder wenigstens haben sollte.“ Ein Prinzip, das seinerseits weitgehend der biblischen „Goldenen Regel“ (z.B. Matthäus 7,12 oder Lukas 6,31) entspricht (Wimmer 1980, S. 254-295).

Kein Wunder also, dass auch die Ordoliberalen selbst beide Konzeptionen für weitgehend austauschbar hielten. Was der große christliche Sozialethiker Pater Gundlach als Katholische Soziallehre bezeichne, so konstatierte bereits der Ordnungstheoretiker Rüstow (1960, S. 151), falle mit der neoliberalen Konzeption der Wirtschaftspolitik zusammen – „von einigen untergeordneten Differenzen abgesehen.“¹⁰

Literaturverzeichnis

- Anzenbacher, Arno (1998), *Christliche Sozialethik. Einführung und Prinzipien*, Paderborn u.a.
- Berndt, Arnold und Nils Goldschmidt (2000), „Wettbewerb als Aufgabe“ – Leonhard Mikschs Beitrag zur Ordnungstheorie und -politik. In: *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 51, S. 33-74.
- Böhm, Franz (1933), *Wettbewerb und Monopolkampf*, Berlin.
- Böhm, Franz (1954), *Freiheitsordnung und soziale Frage*, in: Gerhard Weisser (Hrsg.), *Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung, Berlin 1954*, S. 71-95.
- Bonus, Holger (1980), *Öffentliche Güter und Gefangenendilemma*, in: Warnfried Dettling (Hrsg.), *Die Zähmung des Leviathan*, Baden-Baden, S. 129-160.
- Brunetti, Aymo (2011), *Wirtschaftskrise ohne Ende?* Bern.
- Brennan, Geoffrey und James M. Buchanan (1993), *Die Begründung von Regeln*, Tübingen.
- Buchanan, James M. (1977), *Freedom in Constitutional Contract*, College Station – London.
- Buchanan, James M. (1984), *Die Grenzen der Freiheit. Zwischen Anarchie und Leviathan*, Tübingen.

10| Zu den darüber hinaus bestehenden ideellen und personellen Beziehungen der Freiburger Ordnungsökonomien zur evangelischen Bekennenden Kirche siehe Goldschmidt (1998).

- Buchanan, James M. (1990), *The Domain of Constitutional Economics. Constitutional Political Economy 1*, S. 1-18.
- Cassel, Dieter (Hrsg.) (1998), *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption*, Stuttgart.
- Cassel, Dieter und Corinne Kaiser (2000), *Euckens Prinzipien als Maxime der Wirtschaftspolitik*, in: Helmut Leipold und Ingo Pies (Hrsg.), *Ordnungstheorie und Ordnungspolitik*, Stuttgart, S. 83-101.
- Eucken, Walter (1948), *Die soziale Frage*, in: Salin, Edgar (Hrsg., 1948): *Synopsis*, Heidelberg, S. 113-131.
- Eucken, Walter (1949), *Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung. ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 2*, S. 1-99.
- Eucken, Walter (2004): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 7. Auflage, Tübingen (1. Auflage 1952).
- Funk, Lothar (2009), *Kontroverse volkswirtschaftliche Interpretationen zur Finanzmarktkrise – einige kritische Anmerkungen. Sozialer Fortschritt 58*, S. 79-83.
- Furger, Franz (1991), *Christliche Sozialethik. Grundlagen und Zielsetzung*, Stuttgart u.a.
- Goldschmidt, Nils (1998), *Christlicher Glaube, Wirtschaftstheorie und Praxisbezug. Walter Eucken und die Anlage 4 der Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer-Kreises*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen 5*, S. 33-48.
- Goldschmidt, Nils (2006), *Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik (1952)*, in: Dietmar Herz und Veronika Weinberger (Hrsg.), *Lexikon der ökonomischen Werke*, Düsseldorf, S. 129-130.
- Goldschmidt, Nils (2006), *Leonhard Miksch: Wettbewerb als Aufgabe (1937)*, in: Dietmar Herz und Veronika Weinberger (Hrsg.), *Lexikon der ökonomischen Werke*, Düsseldorf, S. 324-325.
- Grosseckler, Heinz (1987), *Der Beitrag der Freiburger Schule zur Theorie der Gestaltung von Wirtschaftssystemen. Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster*, Nr. 90.
- von Hayek, Friedrich A. (2009), *Der Weg zur Knechtschaft*, Neuauflage, München.
- Heuß, Ernst (1989), *„Die Grundlagen der Nationalökonomie“ vor 50 Jahren und heute. ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 40*, S. 21-30.

- Kant, Immanuel (1983), *Grundlegung der Metaphysik der Sitten*, in: Immanuel Kant, *Werke in zehn Bänden, Band 6*, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Sonderausgabe 1983, Darmstadt, S. 7-102.
- Kielholz, Verena und Johannes Suttner (2011), *Leerverkäufe verbieten? Eine ordnungstheoretische Sicht*. *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 62, S. 101-113.
- Kirsch, Guy (1981), *Ordnungspolitik als Gegenstand der politischen Auseinandersetzung*, in: Issing, Otmar (Hrsg.), *Zukunftsprobleme der sozialen Marktwirtschaft*, Berlin, S. 255-275.
- Leipold, Helmut (1990), *Neoliberale Ordnungstheorie and Constitutional Economics. A Comparison between Eucken and Buchanan*. *Constitutional Political Economy* 1, S. 47-65.
- Lenel, Hans Otto (1975), *Walter Euckens ordnungspolitische Konzeption, die wirtschaftspolitische Lehre in der Bundesrepublik und die Wettbewerbstheorie von heute*. *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 26, S. 22-78.
- Messner, Johannes (1929), *Liberalismus*, in: *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, Band III, 5. Auflage*, Freiburg im Breisgau, Sp. 968-989.
- Miksch, Leonhard (1947), *Wettbewerb als Aufgabe*, 2. Auflage, Stuttgart – Berlin.
- Müller, Christian (2000), *Das vertragstheoretische Argument in der Ökonomik*, Berlin.
- Müller, Christian (2004), *Christliche Sozialethik und das Wertproblem in den Wirtschaftswissenschaften*. *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 55, S. 77-97.
- Müller, Christian und Manfred Tietzel (2005), *Property Rights and their Partitioning*, in: Jürgen G. Backhaus (Hrsg.), *The Elgar Companion to Law and Economics, 2nd Edition*, Cheltenham/U.K. – Northampton/MA, S. 40-52.
- Müller, Christian (2007), *Neoliberalismus und Freiheit. Zum sozial-ethischen Anliegen der Ordo-Schule*. *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 58, S. 97-106.
- Müller, Christian (2008). *Wirtschaftsordnungspolitik*, in: Anton Rauscher (Hrsg.), *Handbuch der Katholischen Soziallehre*, Berlin, 565-576.
- Müller-Armack, Alfred (1966), *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, Freiburg.
- Nass, Elmar (2006), *Der humangerechte Sozialstaat*, Tübingen.
- Nawroth, Edgar E. (1961), *Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus*, Heidelberg.

- Nothelle-Wildfeuer, Ursula und Gerhard Steeger (2006), *Die päpstliche Sozialverkündigung und ihr Verhältnis zur Marktwirtschaft von Rerum novarum bis Deus caritas est. Freiburger Universitätsblätter Heft 173, S. 19-33.*
- Ockenfels, Wolfgang (1999), *Wilhelm Röpke als christlicher Wirtschaftsethiker. ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 50, S. 53-59.*
- Ostrom, Elinor (1990), *Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action, Cambridge.*
- Ostrom, Elinor, Roy Gardner und James Walker (1994), *Rules, Games and Common-Pool Resources, Ann Arbor, MI.*
- Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden (2006), *Kompendium der Soziallehre der Kirche, Freiburg u.a.*
- Perridon, Louis, Manfred Steiner und Andreas Rathgeber (2007), *Finanzwirtschaft der Unternehmung, 15. Auflage, München.*
- Pfungsten, Andreas (2010), *Nur Teufelszeug? Wirtschaftsdienst 6/2010, S. 352.*
- Rauhut, Siegfried (2000), *Soziale Marktwirtschaft und parlamentarische Demokratie, Berlin.*
- Rawls, John (1994), *Eine Theorie der Gerechtigkeit, 8. Auflage, Frankfurt am Main.*
- Röpke, Wilhelm (1979), *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 6. Auflage Bern und Stuttgart.*
- Röpke, Wilhelm (1964), *Die Enzyklika „Mater et Magistra“ in marktwirtschaftlicher Sicht, in: Walter Hoch (Hrsg.), Wilhelm Röpke – Wort und Wirkung, Ludwigsburg.*
- Röpke, Wilhelm (1965), *Die Lehre von der Wirtschaft, Erlenbach – Zürich.*
- von Rüstow, Alexander (1950), *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus als religionsgeschichtliches Problem, 2. Auflage, Heidelberg, S. 100.*
- von Rüstow, Alexander (1960), *Paläoliberalismus, Kollektivismus und Neoliberalismus in der Wirtschafts- und Sozialordnung, in: K. Forster (Hrsg.), Christentum und Liberalismus, in: Studien und Berichte der katholischen Akademie in Bayern, H. 13, München 1960, S. 150-178.*
- Rynkiewicz, Kazimierz (2002), *Von der Grundlegung der christlichen Ethik zur Grundlegung der philosophischen Anthropologie. Eine kritische Untersuchung zum Personbegriff bei Karol Wojtyła, Berlin.*

- Smith, Adam (1994 [1759]), *Theorie der ethischen Gefühle*, Hamburg.
- Thieme, H. Jörg (2003), *Wirtschaftssysteme*, in: *Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik*, Band 1, 8. Auflage, München 2003, S. 1-52.
- Tietzel, Manfred und Christian Müller (2000), *Ordnungspolitische Implikationen der Vertragstheorie*, in: *Helmut Leipold und Ingo Pies (Hrsg.), Ordnungstheorie und Ordnungspolitik: Konzeptionen und Entwicklungsperspektiven*, Stuttgart, S. 303-328.
- Udehn, Lars (2002), *The Changing Face of Methodological Individualism*. *Annual Review of Sociology* 28, S. 479-507.
- Ulrich, Peter (2008), *Integrative Wirtschaftsethik: Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie*, 4. Auflage, Bern u.a.
- Utz, Arthur F. (1991), *Der Begriff des Eigentumsrechts in der katholischen Soziallehre und seine Beziehung zur Wirtschaftsordnung*, in: *Arthur F. Utz (Hrsg.), Die katholische Soziallehre und die Wirtschaftsordnung*, Trier, S. 109-162.
- Vanberg, Viktor (1986), *Individual Choice and Institutional Constraints: The Normative Element in Classical and Contractarian Liberalism*. *Analyse & Kritik* 8, S. 113-149.
- Vanberg, Viktor (1990), *James M. Buchanan: eine Einführung in Person und Werk*, in: *James M. Buchanan, Politische Theorie als Verfassungstheorie*, Zürich, S. 9-22.
- Vanberg, Viktor und James M. Buchanan (1988), *Rational Choice and Moral Order*. *Analyse & Kritik* 10, S. 138-160.
- Wentzel, Dirk (2000), *Der Ordnungsbezug der Spieltheorie*, in: *Helmut Leipold und Ingo Pies (Hrsg.), Ordnungstheorie und Ordnungspolitik*, Stuttgart, S. 197-223.
- Willgerodt, Hans (1975), *Fehlurteile über vielzahligen Wettbewerb*. *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 26, S. 97-130.
- Willgerodt, Hans (2006), *Der Neoliberalismus – Entstehung, Kampfbegriff und Meinungsstreit*. *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 57, S. 47-89.
- Wimmer, Reinhard (1980), *Universalisierung in der Ethik. Analyse, Kritik und Rekonstruktion ethischer Rationalitätsansprüche*, Frankfurt am Main.
- Wojtyła, Karol (1979), *Liebe und Verantwortung. Eine ethische Studie*, München.

Der koreanische Blick auf die christlichen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft

Hwang Jun-Seong

The last quarter of the twentieth century saw the transformation of Korea's economic system toward a market economy. However, a Korean model of social market economy has not been achieved. With the example of the German model of social market economy, Hwang presents five characteristics that could promote a socially balanced society. Desirable would be a concept of ordoliberalism with specific interventions by the state in order to achieve a "humanistic capitalism" aiming at a social balance. This necessitates adhering strictly to economic and political principles. Neither the state nor the market may neglect their duty. Critical are inefficiency, monopolies and corruption. Income disparities are growing, which consequently puts the middle class in jeopardy. For a social safety fiscal and social policy measures are helpful. For a middle class renewal, criteria according to Christian principles of the social market economy can be referred to.

1. Charakteristika der koreanischen Marktwirtschaft

Es ist unumstritten, dass Korea in der globalisierten Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts auch weiterhin die Prinzipien der Marktwirtschaft verfolgen sollte. Das Problem ist aber, dass es verschiedene Modelle der kapitalistischen Marktwirtschaft gibt, die je nach den institutionellen Regelungen in Bezug auf die Rolle des Staates und des Marktes sowie den Grad des Vertrauens in den Markt unterschiedlich ausgeprägt sind. In der Tat hat die Marktwirtschaft in den Industrieländern, die auf eine lange Geschichte der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung zurückblicken, in unterschiedlichen Modellen Gestalt angenommen.

Das Wirtschaftssystem Koreas bis 1980 war eher durch Interventionismus auf Grundlage der Regulierungen des Staates sowie Protektionismus charakterisiert, als durch die Prinzipien der freien Marktwirtschaft auf Basis des Liberalismus.

Nach 1980 ist jedoch die vom Staat geführte Marktwirtschaft an ihre Grenzen gestoßen und der Staat hat eine Reihe von Maßnahmen zur

Deregulierung im Bereich der Wirtschaft ergriffen: Abbau der Importregulierungen, Deregulierung des Finanzmarktes, Liberalisierung des Devisen- und Kapitalmarktes, Privatisierung der öffentlichen Unternehmen und so weiter. Damit versuchte der Staat zwar, eine freie Marktwirtschaft zu fördern, konnte jedoch keine großen Erfolge verbuchen. Die sogenannte erste zivile koreanische Regierung unter Kim Young-Sam, die offiziell die Globalisierung postulierte, hat auch Maßnahmen ergriffen, die die Marktprinzipien fördern sollten, wie den Abbau der Intervention des Staates und Erhöhung der Autonomie auf privater Ebene und so weiter. Es fehlte jedoch eine konkrete Philosophie über die freie Marktwirtschaft bei der Durchführung der Liberalisierung, was schließlich Ende 1997 die Devisenkrise, in Korea „IWF“-Krise genannt, nach sich zog.

Die Folgeregierung unter Kim Dae-Jung, die eine „demokratische Marktwirtschaft“ vertrat, wurde von einer parallelen Entwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft gekennzeichnet. Sie wollte das vom Staat kontrollierte Wirtschaftssystem zurechtrücken und die Ordnung der Marktwirtschaft richtig aufstellen, indem sie eine Reformpolitik in vier Bereichen durchführte: Finanzen, Unternehmen, Arbeitsmarkt sowie im öffentlichen Sektor.

Der Grundsatz der Reformpolitik war die Festigung des Systems der Marktwirtschaft, als dessen philosophische Grundlage der Neo-Liberalismus gesehen werden kann. Danach sollte das koreanische Wirtschaftssystem auf der freien Marktwirtschaft unter dem Neo-Liberalismus aufgebaut werden. Mit Blick auf solche Bemühungen lässt sich sagen, dass der Staat seit den 1990er Jahren stets seine Priorität auf die Verankerung einer gesunden marktwirtschaftlichen Ordnung gesetzt hat.

Dennoch kann man noch nicht von einem „koreanischen Modell“ der Marktwirtschaft sprechen, das für das 21. Jahrhundert konkurrenzfähig und wünschenswert ist. Eine effektive und gut funktionierende Marktwirtschaft setzt vor allem eine freie Marktwirtschaft voraus, die den Wettbewerb gewährleistet, das heißt, eine freie Marktwirtschaft, die auf dem „Liberalismus“ basiert.

Historisch gesehen gründete die Marktwirtschaft des Kapitalismus auf dem Liberalismus. Sie hat sich jedoch in den einzelnen Ländern den gesellschaftlichen sowie kulturellen Rahmenbedingungen angepasst,

so dass jedes Land quasi seine eigene Form des Wirtschaftssystems gestaltete.

In diesem Zusammenhang lassen sich zunächst zwei repräsentative Modelle vergleichen: das anglo-amerikanische und das deutsche Modell. Das erstere ist vom Neo-Liberalismus geprägt, der die Intervention des Staates negativ wertet und alles dem Markt überlässt, während das letztere den Ordo-Liberalismus vertritt, der im gegebenen Fall einen angemessenen Eingriff des Staates für nötig erachtet.

Auf diesen Grundlagen beschäftigt sich mein Vortrag mit der folgenden Fragestellung: Wie sieht das für Korea wünschenswerte Wirtschaftssystem aus, das im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft gleichzeitig die wirtschaftlichen Ziele der Effizienz und der sozialen Ausgleichlichkeit verwirklicht, damit schließlich das soziale Gemeinwohl der Bevölkerung maximiert werden kann?

Was für ein ideologisches Paradigma ist zu verfolgen, um ein solches Wirtschaftssystem sicherzustellen? Für diese Fragestellung wird zunächst die Soziale Marktwirtschaft Deutschlands analysiert, die einen „kleinen, aber starken Staat,“ realisierte und als ein Erfolgsmodell gilt. Deutschland hat nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen Erfolg für sein Modell der Sozialen Marktwirtschaft verbucht, indem durch den Eingriff des Staates in den Markt sowohl Effizienz wie auch gesellschaftliche Ausgleichlichkeit erzielt wurden.

Ziel meiner Analyse ist, die notwendigen theoretischen sowie politischen Ansatzpunkte zur Begründung einer koreanischen Form der Marktwirtschaft zu bestimmen. Dazu werden zunächst die Charakteristika der Sozialen Marktwirtschaft betrachtet und der Begriff „sozial“ in „Soziale Marktwirtschaft“ in Hinblick auf seine strukturelle Bedeutung erörtert. Danach werden die christlichen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft für die Anwendung auf die koreanische Marktwirtschaft erwogen.

2. Die Charakteristika der Sozialen Marktwirtschaft

Das deutsche Wirtschaftssystem steht auf zwei Säulen: Ordo-Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft. Auf dieser Grundlage hat es sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu einem wettbewerbsfähigen System entwickelt.

Die Charakteristika des deutschen Systems lassen sich wie folgt zusammenfassen: Erstens steht es für den Ordo-Liberalismus, der den Eingriff des Staates in den Markt für nötig hält, um die Effizienz der Wirtschaft durch Wettbewerb zu erhöhen. In der Sozialen Marktwirtschaft nimmt der Staat seine Aufgaben wahr, indem er die Wettbewerbsordnung als einen Teil der Wirtschaftsordnung schafft, sie nicht nur garantiert, sondern auch ständig überwacht, so dass sich ein fairer Wettbewerb auf dem Markt frei entwickeln kann. Daher lässt sich der Liberalismus Deutschlands nicht als „Laissez-faire“ bezeichnen, sondern als „Ordo-Liberalismus“, in dem die Rolle des Staates hervorgehoben wird.

Ein weiteres Kennzeichen ist der Begriff „sozial“. Er bedeutet, dass ein stabiles System nicht nur Effizienz benötigt, sondern auch die soziale Gerechtigkeit. Ziel der Sozialen Marktwirtschaft ist es, die Sicherung der Freiheit auf dem Markt mit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit zu verbinden. Darüber hinaus besteht die zweite wichtige Aufgabe der Sozialen Marktwirtschaft darin, für eine soziale Ausgewogenheit der wirtschaftlichen Prozesse zu sorgen.

Der Markt allein gewährt sie nicht. Durch eine umfassende Sozialpolitik sollen diejenigen Mitglieder der Gesellschaft, die am Leistungswettbewerb nicht teilnehmen können und deshalb kein Markteinkommen erzielen, nicht nur existentiell abgesichert werden, sondern auch am ökonomischen Fortschritt der Gesellschaft teilhaben. Diese Sozialpolitik kommt sowohl im Solidaritätsprinzip als auch im Subsidiaritätsprinzip zum Tragen.

Auf Grund der Erfahrungen der Sozialen Marktwirtschaft Deutschlands soll hier der „Ordo-Liberalismus“ als ideologisches Paradigma und der „humanistische Kapitalismus“ als Wirtschaftssystem vorgeschlagen werden. Beide Prinzipien lassen sich im koreanischen Marktwirtschaftssystem wie folgt zusammenfassen:

3. Die christlichen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft für die koreanische Marktwirtschaft : Humanistischer Kapitalismus

3.1 Für die koreanische Marktwirtschaft ist der Ordo-Liberalismus wünschenswerter als der Neo-Liberalismus

Beim Neo-Liberalismus spricht man von einem „Hayek-Liberalismus“, nach dem sich die freie Marktwirtschaft automatisch bildet und entwi-

ckelt, während der Ordo-Liberalismus auf dem „Eucken-Liberalismus“ basiert, der der Auffassung ist, eine freie Marktwirtschaft lässt sich nur durch die Verwaltung und Steuerung des Staates aufbauen.

In der Vergangenheit hatte Korea eine vom Staat geführte Wirtschaft. Die Regierung von Kim Young-Sam wollte dies ändern und hat entsprechende Maßnahmen ergriffen, die jedoch vor dem Hintergrund des Neo-Liberalismus zu sehen sind.

Daher sollte nun der koreanische Staat seine Aufgabe darin sehen, dass der freie Wettbewerb in einem Ordo-Liberalismus basierenden Markt gewährleistet werden kann. Dazu sollte er zuallererst die Funktionen des Marktes beleben, damit die Ordnung des fairen Wettbewerbs sichergestellt werden kann.

Die Ordnung der freien Marktwirtschaft basiert grundsätzlich auf dem Wettbewerb, wobei sich die Wettbewerbsordnung nicht von allein herausbildet, sondern vom Staat verwaltet werden muss. Dabei sollte man nicht vergessen, dass der Eingriff des Staates nicht marktersetzend, sondern marktkonform geschehen sollte.

In diesem Falle sollte die Wirtschaft dem Wettbewerb zwischen den individuellen Wirtschaftssubjekten überlassen werden. Der Staat sollte seine Rolle lediglich darauf beschränken, für gesetzliche sowie institutionelle Rahmenbedingungen zu sorgen, die einen effektiv funktionierenden Wettbewerb ermöglichen. Falls es beispielsweise Kartelle oder Monopole gibt, muss der Staat diese durch entsprechende gesetzliche Regelungen verbieten und dadurch den Wettbewerb fördern.

In Korea gibt es zwar das Komitee für fairen Handel, das sich mit der Monopol-Regulierung und Erhaltung der Ordnung des fairen Handels beschäftigt, das aber vom Charakter her dem Staat unterstellt ist. Für eine effektive Arbeit sollte dieser Ausschuss zu einer unabhängigen Institution entwickelt werden wie zum Beispiel das Kartellamt in Deutschland.

3.2 Die koreanische Marktwirtschaft sollte dem Konzept eines „humanistischen Kapitalismus“ folgen

Der „humanistische Kapitalismus“ ruht auf zwei Säulen: Ordo-Liberalismus und Gemeinschaftsprinzipien auf Grundlage des Humanismus.

Die Soziale Marktwirtschaft Deutschlands basiert zwar auch grundsätzlich auf der Wettbewerbsordnung, unterscheidet sich aber durch die gesellschaftliche Ausgeglichenheit von allen anderen Modellen.

Dabei wird die Auffassung vertreten, dass sich durch Wettbewerb allein keine gesellschaftliche Ausgeglichenheit erreichen lässt. Wenn zum Beispiel die Verteilung des Einkommens völlig dem Markt überlassen wird, vertieft sich die Ungleichheit weiter, was schließlich in Konflikte zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten münden wird.

Daher sollte der Staat hier eingreifen und das Einkommensgefälle, das durch die Logik des Marktes entsteht, auffangen. Zu diesem Zweck ist die Steuerpolitik, die das Einkommen umverteilt, weniger effektiv als die Umverteilungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft durch Wohlbildung.

Außerdem sollte ein soziales Sicherungssystem für den „humanistischen Kapitalismus“ sichergestellt werden. Im Falle Koreas scheint grundsätzlich eher das Subsidiaritätsprinzip zu gelten als das Solidaritätsprinzip. Die Spaltung der koreanischen Gesellschaft und die dadurch bedingte Polarisierung ist ein strukturelles Problem, das nicht durch das Laissez-faire-Prinzip der Marktwirtschaft zu lösen ist.

Wenn man hier die Erfahrungen Deutschlands mit der Sozialen Marktwirtschaft in Erwägung zieht, wird dies einen politischen Ansatzpunkt zur Lösung der Polarisierungsfrage sowie Ideen zu einer auf Gemeinschaft basierenden Marktwirtschaft ergeben.

3.3 Die Wirtschaftspolitik des Staates muss nach den Wettbewerbsprinzipien konsequent vorangetrieben werden

Die Soziale Marktwirtschaft Deutschlands zeichnet sich dadurch aus, dass der Staat im Zuge der Durchführung der Wirtschaftspolitik die Grundprinzipien richtig eingehalten hat. Vor allem galten die Prinzipien der Wettbewerbsordnung von Walter Eucken als Grundlage der Wirtschaftspolitik, die auch bei einem Regierungswechsel konsequent beibehalten werden.

Die koreanische Marktwirtschaft kannte keine richtigen Prinzipien, sondern führte bei jedem Regierungswechsel und jeder Änderung des Wirtschaftsklimas kurzfristige wirtschaftspolitische Maßnahmen ein. Die

Devisenkrise Ende 1997 lässt sich auch in diesem Zusammenhang erklären: der Staat ignorierte die Prinzipien und vertrat eine Wirtschaftspolitik nach dem Laissez-faire-Prinzip.

Der Staat war im Zuge der Durchführung der Wirtschaftspolitik nicht konsequent, so dass der Markt ihr das Vertrauen entzog. Nun empfiehlt sich eine auf dem Ordo-Liberalismus basierende Wirtschaftspolitik, die konsequent durchgeführt werden sollte.

Es gilt daher, die Gestaltungs- und Regulierungsprinzipien von Walter Eucken anzuwenden, der den theoretischen und politischen Rahmen für die Soziale Marktwirtschaft vorgelegt hat.

3.4 Nicht nur der Markt, auch der Staat darf nicht versagen

Derzeit wird in Korea die große Bedeutung und Wichtigkeit der freien Marktwirtschaft besonders betont. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Staat bis jetzt mit verschiedenen Maßnahmen scheiterte, was enorme gesellschaftliche Belastungen verursachte. Der koreanische Markt hat unter den Schäden zu leiden, die durch Ineffizienz der Bürokratie, moralische Gefährdung (moral hazard) wegen der Monopolstellung des Staates sowie grassierende Korruption verursacht wurden. In der Wirklichkeit gibt es jedoch keinen Markt, der nicht scheitern würde. Daher ist es notwendig, die Rolle des Staates im Markt zu korrigieren. Problematisch ist es allerdings, wenn man aber den Fokus lediglich auf das Versagen des bisherigen Staates auf Grund der wegem der moralischen Gefährdung setzt und deswegen unbedingt einen „kleinen Staat“ fordert. Dabei jedoch das Versagenspotential des Marktes unterschätzt und nicht erwähnt.

Hier sollte der Staat eingreifen und das Versagen des Marktes auffangen. Die Frage ist jedoch, ob tatsächlich ein „Staat mit gutem Willen“ existiert, der lediglich das Versagen des Marktes korrigiert und ausgleicht.

Die Erfahrungen der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zeigen, dass der Staat seine Aufgabe wahrnahm und keine großen Missstände aufwies: der Staat fokussierte auf die Korrektur des Fehlschlagens des Marktes und die Ergänzung der Marktfunktionen.

Dies ist zunächst auf die Besonderheiten des Systems der Sozialen Marktwirtschaft, aber auch auf historische und kulturelle Faktoren zu-

rückzuführen. Es lässt sich zwar nicht empirisch beweisen, aber die Integrität von Beamten und Angestellten in Deutschland und ihre Korruptionsresistenz sind im Vergleich zu Korea hoch zu schätzen. Die Lehre, die wir aus dem deutschen Beispiel ziehen können, ist, dass wir nicht einfach alle Regelungen und Eingriffe des Staates, die das Versagen des Marktes zu korrigieren, pauschal kritisieren dürfen, sondern uns vielmehr um einen gesunden Markt und einen gesunden Staat bemühen und dabei die notwendige Rolle des Staates anerkennen müssen. Denn nicht nur der Staat, sondern auch der Markt versagt.

3.5 Politik, Gesellschaft und Marktwirtschaft sollten sich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit parallel entwickeln

Der Ordo-Liberalismus, auf dem die Soziale Marktwirtschaft basiert, ist vom Prinzip der „Gegenseitigkeit der bestehenden Ordnungen“ geprägt. Demnach bestünde eine untrennbare gegenseitige Abhängigkeit zwischen den bestehenden Ordnungen, die das Leben der Menschen gestalten, also zwischen Wirtschafts- und Rechtsordnung sowie zwischen der Wirtschaftsordnung und der politischen Ordnung.

Nach diesem Prinzip sollte die Freiheit auch in der politischen Entscheidung und in den gesellschaftlichen Beziehungen gewährleistet werden, damit auch die freie Wirtschaftsordnung sichergestellt werden kann. Das heißt, die Demokratie in der Politik und die Marktwirtschaft in der Wirtschaft sind untrennbar miteinander verbunden.

Daher setzt eine gesunde Marktwirtschaft folgerichtig Freiheit und Stabilität in Politik und Gesellschaft voraus. Daraus ist zu schließen, dass wir uns stets um Freiheit und Stabilität in Politik und Gesellschaft bemühen sollten, damit auch eine demokratische Ordnung der Marktwirtschaft dem entsprechend gewährleistet werden kann.

4. Schluss

Mein Vortrag stellte fünf Ansatzpunkte der Sozialen Marktwirtschaft Deutschlands für die koreanische Wirtschaft vor. Nach der Wirtschaftskrise 1997 herrschte in Korea ein Neo-Liberalismus auf dem Markt, der als ein anglo-amerikanisches Modell der Marktwirtschaft das Laissez-faire-Prinzip vertritt.

Der Fokus liegt hier lediglich auf dem Versagen des Staates. Dabei läuft man jedoch Gefahr, den real existierenden Kapitalismus, in dem auch der Markt versagt, zu unterschätzen. In der Geschichte des Kapitalismus wurde die Rolle der Korrektur des versagenden Marktes immer dem Staat zugeschrieben.

Das Problem war im Falle Koreas, dass der Staat selbst korrumpiert wurde und eine moralische Gefährdung aufwies, was ein größeres Versagen als das des Marktes darstellte. Daher ist es mehr oder weniger folgerichtig, dass man der Rolle des Staates gegenüber negativ eingestellt ist.

Wenn jedoch der Staat seine Aufgaben richtig wahrnimmt, ist seine Rolle nicht geringer zu schätzen als die Funktion des Marktes. Hier spreche ich nicht von einer regulierenden Rolle, die die Effizienz des Marktes reduziert, sondern von einer marktfreundlichen Rolle, die den Markt noch effizienter gestalten lässt.

Die Feststellung der wünschenswerten Rolle des Staates ist genauso wichtig wie die Betonung der Prinzipien des Marktes.

Auf der anderen Seite vertieft sich die Spaltung und die Polarisierung in Korea auf verschiedenen Ebenen. Ihre Behebung erfordert Anstrengungen, um eine größere gesellschaftliche Ausgeglichenheit zu erreichen.

Wenn das größte Problem der koreanischen Gesellschaft nun nicht nur die Ungleichverteilung, sondern auch die Polarisierung der Einkommen ist, dann sollte über die herkömmliche Politik für die Einkommensverteilung hinaus ein neues Konzept für ein Sozialsystem auf der Basis eines neuen Paradigmas ausgearbeitet werden.

Mit anderen Worten: Für eine Umverteilung könnten steuerpolitische Maßnahmen oder Maßnahmen zur sozialen Sicherung effektiv sein, doch das Polarisierungsproblem bedarf einer anderen Herangehensweise.

Reduziert man das Phänomen der Polarisierung der Einkommen auf einen Kernbegriff, dann kann man vom Untergang der Mittelschicht sprechen. Um dieses Problem zu lösen, benötigt man Maßnahmen zur Wiederherstellung der Mittelschicht. Das ist ein weiterer Ansatzpunkt, den das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft auf der christlichen Grundlage uns liefert.

Latin American Economic Concepts and Christian Social Philosophy

María Luisa Aspe Armella

Die Zukunft Lateinamerikas ist voller Chancen, aber auch voller Bedrohungen. Das wirtschaftliche Wachstum in den Ländern ist sehr unterschiedlich, erholt sich aber trotz der internationalen Finanzkrise. Im weltweiten Zusammenhang hat die Bedeutung der Länder Lateinamerikas zugenommen. Die politischen Eliten verändern sich, die Bürger sind besser informiert und erwarten demokratische Rechte und Strukturen. Hauptherausforderungen sind Armut, Arbeitslosigkeit, soziale und Rechtsunsicherheit, Gewalt und mangelnde soziale Teilhabe. Das christlich inspirierte Denken zur Menschenwürde geht auf das 16. Jahrhundert zurück, kam jedoch nach der Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten zum Stillstand. Stationen der Implementierung katholischer Soziallehre waren die Aufnahme des Zweiten Vatikanums in der Konferenz von Medellín und die Präzisierung der Theologie der Befreiung durch Johannes Paul II. in Puebla. Die Stagnation sozialetischen Denkens gefährdet trotz des prognostizierten Wirtschaftswachstums die Zukunft der Menschen, die auf neue Perspektiven und Impulse hoffen.

1. Latin America: A Complexity Open to the Future

Latin America has a total population of slightly over 600 million people and its territory is bigger than China and the United States combined. The average per capita income for this region is \$10,000 dollars (USD). This shows that by taking advantage of both its human and natural resources, Latin America can, undoubtedly, have access to a better standard of living. It is not easy to talk about Latin America, since doing so requires many different nuances. Overall, Latin America is a region with enormous challenges but, at the same time, is filled with possibilities and opportunities to improve in the future; it also has one of the biggest water reserves in the world (the Guarani water bearing in South America), plus very substantial raw material reserves.

Still, during the nineties, there was a very significant reduction of poverty in Latin America. This was rather surprising considering the fact

that the eighties have been named "the lost decade", but figures always help to exemplify better than words, and in the nineties there was not only a recovery, but also an economic growth.

The positive relationship between this economic growth and the democratization of our societies has had a determining role in the reduction of poverty in several countries¹, but this does not mean that our job is done. Nevertheless, and perhaps because of the constant negative context, there is still some optimism when talking about Latin America. The president of the Inter-American Development Bank (IDB) has estimated that the following decade will be "Latin America's decade".²

On the other hand, the United Nations Development Programme (UNDP) emphasizes on the fact that poverty, inequity, lack of laws and social involvement, plus the tremendous influence that several factual organizations have, are detrimental for the establishment of democracy and the development of fair societies. All in all we face very important and complex issues, both locally and regionally, but we have learned not to be intimidated by them.

The Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC) considers that the fragility of the social cohesion in Latin America is responsible for very severe conflicts and tensions in the region. This is evident in many countries in the continent where the polarization, division and discontent has jeopardize the current administration; even though some of them were already weak. Others have been discredited for their performance (cf. President Lugo's administration in Paraguay).

The reality of Latin America is too complex to be optimistic or pessimistic, since in this context of various threats, we stand in a moment in history where we are presented with different opportunities to take actions, to create instead of destroy, to be active in proposing new solutions, even if these are in a counterculture fashion, as long as they are inspired by a Christian social ethic.

1 | Cf. *"Crecimiento y Progreso en América Latina"*, Konrad Adenauer Stiftung, Brasil 2008, p. 9-10.

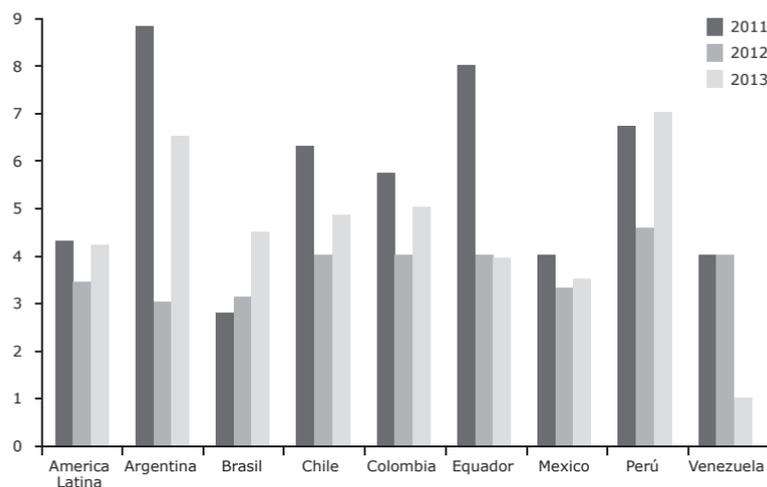
2 | <http://www.latinobarometro.org/latino/LATContenidos.jsp>.

2. Information for the Diagnosis of Latin America³

Overall, 40% of the whole population of Latin America lives in poverty. Still this region grew 6% in 2010, around 4% in 2011, and this year is showing a growth as well. A negative factor is that the dependence from imports of raw materials is rising. Latin America produces 52% of all the silver in the world, 45% of the copper and 22% of the zinc. The countries that base their economies in these products often lack laws on taxing or royalties, so the benefits for the population are practically non-existent.⁴

Over the last ten years, raw material exports have risen from 27% to 39% in Latin America. This means that this region is, once again, becoming a raw material exporter, with the exception of Mexico – because of her manufactures – yet the oil industry has regained power over public finances in the country, for it sponsors over 33% of the public expenditure.

In contrast, the economic growth of the countries in the region is much unequal, this is why it is hard to study the region as a whole.



3] Pedro Aspe PhD, conference "Situación Económica Actual y sus Perspectivas para 2012", IMDOSOC, February 2012.

4] Cf. Érika González, Pedro Ramiro, "Tres décadas de neoliberalismo en Latinoamérica", in *Noticias Obreras*, Dec. 2007 – Jan. 2008.

The recent development of the economy at an international scale and, particularly, the complexity of the European debt (alongside the rough conditions of the American economy), allow us to perceive that things will get worse. In addition to all of this, a slowdown on intern demand in Latin America lets us see that the situation is extremely volatile.

One of the most challenging – and frequent – circumstances the current administrations have faced is the price increase of the basic products and, especially, in food and fuels. The prices of food around the world face one of the highest price rises ever, especially in Latin America, where food prices are 40% higher than four years ago.

Grain, meat and, on the whole, proteins, have had substantial increases worldwide. The rise on food prices is associated with a higher demand at a worldly scale, especially from countries like China and India, where the middle class has increased. Therefore consumption increases as the population does, but also because of a change in the eating habits. These two countries have registered an increase in meat and milk consumption, which has affected Latin America. Without any doubts high prices in food has a lot to do with the increase of the world's population; according to the Food and Agriculture Organization (FAO) there is an annual increase of 80 million people. Another element that has an important role in this food crisis is how the food prices are volatile. Latin America, where most countries are meat and grain importers, has registered the highest increase in the last thirty years.

On the other hand, in a scenario of high international liquidity and an increase of international investments seeking more profitability, plus the appreciation of the eleven currencies facing the American dollar and a higher inflation, has forced the region's central banks to make a priority of the prices stability and to pair them with the competition in the export sectors.

Latin America's economic recovery has been rather efficient in spite of the international fanatical crisis of 2008-2009; however there are still huge doubts on the evolution of the world's economy, which can ultimately affect the region.

3. Democracy and Latin-American Emerging Countries⁵

A lot of people still believe that these emerging countries will not achieve the status of developed countries because of an insurmountable barrier that does not allow them to move forwards. But the reality is different. There is information that shows how the importance of the countries as a whole has dramatically changed a decade after 9/11. Brazil seems to have what it takes to become a powerful nation as America's power diminishes, while China's and India's increases. In the meanwhile Europe is starting a takeover with its new partners, leaving aside the 50 year-old post-war stability.

Latin America seems to be ending the process of elite alternation; it includes the indigenous population to the social life as citizens with rights and duties (with the exception of Guatemala and Dominican Republic), it also seeks out to reorganize its societies by a Constitutional reform (as Bolivia and Ecuador), or by public policies (as Brazil with Lula's administration and his predecessor President Dilma Rouseff). Mexico seems to be moving forwards the Constitutional reforms with President Peña Nieto as the head of state and PRI in both the Deputies and Representatives Chambers, to utilize old, yet efficient, political strategies.

Citizenry in Latin America is becoming more informed, receiving more education, and demanding their rights. They are also demanding their governments to be strictly democratic. There is still much to do in those countries where the political system and the democratic institutions are being co-opted by the political parties and their leaders, such as the sad picture of Venezuela. For many observers, the most alarming thing is, at a social level, the dismantling and massive disenchantment of the citizens with politics or from current political systems. Although this is not exclusive in Latin America.

Finally, it is important to point out the urgent necessity – for a few – of consolidating a democracy that also means justice, equality and fairness. There is no such thing as social justice in this region, and this is exemplified by the huge gap between the capital owners and the impoverished by the dominant system, who are the main concern of the

5| Cf. <http://www.latinobarometro.org/latino/LATContenidos.jsp>.

charity and assistance of the Church, the philanthropy of NGOs, or the aid that comes from several populist social programs carried out by governments and all political parties.

Another important element to consider is the fulfillment of justice. Fernando Enrique Cardoso PhD (recently deceased) who was a great ideologist and thinker – less so as President – declared a couple years ago: "We live in a society filled with privileges, where laws do not have the same importance to everybody. From there arises the sense of impunity and corruption. There are, of course, elements of modernity, but also signs of going backwards. Laws in Latin America are unequal, privileges prevail. And for democracy to work there must be fairness, at least in the law."⁶

A Government Option: Turn to the Center

The year marked by the "turn to the center" was 2010, because of the victories of the centralist right-wing candidates Sebastián Piñera in Chile and Juan Manuel Santos in Colombia, and the centralist left-wing candidate Dilma Rousseff in Brazil. Once more in 2011 Latin America showed its politic heterogeneity, and for this reason there is no dominant ideology in the region, still the vast majority shows its political pragmatism over its "dull" ideology.

Candidates with different politic views and propositions have won, for instance a left-wing candidate in Peru (far more moderate than in 2006): Ollanta Humala; two centralist right-winged candidates, one Otto Pérez Molina in the first round (Guatemala), and Mauricio Macri as the Buenos Aires Prime Minister (Argentina); a left-wing candidate like Cristina Kirchner in Argentina or a "21st Century Socialist" like Rafel Correa (in accordance with the referendum in Ecuador). Plus the recently re-elected Hugo Chávez in Venezuela; and the comeback of PRI, the dominant political party of the 20th Century, with Enrique Peña Nieto in Mexico.

The main challenges for these nations are, without any doubts: poverty, unemployment, social and law security, the reduction of the high

6 | *"Entrevista a Fernando Enrique Cardoso, Las líneas de separación entre izquierda y derecha son otras, pero existen", Nueva Sociedad, Fundación Friedrich Ebert, Argentina (2008).*

level of violence present in all of these countries, and the promotion of social participation to foster democracy. We are not certain that this process will make the political class change their perspective, neither that the citizens are ready to urge the government and produce a change. The education systems of the countries of this region tend to instruct citizens in such a shy and politicized manner that there is not much that can be done.

*To be Resolved:*⁷

Salary inequity, one of the main drawbacks where very little has been done.

For instance, Mexico: in 1994 10% of the wealthiest population earned 44% of the whole income, while 20% of the poorest sector earned only 3.6%. In 2000 10% of the wealthiest population earned 50% of the whole income, while 20% of the poorest sector earned only 2.6%⁸. Nowadays these figures have not changed much.

In a recent survey, Latin-American citizens declared that some of the main characteristics democracy lacks are: a diminishment in corruption (48%), the guaranty of social justice (33%), to increase social involvement (31%), the state openness (31%). Only 13% stated that democracy does not lack anything. Colombia, Argentina, Peru and Paraguay are the countries where more citizens claimed for a diminishment of corruption (60%) whereas, very surprisingly, El Salvador is where less people were concerned about the same matter (29%).

The constant conflicts between governments and the media have to be mentioned when talking about freedom of the press, since it is becoming a recurrent issue from a couple years back, especially in countries like Argentina, Bolivia, Ecuador, Venezuela, Nicaragua, and even Mexico, a country that does not escape this tendency; furthermore we cannot ignore the issue of murdered journalists, victims of not only belligerent organizations, or crime organizations, but also – and particularly – of drug trafficking organizations.

7| Cf. <http://www.latinobarometro.org/latino/LATContenidos.jsp>.

8| Cf. Marco A. Velázquez, "México; TLCAN, espejismo y realidad", in *Pueblos*, no. 27, July 2007.

Economic inequity and the practically non-existent development opportunities for millions of Latin Americans are one more drawback. One of the main causes for this reality, is the poor quality of the education system, and its separation from the labor atmosphere, plus the destructive practices that the syndicalized members of this sector perform, and also because governments do not invest proper GDP percentages for education, and, moreover, for investigation.

Some other subjects, which I'm only going to mention briefly, are: violence and organized crime, weapons selling and circulation, mostly coming from America, the debate on the legalization of drugs⁹, the violations of the human rights, the pollution and protection of the environment – in spite the fact that Latin America has around 25% of all forests in the planet – sustainability, child labor, and the current situation of youth in our countries.

4. The Mexican Situation: A Diffident Advance for a Local Leader

Mexico is, by far, the natural leader of the region. Not only that, it also has slowly been detached – culturally – from the rest of the countries of Central and South America. Its proximity to the United States, has marked it in both good and bad ways; on one hand, it is its main burden, but at the same time, its principal business and trading partner, this proximity also provides with enormous economic resources in culture. In fact, we cannot separate Mexico from the Northern side of the continent because of the Free Trade Area of the Americas (FTAA).

Even with Mexico's potential, and its proximity with the United States, the country faces serious problems that have transformed from endemic and seasonal, to chronic and structural. Here are some figures to help us understand the reality of poverty in Mexico.

The National Council for the Evaluation of Social Development Policy (CONEVAL¹⁰) presented the results for the poverty rate measurement in 2012, for each state, and then the country as a whole, which makes openness and results stronger. Today we know that:

9| *Se recomienda leer el libro: A silent nightmare de Sergio Ferragut, publicado en español en México por el IMDOSOC bajo el título: Una pesadilla silenciada, en el 2010.*

10| <http://www.coneval.gob.mx/cmsconeval/rw/pages/medicion/index.es.do>.

- Between 2008 and 2010 people had more access to health services, social security, basic house quality services, housing spaces and less educational backwardness.
- During the same period, considering the economic crisis, the total income for the families living in urban areas was reduced.
- At the same time, an increase in people without access to a basic diet was registered.
- From this last point, people in poverty conditions grew from 44.5% to 46.2%, which is a growth from 48.8 to 52.0 million people between 2008 and 2010.
- Finally, the same period registered a change in the percentage of people living in extreme poverty conditions, from a 10.6% to a 10.4%, keeping the number at 11.7 million people between 2008 and 2010.

In accordance with the *Statistical Yearbook for Latin America and the Caribbean 2011 of the ECLAC*¹¹ 36.3% of the Mexican population lives in poverty conditions. From which 32.3% lives in urban areas and 42.9% in rural areas. The homeless population, which is a 13.3% of the total inhabitants, is distributed as follows: 8.5% lives in urban areas, and 21.3% in rural ones. The poorest sector of the population earns 1.6% of the whole income, while the richest sector earns 37.4%.

On the other hand, in accordance with The National Council for the Evaluation of Social Development Policy (CONEVAL)¹² Mexico is the eleventh most populated country with a total number of 112 millions 322 thousand inhabitants, from which 47% of the population has a certain degree of poverty. Also 94.3 % of the economically active population has a source of income (this includes temporarily jobs and, more importantly, informal economy). Illiteracy represents a 8.3% of the population, this is 9.3 million people, and 49% does not have access to health care (because lack of affiliation).

All in all, Mexico is a strong country with many possibilities for the future, but first it must get rid of those social and political burdens, produce as much wealth as what is necessary, and believe that "they can play in the major leagues".

11 | <http://www.eclac.cl/cgiin/getProd.asp?xml=/publicaciones/xml/7/45607/P45607.xml&xsl=/deype/tpl/p9f.xsl>.

12 | <http://www.coneval.gob.mx/cmsconeval/rw/pages/medicion/index.es.do>.

5. Social Thinking in Latin America

From a very early stage there has been a very important philosophic and humanistic development in Latin America, not just a mere copy of the European philosophical systems. At the peak of the colonial period, an awakening of the critical conscience occurred and with it a first acknowledgement of the town's rights, as well as the dignity of the true inhabitants of these lands.

We must point out some major novo Hispanic thinkers, such as Bartolomé de las Casas, Don Vasco de Quiroga, Fray Alonso de la Veracruz, Fray Tomás del Mercado (16th century), Fray Juan de Zapata y Sandoval, Don Juan Palafox y Mendoza or Don Carlos de Sigüenza y Góngora (17th Century), Francisco Xavier Clavijero, Francisco Xavier Alegre or Fray Servando Teresa de Mier (18th Century), who developed an impressive humanistic thinking which, in several ways, surpassed the European theories on person, their dignity, and their rights.

Dominican Father Mauricio Beuchot, who is a famous philosopher and a scholar, wrote: "opposed to a very accepted opinion, philosophy during the viceroyalty was not an infertile speculation detached from the real problems, or supporter of the injustice and oppression, instead it had many supporters who helped to establish it as a mean to achieve justice, freedom and peace¹³".

The expulsion of the Society of Jesus in 1767 – and later on with the eradication of the Order in 1773 – is the most relevant historical and cultural fact that occurred at the end of the colony. From the Jesuit thinkers of the time, we can point out three that helped to the creation of the Latin American conscience: Landivar, Clavijero and Viscardo.

All of the social movements were accepted by the modern philosophic way of thinking and fostered the freedom movement in the whole of Latin America.

The colony with its own good and bad characteristics was actually most productive in the development of social thinking with a Christian and catholic inspiration. Very little credit has been granted to the thinkers,

13| Mauricio Beuchot, *Filosofía social de los pensadores Novohispanos*, IMDO-SOC, México 2000, p. 6.

however, shortly after the independence of the vast majority of these countries (around the first decades of the 19th century), this development was brought to a standstill.

Following are what we call "failed or insufficient" attempts, but still is part of what developed in this region. Without pretending to exhaust the subject I present only but a few cases.

First Attempt: The Church's Contribution to the Social Matter

The pontificate of Leo XIII (1878-1903) meant a fundamental moment to foster the philosophy of Christian tradition in Latin America. The influence of Leo XIII on the socio-catholic movements between the 19th and 20th centuries is most important. Both labor and catholic citizen's organizations generated a social and political movement without precedent, but without the capacity to bear on in a drastic and stable manner through its social, economical and political propositions.

But the main event came with the II Vatican Council, which was fundamental for the development of a social humanism that followed the new necessities of the 20th century. Its announcement, made in 1959 by the newly appointed John XXIII, generated a revolutionary change in the whole Church. The application of the Council in Latin America occurred, first, with the conference of Bishops (CELAM) in Medellín in 1968, and, with it, the explosive and unplanned emergence of theology and the philosophy of Liberation.

In relation to these impulses of critical thinking in the Latin-American context, we can find Fray Gustavo Gutiérrez, op., then a catholic diocesan priest from Peru, and Enrique Dussel PhD, an Argentinean man who studied most of his major at UNAM (Universidad Nacional Autónoma de México), headed a wide wave of thinkers that tried to offer reasonable paths to change the unfair social structures. Also to help the most unfavored and impoverished. This is when the category of "excluded from the system" was originated.

By 1979, in the III Bishop Assembly of Latin America done in Puebla, the newly elected Pope John Paul II, started to clean the impurities of the theology of liberation, with the proposition of a Christian social doctrine. Liberation, yes, class struggle, no, and for a true liberation there is nothing like the gospel. John Paul II, in his opening speech in

the Assembly, declared: "To safeguard the originality of the Christian liberation and the energies which is capable to unfold, it is necessary to avoid reductionisms and ambiguities, as Pope Paul VI told us: 'The Church would loose its most important significance. Its liberation message would lack originality, and would be vulnerable to ideological systems and political parties.' There are many signals which help us detect a Christian liberation and when instead, it feeds on the ideas that take coherence from it with a evangelic vision of man, things and events"¹⁴.

Furthermore he adds: "We must responsibly trust in this social doctrine, even though some may try to raise doubts and mistrust over it. We must also study it seriously, apply it, teach it, be faithful to it, being a son to this church, as a guaranty of authenticity of our commitment to the delicate and demanding social tasks, and to the efforts to achieve liberation among our brothers. Then, allow me to recommend to this assembly, the urgency to sensitize your church towards this social doctrine.

We must be very careful in the moment of creating a social conscience at all levels and sectors. When unfairness is at its best, and the distance between rich and poor is enlarged, our social doctrine must creatively and openly be the precious instrument to educate and to act. This is of significant importance for laypersons: 'It is the responsibility of layman and woman, although not exclusively, the tasks and clergy dynamisms'¹⁵.

Unfortunately over the last few decades Christian social thinking in Latin America has not develop in a positive way since *Puebla*, nor it has presented resulting expansive proposals to go along this Christian humanism, maybe because of an exhaustion of the CELAM¹⁶, or a feeling

14 | Juan Pablo II, *opening speech of the III Conferencia Episcopal Latinoamericana, Puebla, III*, 6.

15 | *Ibid*, III, 7.

16 | *Recientemente los Obispos a nivel regional reflexionaron con cierta seriedad en los problemas sociales, económicos y políticos en dos ocasiones, en el II Congreso de Doctrina Social de la Iglesia, que bajo el título "Imaginar un Continente para todos", fue organizado por el Departamento de Justicia y Solidaridad del CELAM, y realizado del 11 al 15 de septiembre del 2006 en la Ciudad de México, cuyas memorias fueron publicadas en Bogotá en el 2008; y en Aparecida, Brasil, durante su V Asamblea Plenaria, si bien con algunos problemas metodológicos de por medio. Las conclusiones de ambos son una invitación a la reflexión, pero sobre todo a la investigación social.*

of suspicion towards philosophy and theology of liberation in many places¹⁷, or perhaps because of an atmosphere of mental laziness at centers of Christian thinking like seminars or catholic universities, or Christian-orientated ones, which are more concerned to serve the market and be "politically correct" with their speech. Finally some just walk straight through the Christian orthodoxy of a dogmatic or liturgical willingness, without thinking of the orthopraxis, especially the one referring to society, which is totally unattended. There are serious fears and concerning issues with the church in Latin America.¹⁸

Second Failed Attempt: The Debate of the Underdevelopment and the Dependence Theory

From the end of the forties, the Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC) alongside a group of economists lead by Raúl Prebisch originated the most scathing systematic critic that has ever been made to traditional theories of foreign trade, and its effects on development. Hence thinking was developed that expanded outside the borders of Latin America, even to try it in Africa, without any results.

Dependence sociology with its "development models" and its "plans for development" ended as soon as any of its theories were put into practice. By the end of the eighties, after several attempts to "bring back to life a death with artificial mechanisms", this theory was put aside, without anything better coming after.

Third Deplorable Attempt: Confusion between Left and Right

Our daily bread of everyday are the intellectual and political vicissitudes that the leaders of both sides have faced, even in this incessant search of keeping an ideological distance from one another, but, who's left and who's right? Nowadays, no one knows.

17| *La muestra más representativa de esto, visto desde arriba, fue la Instrucción Libertatis Nuntius, Instrucción sobre algunos aspectos de la 'Teología de la liberación', de la Congregación para la Doctrina de la Fe, del año 1984.*

18| *El famoso divorcio "fe-vida" ha sido una constante en las reflexiones pastorales de toda América Latina, en lo colectivo o en lo particular. Hoy se ha dejado de usar ante el desgaste inútil de la frase.*

Much has been said about the disappearance of the line separating both stances. Both their ideological representatives, meet in the middle of centralist positions, losing the virtue of opposition and the hope of alternation. Their political leaders are identical in performance and interests, and are only differentiated by the name behind them, keeping them in the political scene and working for the civil power.

Perhaps the most confused are those of the left. Socialist identity has become weaker over the last few decades as the crisis of the post-war "perfect state" increased, and neoliberalism arose anywhere.¹⁹ By the time the Berlin wall was destroyed and the USSR became Russia, and Cuba was fractured in both economic and social matters, and the socialists outbreaks in Latin America were more a testimonial occurrence than anything else.

Political pragmatism dominates the current political way of thinking, both for left and right, is that of electoral victory at any cost; and political utilitarianism resembles to those that before were different or opposed. All of these has facilitated the development of the "politic locust" syndrome, this is, a capacity to "jump" from one political party to the other in search for the next open position, without thinking about any ideological ideas. In Mexico, and I believe that in other countries as well, there are politicians that have been members of even four different political parties, some of them completely opposed to each other.

The lack of an ideological identity in politics will come at a great cost with time. Maybe we are still able to create new ways of thinking, new political identities, and moreover, new leaderships.

Fourth Attempt: Analysis and Diagnosis of the Paralysis

In recent times an opportunity has been given to institutions and analysis centers of reality, for its diagnosis and analytical instruments, hence they are abundant. But we lack viable proposals that allow, at a regional level, to think in the things that can be different.

United Nations diagnosis (ECLAC for instance) are frequent; also regional and worldwide organizations regarding human rights (IACHR),

19| Cf. Osvaldo Sunkel, "En busca del desarrollo perdido", *Problemas del desarrollo*, no. 147, UNAM, México 2006.

on the private sector universities and NGOs (such as Latinobarometro), have recently created "observatories" of all kinds: social, regarding youth, human rights, ecclesiastical matters (like CELAM in Bogotá) or in economical matters (like the CELADIC with its headquarters in Panama); others regarding media and finally others focused in law matters. Yet, however, diagnosis is insufficient if it is not capable of contributing a cure or a solution even if it is done by trial and error; otherwise the diagnosis is a source for frustration and despair. This happens to us frequently.

6. Conclusion

All in all, Latin-American intellectuality has been too absent facing the necessity to create new ideological political and economical models that present new solutions to endemic issues. Practically no one has been up to the challenge, nor the church, nor the private sector, nor the academies, nor the multilateral organizations, and by no means political parties, besides the absence of true ideologists who lead this generation of solutions is evident.

The deficit is enormous, and in spite of the economic growth that Latin America will surely have in the next few years, with growth rates even higher than those coming from other regions of the world – like Europe and the United States – true social development is at a standstill. New generation's future is being jeopardized and societies are abandoned, and the sufferings of millions of people are there, demanding new points of view, new solutions and new rapprochements.

And yet, we must trust in the future, we must not lose hope. We are capable of much more.

Ethische Grundlagen einer Politik nachhaltigen Wachstums: Strukturkrise oder Krise des Menschen?

Raymond Bernard Goudjo

The preached thought in the 80s of a "sustained development" has become a part of the church's social teaching since Leo XIII under the term of "integral human development". It originates in understanding humanity as a whole in all dimensions. Humans striving for happiness need to focus on themselves intellectually, in arts and morality and have to refrain from egoism by getting beyond themselves pursuing a higher goal. Common good aims at a happiness of all humans in all its dimensions by way of individuals getting beyond themselves and devoting yourself to others. Plurality and diversity of individuals are deemed and respected as an enrichment. If globalization only materialistically strives for profit, it fails to take human nature into account. Genuine globalization must have a human face and shall achieve common good based on subsidiarity and solidarity. A moral renovation of humans is therefore necessary, which can be achieved by asceticism and the three aspirations of focusing on oneself, resisting selfishness and getting beyond oneself.

In den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts vollzog sich ein bemerkenswerter Bewusstseinswandel hinsichtlich des exzessiven Verbrauchs natürlicher Ressourcen für wirtschaftliche Tätigkeiten. Die Entwicklung eines Konzeptes, das zunehmend schärfere Konturen annahm, war die Folge. Dieses Konzept führte zu einem Nachdenken über den ungebremsten Wettlauf nach wirtschaftlichem Wachstum um jeden Preis ohne Rücksicht auf das ökologische Gleichgewicht; stand doch das Überleben der Menschheit auf dem Spiel. Man nannte es „menschliche Entwicklung“ oder genauer „Index der menschlichen Entwicklung (IDH)“. Sein Ziel ist das materielle, soziale und kulturelle Wohlergehen der einzelnen und der Gesellschaft. In den achtziger Jahren setzt sich ein noch differenzierteres Konzept das Ziel, „die nachhaltige Entwicklung“ zu denken. Deren Grundprinzipien sind: erstens: das Soziale, zweitens: die Wirtschaft, drittens: die Umwelt und viertens: die partizipative Demokratie.

Nachhaltige Entwicklung will „eine Antwort geben auf die Bedürfnisse der Gegenwart, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen, ihre Bedürfnissen zu befriedigen, zu gefährden.“¹

Das Nachdenken über Politiken nachhaltiger Entwicklung ist keine neue Frage, mag es auch in der Zeit einer Finanz- und Wirtschaftskrise von besonderer Dringlichkeit ist. Seit Papst Leo XIII. und seinen verschiedenen Enzykliken über die Freiheit, die christliche Weisheit und die soziale Frage² war die Frage der „nachhaltigen Entwicklung“ stets ein Anliegen des christlichen Sozialdenkens, das hier aber lieber von „ganzheitlicher Entwicklung“ spricht. Es geht um die Antwort auf drei im Kompendium der Soziallehre der Kirche hervorgehobene Fragen, die ich in meiner letzten Veröffentlichung³ folgendermaßen zusammenfasste:

„Auf drei Herausforderungen muss die Kirche bei ihrem Evangelisierungsauftrag eine Antwort finden, um das Ziel der ganzheitlichen Entwicklung zu erreichen:

1. Die erste Herausforderung ist die Wahrheit des Mensch-Seins.
2. Die zweite Herausforderung ist das Verständnis und der Umgang mit Pluralismus und Verschiedenheit.
3. Die dritte ist die Globalisierung mit ihren vielfältigen Implikationen.“

Wirtschaftliches Wachstum ist nachhaltig nur möglich, wenn es begleitet ist von menschlichem Wachstum in seiner Multi-Dimensionalität, die Transzendenz nicht ausschließt, sondern diese als Ursprung und Ziel einbezieht.

I. Die Herausforderung des Mensch-Seins: ein Mehr-Sein, ein Geschenk-Sein

Niemand wird das augenblickliche Unbehagen, das sowohl in den Gesellschaften der reichen als auch der armen Länder zu beobachten ist, bestreiten können. Die wirtschaftlichen Herausforderungen der Armut einerseits und des Reichtums andererseits sind nicht mehr in einem

1 | *Harlem Gro Brundtland, Unsere gemeinsame Zukunft, Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, 1988, S. 51.*

2 | *Vgl. Leo XIII., Enzykliken, Libertas protestantissimum (1888), Sapientiae christianae (1890), Rerum novarum (1891).*

3 | *Raymond Bernard Goudjo, La „Nouvelle Pentecôte“ et les Objectifs du millénaire par le développement, Cotonou 2011, p. 9. Vgl. Kompendium der Soziallehre der Kirche, S. 16.*

Immer-Weiter mit ausschließlich individualistischer und materialistischer Zielsetzung zu bewältigen. Die wahre Person des Menschen lässt sich nicht mehr auf den erfolgreichen Geschäftsmann und den demagogisch versierten Politiker reduzieren. Als Werteskala haben hohe Finanzeinkünfte, politische Macht und Popularität ausgedient. Hier wird deutlich, dass diese verkürzte Sicht des Menschen und der Gesellschaft, die sich in der Wirklichkeit mit den in jedem von uns schlummernden individualistischen Tendenzen verbündet, aus einer philosophischen Reflexion über den Menschen herrührt, die prometheisch geprägt ist und sich mehr schlecht als recht behauptet. Die prometheische Ideologie hatte nicht die Funktion, wie man zu Recht annehmen konnte, Religion zum Verschwinden zu bringen. Vielmehr hatte sie die Wirkung, dass das religiöse Denken sich unmerklich zur Ideologie wandelte oder in die „Sprache der Ideologie“ schlüpfte.⁴

Die menschliche Person, von diesem Strudel der Flucht nach vorn erfasst, hat sich gleichsam in einen leeren Raum, in ein Niemandsland verflüchtigt. Das hindert sie daran, sich an einer besseren Verortung des Mensch-Seins als realer und stabiler Entität auszurichten. Niemand hat das besser zum Ausdruck gebracht als der Sozialforscher Marcel Gauchet an der Stelle, an der er über das Denken und dessen Strukturen spricht: „Die Krise des Liberalismus ist nicht nur eine Krise der Organisation des menschlichen Zusammenlebens, sie ist auch und damit einhergehend eine Krise der Strukturen des Denkens, eine Krise nicht so sehr der Inhalte als des Bezugsrahmens, der für ihre Entfaltung bestimmend ist ...“⁵

Wir sehen heute nur allzu deutlich: Die Maßnahmen, die zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise ergriffen wurden, leiden keineswegs unter einem Mangel an technischem Know-how, sie scheitern vielmehr an einem chronischen Defizit kohärenter Anthropologie, wovon sich der stark individualistisch und materialistisch geprägte Mensch kaum lösen kann. Doch in welchem zusammenhängenden anthropologischen Rahmen lassen sich die zu diskutierenden Inhalte darlegen, um dieser Krisensituation Herr zu werden?

Hier ist der Punkt, an dem die christliche Ethik auf der Grundlage einer gleichbleibenden, kohärenten Anthropologie, einem Mehr-Sein des Men-

4 | Vgl. Marcel Gauchet, *La démocratie contre elle-même*, Paris, S. 99.

5 | Vgl. Marcel Gauchet, *La crise du libéralisme*, Paris 2007, S. 46.

schen, eine feste Ausrichtung auf das Wesentliche bieten und den Menschen auf die Wurzel seines menschlichen Werdens zurückführen kann. Nach Gérard Defois „ist das Christentum ein Prinzip zum Verständnis des Menschen und seiner Lebenswege. Es ist in eine Geschichte eingebettet. Die Religion des Herzens braucht den Glauben im Denken, um das Wesentliche als ein Sich-dem Anderen-Öffnen wieder zu entdecken.“⁶

Von Natur aus auf das Sich-Transzendieren ausgerichtet, überträgt der Mensch seinen Durst nach Wachstum in einen nie ans Ziel führenden Wettlauf nach materiellem Überfluss. Doch es wird ihm nie gelingen, seinen Durst nach immer Mehr zu stillen, wenn er seine ursprüngliche Natur als „Geschenk-Sein“ nicht ernst nimmt. Der Mensch ist seinem Wesen nach Geschenk für die anderen, zum Dienst für die anderen gerufen. Andersheit (altérité) ist nur denkbar, wenn sie Quelle von sich verschenkender Freigebigkeit ist. Gott, der ganz Andere, ist diese Ur-Freigebigkeit, die totale Gabe, in welcher der nach seinem Bild und Gleichnis geschaffene Mensch seinen inneren Sinn für das uneigennützig Schenken (gratuité) entdeckt. Um es mit Teilhard de Chardins Worten auszudrücken: „Man sage nicht: Je mehr einer darauf verzichtet, sich zu viele Sorgen um sich selbst zu machen, je mehr er den anderen den Vorrang lässt, ein desto besserer und sanftmütigerer Mensch ist er. Nein, desto glücklicher und desto stärker gegenüber anderen ist er. Man sollte stets zu lächeln wissen.“⁷

Das Wesentliche des echten Lächelns ist dieses Geben, das sich selbst zum Verzicht macht, nicht um sich zu erniedrigen, sondern damit die Welt durch die Art des uneigennützig Schenkens auf eine höhere Stufe gelangt. „Das Schenken ist also keine sekundäre oder archaische Form der Sozialbeziehung“⁸, schlussfolgert Jean-Yves Naudet, und erläutert, dass die erste Erfahrung von Geschenk und Schenken, eine unmittelbare Erfahrung, zu der jeder Zugang hat, die Familie ist. Die Familie ist der Ort, wo ein Gewebe intra- und intergenerationeller Beziehungen entsteht; in der Familie öffnet sich ein Raum, in dem jedes Familienmitglied sich dauerhaft in die Pflicht genommen weiß durch und für „uneigennützig Freigebigkeit, Treue und eine Haltung des

6 | Gérard Defois, *L'église espace d'alliance. Libres propos d'ecclésiologie pratique*, La Tour-Maubourg 2010, S. 21.

7 | Pierre Teilhard de Chardin, *Être plus*, Paris 1968, S. 24.

8 | Vgl. Jean-Yves Naudet, *La doctrine sociale de l'Église. Une éthique économique pour notre temps*, Aix – Marseille 2011, S. 194.

Gebens“ – Begriffe, die fast synonym zu verstehen sind. „Die Familie als Lebensort zerstören“, heißt deshalb, „die Hauptquelle des Schenkens und uneigennütziger Freigebigkeit zu zerstören.“⁹

Unsere stark vom Individualismus und vom Materialismus geprägten Gesellschaften werden sich mit dem Entwurf eines beständigen Wachstums schwer tun, wenn sie sich weigern, das in ihnen lebendige Über-sich-hinaus-Gehen als Geschenk-Sein anzunehmen, diese menschliche Natur, die für das Geben und den Verzicht in vieler Hinsicht gemacht ist. Diese Gesinnung der Hingabe ist nur möglich, wenn die Familie, Urzelle jeder Gesellschaft, vor allem anderen als Beziehungsraum des Gebens, der Treue und uneigennütziger Freigebigkeit begriffen wird. Eine wahre Askese des Über-sich-Hinaus-Gehens (*surcentration*) ist also nötig im Hinblick auf eine den ganzen Menschen erfassende Entwicklung. Teilhard de Chardin spricht in diesem Zusammenhang von drei Stufen des Glücks: wachsen – lieben – anbeten.

„Um glücklich zu sein, ist erstens eine Reaktion gegen den Trend zum geringsten Widerstand nötig. Dieser bringt uns dazu, entweder auf der Stelle zu verharren oder die Erneuerung unseres Lebens vorrangig in äußerlicher Betriebsamkeit zu suchen. Wohl müssen wir in den uns umgebenden reichhaltigen materiellen Realitäten verwurzelt sein. Doch das Glück erwartet uns letztlich in der Arbeit innerer – d.h. intellektueller, künstlerischer und moralischer – Vervollkommnung. Das bedeutet: In die eigene Mitte gehen (*centration*).

Um glücklich zu sein, ist zweitens eine Reaktion gegen den Egoismus nötig, der uns dazu verleitet, entweder uns in uns selbst zu verschließen oder die anderen für sich zu vereinnahmen. Es gibt eine Art zu lieben – eine schlechte, sterile –, in der wir versuchen zu besitzen, statt uns zu geben. Das bedeutet: Aus der eigenen Mitte gehen (*décentration*).

Um glücklich zu sein, vollkommen glücklich zu sein, müssen wir drittens, auf die eine oder andere Art, unmittelbar oder auf dem Weg sich erweiternder Zwischenschritte (ein Forschungsvorhaben, ein Engagement, eine Idee, ein großes Projekt...) das letzte Interesse unserer Existenz in den Gang und das Gelingen der Welt um uns herum verlagern. Das bedeutet: Über sich hinaus gehen (*surcentration*).

9| Vgl. Jean-Yves Naudet, *op. cit.* S. 193-194.

Als Frucht einer fortgesetzten Anstrengung christlichen Denkens konvergiert die beängstigende unübersichtliche Größe der Welt stetig nach oben bis dahin, wo sie sich in einen Quellpunkt liebender Energie verwandelt! ...“¹⁰

Anders gesagt, der Ordnungsrahmen des Denkens ist nicht zuerst eine Ethik, sondern eine sich als Einheit darstellende Auffassung und Sicht der Welt, die nicht mit einer Ideologie verwechselt werden darf. Chantal Delsol hebt hervor, dass die Demokratie, für die Dogmen ursprünglich eine Stütze waren, nun selbst zu einem Dogma geworden ist, mit den Menschenrechten als Katechismus, der von allen zu lernen ist. Die Menschenrechte sind zu einem Katechismus geworden, der den des Dialektischen Materialismus (DIAMAT) abgelöst hat wie dieser den des Christentums.“¹¹

Die Vision, die uns als Grundlage einer ethischen Reflexion vorgeschlagen wird, ist nichts anderes als eine Askese zum Glück; eine Askese, die sich zugleich versteht als ein Zu-sich-hin (centration), ein Von-sich-weg (décentration) und ein Über-sich-hinaus (surcentration) hin zu einer Wahrnehmung der Unterschiede auf der Suche nach Einheit.

II. Verständnis und Umgang mit Pluralismus und Differenz

Die Welt befindet sich in einer Spannung hin zur Vereinheitlichung der Welten bzw. der verschiedenen und vielfältigen Völker, deren geistige, kulturelle, wirtschaftliche, soziale und politische Aktivitäten ebenso verschieden wie paradoxer Weise eins sind. Diese in einer Vielzahl auftretenden Unterschiede, die es zu verstehen und zu handhaben gilt, sind anthropologischer Natur und verdienen eine Reflexion über das Mensch-Sein im Sozialen und in Verbindung mit dem Sozialen.

Genauer gesagt bezieht sich unsere Reflexion auf das Gemeinwohl als Gesamtheit der gesellschaftlichen Bedingungen (pluraler Charakter der Gesellschaft in ihren verschiedenen institutionellen Formen einschließlich der religiösen), die die persönliche Vervollkommnung eines jeden Mitglieds der Gesellschaft zum Ziel haben (je individueller Charakter der einzelnen Bürger mit ihrem vielfältigen und unbegrenzten Bestre-

10 | Pierre Teilhard de Chardin, *op. cit.* S. 135-136

11 | Chantal Delsol, *L'âge du renoncement*, Paris 2011, S. 98. Siehe S. 222.

bungen auf der Suche nach dem menschlichem Wohlergehen), unter der Voraussetzung, dass alle ihre Pflichten und Rechte ernst nehmen. Das Gemeinwohl ist ein Prinzip, das nicht darauf abzielt, die Unterschiede zu reduzieren oder gar zum Verschwinden zu bringen. Es hat vielmehr zum Ziel, diese zu bestätigen und aufzugreifen in einer gemeinsamen strukturellen Ausdrucks- und Lebensform, die auf einen verbindlichen, objektiven Zweck hin ausgerichtet ist: das Glück des Menschen in all seinen Dimensionen. Zu meinen, dieses Prinzip fördere unklare, Unterschiede verwischende Beziehungen, wäre ein gewaltiges Missverständnis. Die heutige Gesellschaft neigt aufgrund ihrer Ablehnung jeglicher Hierarchie von Werten, menschlichen Beziehungen und unterschiedlichen gesellschaftlichen Funktionen zur Verbreitung dieser Art von Beziehungen. Sich der Mehrheit anzupassen, ohne auf den Sinn der Dinge zu achten, ist eine echte Herausforderung, der wir uns stellen müssen: denn die Masse neigt dazu, sich mit dem vermeintlich problemlosen Wohlbefinden zufrieden zu geben. Diese Masse, als „Zivilgesellschaft“ verkleidet, macht unter dem trügerischen Schein des allgemeinen Interesses aus dem Individuum ein „Herden-Ego“. Die Politik ihrerseits hat kein Interesse daran, die Masse anzuregen, in Richtung eines Über-sich-Hinauswachsens der menschlichen Person nachzudenken. Sie will vielmehr aus ihr Nutzen ziehen, um unter dem Deckmantel von Demokratie und Partizipation so lange wie möglich die Hebel der politischen Macht in der Hand zu behalten. Die nicht reflektierende Masse tendiert bei ihrer Suche nach unmittelbarer Gerechtigkeit zu einer Nivellierung auf der untersten Ebene einer egalitären Gesellschaft, die unter Missachtung der menschlichen Natur jedwede Differenz leugnet; sie verharrt in der Vorstellung einer irrealen Gesellschaft, in der alles allen gehört, so sehr, dass eine latente Verwirrung hinsichtlich des „privaten Eigentums“ entsteht.

Im Namen des Rechts auf Verschiedenheit toleriert die Masse bzw. die Zivilgesellschaft keine Abweichungen von der aufgrund starker medialer Einflüsse gebildeten Mehrheitsmeinung. Wir müssen jedoch der Tatsache ins Auge sehen, dass nach den Worten von Gérard Defois „jegliche Differenz abschaffen heißt, Beziehungen ärmer zu machen, denn ‚man hat sich nichts mehr zu sagen‘ und nichts mehr miteinander zu teilen. Zugleich verurteilt man den anderen zur Nicht-Unterschiedlichkeit und löscht damit seine Identität aus.“¹²

12 | Gérard Defois, *L'église espace d'alliance*, op. cit. S. 72.

In einer höchst aktuellen Überlegung zur Frage, worin der gordische Knoten zwischen dem Vielen und dem Unterschiedlichen besteht, legt Marcel Gauchet in seinem Buch „Die Religion in der Demokratie“¹³ den Finger auf eine neue Form von Individualismus, den er mit dem qualifizierenden Adjektiv „erlitten“ versieht, also ein erlittener und nicht gewollter Individualismus, der von einem kollektiven, perspektivlosen Denken auferlegt ist, ohne präzisen, verbindlichen und realen Horizont. „Nur die je einzelnen Gewissen sind befugt, über die Dinge letzter Instanz eine Aussage zu treffen. Das betrifft das Verständnis von Autonomie ebenso wie den Sinn gesellschaftlicher Existenz. Es gibt nur individuelle Versionen davon, worum es im gesellschaftlichen Zusammenleben letztlich geht, wobei dieses keine letzte Rechtfertigung seiner selbst in sich birgt, aus der sich ein ‚Zweck an sich‘ ergeben könnte.“¹⁴

Im Weiteren seiner Überlegungen hebt Marcel Gauchet hervor, dass das Gemeinwohl als solches nicht das erste Bestreben der sozialen Akteure und der Zivilgesellschaft ist; denn alle befinden sich gleichsam unter der bleiernen Decke des Postmodernismus, der seinem eigenen Anspruch nach zwar das Kollektive denken will, es aber in Wirklichkeit atomisiert. Folglich kann es ihm nicht gelingen, den Erwartungen einer pluralen und in ihren Forderungen unterschiedlichen Gesellschaft gerecht zu werden. „Zum ersten Mal gibt sich die Zivilgesellschaft Wahrnehmungs- und Denkmuster völlig außerhalb der Politik, die das Bunte und Unmittelbare der Zivilgesellschaft spiegeln. Keine Umwandlung auf eine höhere Ebene des Sprechens ist mehr nötig: die Fakten des Gesellschaftlichen bedeuten nichts weiter als sie selbst. Keine Reduktion ihrer Vielfältigkeit entsprechend den Grundentscheidungen des Gemeinwesens ist mehr vorzunehmen; die trennenden Differenzen sind nicht nur nicht ableitbar, sie stellen einen Wert an sich dar. In einer Hinsicht handelt es sich hier nur um eine Änderung der Sichtweise, wenngleich sie große praktische Konsequenzen hat. Das verwundert nicht, wenn der veränderte Blick sich auf Gegebenheiten richtet, die in ihrer Substanz aus den Vorstellungen bestehen, die man sich von ihnen macht. Im vorliegenden Fall führt er zu Kettenreaktionen in der ganzen Breite des sozialen Spiels. Nacheinander wirkt er auf die Elemente oder Partner des Spiels, auf ihre Beziehungen untereinander (Zivilgesellschaft) und auf ihre Beziehungen zum Staat.“¹⁵

13| Marcel Gauchet, *La religion dans la démocratie. Parcours de la laïcité*, Paris 1998.

14| Marcel Gauchet, *La religion dans la laïcité*, op. cit. S. 77.

15| Marcel Gauchet, *la religion dans la démocratie*, op. cit. S. 80-81

Die Menge in ihren verschiedenartigen Tendenzen zu verstehen und auf sie zu reagieren, ist also nicht einfach; und nie wird eine Frage, die sich auf ihre Pluralität und ihre Unterschiede bezieht, definitiv gelöst sein. Die möglichen Antworten werden im Fortgang der Zeit zu neuen Fragen. Vergessen wir nicht: Das Mensch-Sein in seiner Individualität auf dem Weg über sich hinaus lässt sich nicht auf diesseitige Fragen und Antworten reduzieren. Aus diesem Grund erhebt das Gemeinwohlprinzip nicht den Anspruch, die Frage des gesellschaftlichen Beziehungsgefüges definitiv zu beantworten. Es will vielmehr die soziale Dynamik fortgesetzt auf das Über-sich-Hinauswachsen aller Teile der Gesellschaft ausrichten, und dies gerade durch eine Askese des einzelnen Individuums, dessen Wachstum sich nicht im Vergnügen und Nichtstun vollzieht, sondern in der Hingabe. Das Gemeinwohl ist der Kompass des menschlichen Beziehungsgefüges.

Benedikt XVI. verkennt nicht die zentrale Funktion des Gemeinwohls für den Aufbau einer menschlichen Kultur, die alle Kulturen in ihrer Eigenart in Bezug auf die Bildung des „Wir alle“ als Anliegen des Individuums bei seiner Suche nach Glück in Betracht zieht: „Ferner muss in besonderer Weise Wert auf das Gemeinwohl gelegt werden. Jemanden lieben heißt, sein Wohl im Auge haben und sich wirkungsvoll dafür einsetzen. Neben dem individuellen Wohl gibt es eines, das an das Leben der Menschen in Gesellschaft gebunden ist: das Gemeinwohl. Es ist das Wohl jenes „Wir alle“, das aus Einzelnen, Familien und kleineren Gruppen gebildet wird, die sich zu einer sozialen Gemeinschaft zusammenschließen. Es ist nicht ein für sich selbst gesuchtes Wohl, sondern für die Menschen, die zu der sozialen Gemeinschaft gehören und nur in ihr wirklich und wirkungsvoller ihr Wohl erlangen können. Das Gemeinwohl wünschen und sich dafür verwenden ist ein Erfordernis von Gerechtigkeit und Liebe. Sich für das Gemeinwohl einzusetzen bedeutet, die Gesamtheit der Institutionen, die das soziale Leben rechtlich, zivil, politisch und kulturell strukturieren, einerseits zu schützen und andererseits sich ihrer zu bedienen, so dass auf diese Weise die *Polis*, die Stadt, Gestalt gewinnt.“¹⁶

Pluralität und Differenzen erfassen und respektieren: dieses Vermögen hilft bei der Öffnung zu einer Globalisierung, die unter dem Anspruch steht, ein menschlicher Lebensraum zu sein.

16 | Benedikt XVI., *Enzyklika Caritas in veritate, Città del Vaticano* 29. 06. 2009, Nr. 7.

III. Globalisierung mit menschlichem Gesicht: die Ökologie des Menschen

Im Innersten der menschlichen Natur findet sich das Verlangen nach Zusammen-Sein. Zusammen-Sein und Zusammen-Leben sind zwei Seiten dieses Strebens, das die Menschen zu Begegnung und Einheit drängt. Globalisierung auf dieser rein menschlichen Ebene heißt Konvergenz der Menschheit auf einen gemeinsamen Fixpunkt hin: das Glück. Keiner will auf es verzichten, jeder strebt nach ihm auf seine Weise. Dieses von allen so nachdrücklich gesuchte Glück kann auf Wohlergehen, materiellen Wohlstand reduziert werden. Dann verstellt Globalisierung dem Blick des Menschen den ursprünglichen Sinn von Konkurrenz. Dieser bedeutet nämlich, zusammen oder als Mannschaft zu einem gemeinsamen Ziel zu laufen; dagegen meint Konkurrenz heute den verbissenen Kampf der einen gegen die anderen um den größtmöglichen materiellen Besitz.

Dreht sich Globalisierung um den Profit um seiner selbst willen, verwundet sie den Menschen, der dann nicht mehr den Erwartungen seines über sich hinaus strebenden Mensch-Seins gerecht zu werden vermag. Die materialistische Globalisierung zeigt uns ein entstelltes Gesicht der Wirtschaft. Sie zeigt uns das Gesicht einer konkurrenzbesessenen, konfliktreichen Wirtschaft, die die spirituell, kulturell, bürgerlich, rechtlich und materiell Benachteiligten hervorbringt. Es ist diese Wirtschaft, die sich selbstherrlich den Lorbeerkranz der Demokratie aufsetzt, ohne den wirklichen Gehalt der in ihr gesuchten Freiheit zu erfassen. Jean-Loup Dherse und Dom Hugues Minguet stimmen in „Ethik oder Chaos?“ mit uns völlig überein, wenn sie feststellen: „In einer Gesellschaft, die ihre fundamentalen Werte verliert, garantiert der demokratische Mechanismus nicht mehr ohne Weiteres den Schutz vor der Ausbeutung aller Arten von Ressourcen, einschließlich der menschlichen. Der Wettbewerb ist nicht mehr ein Wettlauf um das beste Ergebnis, sondern ein Kampf auf Leben und Tod gegen jeden, der einem in die Quere kommt. Es handelt sich hier nicht um eine Fiktion von Politik, sondern um Tendenzen, die in heutiger Welt weit verbreitet sind, ganz gleich ob es sich um Länder handelt mit, ökonomisch gesprochen, liberaler Philosophie oder um Länder mit einer eher dirigistischen Ausrichtung ...“¹⁷

17| Jean-Loup Dherse – Dom Hugues Minguet, *L'éthique ou le chaos?*, Paris 1998, S. 151-152.

Die wahre Globalisierung muss auf ein menschliches Gesicht bedacht sein, das heißt, sie muss in all ihren Ausdrucksformen nach dem Gemeinwohl streben, und zwar auf der Grundlage des Subsidiaritäts- und des Solidaritätsprinzips. In dem Maße, wie die Menschen, die hauptsächlichlichen Akteure des Politischen und der Wirtschaft, damit beginnen, Fortschritt ohne Marginalisierung zu denken, wird Globalisierung in Solidarität stattfinden. Seien wir uns dessen bewusst: Es geht nicht einfach darum, die Solidarität zu globalisieren, sondern das Phänomen der Globalisierung in eine kohärente und solidarische Sicht der Menschheit einzuordnen und ihr unterzuordnen.

Johannes Paul II. verdanken wir folgende Überlegung: „Um eine gerechtere Gesellschaft und einen stabileren Frieden in einer Welt auf dem Weg zur Globalisierung zu erzielen, ist es dringende Pflicht der internationalen Organisationen, dazu beizutragen, dass das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwohl gefördert wird. Zu diesem Zweck darf man aber nie die menschliche Person außer acht lassen, die in den Mittelpunkt jedes sozialen Projektes zu stellen ist. Nur so können die Vereinten Nationen zu einer wahren »Familie der Nationen« werden, wie es ihrem ursprünglichen Auftrag entspricht, »den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in einer größeren Freiheit zu fördern«. Das ist der Weg, um eine Weltgemeinschaft aufzubauen, die auf »gegenseitigem Vertrauen, gegenseitiger Unterstützung und gegenseitiger Achtung« gegründet ist. Die Herausforderung besteht also darin, eine Globalisierung *in Solidarität*, eine Globalisierung *ohne Ausgrenzung* zu sichern. Das ist eine offensichtliche Pflicht der Gerechtigkeit, die beachtliche moralische Implikationen in sich birgt, wenn das wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Leben der Nationen gestaltet werden soll.“¹⁸

In der Tat scheint „wirtschaftliche Globalisierung (frz. mondialisation économique) eine redundante Bezeichnung zu sein; denn die Wurzel „éco“ bezeichnet das Haus oder den Lebensraum, in dem der Mensch die Geschichte seines Wachstums in der Menschlichkeit lebt, also die Welt. Die Wirtschaft und die Welt bezeichnen somit etymologisch bis auf wenige Nuancen dieselbe räumliche Realität, die das Hervorkommen und die Existenz des Menschlichen fördert. Der „Haus-Raum“ ist

18 | Johannes-Paul II., *Aus der Gerechtigkeit des Einzelnen erwächst der Friede für alle. Botschaft zum Weltfriedenstag 1998, Città del Vaticano 08.12.1997, Nr. 3*

ein „Familien-Raum“, in dem Solidarität, Kreativität, Initiative, Sorge um Gerechtigkeit und um das Wohl eines jeden Familienmitglieds gelebt werden. Mit anderen Worten: Grundlage von Gemeinwohl, Solidarität und Subsidiarität, die als Ausdruck einer wirklichen Sorge um den ganzen Menschen in die Tat umgesetzt werden, können nur die Werte der Familie und der familiären Erziehung sein. Sie sind das Sprungbrett aller Erziehung und später sozialen Engagements. Ohne Übertreibung können wir sagen: Die Antwort auf die heute gängigen instabilen Sozialformen und die häufig damit verbundenen Deregulierungen kann nur von einer dem Menschen innewohnenden Regel kommen. Den Dingen Sinn zu geben, ist ihm nur möglich im Rahmen familiärer Erziehung als Raum der Sinnsuche und der Erfahrung des Unterschieds zwischen kontingenten Faktoren und die Zeit überdauernden Fundamenten.

Die Gesetze, die internationalen Vereinbarungen, die Verhaltenskodizes usw. zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung berühren nur das äußere Leben des Menschen. Sie behandeln das Kontingente oder Äußere seiner Verfasstheit, ohne sich für das Gefäß selbst und seinen Gehalt zu interessieren: den Menschen in seinem innersten Streben, den ganzen Menschen. Der Mensch ist ein Leben im Geist. Der Mensch als Gefäß ist ein zu erfassendes Ganzes; und der Mensch als Gehalt ist dieses Streben nach dem Über-sich-hinaus, das ihm wie eine Empfangsantenne für das Sein in seiner Totalität innewohnt. Es ist dieser Mensch, der von seinem inneren Gespür Gebrauch machen muss, wenn er auf seine Umwelt einwirkt und in sie eingreift. Wenn dieser Mensch sich selbst und die Forderungen seines Über-sich-hinaus-Seins, in Form des Geschenkes und der Bestimmung zum Geschenk, nicht ernst nimmt, wird er unweigerlich einen negativen, seinen natürlichen Lebensraum zerstörenden Einfluss ausüben.

Hier mahnt uns Benedikt XVI., wenn er feststellt: „Daher ist es sinnvoll, eine tiefgehende und weitblickende Prüfung des Entwicklungsmodells vorzunehmen sowie über den Sinn der Wirtschaft und über ihre Ziele nachzudenken, um Missstände und Verzerrungen zu korrigieren. Das verlangen der ökologische Zustand des Planeten sowie auch und vor allem die kulturelle und moralische Krise des Menschen, deren Symptome schon seit längerer Zeit in allen Teilen der Welt offensichtlich sind. Die Menschheit braucht eine tiefe kulturelle Erneuerung; sie muss jene Werte wiederentdecken, die ein festes Fundament darstellen, auf dem eine bessere Zukunft für alle aufgebaut werden kann. Die Krisensituationen, die sie heute erlebt – sei es im Bereich der Wirtschaft, in der

Nahrungsmittelversorgung, der Umwelt oder der Gesellschaft –, sind im Grunde genommen auch moralische Krisen, die alle miteinander verknüpft sind. Sie machen eine Neuplanung des gemeinsamen Wegs der Menschen notwendig. Sie erfordern insbesondere eine durch Maßhalten und Solidarität gekennzeichnete Lebensweise mit neuen Regeln und Formen des Einsatzes, die zuversichtlich und mutig die positiven Erfahrungen aufgreifen und die negativen entschieden zurückweisen. Nur so kann die derzeitige Krise Gelegenheit zur Unterscheidung und zu einem neuen Planen werden.“¹⁹

Als Schlussfolgerung ist festzuhalten: Nachhaltige Entwicklung ist nur denkbar, wenn sie sich in die umfassendere Sicht der ganzheitlichen Entwicklung der menschlichen Person, jedes Menschen und des ganzen Menschen im Dienst am Gemeinwohl, einfügt. Zu diesem Zweck muss sich der Mensch zu einer geistigen Erhebung seiner selbst entschließen, indem er sich persönlich und kollektiv die dreifache Askese des Zu-sich-selbst, Von-sich-weg und Über-sich-hinaus zu eigen macht: In-die-eigene-Mitte-Gehen (centration) als ehrliches und notwendiges Streben nach dem eigenen menschlichen Wohlergehen; Aus-der-eigenen-Mitte-Gehen (décentration) als notwendige Anerkennung der Tatsache, dass der andere und die anderen ebenso bedürftig sind wie ich; das heißt, dass ich in Anbetracht dessen mehr die Gestalt der Großzügigkeit als die des Egoismus annehmen muss; und schließlich Über-sich-hinaus-Gehen (surcentration), da nur der Wert einer letzten Finalität den Menschen als Ganzen berührt und ihm eine einheitliche Vision der Welt in der Pluralität ihrer Ausdrucksformen vermittelt.

19| *Benedikt XVI., Willst Du den Frieden fördern, so bewahre die Schöpfung. Botschaft zum Weltfriedenstag 2010, Città del Vaticano 08. 12. 2009, Nr. 5. Siehe auch Benedikt XVI., Für eine Ökologie des Menschen. Gesammelte Texte, Città del Vaticano 2012, S.127-128.*

Catholic Political Involvement in the Philippines

Dennis T. Gonzalez

Die Katholische Soziallehre beschäftigt sich mit allen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens. Das Ansehen von Politikern ist eher gering, da in den Philippinen nicht zuletzt wegen Politikversagens eine Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich besteht.

Die Kirche erkennt an, dass sich aus der Bibel keine politischen Systeme ableiten lassen. Staat und Kirche sind getrennt und unabhängig voneinander. Religion darf nicht in die Privatsphäre abgedrängt, keine Religion darf benachteiligt werden und keine religiöse Gruppe darf staatliche Institutionen dominieren. Wegen der Übereinstimmung der Ziele ist Dialog und Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche erstrebenswert, wobei die Glaubwürdigkeit der Kirche nicht leiden darf.

Katholisches Engagement in der Politik soll der Förderung von Gerechtigkeit, dem Geist des Dienens und einer Stärkung der Rechte der Armen entsprechen. Dabei sollten sich Geistliche parteipolitisch zurückhalten, sondern Laien ermutigen, sich zu engagieren, sowie politische Bildung fördern. Der missionarischen Ausstrahlung wegen sollen sich die Gläubigen zu ihrer christlichen Überzeugung bekennen.

Catholic Social Teaching affirms that the Gospel of Christ benefits the whole human person (body, mind and spirit) and all human practices: economic, political, cultural and educational. Thus, every field of human activity is a field of evangelization, which bears the Gospel as leading source of visionary light.

Politics is a vital area of evangelization because it can lead people to the common good or can dehumanize by entrapping them in practices and procedures that violate or degrade human dignity. Politics should protect and not degrade human dignity, which flows from God's decision to create human beings, male and female, in the divine image (Genesis 1:27).

In the gospels, Christ fed and satisfied people in their hunger for food, wisdom and compassion. He also declared that whatever we did, or failed to do, for the poor, the hungry, the sick, the abandoned, or the needy stranger, we did or failed to do for him (Matthew 25:31-46). In our times, believers who help generate good and steady jobs for the unemployed, or who raise the employment or entrepreneurial skills of the poor, are serving Christ the Lord himself, whose image or face is mysteriously present in every person in need.

Good Politics

Good and wise politics creates the stable environment of rules and regulations for entrepreneurial activities, the creation and maintenance of decent jobs, and the administration of justice. Politics is the practice and art of governance of the citizens for the common good. It includes the administration of public resources such as tax money and public land, buildings and equipment.

The common good is what preserves or promotes the basic human dignity of everybody, whether one belongs to a minority or a majority group in society. Thus, for example, a government recognizes the human right of equal protection of law for every citizen, whether poor or rich, man or woman of whatever ethnic or religious group, especially in cases where life, liberty or property is at stake. No person ought to be deprived by government of what is his or hers without due process. No innocent person ought to spend years in prison awaiting the wheels of justice which, unfortunately in the Philippines and many developing countries, turn most slowly for the financially poor and those with poor political connections.

Politics is also the art of resolving with fairness the conflicts of interests among groups in society. For example, there tends to be a conflict between, on the one hand, the interest of wage-workers of enterprises who want higher wages or better benefits, and on the other hand, the interest of investors who want a profitable or higher return of their investments. Also, the interest of Filipino lowlanders to utilize or develop more land and natural resources conflicts often with the interest of indigenous groups of highlanders who want to preserve their ancestral lands and resources. Politics is a reasonable means to resolve such conflicts without resorting to violence.

Besides the common good, other purposes of the political community of citizens and public authorities are the protection of rights and the creation of effective opportunities for everybody to play an active part in public affairs.¹

Decades of Poverty and Decadent Politics

Unfortunately, in the exercise of politics in the Philippines for decades, the common good is not targeted or achieved in many instances, the conflicts of interests in society are not resolved fairly or wisely, and major political decisions are reached without sufficient participation from groups who are most vulnerable to the negative effects of the decisions. The benefits of political decisions and actions go more to the few rich and those who have strong political patrons or connections, while the burdens or costs of the decisions are born more by the many who are poor or poorly connected.

Owing to the established or dominant political and economic practices and procedures, there is great inequality of opportunity for a life of dignity in the country. Most of the poor have seen little or no improvement in their social condition from one generation to the next, and they see the regular practice of elections in a democracy as occasions for momentary relief from misery through the money or goods handed out by many candidates. Or elections are seen as no different from popular games of chance which can be exciting or entertaining even when people do not expect the games to change their lives in the long term. There is also unequal opportunity for political office, and most of the top elective positions are won by members of a few established families, clans or dynasties. In several locales, dynasties allocate huge resources for bribing election personnel and hiring goons to intimidate voters and to inflict violence on opponents. Thus, many Filipinos generalize politics and politicians as dirty or corrupt.

The Church considers politics both a difficult and noble art, and thus encourages those with talent or potential to prepare themselves for the practice of politics and to engage in political activity with integrity and wisdom.² A Christian who neglects his duties as a citizen and political

1 | *Pastoral Constitution on the Church in the Modern World (Gaudium et Spes)*, 74-75.

2 | *Ibid.*

actor on earth neglects his duties toward the neighbor and thus puts his heavenly citizenship at risk.³

Integral Evangelization

The Catholic Bishops Conference of the Philippines (CBCP) asserts that an urgent part of the mission of Catholic citizens is to evangelize politics, to transform politics in the light of the Gospel, or to nurture Gospel values such as justice, compassion and humility within the political field.⁴ This is part of the mission of integral evangelization or the evangelization of the whole person and all human life and activity.⁵

Integral evangelization in the Philippines requires a Church transformed into a "Church of the Poor," a Church that is pro-poor for the sake of the common good and God's Reign. In such a renewed Church, "the Church will not only evangelize the poor ... the poor in the Church will themselves become evangelizers. Pastors will learn to be with, work with and learn from the poor."⁶

Church as Teacher and Learner

As an agent of integral evangelization, the Church is both a teacher and a learner in the world, and in the understanding and improvement of human dignity and social life. As a learner, the Church as the whole people of God has the task "to listen to and distinguish the many voices of our times,"⁷ including non-religious voices from the fields of politics, economics, and the natural sciences. Also, the Church appreciates the presence of truth, goodness or justice in non-religious institutions.

The Church recognizes that "justice, peace and integral development can be pursued through many political ways," and the Gospel does not prescribe a particular political system for Christians, "whether monarchical, presidential, (or) parliamentary."⁸ Christians should recognize

3| *Ibid*, 43.

4| *Catholic Bishops Conference of the Philippines (CBCP), Pastoral Exhortation on Philippine Politics, section D, 16 September 1997.*

5| *Second Plenary Council of the Philippines (PCP II), Conciliar Document (Manila: 1992), 187-92.*

6| *Ibid*, 132.

7| *Gaudium et Spes*, 44.

8| *CBCP, Philippine Politics, section G-3.*

the legitimacy of different points of view as regards the organization of political, economic, educational and cultural activities.

Separation of Church and State

The Church is teacher and learner towards the political community but is neither a ruler nor an agency of the State. "The political community and the Church are autonomous and independent of each other in their own fields."⁹

The Philippine bishops accept the constitutional principle of the separation of Church and State, but considers the principle misinterpreted by those who expect the Church to become silent on matters of politics, politicians, and public policies. Separation of Church and State should not mean the loss of the public voice of the Church and the confinement of religion either to the individual conscience or to worship activities.

What separation of Church and State correctly implies are the following: the State has no official religion; the State shall not discriminate against any religion, whether of the minority or the majority; no Church or religious group or organization may exercise control over the police or armed forces of the State. For integral or total human development of all persons in society, honest and prudent dialogue between Church and State is necessary, while they maintain their proper separation or independence.

The mission of the Church and the purpose of the political community to promote the common good partially coincide, and thus respectful and mutual collaboration between them can be pursued. Critical discernment, however, has to be practiced to ensure that, in the mutual collaboration of Church and State, the credibility and autonomy of the Church are not weakened.

Integral Development

Integral development is the major goal of the evangelization of politics. Such human development requires the "creation of structures of participation and shared responsibility,"¹⁰ and the pursuit of people em-

9| *Gaudium et Spes*, 76.

10| *John Paul II, Centesimus Annus*, 46.

powerment, people's "greater involvement in decision-making, greater equality in both political and economic matters, more democracy, more participation."¹¹ Besides people empowerment and the pursuit of the common good, three other principles should characterize Filipino Catholic participation in politics: defense and promotion of justice, a spirit of service, and a love of preference for the poor.¹²

Feminist Christians point out that the institutional church would be much more effective in its advocacy and efforts to pursue people empowerment and to create structures of participation, if it gave up outdated structures that secure the monopoly of a celibate male clergy over policy-making within the church. "The church, steeped in male hierarchy and tradition, has to repent for its sexism before it can be a beacon of hope and an agent for change."¹³ Sexism is the tacit or explicit conviction that, by nature or by divine decree, one sex is superior over the other sex in terms of human dignity, wisdom, or inner strength.

Principled Partisan Politics

To avoid harmful division within the community of believers, the Church directs bishops, religious and priests to refrain from partisan politics, especially the use of the pulpit or the Eucharistic celebration for partisan purposes, whether for or against a particular political leader, family, or party. Instead, competent and conscientious lay men and women are strongly encouraged to get involved directly in "principled partisan politics."¹⁴

From historical experience, the Philippine Church recognizes that there can be rare junctures in history when a primarily moral judgment its officials pass about a political event is unavoidably partisan. This is what happened when the CBCP declared that the 1986 elections were fraudulent and thus the authoritarian president, Ferdinand Marcos, had no moral basis to extend his rule for another term.¹⁵

11 | *PCP II, Conciliar Document*, 326.

12 | *Ibid*, 351.

13 | Kwok Pui-Lan, "Feminist Theology, Southern," in *The Blackwell Companion to Political Theology*, eds Peter Scott and William Cavanaugh (Oxford: Blackwell, 2007), 207.

14 | *CBCP, Lay Participation in Politics and Peace*, 12 July 2009.

15 | *CBCP, Post-Election Statement*, 13 February 1986.

To prepare Catholic citizens for principled participation in politics, whether partisan or not, the basic work that has to be done is "catechesis on politics" or Christian education in politics.¹⁶ Such education can take place in the family, the Catholic educational institution, the parish, a base community, a covenant community or a religious organization.

Missionary Aspect

Catholic political education has to include and develop "the missionary aspect of the Church's social doctrine."¹⁷ Catholic political actors who understand this missionary aspect will proclaim explicitly their faith in Christ, when there are opportune times in their political activities.

Scripture says: "Always be prepared to give an answer to everyone who asks you to give the reason for the hope that you have. But do this with gentleness and respect." (1 Peter 3:15) Thus, every Catholic political actor should be prepared to proclaim one's faith with both conviction and humility, and with respect for the religious freedom of others, but not during inopportune times so that one's faith proclamations do not end up like pearls thrown to pigs (Matthew 7:6).

Specific Ways of Political Participation

Principled political participation can be pursued by Catholic citizens in many specific ways. Some can join and be active in civil society groups or citizens organizations that pursue the following: popular education on the rights and duties of citizenship; education of citizens on responsible voting; education of candidates on principled political leadership; election monitoring and evaluation.

Other ways are the following: monitoring the performance of elective officials; monitoring government procurement and service delivery; monitoring the process of deliberation of bills in the legislature; advocacy work including lobbying for policies, laws, regulations and procedures that will contribute to political, economic and educational reforms and integral development.

16 | *CBCP, Philippine Politics, section H-1.*

17 | *Benedict XVI, Caritas in Veritate, 15.*

Competent and conscientious lay Catholic citizens who have a talent or potential for elective office should consider seriously to prepare themselves in a systematic way to become candidates, or at least to campaign actively for the excellent or superior candidates.

Perhaps the next level in the evangelization of politics will have to be the building or strengthening of political parties as necessary institutions in a democracy.¹⁸ For too long, the dominant political parties in the Philippines have been personality-oriented rather than oriented to platforms or programs; they do not seriously engage in the political education of the citizenry; they are weak in party discipline and thus party-switching by politicians is done regularly.

Conclusion

Catholic involvement in politics in the Philippines has evolved through the decades toward stronger recognition of the need for political education and lay participation in principled partisan politics. Catholic education in politics has to include the missionary aspect of the political involvement of believers.

In its political involvement, the Church, the communion of the faithful, is an evangelizer of politics. This is a challenging and risky mission, but the Church ought to pursue it because of its fidelity to Christ, its head, whose victory over sin and death offers assurance and strength to every evangelizer.

18 | Dennis Gonzalez, "The Missing Ground in the Evangelization of Politics: Building Ideological Political Parties," *Hapag 7* (2010): 53-62.

Responsibility of Democratically-based Emerging Countries for Sustainable Economic Activities?

Camillus D. N. Kassala

Schwellenländer zeichnen sich durch frühe Stadien der Industrialisierung mit zunehmender Arbeiterschaft und schnelles Wirtschaftswachstum mit ausländischen Investitionen aus. Diese Länder, die sich den Märkten öffnen, sind in ihrer Größe und in ihrem Gewicht sehr unterschiedlich. Der Veränderungsprozess wirft die Frage nach einer Wirtschaftsordnung zwischen reiner Gewinnmaximierung und normativen Werten sozialer Gerechtigkeit auf. Für eine nachhaltige Entwicklung sind wirtschaftliche und soziale Faktoren, Umweltschutz und kulturelle Dimension grundlegend. Kriterien sind die Versorgung mit frischem Wasser und Nahrungsmitteln unter nationaler Hoheit, die Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte hinsichtlich der Landreform und der Biodiversität sowie eine effektive Währungs- und Wirtschaftspolitik. Vor dem Hintergrund des nationalen Selbstbewusstseins und des sozialen Wandels entwickeln Schwellenländer eigene Vorstellungen jenseits der profitorientierten Konzepte. Dabei gilt es, auch die afrikanische Perspektive zu sehen, um mehr Vielfalt zu gewährleisten.

1. Introduction

Emerging countries or markets are playing a growing role in the world economy. It is a role that is expected to be even greater in the future. This paper discusses a very controversial question: Should these countries accept the responsibility for sustainable economic activities? In attempting to answer that question, the paper will proceed as follows: It will first examine the definition or concept of 'emerging economy, market or country'¹ and some common characteristics of these coun-

1 | *In the literature the words 'economy', 'market' and 'country' are used interchangeably. See for example Gregory Clark, A Farewell to Alms, a Brief Economic History of the World, Princeton University Press, 2007; and Ayres, Robert U.; Warr, Benjamin (2006). Economic growth, technological progress and energy use in the U.S. over the last century: Identifying common trends and structural change in macroeconomic time series, INSEAD. <http://www.helsinki.fi/iehc2006/papers2/Warr.pdf>.*

tries. The paper will then critically examine a number of different lists of what are considered to be emerging economies or countries by different authorities. In the third section the paper will present a conceptual model of the mainstream globalizing economic system. This will be for the purpose of contextualizing the economies of the emerging countries, in order to deduce a principle on which to evaluate the emerging economies' contextual appropriateness of the global system, in the light of the criteria of sustainable economic development. Finally, the paper will conclude by arguing that the answer to the question, '*Should democratically-based emerging countries accept the responsibility for sustainable economic activities?*' depends on one's position, or orientation, regarding the 'social justice rationale' of the global economic system.

1.1 Definition of 'Emerging Market Economy'²

An 'emerging market economy'³ is defined as an economy with low to middle per capita income. Such countries constitute approximately 80% of the global population, and represent about 20% of the world's economies. An emerging market economy (EME) or country (EMC) is a country also experiencing development and rapid economic growth. It is a country in the early stages of industrialization and undergoing economic growth and foreign investment.⁴ Characteristically emerging market economies or countries are on transit to an open market economy with a growing working age population.⁵

Although the term "emerging market" is loosely defined, countries that fall into this category, varying from very big to very small, are usually considered emerging because of their developments and reforms. Hence, even though China is deemed one of the world's economic powerhouses, it is lumped into the category alongside much smaller economies with a great deal less resources, like Tunisia. Both China and Tunisia belong to this category because both have embarked on economic development and reform programs, and have begun to open up their markets and "emerge" onto the global scene.

2 | See <http://www.investopedia.com/articles/03/073003.asp#ixzz28oWfEFQ6>

3 | The term was coined by Antoine van Agtmael (1980's) of the International Finance Corporation of the World Bank, as a positive alternative to "less economically developed country", or LEDC.

4 | See also <http://www.qfinance.com/dictionary>).

5 | ?

Emerging market economies or emerging market countries are considered to be fast-growing economies, which are progressing toward becoming advanced, as shown by some liquidity in local debt and equity markets and the existence of some form of market exchange and regulatory body as will be shown later. Emerging economies or emerging countries also do not generally have the level of market efficiency and strict standards in accounting and securities regulation to be on par with advanced economies (such as the United States, Europe and Japan). However, despite being a very highly heterogeneous group in terms of economic size, population, levels of per capita income and growth performance over the past decade (OECD, 2010a; OECD, 2010b), such countries will typically have a physical financial infrastructure including banks, a stock exchange and a unified currency.

1.2 Emerging market economies or emerging market countries and Foreign Investment

One of the peculiar characteristics of democratically-based emerging countries is that they are sought by investors for the prospect of high returns, as they often experience faster economic growth as measured by Gross Domestic Product (GDP). Investments in such emerging markets come with much greater risk due to political instability, domestic infrastructure problems, currency volatility and limited equity opportunities because many large domestic companies may still be "state-run" or private. Also, local stock exchanges may not offer liquid markets for outside investors.

At this stage it is important to point out two important economic features which are shared by emerging market economies or emerging market countries and are relevant to the argument of this paper:

1. Before the 2008/09 meltdown these countries enjoyed a prolonged period of relatively robust growth – with growth rates generally higher than the OECD average. Their growing integration into the world economy, supported by domestic policy reforms, determined the move towards stronger and more sustainable growth.
2. They have achieved considerable progress in the fight against poverty particularly in Brazil, China and Indonesia, while India and South Africa recorded more modest reductions (See the figure 1).

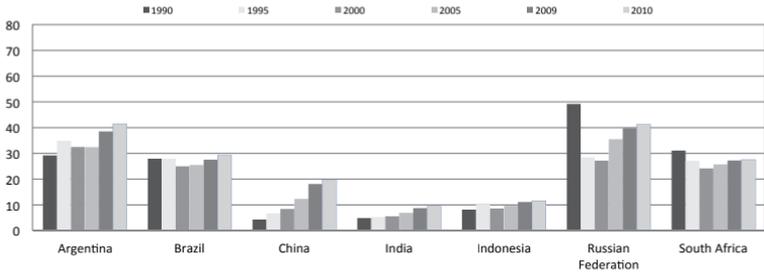


Figure 1: EMEs' GDP PER CAPITA (2005 CONSTANT PPPS)

Source: World Bank, *International Comparison Programme Database*
<http://dx.doi.org/10.1787/888932535413>

These two characteristics⁶, namely robust sustainable growth and progress against poverty, need to be considered in the context of the mainstream economic paradigm of neoclassical economics with its ideology⁷ of free markets. This consideration will give light to what extent the emerging market economies have 'played the neoclassical economics' game so as to be considered responsible, or not, for sustainable economic activities.

1.3 National Democracy and the Global Economy

As it was argued at the beginning, whether emerging market economies or emerging market countries are responsible or not for sustainable economic activities will depend on the 'social justice rationale' of the mainstream global economic system. Incidentally, the prospects of 'emerging market economies' high returns which attract foreign investors (the major protagonists of the mainstream global system) into these countries put their leaders in critical situations of having to weigh local political and social factors as they attempt to open up their economies to the world. The citizens of an emerging country, being accustomed to protection from the outside world, for instance, can often be distrustful of foreign investment. Democratically-based emerging countries may also often have to deal with issues of national pride because their citizens may be opposed to having foreigners owning parts of the local economy.

6 | Given the uncertainty of the global economy's trend due to the volatility of the markets, these characteristics hold true as of October 2012.

7 | The word 'ideology' is used here in the sense of means-ends relationship, or attitudinal emphasis on one aspect of belief system than on another.

Also, the introduction of new cultures, apart from new work ethics and standards, can change the socio-democratic fabric of an emerging market economy to the extent that its people may not cooperate with the government policies of attracting foreign investors. In such a context the question 'Should democratically-based emerging countries accept the responsibility for sustainable economic activities?' is very relevant, given the fact that most foreign investors come from the Western world where profits count more than the local people and their habitat.

1.4 Emerging Countries/Markets/Nations' Lists

The loose definition of emerging market economies has led to a number of institutions which create measuring indicators (or indexes) for the global markets or financial data consumers to come up with different lists of emerging market economies. The following are the lists commonly found in the literature of such authorities in finance and economics (See table 1).

Listing Authority	Emerging Countries/Markets	Total Number of Countries
1. IMF (July, 2012)	Argentina, Brazil , Bulgaria, Chile , China , Estonia, Hungary, India, Indonesia, Latvia, Pakistan, Peru, Philippines, Poland, Romania, Russia , South Africa , Thailand , Turkey , Ukraine, Venezuela	23
2. EMGP ⁸ (November, 2012)	Argentina, Brazil , Chile , China , Hungary, India , Israel, South Africa , South Korea, Mexico, Poland, Russia , Slovenia, Thailand , Taiwan, Turkey	16
3. FTSE Group ⁹	Advanced	10/12
	Brazil , Czech Republic, Hungary, Malaysia, Mexico, Poland, South Africa , Taiwan, Thailand , Turkey	
	Secondary	
	Chile , China , Colombia, Egypt, India , Indonesia, Morocco, Pakistan, Peru, Philippines, Russia , UAE	
4. MSCI Barra ¹⁰ (May, 2010)	Brazil , Chile , China , Colombia, Czech Republic, Egypt, Hungary, India , Indonesia, Malaysia, Mexico, Morocco, Peru, Philippines, Poland, Russia , South Africa , South Korea, Taiwan, Thailand , Turkey	21
5. S&P ¹¹ (December, 2010)	Brazil , Chile , China , Colombia, Czech Republic, Egypt, Hungary, India, Indonesia, Malaysia, Mexico, Morocco, Peru, Philippines, Poland, Russia , South Africa , Taiwan, Thailand , Turkey	19
6. Dow Jones (September, 2011)	Brazil , Chile , Colombia, Mexico, Peru, China , India , Indonesia, Malaysia, Philippines, South Korea, Taiwan, Thailand , Czech Republic, Hungary, Poland, Russia , Turkey , Egypt, Morocco, South Africa	21

TABLE 1: LISTS OF EME'S

N.B.: Names of countries in bold show which countries are found in all lists. From the table, one can see that there are commonly agreed at least eight countries.

2. The mainstream neoclassical economics

Earlier on it was pointed out that the two characteristics (robust sustainable growth and progress against poverty) of emerging market economies need to be considered in the context of the mainstream economic paradigm of neoclassical economics. This is because most foreign investors coming from the Western world where the principle of 'profits come first, people come afterwards' is one of the pillars of neoclassical economics as it will be shown below. It was also pointed out that this consideration would give light to what extent the emerging market economies have 'played the neoclassical economics' game so as to be considered responsible, or not, for sustainable economic activities. This sub-section now deals with this issue.

In this paper the term '*mainstream economics*' refers to the set of economic ideas or thoughts considered orthodox, and the theories that are part of the neoclassical economics tradition. The tradition follows rational choice theory, which assumes that individuals make decisions that will maximize their own utility or personal benefit, and uses statistics and mathematical models to demonstrate theories and evaluate various economic developments.¹² This tradition is characterized by the following theoretical perspectives:

a) *Theory of science*

This refers to the way of thinking of acquiring knowledge. Mainstream economics relies on positivism as a theory of science, or the main philosophy, of acquiring economic knowledge.

b) *Positivism*

This is a philosophy of knowledge, empirical in perspective and is characterized by an ambition to achieve objectivity and value neutrality in order to find causality and identify universal economic regularities or laws.

8 | *The Emerging Market Global Players (EMGP) project at Columbia University*

9 | *The FTSE Group distinguishes between Advanced and Secondary Emerging markets (22) on the basis of their national income and the development of their market infrastructure.*

10 | *Morgan Stanley Capital International (MSCI). In 2004, MSCI acquired Barra, Inc., to form MSCI Barra.*

11 | *Standard and Poor's.*

12 | *Cfr. <http://www.businessdictionary.com/definition/mainstream-economics.html#ixzz22a0wpCmG>.*

c) *Paradigm*

This is a theoretical perspective with a related conceptual framework. Neoliberal (mainstream) economics is an example of a paradigm which is positivistic with respect to theory of science. This paradigm emphasizes a specific idea of markets and specific kinds of institutions, with consumers and firms as main actors, while government regulation and interventions as possibility.

d) *Ideological emphasis*

Ideology stands for means-ends value relationships. Neoliberal (mainstream) economics puts ideological emphasis on economic growth (the end), rationality and efficiency of markets (the means), and specific kinds of institutions related to goods and services.

e) *Institutional interpretations*

These are specific interpretations or models of the world and are manifested by institutions. In neoclassical economics the ideal model of the world is the business company or corporate entity, which maximizes profits in monetary terms.

Given these theoretical features of the mainstream economics, the question being discussed then can be illustrated by the following diagram:

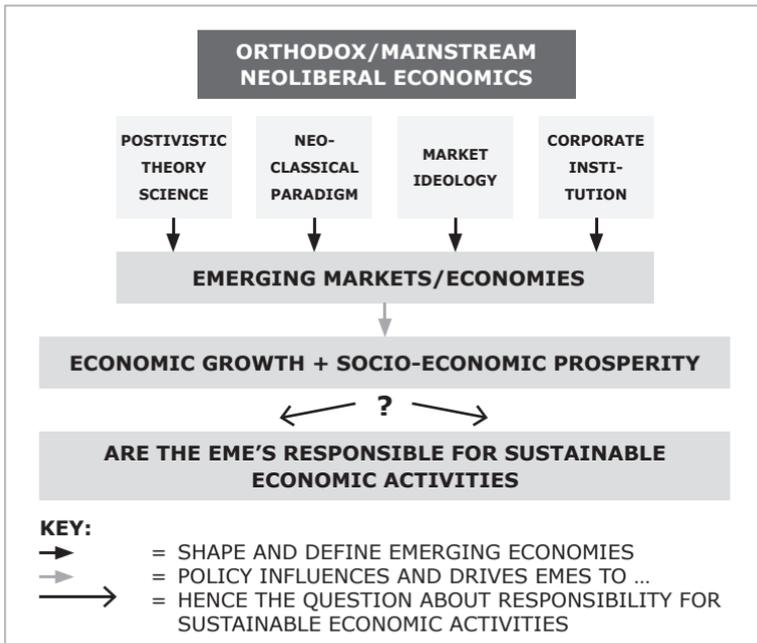


TABLE 2: CONCEPTUAL MODEL OF THE PROBLEMATIC

According to the model, the mainstream neoliberal economics stands on four pillars of positivistic theory of science, *neo-classical* paradigm, *market* ideology and *corporate* institutions. On the strength of these pillars mainstream (neo-classical) economics shapes and defines the conceptualization of EMERGING markets/economies/countries. It is in the light of this conceptualization that policymakers and economic planners of these countries determine the business environment (foreign) investment, believing that the created environment is conducive for economic growth, which is believed to bring about economic prosperity and sustainable development.

Critical Questions on the Current Economic System

Arising from the analysis of the conceptual model of the problematic, the following critical questions may be raised in order to inform a relevant answer to the question of the discussion. These questions interrogate each of the theoretical perspectives of the mainstream economics:

- a) POSTIVISM:** philosophy of knowledge, empirical in perspective. *Is it possible to achieve objectivity and value neutrality in order to find causality and identify universal economic regularities or laws?* Emerging market economies will always have this dilemma in their struggle to cope with the status-quo international economic order: Either follow the *positivistic* economics of corporate business, or the *normative* economics of socio-economic justice policies.
- b) NEO-LIBERALISM:** emphasizes a specific idea of markets and specific kinds of institutions. *Can consumers and firms act justly if government regulation and interventions are considered only as possibility and not necessity by neo-liberal economists?*
- c) MARKETS:** Neoliberal (mainstream) economics puts ideological emphasis on economic growth (the end), rationality and efficiency of markets (the means). *Can such emphasis ensure sustainability in terms of 'green economy'?*
- d) CORPORATES:** These are interpretations or models of the ideal economic world, and manifest themselves as business institutions whose fundamental mission is to maximize profits in monetary terms. *Are corporates ready to incur costs for non-economic sustainable development?*

3. Sustainable development and institutional interpretations of neoclassical economics

How do *institutional interpretations* of the mainstream theory of science and economic paradigm influence and shape socio-economic policies and plans of emerging market economies for the realization of sustainable development (SD)? From such interpretations, how can we deduce their responsibility to sustainable activities?

According to the UN 1987 Brundtland Report, "Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs."¹³ The definition contains two key concepts: the concept of the needs of the world's poor; and the idea of limitations imposed by the state of technology and social organization on the environment's ability to meet present and future needs.¹⁴ The UN 2005 World Summit Document refers to the pillars of sustainable development as economic development, social development, and environmental protection.¹⁵

However, UNESCO 2001 *Universal Declaration on Cultural Diversity* points out that there are four pillars of sustainable development, the fourth being cultural. The Declaration elaborates the concept by stating that "...cultural diversity is as necessary for humankind as biodiversity is for nature"; it becomes "one of the roots of development understood not simply in terms of economic growth, but also as a means to achieve a more satisfactory intellectual, emotional, moral and spiritual existence". In this vision, cultural diversity is the fourth policy area of sustainable development. Hence, development and progress are not a result only of consumerism (i.e. more income and more commodities), profit maximization, market growth, and privatization. These factors are more a reflection of the ideological belief that the market mechanism will solve problems and increase society welfare. Hence, sustainable development is interpreted as 'business as usual', i.e. on

13| *World Commission on Environment and Development. „Our Common Future, Chapter 2: Towards Sustainable Development“. Un-documents.net. Retrieved 26th July 2012.*

14| *World Commission on Environment and Development. "Our Common Future, Chapter 2: Towards Sustainable Development". Un-documents.net. Retrieved 25th July 2012.*

15| *2005 World Summit Outcome Document, World Health Organization, 15 September 2005 Retrieved 25th July 2012.*

the assumption that neoclassical economics is still valid, with economic growth at the national level and profit maximization in emerging economies' businesses. In other words sustainable development is interpreted as sustainable economic growth in GDP terms.

Through institutional interpretation of the EMEs conceptualization by the World Bank, IMF and WTO, neo-liberal economics renders the peoples' representatives, especially national governments in democratically emerging countries (because of their weak institutions) powerless to protect public interests, goods and services. Such interpretation argues for the utmost importance on private capital and free markets to allocate resources efficiently and to promote growth. Consequently, it cancels the welfare function of the state. People's concrete experience shows that market-driven economic growth is inequitable, unsustainable and irreconcilable with socio-economic justice and a caring economy. Also the experience around the world is that SAPs redistribute wealth and power from the poor to the rich and deepens structural inequality.

As a matter of fact, in the economic spirit of the survival of the fittest, markets and capital are highly monitored to secure the maximum benefits for the owners of capital and share-holders. But this is done in the name of liberalization to free capital and markets from social obligation; and from a socio-economic justice perspective this is unethical and irresponsible by definition.

Despite the belief that with economic growth there is a rise of incomes, the review of human development progress by UNDP for its 2010 global Human Development Report found that it is the quality, more than the speed, of growth which matters most in human development. Development must help reduce inequalities and inequities, while ensuring that we stay within the ecological boundaries of the one planet we have to live on.¹⁶ However, for this to be realized, new models of develop-

16| *According to a report by Credit Suisse, the world's richest one per cent held 43 per cent of the world's total wealth in 2010, while the lowest fifty per cent held under two per cent. UNICEF estimates that on trends observed between 1990 and 2007, it would take more than eight hundred years for the poorest one billion people to achieve ten per cent of global income. 9] See UNICEF Working Paper, April 2011, "Global Inequality: Beyond the Bottom Billion", Page 19 http://www.unicef.org/socialpolicy/files/Global_Inequality_REVISED_-_5_July.pdf.*

ment are needed to meet existing and emerging challenges. In these new models, economic growth is not enough as a driver of development. It needs not only to be both inclusive and sustainable, but also to expand opportunities for decent livelihoods and ensure that all can benefit. Unlike market forces which create winners and losers, fair governance and public policy and its implementation can give everyone a chance to succeed. But for this to be applied in emerging economies, a contextually relevant conceptualization and definition is required.

3.1 Economic Neo-liberalism and Emerging Countries

The Development Policies of emerging countries have often been made subservient to external, especially G-8 and multinational corporate, interests. Discourses in academic and media circles usually "explain away" the rich, diversified and complicated experiences of emerging countries; mainstream economics scholars and commentators have often attributed their developmental experiences (often simplified as "success stories") to generic and reified concepts such as "marketization" and "globalization". It should be noted, however, that the process of 'emerging' involves the movement from normative (centrally-planned) to positive (market forces of supply and demand) economic approaches. However, the ethics and ideology of neoclassical economics (positivism) do not go together well with state-planning culture (normativism). Therefore, in the kind of socio-economic changes (i.e. emerging democratically-based economic transformation) under discussion, it is necessary to engage in debates where criticism even of mainstream economic thinking is a necessary part of public debate and democracy. The dominant mainstream economic conceptualization of emerging market economies prevails not only in the way development actors define emerging economies, but also in the expectations about the roles and contributions that emerging market economies can make to economic growth, and therefore sustainable development. However, both sociologically and philosophically emerging economies, with their legacy of collectivistic/egalitarian consciousness, have considered themselves more than purely economic entities: they are contexts of power relations (at the hierarchical top) and socio-cultural networking (at the grassroots). For that reason, the mainstream (economistic) definitions for emerging market economies do not reflect the *social and cultural dimensions* of the countries. Such economistic conceptualization has consequences in determining whether emerging market economies are responsible or not for sustainable development activities. This is be-

cause the 'sustainable development' practical philosophy (or green development strategy)¹⁷ is founded on a belief that for anything to sustain itself over time, it must optimize or balance each of the following human needs:

1. Utility – the "satisfaction," "incentive," "desire," or "pure state" that is to be attained.
2. Effectiveness – doing the "right" things with accuracy and completeness.
3. Efficiency – achieving the lowest possible input/output ratio.

At its most basic level, sustainable development incorporates these instructions through the broad concepts of *people*, *planet* and *profit*. While profit represents the utility to be attained, planet represents efficiency and the understanding of limited resources; meanwhile people represent the opportunity for effectiveness.

This point takes the discussion to the critical issues pertaining to the people (water and food security), planet (land and ecological sovereignty) and profit (measured in currency). These are critical because in mainstream (positive) economics they are there for 'greedy grabbing' (read 'profit maximization').

3.2 *Consideration of the Critical Issues*

Whether emerging economies are responsible for sustainable economic activities, or not, will depend on the answers to the following questions regarding 'the planet-people-profit' critical issues. These questions are as follows:

3.2.1 *People Issues*

- **Water Security and Sovereignty**

Do the emerging countries secure sustainable fresh water? How is resource management an imperative and pressing issue for the country's sovereignty? To fulfill in an equitable way the basic needs for fresh water as well as food for the whole population is an indispensable element of an inclusive and sustainable development.

17 | <http://www.ethosolutions.org/green-development-strategy-the-sustainable-development-matrix/>

- **Food Security and Sovereignty**

Confronted by soaring food prices and food supply instability, how do the emerging countries secure stable and independent supply of food to the people, which is vital to national security and sovereignty?

3.2.2 Planet Issues

- **Land Reform**

Do what extent has the land reform been a success of, or difficult in terms of, sustainable development?

- **Ecological Sovereignty**

Is the ecology protected and managed sustainably with robust biodiversity for the future generations or expensed for short-sighted export-oriented growth for the nation's sustainable sovereignty?

3.2.3 Profit Issues

- **Currency Sovereignty**

Is the integrity of the nation's currency sovereignty supported by an effective currency policy to regulate the economy? To what extent is it susceptible to the world financial market instability and international liquidity excess, etc.?

Therefore, the answer to the question: Should democratically-based emerging market countries accept responsibility for sustainable economic activities? The answer will depend on one's sustainable development concept inspired critique of the liberal market economy, and the questions raised by the critical issues to be considered.

4. Conclusion and Recommendations

4.1 Conclusions

The ethics and ideology of neoclassical economics do not go together well with the current and emerging socially-inclusive normative economic culture. In the kind of social change under discussion, namely the democratically-based consciousness in national affairs ('the societal springs'), it is necessary to engage in debates where criticism is a necessary part of public debate and democracy. Hence, those of us who work from a position in higher learning institutions can do a lot more to facilitate transformation towards sustainable development. Hiding

behind the dogmas of positivism and economistic market-value neutrality is no longer a contextually realistic option.

4.2 Recommendations

- 1) There is a need for the actors within the World Bank, IMF and WTO to listen and learn from the grass root voices of democratically-based emerging cries for restoring public/communal rights over corporate privileges. The mainstream conceptualization of democratically-based emerging countries renders them vulnerable to the power of investors and big corporations through deregulation, financial liberalization, tax cuts and weakening the role of non-state actors, especially during this market-driven and post meltdown predicament.
- 2) The democratically-based emerging countries' national governments as principals to the World Bank could benefit from discussions on alternatives to neoclassical paradigm, for the simple reason that the policies of the last thirty years have widened the gap between growth and poverty, in human terms the rich and the poor, and also exacerbated inequities and inequalities regarding access to resources.
- 3) The logic of sustainable development (read 'green economy') and the anthropological (people's) principle of nature being a gift for the use of all to live, not for the few to accumulate wealth, is an imperative for the efforts to rescue nature. After more than sixty years of global warming, loss of biodiversity, desertification depletion of marine life and forests, a spiraling water crisis and many other ecological catastrophies there is the need for a radical consideration of theory of science, paradigm, ideology and institutions, which questions the dominant trends of globalizing and calling for some new thinking and action. One such perspective is the Afro-centric perspective.
- 4) An increasing number of people should be encouraged not only to understand but also to openly point to the ideological character of the dominant neoclassical economics and should ask for more pluralism at university departments of economics.

Responsibility for Sustainable Economic Activities:

The Situation in Chile

Claudio A. Agostini

Über Nachhaltigkeit muss unter sozialen Gesichtspunkten und mit Blick auf Ungleichheit der Gesellschaft und Demokratie diskutiert werden. Zwar konnte Armut in den letzten Jahren erheblich verringert werden, aber noch immer bestehen große Unterschiede hinsichtlich der Einkommen, vor allem hinsichtlich der Lebenschancen wegen des ungleichen Zugangs zu Bildung, Gesundheit, öffentlichen Verkehrsmitteln und Justiz. Eine umfassende Steuerreform ist nötig. Es gilt Anreize für selbständige Arbeit zu schaffen und Interessengruppen in Schach zu halten. Dazu bedarf es starker Institutionen. Ziel ist mehr Chancengerechtigkeit, um soziale und demokratische Nachhaltigkeit zu erreichen.

1. Introduction

Emerging countries have faced the challenge of reducing poverty for several years and, therefore, sustainability of their economic activities has not been a priority. The battle against poverty has not ended and there are still too many people living under poverty in many emerging countries. However, enough progress has been made and new issues and priorities have arisen. Some of them are related to sustainability in the sense of particular environmental concerns, but more generally in the sense of taking into account future generations in many policies and decisions, which we are making today. I think we should discuss sustainability in a broader sense, considering for this purpose not only environmental aspects but also social aspects, inequality and democracy.

2. Poverty

In general, free open market policies have increased economic growth rates in Latin America over the last couple of decades. As a result, income per capita has risen and welfare has improved significantly for most of the population.

In the particular case of Chile, income per capita increased from US\$ 3.000 in 1985 to US\$ 17.000 in 2011. Consequently, as can be seen in Figure 1, poverty decreased dramatically from 38.6 % in 1990 to 14.4% in 2011 and indigence decreased from 13% to 2.8% over the same period of time.

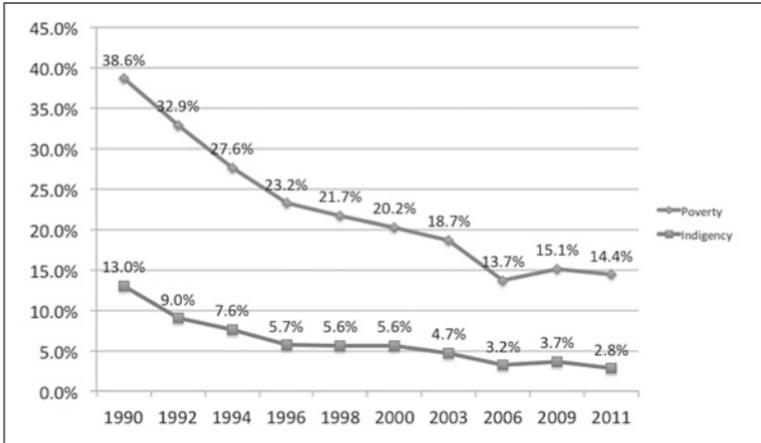


Figure 1: Poverty and Indigence Rates in Chile

It is important to highlight the role of economic growth in reducing poverty, as in the case of Chile its impact has been significant. Larrañaga (1994) estimates that economic growth explains 80% of the poverty reduction in Chile between 1987 and 1992, while Contreras (2001) estimates that 85% of the aggregate poverty reduction – and around 50% and 90% in individual regions within the country – between 1990 and 1996 is attributable to economic growth.

3. Inequality

Despite rapid economic growth and poverty reduction, inequality in Chile has remained high and remarkably constant over the last 20 years. As can be seen in Figure 2, the Gini coefficient has remained quite stable over time.

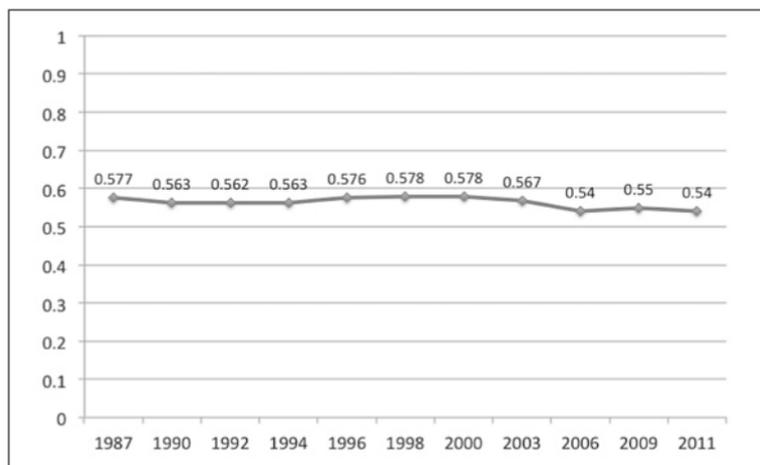


Figure 2: Gini Coefficient in Chile

The Gini coefficient is the most standard measure of inequality and a level around 0.55 before taxes and transfers is particularly high, especially when compared to the average Gini of 0.45 among OECD countries. However, considering income per capita for each income decile in the country might provide a better description of income inequality in Chile as it allows a broader view of the income distribution. Figure 3 shows monthly income per capita for each income decile in Chile in 2011. As can be seen in the figure, the average household income per capita in the top decile is almost 3 times higher than in the second highest income decile. The large difference in income between the richest 10% households and the other 90% explains most of the large income inequality in Chile. As a matter of fact, 76% of the households in the country have an income per capita lower than the average household income per capita in Chile.

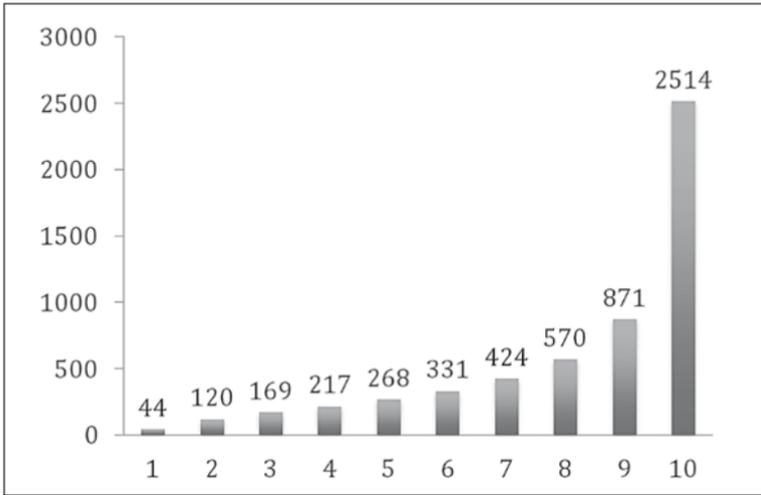


Figure 3: Household Monthly Income Per Capita in 2011 (US\$)

If we compare the income level of each income decile in Chile with income levels of different countries around the world, it is easier to have an even better understanding of the different living standards across income groups within the country. While the top 10% lives with an income similar to the average person in Norway or Singapore, someone in the 5th decile lives with an income similar to someone in El Salvador, and a Chilean in the lowest decile has an income equivalent to the average person living in Ivory Coast, one of the poorest countries in the world.

Income Decile	Income per Capita similar to:
10	Norway, Singapore
9	Croatia, Slovakia
8	Argentina, Mexico
7	Kazakhstan
6	Peru
5	Salvador
4	Angola
3	Sri Lanka
2	Congo
1	Ivory Coast

Table 1: Comparison of Income Per Capita by Decile in Chile

Inequality is not only about income; it affects significantly the quality of life and opportunities of many citizens. There exists unequal access to good quality education, efficient and comfortable transport in congested cities, good and timely health services, recreation and green areas and even to justice.

If we want to build a democratic society of equal opportunities we need to address inequality. Reductions in inequality – even at the local level – are likely to enhance social cohesion while also improving individual wellbeing. For example, Ehrlich (1973) and Chiu and Madden (1998) argue that the incentive to commit crimes rises in communities with greater inequality, and Demombynes and Özler (2005) provide empirical evidence of a causal relationship between local inequality and residential burglaries. Frank (1997) shows that U.S. counties with high income inequality have higher median housing prices, higher personal bankruptcy rates, and higher divorce rates. Finally, income inequality may exacerbate ethnic and class conflict and contribute to social strife (Blau and Blau, 1982).

4. Taxation

Government transfers and progressive taxes can play both a significant role in reducing inequality. However, in the case of Chile the tax structure does not play such a role and even increases inequality.

A large fraction of tax revenue in Chile comes from Value Added Tax (VAT), which is efficient because it has lower administrative costs and lower evasion rates than income taxes, but is regressive. As can be seen in Figure 4, around 50% of tax revenue comes from VAT while income taxes, even though growing over time, contribute with a comparatively much lower fraction – around 28% – to tax revenues. Commodity taxes levied on fuels and cigarettes, which are efficient taxes as they reduce negative externalities, represent around 10% of tax revenues.

In the case of income taxes, their limited role in reducing inequality is a result of two facts. First, almost 82% of taxpayers are exempt from income taxes as the threshold income for the first non-zero tax rate bracket is set too high. Second, there are too many loopholes, several of them associated to pressure groups that allow high-income tax payers to legally avoid paying taxes according to their income level. Income

taxes can play a more significant role for income redistribution in Chile and these two issues prevent it from happening.

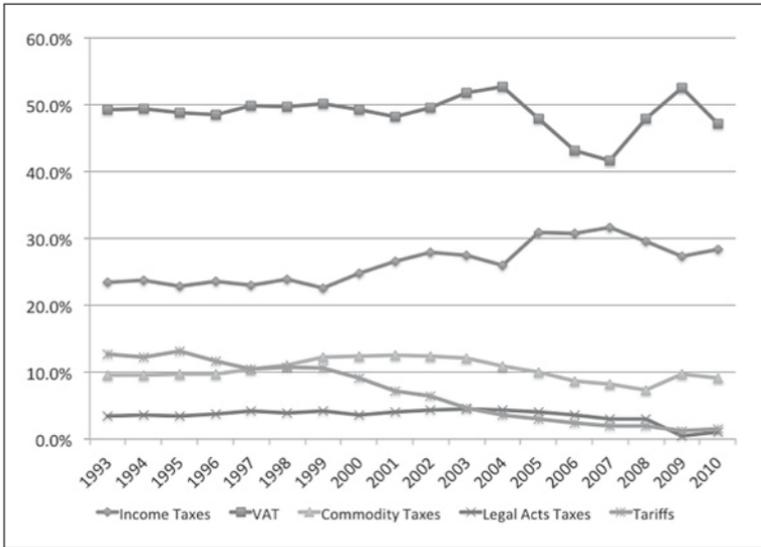


Figure 4: Tax Revenue Composition (%)

Table 2 shows the effects of taxes on income inequality in Chile. The Gini coefficient before taxes is 0.52 and the ratio of income from the highest quintile to the lowest quintile is 17 times. If only the effect of VAT is considered, the Gini increases to 0.54 and the ratio Q5/Q1 to more than 20 times, showing the regressive effect of VAT. If only income taxes are considered, the Gini decreases to 0.507 and the Q5/Q1 ratio to 15.92, showing the progressive effect of income taxes despite its narrow base and many loopholes to avoid them. Commodity taxes are fairly neutral in terms on their effects on inequality, which is the result of the progressive effect of gasoline taxes being compensated by the regressive effect of cigarette taxes. The most striking effect of taxation in Chile is that, when considering the effect of all taxes, income inequality is worse after taxes than before taxes. This is the result of income taxes not playing a significant redistributive role and a tax mix highly dependent on a regressive tax as VAT.

	Gini	Q5/Q1
Before Taxes	0.522	17.04
After VAT	0.545	20.73
After Income Taxes	0.507	15.92
After Commodity Taxes	0.523	17.21
After All Taxes	0.530	19.64

Table 2: Tax Effects on Inequality

I am truly convinced that one of the main challenges in Chile today is to do a significant tax reform, with the goal of having a fair, simple and efficient tax system.

5. Expenditures and Institutions

Although economic growth explains much of the poverty reduction over the last couple of decades, government cash and in-kind transfers to poor households have played a significant role to poverty alleviation (Beyer 1997, Valdés 1999, Agostini and Brown 2011).¹ As poverty has decreased over time the focus of the social policy has been improving the targeting of these transfers.

The main problem that needs to be addressed regarding government transfers is the long run effects of some of these policies: housing policy created segregated cities and social exclusion; transport investment in cities, mostly in urban highways, reinforces segregation and benefits the top quintile of the income distribution; and cash transfers have reduced incentives to work. Social policy should switch to creating capabilities and opportunities as a focus more than just increasing current income. Implementing a negative income tax associated to formal employment – as the Earned Income Tax Credit in the U.S. for example – would be a first step in the right direction as it creates incentives to work and allows people to leave poverty through their own effort (Agostini et. al. / 2013).

1| *Cowen and De Gregorio (1996) show that even though economic growth has a large effect on poverty reduction (each percent point in GDP growth rate reduced 0.4% points in poverty rate during 1990-94), it is difficult to separate its impact from the impact of government transfers because social policy affects economic growth.*

In addition to social policy, there exist in Chile an important role for other government policies and some institutions in reducing inequality and creating opportunities. More specifically, competition policy is a crucial component of a social market economy because it prevents the abuse of market power and also allows small businesses to compete in the markets. However, it is challenging to implement a strong competition policy in a very unequal society. Inequality comes partially from economic rents from either not very competitive markets or just from anticompetitive practices and interest groups can prevent the implementation of a strong competition policy.

Consumer protection policies and regulatory policies face a similar challenge, as powerful interest groups are very effective in preventing approval of legislation, which would strengthen competition policies.

6. Democracy

In general, there is a large majority in Chile supporting and asking for a tax reform, investing in public education and in good public transport, and stronger competition and consumer protection policies. However, a powerful minority can prevent those changes from happening in a very unequal society. A good example is the diesel tax, which is efficient and reduces pollution and congestion, but its level is too low based on studies showing the magnitude of the negative externality caused by diesel use. Additionally, the diesel tax is recovered up to 80% by the trucking industry and 100% by all other industries. Therefore, the tax is basically zero for almost all industries and is 20% of an already too low rate for the trucking industry. Every attempt to increase the diesel tax or to reduce its recovery rate has been literally blocked by truckers protesting on the major highways. Another example is a law being currently discussed in the Congress, which would allow retail stores, under several regulations protecting consumers' health, to sell non-prescription medicines. The expected effect of ending with the exclusivity for pharmacies is more competition, lower prices and better access to over the counter medicines (there are many counties with no pharmacies in Chile). However, the lobby of pharmacies has been very successful in preventing the approval of this change.

A relevant issue to discuss then, regarding how a democracy works to represent the interest of their citizens and pass legislation benefiting a large majority, is the role of money and interest groups. Institutions

matter to sustain democracy and Chile needs stronger institutions related to campaign financing, lobby regulations, and transparency and conflicts of interest of public servants.

Today there is a perception that small powerful groups are the ones actually governing the country. This perception might be an exaggeration of reality, but it has some truth in it. The consequence is that people stop believing in democracy and in Chile we have seen the last couple of years students and families protesting in the streets. They ask for better education, for access and financing to good quality education, but they also protest against the political system claiming that it does not represent them. The main concern today is, in fact, that in Chile only 48% of people 18-29 years old value democracy as the most preferable form of government.

7. Conclusions

Latin America in general and Chile in particular, face significant challenges to sustain democracy, economic growth, and improve the overall welfare of their citizens.

I think that the first priority today is reducing inequality. Inequality in Latin America is the result of unfair policies and rules and, therefore, this is a matter of justice. Even though there are different conceptions about distributive justice, there is at least one common support I think we can all agree on: equality of opportunities.

Income and wealth distribution in Latin America, in general, is unfair because there are inequalities of opportunities. The playing field is not leveled and, therefore, high-income groups are the winners in a very unfair competition. Income redistribution levels somehow the playing field, and this is very important for the equality of opportunities in the future. Reductions in inequality would also enhance social cohesion while also improving individual wellbeing. High and persistent inequality can destroy a social market economy and also democracy.

Therefore, the challenge is not only about sustainable economic growth. It is not only about environmental sustainability either. It is also about a market economy which is "Socially sustainable" and "Democratically sustainable".

8. References

- Agostini, C. A., M. Peticara, and J. Selman (2013), *Una Propuesta de Crédito Tributaria para Chile*, *Estudios Públicos* 129.
- Agostini, Claudio A. and Philip H. Brown (2011), *Cash Transfers and Poverty Reduction in Chile*, *Journal of Regional Science* 53(3).
- Beyer, Harald (1997), *Distribución del Ingreso: Antecedentes para la Discusión*. *Estudios Públicos* 65.
- Blau, Judith R. and Peter M. Blau (1982), *The Cost of Inequality: Metropolitan Structure and Violent Crime*, *American Sociological Review* 47(1).
- Chiu, W. Henry and Paul Madden (1998), *Burglary and Income Inequality*, *Journal of Public Economics* 69.
- Contreras, Dante (2003), *Poverty and Inequality in a Rapid Growth Economy: Chile 1990-96*, *Journal of Development Studies* 39(3).
- Cowan, Kevin and Jose de Gregorio (1996), *Distribución y Pobreza en Chile: ¿Estamos Mal? ¿Ha Habido Progresos? ¿Hemos Retrocedido?* *Estudios Públicos* 64.
- Deaton, Angus (2001), *Inequalities in Income and Inequalities in Health*, in: Finis Welch, ed., *The Causes and Consequences of Increasing Inequality*, The University of Chicago Press, Chicago.
- Demombynes, Gabriel and Berk Özler (2005), *Crime and Local Inequality in South Africa*, *Journal of Development Economics* 76(2).
- Easterlin, Richard A. (1995), *Will Raising the Incomes of All Increase the Happiness of All?* *Journal of Economic Behavior and Organization* 27.
- Ehrlich, Isaac (1973), *Participation in Illegitimate Activities: A Theoretical and Empirical Investigation*, *Journal of Political Economy* 81(3).
- Frank, Robert (1985), *Choosing the Right Pond*. Oxford University Press, Oxford.
- Larrañaga, Osvaldo (1994), *Pobreza, Crecimiento y Desigualdad: Chile 1987-1992*, *Revista de Análisis Económico* 9(2).
- Oswald, Andrew J. (1997), *Happiness and Economic Performance*, *Economic Journal* 107.
- Valdés, Alberto (1999), *Pobreza y Distribución del Ingreso en una Economía de Alto Crecimiento: Chile, 1987-1995*, *Estudios Públicos* 75.

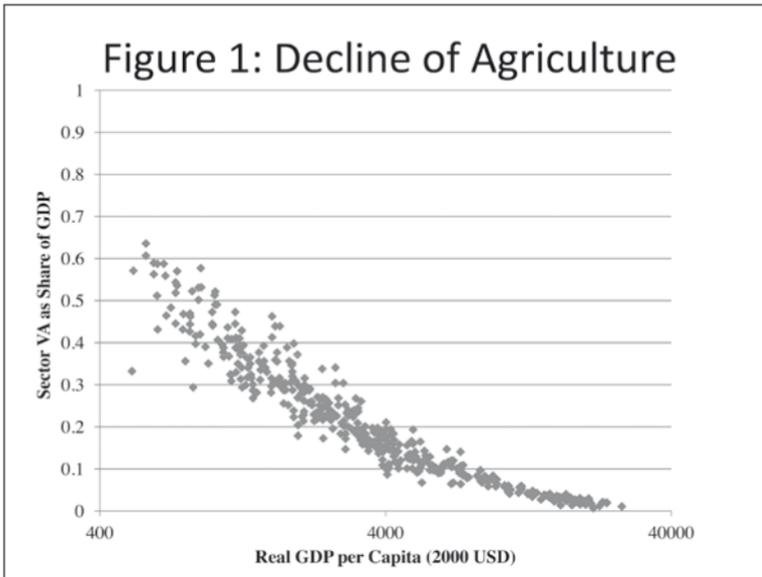
Structural Transformation: Causes, Implications and Ethics

Joseph P. Kaboski

Während über Jahrhunderte die meisten Menschen von der Landwirtschaft lebten, änderte sich dies mit der aufkommenden Industrialisierung. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten nahm rapide ab und ging mit sozialen Veränderungen (Verstädterung) einher. Vielfältige Schutzmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der agrarisch geprägten Lebensweise griffen nicht. Diese Entwicklungen vollziehen sich heute in viel höherem Tempo in Entwicklungsländern. Aktuell finden sie eine Parallele in dem Rückgang der Industrieproduktion an der Wirtschaftsleistung, die durch den steigenden Anteil der Dienstleistungen an der Wertschöpfung im BIP ersetzt wird. Auch dieser Wandel hat Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsweise, etwa durch die Implikationen für das Familienleben durch Erwerbsbeteiligung von Frauen. Schutzmaßnahmen sind keine Antwort auf die Veränderungen. Die zunehmende soziale Ungleichheit aufgrund hoher Bildungsanforderungen kann bei ungelernter Arbeit nicht allein durch weitere Bildungsmaßnahmen aufgefangen werden.

To answer the question that panel asks: I firmly believe that there is an important ethical component to structural transformation, as there is with any human activity. Structural transformation is happening, and it is something that societies and governments must address in an ethical manner. The ethical and social ramifications of structural transformation vary considerably across countries. Newly developing countries are dealing with the decline of agriculture and the growth of industry and services, while the advanced economies are dealing with the subsequent decline of manufacturing and the emergence of service economies. I want to touch on three aspects of these transformations: (1) the dominant causes of structural transformation, a topic on which I have some expertise, (2) the ethics of protectionism, a common policy response, and (3) key challenges for the future which need to be discussed and addressed.

Figure 1 is reproduced from a recent paper of mine with Francisco Buera (Buera and Kaboski, 2012a). It shows the fraction of GDP that is pro-



duced in the agricultural sector vs. the level of average real income per capita for a panel of countries. Each dot represents a particular country in a particular decade over the past 150 years. We have a representative set of countries, covering rich and poor countries, big and small countries, and every continent, and the data we have constitute roughly 80 percent of the global economy.

The shape is well-known, a declining share of agriculture converging to a negligible share of the economy. There are two classic explanations for this or any structural change. The first is a demand explanation, Engel's Law, which essentially states that food is a necessity good, and so as incomes increase people spend less and less of share of your income on food. This is even truer for agricultural goods, the raw materials that go into food. The second is a supply explanation that states that agricultural productivity grows faster than the rest of the economy, driving the relative price of agricultural goods while at the same time reducing the number of workers needed in agriculture.

Here the dominant explanation appears to come from demand. What is striking is the consistency of this relationship across very different countries at very different points in time. For example, with the "Green Revolution", hybrid seeds, genetic engineering, etc. of the past 40 years, agricultural productivity growth has been rapid, but it was not

particularly fast in the late 19th century U.S. when agriculture declined. It also occurs with remarkable consistency in regimes with little trade (the interwar years, for example) as well as in the recent decades of globalization. It appears to be primarily driven by the changing demand patterns that accompany rising incomes. We should expect it to occur wherever and whenever incomes rise out of hard poverty, occurring most dramatically as per capita incomes rise to about \$3500/year, roughly that of China in 2000.

While the decline in agriculture accompanies a good thing, the lifting of countries out of material destitution, its decline and the subsequent growth of manufacturing and, to a lesser extent, services has dramatic social consequences on societies. Many of the advanced economies experienced these in the 19th and early 20th centuries. The agrarian lifestyle, which had dominated the past 12,000 years of human history, essentially disappeared. This was accompanied by massive rural to urban migration. Yet, this migration didn't equalize incomes across sectors, and agricultural workers still lagged far behind urban workers in their incomes. Still, cities exploded in size, and, while large cities had a lot to offer, they brought with them all the problems of urban concentration, including pollution, traffic, inadequate housing, etc. A great deal of social capital was lost, as people left close-knit communities to move to anonymous cities. The family experienced dramatic changes as well. Women, who always actively worked on farms, became specialized in the household economy. The sizes of families shrank also as less family labor was needed.

How did Western societies respond to this social upheaval? It was at this point in the arts, that Romanticism and a yearning for the pastoral emerged. In the U.S., the Boy Scouts developed targeted toward getting people out of cities and back to nature. Social institutions emerged as a substitute for the lost sense of community or solidarity and an antidote to the irony of urban isolation. Free masonry and civic societies grew rapidly, as did labor unions.

Churches also played a big role, particularly in the U.S., where urban parishes became communities within a community. Catholics started the Knights of Columbus, which offered insurance to the families of factory workers in the event of their death, a role that local communities had played in rural life. Protestant groups started the Young Men's Christian Associations (YMCA) to make sure that young migrants to the

city would have a safe, wholesome place to stay and not be seduced by the decadent moral life of the cities. The churches also played a similar role for international in migrants.

In many places, both churches and governments also called for support for the rural areas, for those who were left on the farm, those whose incomes were actually lower and living in the places where communities were disappearing? Agricultural extensions developed to increase farming productivity in the hopes of boosting their income. Schools, colleges, and roads were built in rural areas to try and ensure that rural people had equal opportunities.

Indeed, these policies were largely well-intended. Pope John XXIII, for example, whose family had been sharecroppers, recommends these policies to support the agricultural and rural sectors in his encyclical *Mater et Magistra*. The decline in agriculture occurred nonetheless, however, and indeed some of these policies, those that led to faster productivity growth in agriculture, may have more than ineffectual; they likely have hastened the movement out of agriculture, following the supply side explanation I described.

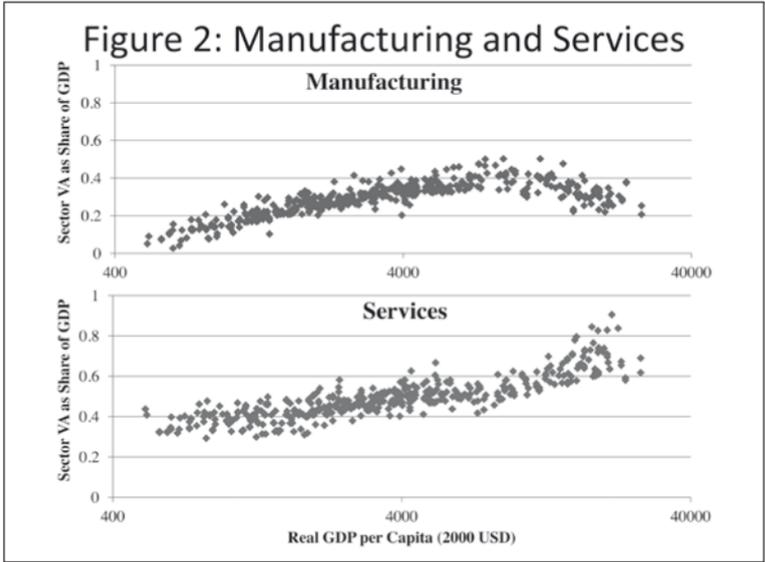
Much later, after most of the decline in agriculture and a great deal of the growth in urbanization had already occurred, governments instituted protectionist measures. These policies included agriculture price support, tariffs and quotas on agricultural imports, government purchase programs, etc. Many of these policies continue today. While ostensibly benefitting the family farm, they largely serve the interest of large-scale agri-business, which has heavy lobbying power.

I have spent so much time discussing the historic decline of agriculture for two reasons.

First, this isn't just history. Developing countries that are growing rapidly are experiencing these same phenomena right now, only at a much more rapid rate. Over the sixty years from 1820 and 1880, the share of agriculture in the United Kingdom dropped from roughly 25 percent to 10 percent. Thailand, a country twice as big, experienced this same journey between 1980 and 1993, just 13 years! Many of the aforementioned agricultural subsidies of the advanced economies, by driving down the price of agricultural goods, only exacerbate the social upheaval. While the cheaper food prices that result outside of Europe,

Japan, and the U.S. are good news to the urban poor in Bangkok or Mexico City, they are devastating to the incomes of farmers in the poorest regions of Thailand and Mexico.

Second, there are some parallels between the decline of agriculture and the decline of manufacturing. These patterns are shown in Figure 2, with the upper panel showing the rise and fall of industry (manufacturing, mining, and construction) and the lower panel showing the rise and acceleration of services as incomes rise. Again, you see the consistency of the relationship across very different countries at very different points in time. Again, the patterns are closely linked to rising incomes. In the U.S., the relative decline of the industrial sector, and the corresponding growth in services, has been occurring for over 50 years. Fewer than one in ten workers in the U.S. is in manufacturing proper (i.e., excluding construction and mining). In another 50 years, I expect this graph for industry to look similar to the one for agriculture. Note, however, from the larger human perspective, it would be the end of a sector that played a prominent role in the economy for a relatively short period of time, and almost never constituted more than half of the economy.¹ It's important not to define our view of the good



1 | Buera, F. J. and Kaboski, J. P. (2012a). "Scale and the Origins of Structural Change." *Journal of Economic Theory*, 147 (March 2012): 684-712.

life and good society around the experience of a couple of generations in the mid-20th century.

Some have questioned whether the composition of output captured by this structural transformation has direct implications for the ethical orientation of the economy. In my country, those who mourn the relative decline of manufacturing often lament, "the USA doesn't actually produce anything anymore." The Irish Dominican Vincent McNabb captured this idea at the beginning of the 20th century.

"Some men wrest a living from nature. This is called work. Some men wrest a living from those who wrest a living from nature. This is called trade. Some men wrest a living from those who wrest a living from those who wrest a living from nature. This is called finance."

Although there are certainly situations where this quotation is appropriate, I think it is erroneous as a general worldview.² In the worst light, such a worldview suffers from a base materialism: the error that manufacturing produces something tangible, it is somehow more primary, and more real. Marxists held a similar view, placing agriculture and manufacturing above services, and Communist countries have often tried to limit the amount of actual and recorded services in their economies. In the very least, this worldview is misguided in not appreciating the value of services. Manufacturing reshapes raw materials into a more useful form. Trade and finance allow these materials to be allocated to the locations, firms, or people that will find them of most use. In many cases, it is the manufactured goods that are less primary; they are tools that better enable the provision of services, which has the more primary value. Many important services (e.g., health, education, etc.) are more directly tied to human flourishing.

In trying to understand the growth in services, there are the same two classical explanations. The supply side explanation posits that productivity growth in manufacturing exceeds services. Baumol's famous example of slow productivity growth in services: after 200 years, it still takes four people to play a Beethoven string quartet. It is a witty comment, but it is also misleading. We can now translate that performance

2 | Buera, F. J. and Kaboski, J. P. (2012b). "The Rise of the Service Economy." *American Economic Review*, 102 (October 2012): 2540-2569.

into an mp3 file that millions of users can download into their I-Pod at the press of a button. Indeed, much of the supposed slow growth in services is an artifact of poor measurement.

My co-author and I, in another recent paper (Buera and Kaboski, 2012b) examined the growth of the service economy in the U.S. in great detail. Our results surprised many people.

First, although politicians from all sides point to international trade as a culprit, it does not explain the growth of services or decline in manufacturing. Instead, the growth in the U.S. production of services is accounted for almost entirely by the growth in the consumption of services in the U.S. Thus, like agriculture, the decline of manufacturing and growth of services is explained by shifting demand patterns as incomes rise. In that sense, it is likely to be as ubiquitous as the decline in agriculture and as robust to policy intervention.

Second, the growth of the service economy is not a story of McJobs. It is dominated by high-skill industries like health, education, finance, law, and professional services as shown in Figure 3. Low-skill services have actually declined as a fraction of the economy. Figure 4, taken from some current research in progress, shows that these patterns are not specific to just the U.S., but they hold across almost all of the advanced economies. The high skill services increase over time, while the low-skill

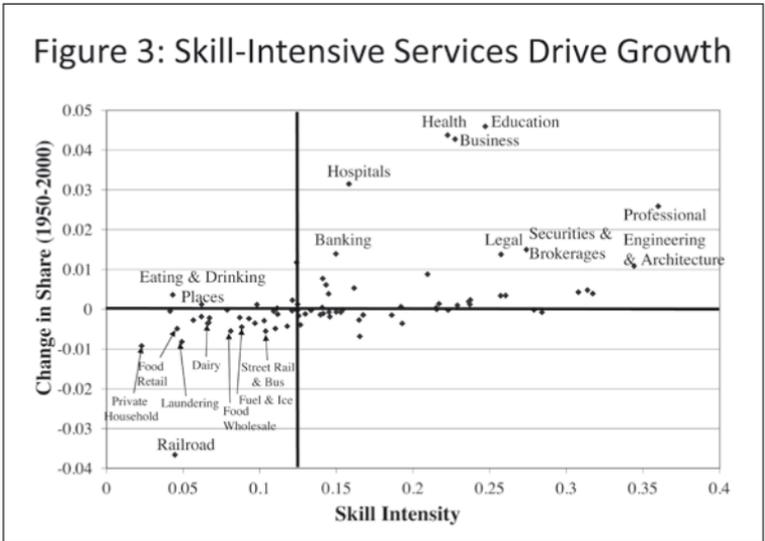


Figure 4: Skilled Services in Many Countries

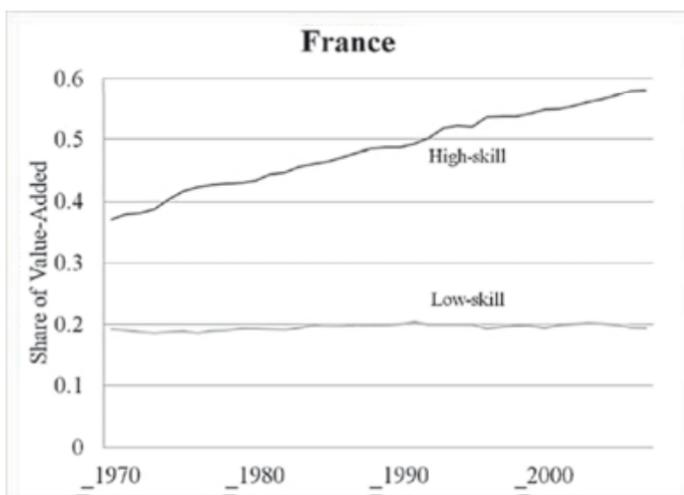
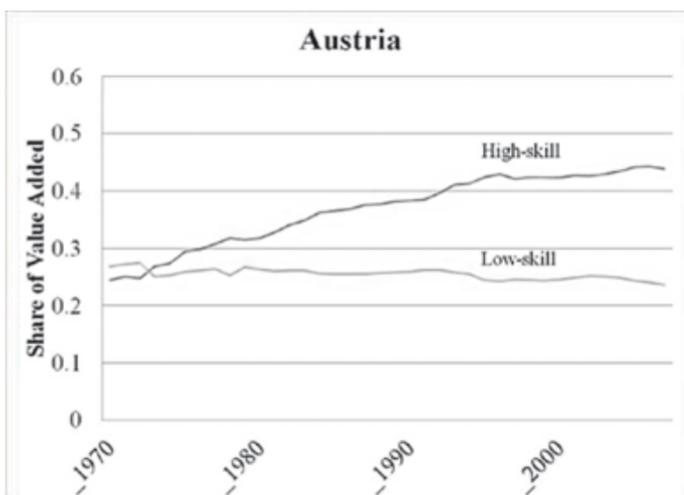


Figure 4: Skilled Services in Many Countries

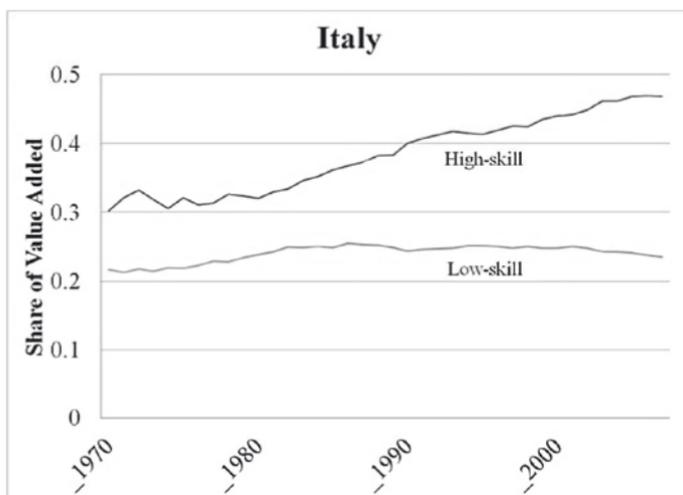


Figure 4: Skilled Services in Many Countries

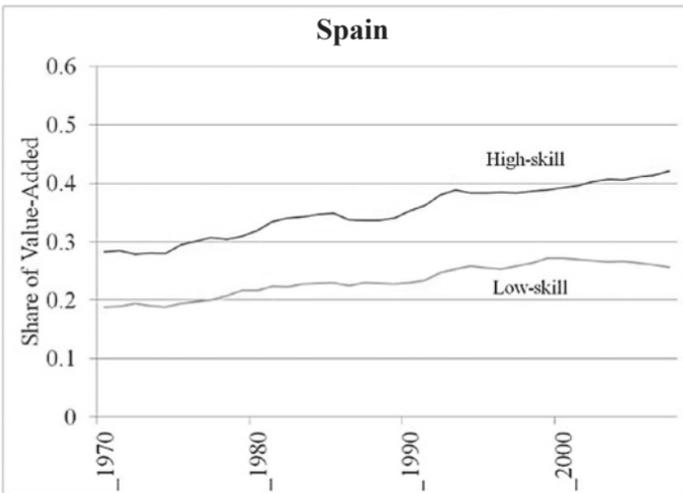
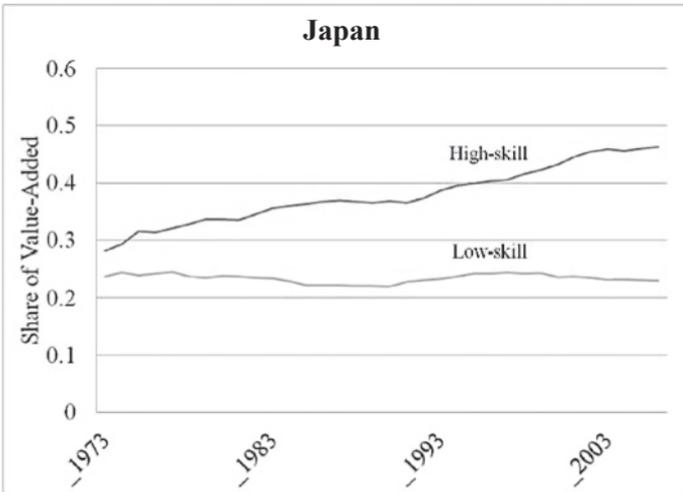
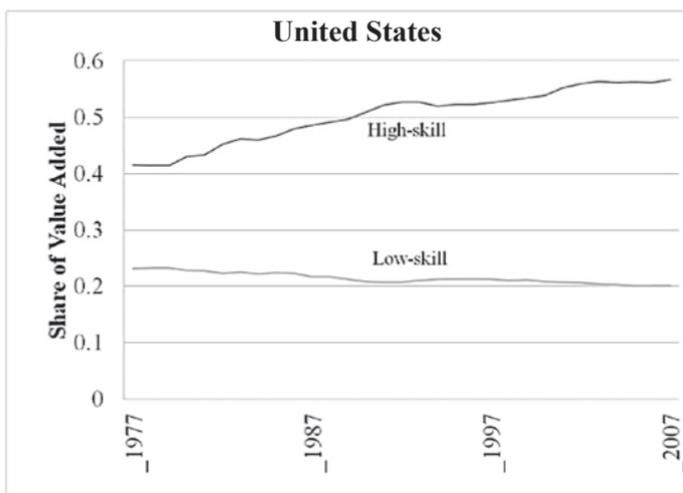
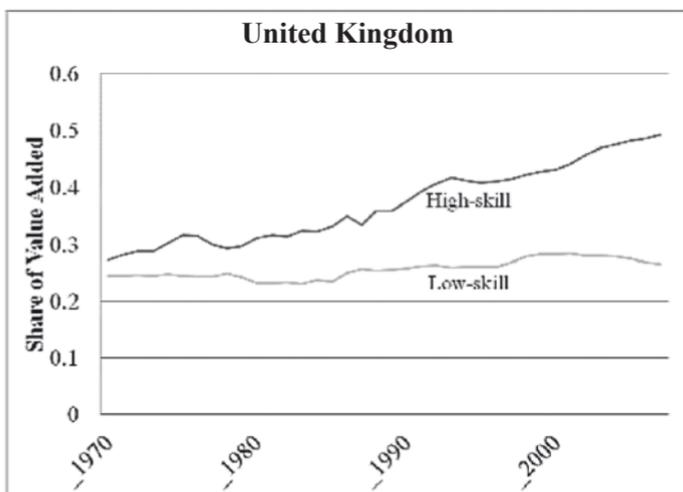


Figure 4: Skilled Services in Many Countries



services are stagnant. We again think this is a story of the changing composition of demand, toward skill-intensive goods and services.

This changing demand has vast implications for society, some promising and some more challenging or even troubling.

First, there is a tight link between the service sector, the home sector, and female labor force participation. Women tend to be relatively more productive in services than in manufacturing, construction or mining. In the U.S., where the service sector has grown the most, it has been mirrored by an increase in female labor force participation. The population overall spends more time working in the market but less time working at home. The re-emergence of high rates of female labor force participation has direct effects on family life, but it may have broader implications. One important example: as the wages of women rise, it may lead to even lower rates of marriage and fertility.

Second, higher demand for skill-intensive output increases the relative wage of skilled workers, e.g., college-educated workers. Thus, the rise in services and corresponding decline of manufacturing can lead to higher social inequality, and wage inequality has risen for over four decades in the U.S. This is naturally of great concern. We don't know how large a role the service economy is playing, but to the extent it is playing a role, the trend is likely to continue.

Finally, in my research, we show that there is a big difference between the average scale of service and manufacturing establishments. The advent and adoption of large-scale manufacturing technologies played a role in urbanization during the Industrial Revolution. In many places, the closure of manufacturing establishments has again devastated some communities.

Despite the difference in scale across sectors, we also show that the fastest growing industries in the U.S. are not only skill-intensive, but also quite large-scale. Some of these services are quite tradable (e.g., finance, accounting, or other professional services). Those services where labor can be easily traded again have the potential of transforming how we do work. Telecommuting is becoming more and more common, allowing some working women and men to more easily combine careers with raising families, and this may become more prevalent in the future. But what will then replace the common workplace as a cen-

ter point for friendships and the building of community, and how will this effect or work relationships? What role will the Church play in all of this?

Many large-scale services are less tradable, linking the place of consumption with the place of production (e.g., universities, hospitals, live sports). Cities are again being transformed, from places where urbanites take advantage of returns to scale in production, to places where urbanites take advantage of returns to scale in consumption. In U.S. cities, families have become less common.

Finally, what is an appropriate and ethical policy response? As I mentioned with agriculture, I don't view protectionism as an appropriate response. I worry that this will lead to similar consequences, where protectionism does little to stem the tide but leads only to increased special interest politics and harms the newly industrialized countries. Fears of off-shoring can lead policies protecting U.S. jobs, but these would come at a great cost to consumers and an even higher cost to the Chinese working poor.

One of the two biggest concerns is assisting those most harmed by structural transformation, the farmers and urban migrants in the case of the decline of agriculture, and the factory workers and urban working class in the case of the decline of manufacturing. Perhaps one-time insurance payments can be made to older workers who lose, while educational opportunities and potentially subsidies to outmigration might be offered to younger people. All of these require taxes, which are difficult to raise, however. The other major problem is not the presence of winners and losers, but the overall growth in inequality. It is not known how much of this can be overcome simply by higher levels of education. I worry that people with less innate ability may simply find it harder to compete. This is exacerbated by the skill-bias of technological change, which is probably a larger issue than structural change. There is certainly much to discuss on the policy side.

- Buera, F. J. and Kaboski, J. P. (2012a). "Scale and the Origins of Structural Change." *Journal of Economic Theory*, 147 (March 2012): 684-712.
- Buera, F. J. and Kaboski, J. P. (2012b). "The Rise of the Service Economy." *American Economic Review*, 102 (October 2012): 2540-2569.

Transformation Processes without Ethical Components?

Pierre Lecocq

In Veränderungsprozessen sind ethische Prinzipien für den Erfolg eines Unternehmens ausschlaggebend. Denn es kommt auf die Motivation der Mitarbeiter an. Bei einer zeitweiligen Übertragung von Entscheidungen bleibt die Verantwortung bei den Vorgesetzten. Demgegenüber vorzuziehen ist die Praxis der Subsidiarität im Sinne der katholischen Soziallehre. Das Konzept der Subsidiarität achtet die Persönlichkeit der Untergebenen, gibt ihnen eigenständige Verantwortungsbereiche und vertraut ihnen. Subsidiarität beruht auf der Würde des Menschen, wie das Dokument „Zum Unternehmer berufen!“ ausführt.

I will address this issue within the context of my practical experience as a Chief Executive Officer and as shared among the members of the Conférences Internationales des Associations de Patrons Catholiques (UNIAPAC) Associations. Companies can only survive and be successful by developing a continuous ability to permanently adapt to an ever changing environment. The pace of change and uncertainty has never been as intensive as today and will by no means slow down.

In this very distinguished assembly, I will sound quite simplistic for I really believe that transformation processes without ethical components just cannot exist for they would be bound to failure! Simplistic, yes! But Chief Executive Officers have to be simplistic for they deal every day with basic realities and must nevertheless deliver.

Engaging into transformation processes means getting people to change the way they work and organize themselves, to change the way they interface others. This, most of the time, entails for them a personal challenge to adapt, to change their daily routine and even to change the way they behave.

The source of this necessity to change can be perceived as imposed by external constraints, an undisputable necessity, but most often this necessity to change comes through the channel of the management,

thus from the judgement and decisions of others. As change necessity is based on judgement and anticipation, it always includes uncertainties and thus can always be challenged.

For most people, changing means instability and risks which generate strong personal worries, and fears of not being able to adapt, doubts about oneself. This creates a rather natural tendency to refuse change by challenging the judgements and the decisions which lead to the required transformation.

But for companies the necessary transformation passes through the ability of those concerned to change. It seems obvious that this is impossible to achieve only by constraints and sheer force, as people will refuse either directly and create a conflict or indirectly by not adhering to the change leading to a collective failure.

So one can say that key success factor in transformation processes is the ability for those who must change to get involved, to be committed to the success of the transformation. All sociologists would tell that for a person to commit and to engage, two conditions are necessary:

- First and most important, the person must feel respected as a person, trusted in his or her professional capacities and as an individual. This is a necessity to build the trust in oneself which will allow the person to take the risk of the engagement to change: "I can do it!" but also to trust others and particularly to trust those who are taking the decision.
- Second he or she must know "the rules of the game": what am I supposed to achieve and how?

Both conditions have a strong conditional linkage to ethics.

How can one expect to build, within those who will have to change, a sense of being respected, without a strong inner belief of the dignity of any person, without the respect for others that such a belief entails? And how can one expect others to engage into "rules of the game" that would be unethical, contrary to the ethical judgement of those who will have to support the change?

So without long and sophisticated analysis, I do affirm that transformation processes without ethical components are bound to fail! One

could think that strong constraints could be applied to force the required changes, the "no matter what" attitude. Fear could even be considered as a way to force change. But any change obtained in these conditions will not be sustainable as people will not adhere to it and would escape at the first opportunity! Not only changes will not be achieved but havoc will be created!

So rather than spending more time to analyse the possibility of transformation processes without ethical components, I would rather present what we at UNIAPAC consider that ethical components are necessary for transformation processes.

What are the "ethical components" which are necessary to successful transformation processes? I shall focus on the first condition of engagement: the respect of the person's dignity which is the key to build the inner confidence to take the risk of engagement. Allow me to refer to a key principle of the Social Doctrine of the Church: the principle of subsidiarity.

Defining clearly the concept of subsidiarity is always difficult. One good way is to compare the two concepts of "delegation" and "subsidiarity". Delegation and subsidiarity are two concepts which indeed resemble each other but which are actually quite opposite in terms of respect for the person and the person's ability to grow and thus to engage.

In the delegation concept the leader considers that the information, the capacity, the decision and the action are between his hands and that, gradually, according to the development of his interlocutor and of the quality of the relationship, it transmits them to lead others to be more responsible. But at any time, the leader can take back the decision power. It is very flattering for the leader. Everybody knows that he knows. It is comfortable for the lower level employees as they are under permanent control and when difficulties arise the boss will take over. Their responsibility is indeed limited. They cannot feel completely trusted and respected as full human beings.

In subsidiarity the concept is exactly the opposite. The leader considers that the individual or the collective entity which he is responsible for, is able to assume the information, the capacity, the decisions and the actions in autonomy and interdependence within the limits of the extend of the lower level in the actual field of action. In this concept

the leader will give up his decision power and will take the risk of the lower level autonomous decision. Taking *"the risk of the person"* is the key of the subsidiarity principle!

One could speak about a "reverse delegation": the lower level, on his initiative, transmits to the higher level what it considers and decides not to be within its realm of responsibility. Thus, it is about a complete reversal of the relation and responsibility for the two parts. It is not flattering for the boss who is "absent". It is much less comfortable for the lower level as they are in full responsibility and must take the decisions. But they are fully trusted, thus respected.

The concept of subsidiarity takes its roots in the Social Doctrine of the Church as a direct consequence of its most important principle: the paramount dignity of the person. Rather than paraphrasing let me quote a recent document of the Pontifical Council for Justice and Peace called "The Vocation of the Business Leader".

"The principle of subsidiarity is rooted in the conviction that, as images of God, the flourishing of human beings entails the best use of their intelligence and freedom. Human dignity is never respected by unnecessarily constraining or suppressing that intelligence and freedom. The principle of subsidiarity recognizes that in human societies, smaller communities exist within larger ones. For example, a family, as a community, is part of a village or a city, which in turn is part of a county, a state or province, then a nation, and so on. The principle insists that the freedom and input of those closest to the effects to be felt should not be arbitrarily disregarded. As blessed John Paul II pointed out "a community of a higher order should not interfere in the internal life of a community of a lower order, depriving the latter of its functions, but rather should support it in case of need and help to coordinate its activity with the activities of the rest of society, always with a view to the common good" (47).

The principle of subsidiarity applies to the structures of the State as well as business organisations. We develop in our work best when we use our intelligence and freedom to achieve shared goals and to create and sustain right relationships with one another and with those served by the organization. In other words, the more participatory the workplace, the more likely workers will be to develop. Employees should have a voice in their work, especially in the day-to-day work. This fos-

ters initiative, innovation, creativity, and a sense of shared responsibility (48).

The principle of subsidiarity holds great insight for business leaders. It encourages leaders to use their power at the service of their collaborators, prompting them to question whether their authority serves the development of all their employees. Specifically, subsidiarity provides business leaders with three practical steps:

- *Clearly define the realm of autonomy and the decision rights to be made at every level in the company, leaving these as wide as possible. Limits should be set such that decision rights do not exceed a person or group's ability to access the information required to make the decision, and so the consequences of the decisions would not overstep their realm of responsibility.*
- *Teach and equip employees, making sure that they have the right tools, training and experience to carry out their tasks.*
- *Accept that the persons to whom tasks and responsibilities have been given will make their decisions in freedom and, thereby in full trust, the risks of their decisions. Subsidiary business structures therefore should nurture mutual respect and responsibility and allow employees to attribute good results to their sincere engagement.*

This last point, taking on the risk of the lower level's decisions, is what makes subsidiarity different from delegation. One who delegates confers power, but can take it back at any time. In such a situation, employees are not called to the same level of excellence and participation as in a situation governed by the principle of subsidiarity, and are less likely to grow and accept their full responsibility (49).

Under the principle of subsidiarity, employees on a lower level who are trusted, trained, experienced, know precisely the extend of their responsibilities, and are free to make decisions, can fully use their freedom and intelligence, and thus are enabled to develop as people; they are indeed "co-entrepreneurs". For business leaders, on every level, from team leader up to chief executive, this is very demanding but rewarding. Working under the principle of subsidiarity calls for restraint, and a humble acceptance of the role of a servant leader. Well-integrated business leaders can respond to the rigorous demands placed upon them with a servant attitude, recalling Jesus who washed the feet of His disciples (50)."

If this is not ethics, I do not know what ethics is! A truly applied Subsidiarity Based Management will not only foster respect of the dignity of the persons employed by the company but will give the company the ability to change and adapt permanently to its everlasting changing environment building a real competitive advantage. This is where ethics and efficiency come together!

Wachstumsdynamiken wertorientiert leiten aus lateinamerikanischer Sicht

Guillermo León Escobar Herrán

Despite big resources Latin America faces challenges with regards to the dignity of every individual. What is missing on a political level is an economic alliance of the states. A key problem is the drug business overarching all aspects of life as well as arms trade. The issue of corruption, deemed as normal behavior, can only be overcome by open accusation. A lack of a sense of justice affects frustration in democracy and destitution. Attention needs to be paid to the protection of environment, the care for elderly people and children and the maintenance of values. Along with globalization grows an ethical claim putting man at the centre which corresponds the "ecology of man". (Pope Benedict XVI).

Ramón de Campoamor – ein spanischer Schriftsteller des 19. Jahrhunderts – schrieb: „In dieser trügerischen Welt ist nichts wahr oder falsch, alles hängt von dem Glas ab, durch das sie gesehen wird“. Und dies ist richtig. Für jede Analyse ist sehr wichtig festzustellen, von welchem Standpunkt aus das Thema analysiert wird, und hier haben Sie darum gebeten, die Welt durch das Glas der Werte, durch die Ethik zu betrachten, und dies ist – in vielen Gesellschaften – immer noch ein gefährliches Unterfangen.

Ich will meine Liebe zu Lateinamerika nicht verleugnen. Sie ist mit den Jahren immer stärker geworden. Lateinamerika ist „ein reicher Kontinent, von der Natur so beschenkt, dass über mehr als 500 Jahre Ausnutzung und Ausbeutung nicht genug gewesen sind, um uns verarmen zu lassen. Verschwenderisch waren wir alle, von innen ebenso wie von außen, manchmal auch zusammen. Und ganz gleich, woher die Informationen stammen, nirgends findet man die Aussage, dass wir arm sind“.

„Unser Amerika“, von José Martí so benannt, ist leider Gottes immer noch der „Kontinent der Hoffnung“. Wer aber definiert den Begriff Hoffnung?

Wenn dies ein politischer Bericht oder eine interessierte Bilanz für Treffen der „Regierungen“ wäre, könnte ich positive statistische Angaben beisteuern. Wir haben Biodiversität, Erdöl, Koltan, Gold und Mineralien, Wasser, eine viel reinere Luft als die, welche der Rest der Welt atmet, wir sind große Hersteller von vielen Dingen, wir haben dazu ein fruchtbares Land und drei Fünftel davon sind frei und ungenutzt.

Wir haben gute Literatur, gute Leute, wir sind phantasievoll, die Krankheiten des Fortschrittes sind in ihrem vollen Ausmaß bei uns noch nicht eingetroffen. Unsere Leute sterben wegen Repression oder Oppression, aber nicht an Depression. Daran leiden nur wir, die wir einer gewissen sozialen Gruppe angehören oder diejenigen, deren Status übertrieben hoch ist. Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten, so sehr, dass der Gesundheitstourismus zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig geworden ist. Nur, dass die Mittelschicht und der Rest der ärmeren Schichten unserer eigenen Bevölkerung nicht wirklich Zugang zu dem System haben. Natürlich bestimmt das Gesetz, dass das Gesundheitswesen für alle Menschen in gleicher Weise zugänglich ist; doch mit George Orwell müssen wir feststellen, dass einige Bürger gleicher sind als die anderen.

Also, wir leben in dem Himmel auf Erden... aber nach der Erbsünde! Dort erschien Kain und sein Satz: „Bin ich etwa der Hüter meines Bruders?“

Wenn wir Lateinamerika durch das Glas der Ethik und der Werte betrachten, müssen wir unsere außerordentlichen Wachstumsraten oftmals mit unbequemen Erklärungen erläutern, für jene, die eine „ehrliche Unkenntnis“ haben, weil „sie nicht sehen“ und nur das glauben, was wir ihnen durch die Medien mitteilen.

Wenn wir hier darum gebeten werden, über das Wirtschaftswachstum unter Berücksichtigung der Werte zu berichten, dann müssen wir uns aufrichtig fragen, wie es um die Demokratie steht, um den Respekt der Menschenrechte, um die Überwindung des Elends und der Ausgrenzung, um die Freiheit, die Justiz, die Solidarität, die Wahrheit, den Umweltschutz, die Gleichheit, kurz: wie es um die Menschenwürde steht.

Dies sind Fragen, deren Antworten normalerweise weder den Regierungen noch deren Oppositionen gefällt. Und auch nicht denjenigen, die nur unzureichend informiert sind.

Was geschieht in einem Kontinent, der von Drogenhandel, Paramilitärs, den Gruppen sozialer Säuberung, von Entführungen, Erpressungen, Verbrecherbanden, „Maras“ und von den vielen verschiedenen Mafias, die bei uns entstanden sind, geprägt ist?

Und was bedeutet es, wenn gesagt wird, dass die ganze Gesellschaft – tatsächlich die gesamte Gesellschaft, mit all ihren Institutionen, ohne Ausnahme – zerfressen ist? Und dass dies in besonderem Ausmaß an einigen Orten, zum Beispiel Kolumbien, Mexiko, Honduras, Guatemala, Nicaragua, Venezuela, Brasilien, Ecuador, Peru, Bolivien und Argentinien der Fall ist, wobei der Rest des Kontinents auch nicht als gesund bezeichnet werden kann?

Wenn man so fragt, dann wird es andere Antworten geben, und diese Antworten werden nicht bequem sein.

Wenn wir „unser Amerika“ aus der Perspektive der Werte betrachten wollen, erscheint eine Reihe von Herausforderungen, die wir meistern müssen. Gleich zu Beginn sei angemerkt, dass selbstverständlich jedes unserer Länder anders ist; dennoch habe ich mich darum bemüht, Elemente zu finden, die allen gemeinsam sind, wenn auch unterschiedlich ausgeprägt.

Es ist unumgänglich, die Desinformation zu bekämpfen. Die Wahrheit zu kennen ist nicht einfach, denn es gibt Interessen, die Aufdeckung der Wahrheit zu verhindern: Schließlich hängt von der Qualität der Information alles andere ab. Es ist sogar notwendig geworden, „Information zu kaufen“, um unsere Länder richtig analysieren zu können. Die Führung in der Welt stützt sich auf den Austausch von Informationen. Es ist erstaunlich zu sehen, wie die großen Nationen Informationen und Visionen genau vergleichen, wie alles mögliche untersucht wird, wie Strategien und Taktiken entworfen werden, um Veränderungen einzuleiten oder durchzusetzen, und wie sogar darüber entschieden wird, welche Informationen dem „normalen“ Bürger zugänglich gemacht werden. Etwas anderes gilt mit der Information der großen Unternehmen, die für das Risikomanagement des ihnen anvertrauten Kapitals zuständig sind. Ansonsten häuft die Zivilgesellschaft isolierte Nachrichten an, die keine wirkliche Information bilden. Dies alles bedeutet, dass unser „Sehen“ mangelhaft ist.

Schon immer war es schwierig, gleichzeitig über Ethik und Wirtschaft zu sprechen. Im Laufe der Zeit ist der Satz „business is business“ zum Sieger geworden und damit der Gedanke, dass Geschäfte nichts mit den Grundwerten zu tun haben.

Die schlechte Integration Lateinamerikas

In unserem Kontinent gibt es eine dringende Aufgabe: die Integration Lateinamerikas. Diese Vereinigung war die Leitidee von Simón Bolívar, er selbst konnte sie jedoch nicht in die Wirklichkeit umsetzen.

Die Märkte und die Politik lassen die Integration nicht zu, noch weniger bieten sie Unterstützung. Für die großen Nationen und Märkte ist es besser, mit einem zersplitterten Kontinent zu verhandeln, mit dem sie viele bilaterale Abkommen unterzeichnen können, anstelle multilateraler Abkommen, bei deren Zustandekommen unsere Möglichkeiten und unsere Verhandlungsfähigkeiten viel größer wären.

Die USA verhandeln aus der Position eines großen gemeinsamen Marktes, dasselbe tut Europa. Wir sind nicht einmal in der Lage, untereinander einen dauerhaften, starken Markt zu etablieren, der realistische Chancen hätte. Man findet Organisationen, die Integration auf ihre Fahnen geschrieben haben; einige davon sind bereits konstituiert, andere wurden kürzlich vorgeschlagen, wie die Allianz „Alternativa Bolivariana para las Américas“ (ALBA). Aber bislang sind sie die Bühne, auf der allerlei ideologische Auseinandersetzungen ausgetragen werden oder Grenzstreitigkeiten oder politisch verschleierte Wirtschaftskonflikte.

Solange Lateinamerika keine Anstrengungen zur Integration unternimmt, wird keine Aktion die Entwicklung wirksam vorantreiben können. Die lateinamerikanischen Oligarchien sind an der Integration gar nicht interessiert, denn es ist wohl eindeutig, dass ihre Kapitalvermögen in den großen Weltbörsen mitspielen, weit entfernt von den Risiken unserer alltäglichen Konflikte. Die Organisation Südamerikanischer Staaten „Unión de Naciones Suramericanas“ (UNASUR) ist eine leblose Organisation, UNASUR versucht, einige Aktionen guter Integration voranzutreiben, MERCOSUR (Mercado Común del Sur) fehlt es an wahren Perspektiven. Dazu ist noch offen, wie sich Initiativen wie die von Brasilien vorgeschlagene SURA (zwischen Südamerika und arabischen Ländern) entwickeln werden, welche der vorherigen Zustimmung von uns allen bedürfen.

Zurzeit gibt es drei Entwürfe der Vereinigung. Brasilien steht für eine südamerikanische Version, wobei diese große Nation hierbei eine zentrale Stellung als Achse anstrebt. Dann gibt es das Projekt der Integration von ganz Amerika, das Mexiko zaghaft anzustoßen versucht. Und schließlich ist da noch das von der venezolanischen Regierung favorisierte Projekt.

Hinsichtlich dieser Theorien und Realitäten muss man jedoch beachten, dass Lateinamerika unter der Last einer „unheilbaren“ Krankheit lebt. Am schlimmsten ist, dass diese Krankheit die Forma Mentis die lateinamerikanischen Gesellschaften umgestaltet und geändert hat; einer Gesellschaft, die sich zweifellos in der Theorie zu einem „christlichen Diskurs“ bekennt, diesen aber in der Praxis durch mangelnde Schuldgefühle, schnell erlangtes Geld und die Ideen des Carpe Diem und des sozialen Darwinismus ersetzt hat. Diese Krankheit ist der Drogenhandel.

Der Fluch des Drogenhandels

Zweifellos bilden wir immer noch ein einziges Netz, das mit dieser sozio-ökonomischen Pathologie verbunden ist. In unserem Gebiet befinden sich Länder, die Drogen produzieren, solche die Drogen transportieren, solche die Drogen konsumieren und auch Länder, die Geldwäsche betreiben. Es ist unmöglich, den internen Konsum zu bremsen und es wird bereits über die Legalisierung von Drogen gesprochen als Versuch, die wirtschaftliche Bedeutung des Drogengeschäfts zu vernichten.

Es steht außer Frage, dass dieses Geschäft eine illegale und kriminelle Aktivität darstellt, die Milliarden Dollar bewegt. Alle sind sich darin einig, dass es das gesellschaftliche Leben, die Politik, das Rechtswesen, die Wirtschaft und die Kultur kontaminiert. Seine Macht ist so groß, dass es sogar die Guerrillas und die Paramilitärs kontaminiert hat, die heute nicht mehr in der Lage sind, sich aus ihrer Abhängigkeit vom Drogenhandel zu lösen. Hier gibt es keine Unschuldigen, weder innen noch außen, alle Länder sind in die Fallen des Drogengeschäfts getappt: der Geldwäsche oder des Konsums oder des Verkaufs von chemischen Ausgangsstoffen.

Der Waffenhandel

Die Mafiaorganisationen der Vermarktung und der Geldwäsche sind in allen Ländern gewachsen und haben in der Regel Verbindungen mit

dem Waffenhandel. Unverkennbar ist in diesem Jahrzehnt die wachsende Nachfrage nach konventionellen Waffen. Ein Blick auf die Situation in Mexiko, Guatemala und Kolumbien würde genügen, um die Verbindung zwischen Kriminalität und subversiven Milieu einerseits und den Erträgen aus dem Drogengeschäft und dem Waffenhandel andererseits zu veranschaulichen.

In der nächsten Zukunft muss sorgsam auf vieles geachtet werden: auf die Entstehung sozialer Konflikte durch die „Subversion der Armut“, auf das Wiederaufleben von Guerrilla-Gruppen neuer Natur in einigen Ländern, auf die bewaffneten Gruppen sogenannter „sozialer Säuberung“, die langsam wieder aufkommen, auf die Länder, die sich rüsten, um einen Dialog oder eine Neuverhandlung nicht gelöster grenzüberschreitender Probleme zu erzwingen, sowie auf den wachsenden „Aufstand“ der Indianervölker, die die Gesellschaften, zu denen sie bisher gehört haben, gegeneinander aufbringen.

Gefährlich ist außerdem die Versuchung, einen fortschreitenden Rüstungswettlauf aufzunehmen und auch die Verlockung einiger Staaten, ihre Macht mit dem Gebrauch der Atomkraft zu vergrößern, und anderer, in der Gruppe der Atomkräfte mitzuspielen.

Der Druck der Korruption

Diese Phänomene sind nicht neu. Demotivierend ist aber, dass die Antwort immer eine Art Aufruf dazu war, eine schwer zu ändernde Realität weiter zu ertragen. Seitdem die Absichten der politischen Parteien bloßgestellt wurden und die Zivilgesellschaft die Korruption aufgedeckt hat, ist man weit vorangekommen.

Minister, Beamte, ganz allgemein Persönlichkeiten aller Institutionen werden in ihrem Handeln zunehmend in die Öffentlichkeit gebracht. Angesichts der Enthüllungen haben einige Regierungen umgehend reagiert, während andere Zeit zu gewinnen suchen und abwarten, dass „mutmaßliche Täter“ einen Weg finden, um den Beschuldigungen zu entgehen.

Endlich hat man das wechselseitige System der Korruption aufgedeckt, das zeigt, dass immer einem staatlichen korrupten Akteur ein privater korrumpierender gegenübersteht. Auch die Korruption auf nationaler Ebene ist gepaart mit einem internationalen korrumpierenden Akteur,

der in der Regel von den eigenen Ländern gedeckt wird, weil diese oftmals den Kauf von Entscheidungen bei den Ausstattungs-, Anschaffungs-, Bau- und Einrichtungsgeschäften als normale Praxis erachten. Dies geschieht vor allem in der Pharmaindustrie, bei den großen Bauvorhaben, bei den Telekommunikationsunternehmen, bei Genehmigungen bezüglich der Biodiversität, im Bergbau und im Tourismus.

Und dann ist man auch noch auf eine andere Art der Korruption aufmerksam geworden: der Korruption durch Unterlassung, die nichts sieht, nichts anzeigt und nichts tut, deren Komplizität das Verschweigen ist, das gar nicht unbedingt gekauft werden muss.

Dieses schwerwiegende Schweigen kann nur durch Anklagen überwunden werden, aber die Kultur der kleineren Gesellschaften lehnt die Figur des Anklagenden ab – man praktiziert eher das „Omerta“-Phänomen, das die italienische Mafia berühmt gemacht hat. In anderen Gesellschaften fürchtet der Kläger um seine Sicherheit, weil alte Rechnungen offen stehen und beglichen werden könnten und das eigene Leben und das seiner Angehörigen bedrohen. In dieser Lage ist es gefährlich, Rechnungen zu begleichen, aber ebenso, das was die anderen tun, zu „respektieren“, ohne sich in deren Angelegenheiten einzumischen.

Das Schlimmste ist jedoch, dass sich niemand schuldig fühlt und dass als „Pech“ gewertet wird, wenn man bei Korruptionspraktiken erwischt wird oder wenn korruptes Verhalten nachgewiesen wird. Die Unschuld und der gute Name basieren hauptsächlich darauf, nicht erwischt zu werden. Das Schuldgefühl ist verschwunden, damit stimmt der Satz „initium sapientiae timor domini“ auch nicht mehr.

Nach statistischen Berechnungen liegt der Anteil der öffentlichen Gelder, die auf die Abwege der Korruption geraten, bei 40%; sie könnten sehr wohl der Entwicklung dienen oder bereits gedient haben. Ein großer Mangel bei der Korruptionsbekämpfung ist, dass Mechanismen fehlen, die dazu dienen, das Gestohlene zurückzugeben. Normalerweise finden diese Gelder Unterschlupf bei „großherzigen“ ausländischen Bankinstituten.

Die Überwindung des Machiavellismus ist deutlich. Die Definition von Korruption wurzelte hauptsächlich in den „Mitteln“, heute hat sie der Definition der „Korruption der Ziele“ Platz gemacht.

Fehlende Gerechtigkeit

Zweifellos ist die fehlende Gerechtigkeit eines der Hauptstigten Lateinamerikas und der Karibik: eine beschämende Realität. Zahlreiche Berichte bezeichnen diesen Teil der Welt als eine der reichsten Regionen der Welt, aber in Bezug auf die Verteilung und den Nutzen der üppigen Ressourcen gilt sie zugleich als die ungerechteste.

Vor langer Zeit haben wir im „Consejo Episcopal Latinoamericano“ (CELAM), also der Bischofskonferenz, diese Situation als „Kluft zwischen Reichen und Armen“ bezeichnet. Damals war diese Bezeichnung eine Provokation der geltenden Bewertungen; heute ist der Begriff zum Allgemeingut geworden und hat auch fremde Elternschaften unter den Gelehrten der Sozialwissenschaften akzeptieren müssen. Der Mangel an Sinn für Gerechtigkeit ist erkennbar in der Realität der Ausgeschlossenen, der Verarmten und der zunehmenden Armut. Es ist beschämend, dass weltweit die Armut auf der Grundlage eines Tageseinkommens von einem Dollar bestimmt wird. Alle mögliche Rhetorik ist zu dem Thema aufgeboten worden. Der UN-Bericht über die menschliche Entwicklung liefert wichtige Informationen zu diesem Thema in der Welt und zu den einzelnen Ländern.

Dieses Fehlen des Sinnes für Gerechtigkeit ist nicht nur auf das individuelle Streben nach Anhäufung von Gütern zurückzuführen. Es gründet auch in der Logik eines Systems, das in allen Bereichen diejenigen begünstigt, die am meisten haben. Dagegen versuchen viele Präsidenten – manchmal in bester Absicht – eine sehr lobenswerte Sozialpolitik zu betreiben, die leider auf große Hindernisse stößt: formell auf die eigenen Gesetze und informell auf organisierte Gruppen, die in diesem Zusammenhang verallgemeinernd als Mafias bezeichnet werden können, die sehr schnell und sehr leicht zu nicht tolerierbarer Anwendung von Gewalt kommen. In Lateinamerika gibt es Länder, in denen die Frage erlaubt sein sollte, ob die Präsidenten regieren, die Parlamente gesetzgeberisch tätig sind, die Richter Justiz verwalten, oder ob sie alle im Auftrag von anderen handeln.

Es kann sehr wohl angenommen werden, dass fehlende Gerechtigkeit von der Politik und damit der Demokratie den Todesstoß versetzt hat. Wenn die Bevölkerung Demokratie nur als System voller Entbehrungen erfährt, kann man nicht erwarten, dass die Benachteiligten diese Form

des Zusammenlebens verteidigen. Es ist zu befürchten, dass uns noch schmerzvollere Konflikte bevorstehen.

In der Tat ist die Politik aufgerufen, sowohl die passiven als auch die aktiven Grundbedürfnisse zu befriedigen. Bei Erfüllung der passiven Bedürfnisse (die niemals im Namen irgendwelcher Theorien die vorsorgende Hilfe des Staates verdrängen darf) hat sich die Lage nicht verbessert (trotz einiger statistischer Angaben in entgegengesetzter Richtung). Die Zahlen zum Schutz des Lebens, Nahrung, Gesundheit, Kleidung und Obdach haben sich lediglich in den Statistiken einzelner Regierungen gebessert; doch die Regierungen arbeiten mit anderen Indikatoren als diejenigen, welche diese Staaten untersuchen. Auch bezüglich der aktiven Grundbedürfnisse wie Erziehung, Bildung und Arbeit finden sich problematische Punkte, die man genau betrachten muss, um sie richtig zu bewerten. (Ein Arbeitsloser in Europa, der Arbeitslosengeld erhält, ist nicht zu vergleichen mit einem Arbeitslosen in Lateinamerika, wo alles, was er für sein Überleben tut, zum Beispiel an einer Ampel Autoscheiben putzen, als Arbeit gewertet wird). Dass diese Herausforderungen nicht angenommen worden sind, hat zur Degradierung der Politik und zu einem zynischen Verständnis von Demokratie geführt, die man verantwortlich macht für ihre Schwerfälligkeit und auch dafür, dass sie ihrer Pflicht, dem Gemeinwohl zu dienen, nicht nachkommt.

Die Gespenster der Armut

An allererster Stelle steht für uns der Kampf für die Armen. Die Herausforderung der fehlenden Gerechtigkeit bildet den politischen und sozialen Rahmen zum Thema Armut. Die „Food and Agriculture Organization“ (FAO) und das Welternährungsprogramm haben bereits den anfänglichen Optimismus zur Beseitigung der Armut verloren, denn sie weisen auf eine starke Erhöhung der Lebensmittelpreise hin, die dies unmöglich macht.

Es stimmt, dass sich die Regierungen um die Verabschiedung von Gesetzen bemühen, die den Optimismus der Leute wecken sollen; er schwindet jedoch, wenn die Ergebnisse erkannt werden.

In der Tat wächst die Armut (einige Statistiken unterscheiden verschiedene Unterklassifizierungen und zeigen dann einen leichten Rückgang). Sie wird sehr deutlich, wenn man das Phänomen der enormen internen

Migration vom Land in die Städte und die damit verbundenen, täglich wachsenden Elendsgürtel betrachtet.

Ebenso ist es notwendig, dass wir uns um die Probleme kümmern, die aufgrund der Durchgangsmigrationen – in Richtung Norden und auch nach Europa – entstehen. Diese Migrationen beginnen in den meisten Andenländern und in Mittelamerika (mit einigen Ausnahmen) sowie in Mexiko. Sie werden dabei zu Referenzpunkten für ganz unterschiedliche Armutsanalysen, die von sublimen Bemühungen bis zu gravierenden Anzeichen für Entwürdigung reichen. Heutzutage schickt Europa eine große Anzahl von Auswanderern nach Lateinamerika zurück. Sie waren zu einer überaus großen Hilfe geworden, denn sie schickten, zum Beispiel aus Spanien, gespartes Geld in ihre Heimatländer. Diese Geldsendungen bildeten in einigen unserer Länder eine Einkommensquelle, die sogar das Einkommen aus dem Hauptexportgut überstieg.

Größte Bedeutung verdient aber auch die Auswanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte. Es geht hier um eine „Operation Rückkehr“, die sich an jene wendet, die zuvor im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für einige Zeit in Europa oder den USA in den Genuss von Stipendien für weiterführende Studien gekommen waren, und die heute, ohne politisch verfolgt zu sein, als Fachleute hohen Niveaus in den Ländern berufstätig sind, in denen sie studiert haben.

Nun wird behauptet, die Berufung Lateinamerikas liege immer noch in der Landwirtschaft, im Schutz der Biodiversität und im Handwerk. Solche Sektoren sind mit der Landflucht vor allem in Mittelamerika und den Andenländern gefährdet. Es ist noch offen, ob die vereinbarten Freihandelsabkommen neue Aussichten für die Landwirtschaft eröffnen, und ob man künftig mit Aussicht auf Erfolg mit den aus Industrieländern stammenden landwirtschaftlichen Erzeugnissen konkurrieren kann, die in den verschiedenen, ganz eilig unterschriebenen Freihandelsabkommen geschützt werden.

Für eine geschwächte Landwirtschaft ist eine neue Gefahr der Vernichtung für große Gebiete aufgetaucht: Es ist das neue Phänomen der Bergbauindustrie, das einer tieferen Analyse bedarf. Zurzeit weckt sie hohe Erwartungen als der große eigene, der internationalen Verwaltung zur Verfügung gestellte Reichtum – eine günstige Gelegenheit, die hoffentlich durch die Lizenzgebühren besseres Wohlbefinden und höhere Entwicklungsindikatoren bringt.

Trotzdem ist der illegale Bergbau für viele Länder, unter ihnen Kolumbien, zu der schlimmsten Vernichtungsbedrohung geworden. Denn hier gibt es ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren: die vorrangigen Interessen der großen globalisierten Kapitalvermögen der mächtigen Länder, die gerade eine Krise durchleben und Zuflucht für ihre Gelder suchen, und dies nicht nur wegen der für sie vorteilhaften Bergbaugesetze in Lateinamerika, sondern auch, weil die Mafiawelt sie schützt. Es ist bedauerlich, muss aber dennoch gesagt werden: In die Welt des Bergbaus fließen heutzutage Gelder der Drogenmafias, die Investitionen der Paramilitärs sowie krimineller Banden – leider gemischt mit den normalen Investoren, und ohne dass es den Nationen und der internationalen Gemeinschaft gelungen wäre, eine klare, absolut notwendige Grenze zu ziehen.

Die Armut Lateinamerikas inmitten von Reichtum und sozialer Ungerechtigkeit hat riesige Wunden aufgerissen, die dringend geheilt werden müssen. Es wächst die Prostitution der Kinder und Jugendlichen; von Mädchen und Jungen ohne Bildung oder ohne Zukunftschancen, die den Vorstellungen von sicherem Erfolg, schnellem Geld und der Konsumier erlegen sind und auf schmerzvolle Weise bereit, sich selbst zu degradieren. Kriminelle Banden, Guerrillas, Drogenhändler und andere illegale Organisationen benutzen die Minderjährigen wegen Lücken in den Kinder- und Jugendgesetzen, die für sie vorteilhaft sind. Auch unter den Drogenkurieren bilden Minderjährige die große Mehrheit der Gefangenen in den Gefängnissen im Ausland, ebenso wie in den jeweiligen Ländern. Des Weiteren muss man auch Geschäfte nennen wie den Handel mit Kindern und Organen. Das Entsetzen, das mit ihrer Betrachtung einhergeht, bringt viele Stimmen zum Schweigen, kann aber keinesfalls ihre Existenz leugnen.

Die Schätze der göttlichen Vorsehung

Sagen wir es klar und deutlich: Es wird mit schönen Worten über den Umweltschutz gesprochen, er ist eben eines der größten Leitmotive unserer Rhetorik. Noch ist aber die Unterstützung der Welt unbedeutend bei der Aufgabe, Hüter der reinen Luft, des Süßwassers und der Biodiversität zu sein. Diese Unterstützung wurde jedoch bereits in dem Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ gefordert, ebenso wie auf Gipfeltreffen, die auf den Gipfel von Rio folgten, und auf allen anderen „Treffen“, die Beifall verdienen für das wenige, was sie erreichen, und Kritik für die vielen Dinge, die sie zulassen. Wir sind Schuldner des

Begriffs der „nachhaltigen Entwicklung“ und allem, was er bedeutet. Von ihm haben wir in Lateinamerika und in der Welt gelernt, dass die zwei größten Plünderer der Natur die Armut und der Reichtum sind, und dass der einzige Weg zur Vernunft darin liegt, dass beide – Arme und Reiche – die Verpflichtungen übernehmen, die mit dem Überleben des Planeten und dem Erbe der nächsten Generationen verbunden sind.

Wie schon angemerkt, ist größte Aufmerksamkeit bei den neuen Unternehmungen im Bergbau angebracht, sowie bei der weiteren Erschließung von Gebieten, in denen Öl- und andere Energiequellen gefördert werden, beim Abbau von Koltan, Gold und anderen Metallen, ebenso bei der Forstwirtschaft und angesichts der enormen Wasserverschmutzung. Darüber ist praktisch alles bereits gesagt, doch die Maßnahmen zur Rettung der Umwelt hinken den Erklärungen der Regierungen weit hinterher.

Immer wieder auftretende Klimakatastrophen halten mehrere Länder Lateinamerikas in Schach, sie sind nur schwer zu überwinden, weil die nationalen Maßnahmen zur Verhütung von Katastrophen unzulänglich sind, und auch, weil die internationale Hilfe oft nur aus unerfüllten Versprechen besteht. Dies ist gleichzeitig ein klares Zeichen für die Labilität der internationalen Zusammenarbeit. Immer noch – um nur einen Fall zu nennen – erwartet Haiti die versprochene großzügige Hilfe. Den Beifall erhielt die internationale Gemeinschaft bereits, er ist immer sehr groß und ehrlich, aber die internationale Zusammenarbeit besteht im allgemeinen, wie wir sagen, aus „viel am Vorabend, doch wenig am folgenden Tag“, sie verhält sich gegenüber den Ländern genauso wie die Reichen innerhalb ihrer Länder gegenüber den in Ungnade gefallenen Armen.

Fürsorge für Kinder und ältere Menschen

Kinder und ältere Menschen sind zwei Gruppen, welche die Aufgaben des Überlebens aus der Position ihrer eigenen Schutzlosigkeit meistern müssen. Es heißt, sie seien die am meisten verletzlichsten Bevölkerungsgruppen, und man kann wohl sagen, dass sie zwar in „unserem Amerika“ von den Gesetzen gut geschützt sind, aber die Gesetze in der Praxis nicht befolgt werden. Die Schwäche der Werte lässt eine der wichtigsten Komponenten der *Forma mentis*, nämlich den Schutz der Familie und in ihr der Wehrlosesten, verloren gehen.

Oft beeindruckt uns Bilder und Szenen von Kindern und Alten in Afrika, und wir vergessen dabei, dass bei uns in Lateinamerika solche Bilder nicht ungewöhnlich sind. Sie könnten uns aufgrund ihrer Nähe viel mehr beeindrucken.

Auf dem Weg zu starken Werten

Trotz allem ist es noch nicht zu spät, nicht alles ist verloren. Es wird viel über Globalisierung gesprochen. Aber dabei darf nicht nur von der Globalisierung der Märkte die Rede sein und von der Globalisierung der Solidarität, die Johannes Paul II. forderte, sondern auch von der „Globalisierung des Gewissens“, welche es erlaubt, eine globale Ethik zu entwerfen und einen ethischen Konsens zu formulieren, der dabei hilft, die zweifellos positiven Faktoren der globalen Welt zu lenken.

In einigen führenden Bereichen lateinamerikanischer Regierungen haben wir viel über „Soziale Marktwirtschaft“ gelernt. Jetzt vermissen wir dies, wenn wir das heutige Europa in der Krise betrachten. Es ist möglich, dass Europa – im Gegensatz zu uns – Ludwig Erhard und seinen Willen, eine Wirtschaft mit sozialen Verpflichtungen zu gründen, vergessen hat. Mitten in der Krise wächst in Lateinamerika das Bewusstsein von einer notwendigen Sparsamkeit und Genügsamkeit als Teil der Ethik.

Es war harte, aber erfolgreiche Arbeit, das Verständnis dafür zu wecken, dass eine soziale Marktwirtschaft nicht möglich ist ohne einen sozialen Rechtsstaat und ein soziales Entwicklungsmodell. Ich muss sagen, dass die von der Konrad-Adenauer-Stiftung geleistete Arbeit Früchte getragen hat, und sie wären auch viel umfangreicher gewesen, wenn man vor zehn Jahren die bis zu diesem Zeitpunkt geleistete Arbeit nicht reduziert hätte. Antoine de Saint-Exupery hat gesagt, dass „für einige das Säen die Wahrheit ist, für andere ist sie das Ernten“. Nun, dann sollten wir uns beglückwünschen, weil der ethische Anspruch, der die Globalisierung begleiten muss, jeden Tag wächst, ohne dass wir gegen die Globalisierung sind.

Das Gebot der Wahrheit

Wir müssen zu dem Punkt zurückkehren, an dem wir versichert haben, dass die Bevölkerung ein Recht auf die Wahrheit hat, und dass Politiker, führende Wirtschaftler und andere Führungskräfte diejenigen sind, die

sie aussprechen müssen. Anscheinend ist es schwierig, einige meinen sogar, es sei unmöglich, bei diesen Gruppen jemanden zu finden, der die Wahrheit sagen würde, ich bin aber optimistisch. Bei uns wurde – ich weiß nicht warum, vielleicht wegen der Freundschaft zu Johannes Paul II. – ein Text von Vaclav Havel mit dem Titel „Der Versuch in der Wahrheit zu leben“ bekannt, der viele Menschen in Lateinamerika als Ermutigung auf dem Weg begleitet hat.

Die große Aufgabe in Lateinamerika besteht darin, den Menschen wieder ins Zentrum des Geschehens zu setzen. Viele Schwierigkeiten erwarten uns auf diesem Weg. Aber man wächst mit den Anforderungen, sogar mitten in den am Anfang dieses kurzen Essays erwähnten Krankheiten.

Bildung der Führungskräfte

Alle zuvor genannten Aspekte weisen auf eine Antwort hin, deren Bedeutung groß ist, auch wenn sie erst am Ende dieses Vortrags zur Sprache kommt. Zahlreiche und vielfältige Anstrengungen wurden zur Bildung neuer Generationen in politischer Verantwortung und Führung unternommen, eine systematische politische Bildung, die dauerhaft Früchte tragen kann. In Lateinamerika ist es noch möglich, Wege der Demokratie mit Hilfe der Strategie einer christlich-sozialen Partei zu gehen, die als Bezugspunkt dient und durch überparteiliche „Querverbindungen“ ergänzt wird, um auf diese Weise Menschen unterschiedlicher politischer Überzeugungen in die Erörterung eines Themas einzubinden. Nachhaltige Wirtschaft und Entwicklung benötigen eine kreative, rechtschaffene Politik, die auf einer Ethik fußt, die der Menschenwürde entspricht. Die Propaganda gegen die Politik war schrecklich und es wird nötig sein, ein politisches und parteipolitisches Engagement unter den guten Führungskräften der sogenannten Zivilgesellschaft zu fördern, damit unseren Gesellschaften eine rechtschaffene Führung und ein neuer Horizont gegeben werden kann.

Abschließende Anmerkungen

Benedikt XVI. hat ein ausgezeichnetes Schema entwickelt, wie seine Diagnosen und Antworten in seiner Enzyklika „Caritas in Veritate“ – von einigen als „Rerum Novarum“ des 21. Jahrhunderts bezeichnet – zeigen.

Dort wird deutlich, worauf seine Kritik am Wesen der Ideologie und des Systems zielt und was sie im Kern ausmacht. Trotz ihres Scheiterns im Hinblick auf die notleidenden Menschenmassen und jenen, die nur zu labilen Wohlstand gekommen sind, wollen die derzeit Herrschenden einfach weiter machen und versuchen, dass die Mittelschichten und die Armen ihre Verschwendungen finanzieren.

Ziel des Papstes war es, diesem das Thema der „Ökologie des Menschen“ zur Verteidigung des Menschen als Geschöpf Gottes und seiner engen Beziehung zur Schöpfung entgegenzusetzen.

Lateinamerika hat eine Zukunft, davon sind Sie und ich überzeugt und dank der vorhandenen Reichtümer können die Schwierigkeiten, auf die es heute stößt, überwunden werden.

Re-Interpreting the "Chinese Miracle": A Multi-Dimensional Framework

Xingyuan Feng, Christer Ljungwall, Sujian Guo

Das chinesische Wirtschaftswunder und die gesellschaftlichen Veränderung der letzten drei Jahrzehnte sind auf eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren zurückzuführen. Es mangelte an einem klaren Reformkonzept und einer Zielrichtung. Viele Maßnahmen entstanden zunächst spontan oder wurden lokal experimentiert und nachher von der Zentralregierung akzeptiert. Deshalb kam der Wandel teilweise geplant, teilweise spontan und teilweise fragmentarisch zustande. Die wirtschaftliche Entwicklung traf auf günstige Ausgangsbedingungen mit einer dezentralen Wirtschaftsstruktur und vielen lokalen Zentren, geringen Produktionskosten aufgrund billiger Arbeit und einem stabilen wirtschaftspolitischen Umfeld. Die Reformen wurden schrittweise eingeführt, so dass sich wenig Widerstand regte. Nach und nach gab es ein höheres Maß an wirtschaftlicher Freiheit, Rückzug der Regierung aus stark wettbewerbsorientierten Zweigen, schrittweise Öffnung der Märkte, allmähliche Zulassung von Privateigentum und Vertragsfreiheit. Positiv wirkten sich auch die weichen Faktoren wie die wirtschaftsfreundlichen Traditionen des Konfuzius, der Wille hart zu arbeiten und Bildung zu erwerben, aus. Problematisch sind mangelnder Arbeiterschutz, fehlende soziale Sicherungssysteme, Umweltverschmutzung und Korruption sowie Rückfälle in Dirigismus und Nationalismus. Beunruhigend ist das schwindende Bewusstsein für den Wert eines regelgeleiteten Wirtschaftssystems.

Abstract

The rapid economic development and transformation of Chinese society over the past three decades has, by a large mass of analysts, been called a "Miracle". This paper not only addresses the shortcomings of existing interpretations but also develops a new multi-dimensional framework based on North's theory of institutional change and Hayek's theory of institutional evolution to explain China's miraculous growth. Our analysis shows that both Hayekian spontaneous order and Popper's "piecemeal social engineering" played a major role in attaining China's miraculous growth.

Causes of China's Economic Success

China became the world's no. 2 economic power measured by the size of GDP in 2010. It is widely regarded as one of the success stories of globalization. Analysts identify China's success in terms of high and sustained rates of aggregate growth and per capita national income, the absence of a major financial crisis, and a substantial reduction in poverty. They tend to view these results as the consequences of a prudent, yet extensive, program of domestic economic deregulation and global economic integration, as well as a sound macroeconomic management under the guidance by an authoritarian hand. The outcome of highly accelerated economic development has been frequently called the "Chinese Miracle".

However, the existence of a "Chinese Miracle" is surrounded by heated debates and controversies related to the understanding of China's rapid growth of the past three decades. China's success seems to have defied traditional models of economic growth, and social scientists have struggled to provide comprehensive explanations for the "Chinese Miracle". Indeed, most scholars focus their research on only one aspect of China's economic growth. One-dimensional explanations, such as comparative advantage of cheap labor, identify important contributors to China's economic accomplishment; yet it seems doubtful that any single variable affords an adequate understanding of the complexity of the causes. More likely, China's economic development was a result of numerous institutional factors.

A comprehensive scheme, including the interaction between factors such as institutional change and initial conditions, is needed to understand China's pattern of economic growth. These factors include not only the effects of initial conditions and social and market power, but also the roles of the government; not only the domestic causes but also international causes; not only causes related to factors of production market conditions, but also institutional arrangements and environments, formal or informal. A multidimensional framework — grounded in China's institutional environment — provides the breadth and complexity required to explain the country's economic success.

Building an Institutional Framework

By reinterpreting the causes of China's growth, this article develops a new multidimensional framework based on institutional change. Institu-

tions refer to the rules of a society. They include both formal and informal constraints and the enforcement characteristics of both. The informal constraints consist of sanctions, taboos, customs, traditions, and codes of conduct. Formal rules include constitutions, laws, and property rights. Such various political, social, and legal-based rules affect production, exchange, and allocation. Changes in these sets of rules can lead to drastic economic shifts, as exemplified by China over the last 30 years.

The "Chinese Miracle" can be explained by focusing on this underlying institutional framework. According to Hayek, there are three kinds of institutional changes, and all played a part in China's development: first total construction-based institutional change, which corresponds to rules deliberately designed by a state or governing body¹; second spontaneous change of institutions, which corresponds to rules that come into being spontaneously through the long-term cultural evolution²; and third piecemeal construction-based institutional change, which corresponds to rules formed through a combination of state design and evolutionary trial and error processes³.

In turn, institutional change comprises various factors. The most important components include: structural forces, institutional factors, political economy, people's choice, and elite choice. In China, these key components have interacted to create a set of favorable initial conditions, a relatively proper reform path, favorable informal institutions, ordinary people's pressures for survival, gradual approach to reform, and the existence of multi-action groups. Together, they represent one main feature underlying China's rapid economic growth: the liberation of productive forces from state planners.

- 1| Hayek, Friedrich A., von. 1978. *The Constitution of Liberty*. University of Chicago Press.
- 2| Hayek, Friedrich A., von. 1973. *Law, Legislation, and Liberty*. University of Chicago Press. 3. Hayek, 1978; Popper, Karl R. 1945/1992. *Die Offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Band 1: *Der Zauber Platons*. Tübingen: Mohr (Siebeck). 7. Auflage.
- 3| Hayek agrees with Popper's piecemeal social engineering which allows for trials and errors, thus favoring the thought of piecemeal construction rather than total construction. See Popper, Karl R. 1945/1992. *Die Offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Band 1: *Der Zauber Platons*. Tübingen: Mohr (Siebeck). 7. Auflage, and Hayek, Friedrich A., von. 1978. *New Studies in Philosophy, Politics, Economics and the History of Ideas*. London: Routledge & Kegan Paul.

Favorable Initial Conditions

An economy's policy space and its performance are constrained by the initial conditions bestowed upon it by nature and an economy's past.⁴ In China, favorable initial conditions include a decentralized, geographically multi-centered economic structure, multi-divisional form of organizational structure, low level of labor cost and regulation, and a favorable macro political and economic environment.

Decentralized, multi-centered spatial economic structure: The central government delivered a great deal of heavy-industry input to underdeveloped regions during the era of planning economy and encouraged self-sufficiency for each province. Much of the planning and management authority for economy and investment was delegated to provincial governments.⁵ In practice, the central planner had created a decentralized, multi-centered economic structure as an unintended consequence of planning. This in turn created conditions for the regions to make use of their own talents and resources to compete with each other and develop after reform and opening-up began in 1978.

Multi-divisional organization: Enterprises in China prior to reform were of the multi-divisional-form organizational structure. This structure provided particularly convenient means for the central government to delegate part of the management authority of the state-owned enterprises to local officials in order for them to boost their motivation for management and development results. In contrast, the Soviet Union enterprises were mostly of the unitary-form where business enterprise was divided up according to function, not region.⁶

Low level of labor cost and regulation: Cheap labor is partly the result of China's catch-up strategy, where consumption was suppressed and investment was encouraged; light industries were suppressed and

4 | Ranis, Gustav. 1995. "Another Look at the East Asian Miracle." *The World Bank Economic Review*, vol. 9, no. 3: 509-534.

5 | Chen, Donglin. 2003. *The Construction of the Third-tier Region: The Development of the Western Region During the Period of War Preparation*, Publishing House of the Party School of the CPC Central Committee.

6 | Qian, Yingyi and Chenggang Xu. 1993. "Why China's Economic Reforms Differ: The M-Form Hierarchy and Entry/Expansion of the Non-State Sector." *Economics of Transition*, 1, 2, June, pp. 135-70.

heavy industries were encouraged; income for workers and farmers was dampened and much of the surplus of the industrial and agricultural production was transferred to heavy industries for the benefit of China's overall industrialization. There was ample labor supply in China but the capital supply was relatively scarce, which paved way for China to participate in the international division of labor. China's large pool of labor brought about foreign capital, along with advanced management skills and knowhow. For better or worse, China also continues to be one of the world's most lenient labor-market regulators.

Favorable macro political and economic environment: At the end of the Cultural Revolution, stability was a consensus of the political elite as well as the general population, despite their disagreements on the path of reform or the kind of reform. A favorable macro political and economic environment was thus created and maintained for over three decades in the name of stability and reform. The "Chinese Miracle" would be unthinkable without such a favorable environment, considered essential for foreign direct investment and business operation.

Relatively Proper Path of Reform

Gradual reform and opening-up characterize China's path of reform. In particular, this includes early adoption of the path of least resistance, the selective stabilization of currency value, the gradual introduction of private property rights and competition, the adoption of an open market, the gradual approach to freedom of contract and the strengthening of personal and corporate liability, and ensuring the consistency and continuity of economic policy. Although this kind of step-by-step, selective opening up has been successful, it cannot be considered as the key point of the "Chinese Miracle". It liberated the productive forces to some extent, but limited further enhancement of resource allocation and thus further expansion of the production frontier.

Adoption of path with least resistance at the beginning of reform: Choosing the way of least resistance is in accordance with Nobel Laureate Douglass North's theory of institutional change that considers the historical evolution of institutions.⁷ In China, the rural household re-

7| See: North, Douglass C. 1990. *Institutions, institutional change, and economic performance*, Cambridge University Press.

sponsibility system was initially started non-governmental and opposite to national government policy. It was a spontaneous order in the beginning, with deliberated design of some further rules among the peasants. They were afterwards recognized, modified and extended by the government as formal rules.

Fiscal decentralization: Fiscal contracts were introduced in the early 1980s between the central government and local governments across China, which increased the incentive for local governments to participate in and enhance local economic development. However, the strategic actions of local governments eroded central government's share of revenue in forms of the so called "hiding the wealth among people" and extra-budgetary and extra-revenue system.

The dual-track price system: Local state-owned and collective enterprises, even township and village enterprises, were allowed to be established. At the very beginning, the resources were under the control of state-owned enterprises. Later on, via the dual-track price system which lasted until the early 1990s, some resources were allocated to the market entities, as represented by township and village enterprises outside the state-owned enterprises, through exchange at higher prices. The dual-track price system emerged as a spontaneous order of transactions between the state-owned enterprises and township and village enterprises, induced by the profit opportunities in market for raw materials, resources, and goods. The central government attempted to tackle the transactions but in the end recognized them and thus the dual-track system.⁸

Selective stabilization of the currency value: The overall rate of inflation in China was relatively high before 1994. However, China chose to selectively stabilize its currency value by allowing foreign invested enterprises to possess foreign exchange certificates, which were convertible to foreign currencies. At the beginning of 1994, the new People's Bank Law and new Budget Law eliminated channels for the Ministry of Finance to borrow money or take overdraft from the Central Bank in

8 | Zhang, Weiyang. 2002. *Foreword: How the Dust Fell onto the Ground? In: Sheng, Zhaohan and Depeng Jiang, 2002. Evolutionary Economics. Shanghai Sanlian Joint Publishing House, p.15.*

order to control price increases. Fiscal surveillance thus matters in controlling price increases.

Gradual re-emergence and introduction of private property rights: Private property rights in China have evolved slowly. In agricultural production, the household responsibility system gave farmers land-use rights, but not private land ownership. During the early stages of reform, state-owned enterprises were the main land-holders. With administrative and fiscal decentralization, however, collective ownership through Township and village enterprises gained momentum and began to compete with state-owned property rights. Collective ownership had advantage over state ownership in that personal liability was more visible. By the end of the 1990s, township and village enterprises accounted for half of the country's industrial output, yet they continued to face similar soft budget constraints as the state-owned enterprises.

The spontaneous formation of individual industrial and commercial households and private enterprises in China represented the country's next step towards private property rights. Entrepreneurs in non-state owned enterprises were suppressed at the early stage but were then gradually recognized by the government. In the early 1980s, the rural cottage industries mushroomed, the rural and urban markets grew significantly and a large number of specialized small producers emerged. In 1992, the Communist Party put forward that economies under various ownership systems would be in a long-term coexistence with public ownership and they would develop together. From then on, China's private sector developed rapidly and in 1998 constitutional amendments gave legal status to private enterprises.

Gradual introduction of market competition: The "Chinese Miracle" is also related to the introduction of market competition. First, globalization brought in international competition, foreign capital, foreign management experience and technology. Hong Kong and Taiwan played an important role in this process. Secondly, competition between different domestic enterprises grew, forcing state-owned enterprises to compete both internationally and domestically.

The unintended introduction of local government competition: At the early stage of reform – after administrative and fiscal decentralization – local governments gained so called "regional property rights," which

incentivized them to develop their local economy⁹. Local governments began competing for resources and market. This competition was an unintended consequence of the decentralization, yet it was beneficial to China's economic development.

For example, the local governments would add benefits for foreign investments beyond the tax benefits central government had agreed to in order to attract foreign investments. Or the local governments would increase subsidies for foreign investments in violation of central government's uniform requirements. Additionally, competition among local governments resulted in the privatization of local business. However, the competition also had some negative, unintended results. There were many complaints that, in their efforts to outbid each other, the local governments were giving too many concessions to the foreign investors.

Selective and gradual opening of the market: Ever since the reform process began in 1978, China has gradually opened its foreign capital and domestic capital market and made use of the international market, including selectively opening some regions. Selective opening of the market has promoted the competition between enterprises with different types of ownership, and helped improve the efficiency of the economy as a whole. Additionally, export-orientation facilitated the use of China's comparative advantage in the international division of labor.

Gradual enhancement of freedom of contract: In the planned economy period, there was no freedom of contract; the unified deployment of resources by the government did not solve the problem of innovation, nor did it efficiently utilize dispersed knowledge within the economy. Economic reform and opening-up has made social forces and market actors organize production and exchange in a better way in order to achieve division of labor and knowledge¹⁰ via voluntary contracting, which created more wealth. Gradual introduction of private property rights also made a great number of complex contracts possible.

9| For "regional property rights", see Granick, David. 1990. *Chinese State Enterprises: A Regional Property-Rights Analysis*. Chicago University Press, and Herrmann-Pillath, Carsten. 1999. "Die fiskalische und regionale Dimension des systemischen Wandels großer Länder: Regierungswettbewerb in China und Rußland." *Wittener Diskussionspapiere*, No. 42 (September).

10| Hayek, Friedrich A., von. 1973. *Law, Legislation, and Liberty*. University of Chicago Press.

Strengthening individual and corporate liability: Privatization, marketization and the emergence of the private sector enhance private property rights. The latter means also a process of strengthening individual and corporate liability. The gradual introduction of property rights and freedom of contract has also laid a foundation for strengthening and enforcing the individual and corporate liability, which can provide positive impetus to economic growth.

Consistency and continuity of domestic and foreign economic policy: Since the beginning of reform, government authorities have selectively provided a relatively stable policy environment to foreign investments. For larger domestic private enterprises, economic policy and regulations have also been relatively stable and consistent. However, for small enterprises, especially in select industries — the government has enacted a force-out policy.

The above reform approaches, no matter if they involved government-led design or emerged spontaneously, rendered in general a higher degree of economic freedom and allowed market actors a larger free space. In addition, there were also some attempts by the government which reflected a total construction approach but proved unsuccessful. Some reforms, such as the success of the rural household responsibility system, brought about supportive "momentum effects" fueling further reforms. Furthermore, the government chose to withdraw to a certain extent from the most competitive sectors of the economy, freeing up space for entrepreneurship. At the same time, many reform approaches as mentioned above appear to be government-led, but in practice their results happened due to factors both inside and outside of government control.

Advantageous Informal Institutions

There are informal institutions that are advantageous as well as informal institutions that are disadvantageous to the development of Chinese economy. The informal institutions and pressure for survival that had been working from before the Chinese revolution are beneficial for economic growth in China.

Tradition: The tradition of Confucianism in the Chinese culture and society, as an informal institution, is beneficial for the industrial and commercial development. Confucianism is not in favor of politicians and

government officials to do business, but does not prevent the ordinary people from doing so and since the ancient times the Chinese have attached great importance to commerce.

The pursuit of a better life: Chinese people, just like people everywhere else, have always been in pursuit of a better life. This drive is a kind of informal institution in itself and would help bring into play the Chinese entrepreneurship. This attitude among the Chinese people, expressed through commercial culture, was suppressed under the planning era, but it has been acting as a motivation for wealth creation after the reform was initiated.

The tradition and attitude of being flexible, hard working, and entrepreneurial: Pressure to survive harsh living conditions and the pursuit of a better life have made the Chinese people flexible, hard working, and entrepreneurial. Historically, severe living environments affected people's behavior and helped to shape their hard-working and pragmatic attitudes. After the 1978 reforms, these mindsets proved beneficial for local economic growth.

Traditional emphasis on education: The Chinese people attach great importance to children's education, with much attention to learning by doing. This tradition has formed a well-trained labor force and a significant community of Chinese entrepreneurs. A pro-education tradition, as well as the pursuit of a better-life, created an informal institutional basis for a large number of private entrepreneurs to emerge, particularly after 1978. Pressure for individuals to survive economically and the extension of the government's permission to form private businesses further promoted entrepreneurship.

The Gradualist Approach to Reform

China is often cited as the leading example of a successful gradualist approach to transition away from a planned command economy. Unlike the economies of many former communist countries in Eastern Europe that underwent rapid and radical reforms, Chinese reform was characterized by gradual, experimental, phased and partial reform. It was a transition without design, appropriately described by the famous slogan "crossing the river by feeling the stones." China has experienced a lengthy process of readjusting reform objectives from "a planned econ-

omy with some market adjustment," to "a combination of plan and market," and then to "a socialist market economy".¹¹

This approach is a double-edge sword. On one hand, gradual reform is beneficial for political, economic, and social stability, and allows for the development and evolution of informal institutions.¹² On the other hand, gradual reform allows actors with vested interests to impede the process of reform; the stronger the vested interests, or the more of them, the greater the resistance. Additionally, gradual reform itself can be used as an instrument for corruption. Gradualism generally means marginal breakthroughs in changing existing rules or policies, and that kind of breakthroughs often involves rent-seeking. Interest groups are able to provide benefits to government officials in exchange for receiving more rent.

Moreover, the choice of gradualist reform is related to the lack of consensus among decision-makers. Most top-down reforms in China had the pattern of "first experiment and then extend it," and they did not reflect the government's intention to reform and improve, but rather to preserve the stability of political regime and to protect personal interests. Bottom-up reforms often adopt a "first do it and then be recognized" approach. These reforms often first happen locally and spontaneously. After becoming a performance benchmark, they apply reversed pressure on the decision-makers to gain legitimacy and eventually be formally recognized, thus providing a basis for their further enforcement. The introduction of rural household responsibility system, dual-track system and private property rights are of that type.

Many top-down reforms are also of the "first do and then recognize" approach. Often the experimental units are first permitted at the boundary of the legal system and then the achievements are recognized (or denied) and furthered by the government. Such reforms include the reform of state-owned enterprises and township collective enterprises.

11 | Fan, Gang. 1994. "Incremental Changes and Dual-Track Transition: Understanding the Case of China." *Economic Policy*, vol. 19 (December 1994).

12 | This is opposed to shock therapy, which tries to change and adjust informal institutions overnight.

Multi-action Groups to Promote Reform and Development

Reforming an entire economic system entails reforming several sub-systems, all of which affect a variety of stakeholders. Such system-wide economic reform requires support from numerous action groups and therefore is neither a top-down nor a bottom-up process. In the Chinese context, both people's choice and elite choice played roles in the overall reform process.

In the case of rural household responsibility system reform, mainly the survival pressure led 18 peasants in 1978 from Xiaogang village of Fengyang county in Anhui province to take risks, sign an illegal agreement to break up the collective-owned land into plots which were to be farmed by individual households, and spontaneously organize and implement the fixing of farm output quotas for each household. Such a spontaneous solution boosted up enormously the grain production by these households. The phenomenon then spontaneously and rapidly spread without an outside plan or design. After the reform and opening-up, the household responsibility system was formalized and extended with the recognition of the government and hence became an external piecemeal construction-based order. Therefore, the innovative peasants of Fengyang and those who imitated them were the primary action group and the government became the secondary action group in this reform.

No doubt, the government also played an important role as an action group in China's broader economic reforms. Examples of such reforms include fiscal and administrative decentralization, preserving a stable currency and consistent foreign economic policies, gradual introduction of private property rights and competition, selectively opening the market, gradually introducing freedom of contract, strengthening individual and corporate liability, and the *xiaohai* ("go down to the sea") policy that encouraged individuals to quit their governmental jobs to start their own business or work in business sectors. When the government opened up the market, introduced competition, and exited from the competitive sector to some degree, it was the private actors within the economy that gained broader space for free development and promoted the economic growth leading to the "Chinese Miracle".

Conclusion: Problems and Prospects for Reform

Favorable initial conditions, a relatively proper reform path, favorable informal institutions, pressure for survival, gradual approach to reform, and the existence of multi-action groups are they key variables that constitute the underlying causes of the "Chinese Miracle". It is important for China to continue to adopt and improve the set of institutions that have proved successful for maintaining rapid and sustained economic growth and development.

There are, however, several problems in the Chinese reform process, including lack of labor protection and social securities, severe pollution, violation of famers' land rights, severe corruption, regional income disparities, and the potential risk of macro-economic instability and financial crisis (as a result of over-borrowing and misallocation of financial resources). Further reforms in China face great difficulties in dealing with core institutional problems, such as preserving the land rights of farmers, breaking up the state monopoly by state-owned enterprises (including the state-owned commercial banks), developing competitive markets, and preventing the government from intervening in the micro-economic processes. In order to solve these problems, constitutional reform is necessary to limit government power and safeguard individual rights.

There have been a reemergence of economic thought and policy of populism, statism, nationalism, as well as dirigisme in the past several years. As a result the economic freedom of individuals and enterprises, as the basis of "Chinese Miracle", is being eroded. The examples are numerous. The entrepreneurs' property rights are frequently violated, and the sound economic principles of fiscal and monetary discipline are being gradually undermined. For instance, the National Development and Reform Commission of the State Council — together with the Central Bank and the China Banking Regulatory Commission — now decide credit policies, which should be decided independently by banks.

Moreover, the government sets industrial policies as policy priorities, rather than competition policies. Transfer payments and subsidies have deepened individual and local dependence on the central state and many people are losing their economic independence. Yet the erosion of formal rules and institutions is not the worst of it. More discouragingly, public awareness of the importance of having a rule-oriented

economic system is losing ground. After losing these kinds of informal institutions, it may take several decades to reshape them, if that is even at all possible.

If China does not provide better property rights protection, it could lose a favorable investment environment and a competitive market order that enabled the fast growth and development during the recent decades. The cost of doing business for enterprises would inevitably increase, and the technical innovation and industrial upgrading would lag behind. As a result, the "Chinese Miracle" would end much earlier than expected.

This article is based on a condensed version of the paper on "Re-interpreting the 'Chinese Miracle'" published in International Journal on World Peace, Vol. XXVIII No. 1 March 2011, edited by Anna Nadgrod-kiewicz, Center for International Private Enterprise; published as CIPE's Economic Reform Feature Service article on May 15, 2012; reprinted in Ordo-Jahrbuch für die Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft 2012, Vol. 63, 109-128.

Wirtschaftsordnung und soziale Gerechtigkeit

Peter Schallenberg

A central definition of the conference, the definition of "Social Justice" becomes concrete in what every human as a person is entitled to. Thanks to reason, humans are able to know what is right. In a pluralistic society a common view of the ideal is important. In modern terms one could define it as the happiness of living together. The inalienable dignity of man qualifies humans to their own pursuit of happiness. Bearing in mind a "just good" of all individuals, a constitutional democracy and its economic order have to promote the key value of personality and freedom.

1. Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit stand im Zentrum der Überlegungen dieser Tagung; er steht auch im Zentrum der theologisch-ethischen Diskussionen um eine gerechte globale Wirtschaftsordnung. Wie begründet sich ein theologischer Begriff von sozialer Gerechtigkeit? Diese Frage lässt sich wiederum mit einer Frage beantworten: „Wer ist denn mein Nächster?“ (Lk 10,29) So spitzt sich das von Jesus im Lukas-Evangelium erzählte Gleichnis vom barmherzigen Samariter, der Magna Charta gleichsam der christlichen Ethik, zu: Niemand darf auf dem Weg von Jerusalem nach Jericho im Straßengraben liegen bleiben, niemand darf auf dem Weg der globalen Menschheitsfamilie ausgeschlossen bleiben, niemand – und dies ist die explizit christliche Perspektive – darf auf dem Weg zum ewigen Leben vergessen werden. Mehr noch: Der Weg zu Gott führt zum Mitmenschen oder aber er führt ins Leere. Gott ist Mensch geworden und hat sein Ebenbild, den Menschen, jedem Menschen zur Sorge und Verantwortung anvertraut. Wer also ist mein Nächster? Angesichts dieser Frage des Schriftgelehrten an Jesus im Evangelium kann es keine Haltung der Gleichgültigkeit geben. Solche Gleichgültigkeit wäre verantwortungslos. Und dies gilt um so mehr, als im Hintergrund der erwähnten Frage im Neuen Testament eine andere entscheidende Frage nach der grundlegenden Gerechtigkeit steht, nämlich die Frage des Kain an Gott im Alten Testament: „Bin ich der Hüter meines Bruders?“ (Gen 4,9) Es gehört zur ältesten Tradition der Menschheitsgeschichte wie auch zugleich zum jüdisch-

christlichen Erbe, sich Rechenschaft zu geben in Form ethischer Reflexion: Rechenschaft über ein gutes und gerechtes Zusammenleben, Rechenschaft zumal über Wege und Institutionen von Solidarität und Gemeinwohl, Rechenschaft über ein gutes Wirtschaften mit knappen Ressourcen und über einen guten Staat. Und dies immer in universaler und globaler Perspektive: Der Mensch wird befragt, nicht einfach ein Mitglied der Großfamilie oder der Sippe. Und das Ziel der Frage ist das Recht und die Gerechtigkeit. Mit anderen Worten: Gefragt wird in sozialetischer und theologischer Perspektive nach dem, was das Recht eines jeden Menschen als Person ist, was der Person also gerecht wird und was ihr zusteht. Und zugleich kommt damit auch in den Blick, was über ein solches Recht hinaus noch wünschbar ist und sein muss: Dass nämlich die menschliche Person nicht nur Recht und Gerechtigkeit erfährt, sondern Liebe und Barmherzigkeit. Dafür freilich weiß sich der Staat und die Wirtschaftsordnung mit Recht nicht zuständig. Das hindert nicht, dass auch diese letzte Perspektive einer personalen Ethik im Blick bleibt und jede Gestaltung einer gerechten Wirtschaftsordnung inspiriert.

2. „Wie erkennt man was recht ist? In der Geschichte sind Rechtsordnungen fast durchweg religiös begründet worden: Vom Blick auf die Gottheit her wird entschieden, was unter Menschen rechtens ist. Im Gegensatz zu anderen großen Religionen hat das Christentum dem Staat und der Gesellschaft nie ein Offenbarungsrecht, nie eine Rechtsordnung aus Offenbarung vorgegeben. Es hat stattdessen auf Natur und Vernunft als die wahren Rechtsquellen verwiesen – auf den Zusammenhang von objektiver und subjektiver Vernunft, der freilich das Gegründetsein beider Sphären in der schöpferischen Vernunft Gottes voraussetzt.“¹ Papst Benedikt XVI. begründet mit diesen programmatischen Worten in seiner Ansprache im Deutschen Bundestag am 22. September 2011 den moralischen und rechtlichen Anspruch des Staates, der als demokratischer Rechtsstaat verfasst ist: Die Wertgrundlagen eines solchen Staates entziehen sich letztlich einer demokratischen Mehrheitsfindung. Sie verdanken sich ei-

1 | *Benedikt XVI., Ansprache im Deutschen Bundestag, in: Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 189, Bonn 2011, 33. Vgl. zum Hintergrund auch Thomas Söding, Kirche in modernen Gesellschaften – Die Gottesfrage in der säkularen Welt, in: Hans-Gert Pöttering (Hg.), Politik und Religion. Der Papst in Deutschland, St. Augustin – Berlin (Konrad-Adenauer-Stiftung) 2011, 19-30.*

ner in der Natur der menschlichen Vernunft liegenden vorstaatlichen Einsicht in Gut und Böse, und zwar in Hinsicht auf den Menschen und die menschliche Gemeinschaft. Mit anderen Worten: Wie müssen Mensch und politische Gemeinschaft gedacht werden, um dem Menschen als Person gerecht zu werden? Oder nochmals anders: Wie ist das Urbild vom Menschen, sein Ideal gleichsam, das der Gestaltung einer gerechten Verfassung und eines guten Staates zugrunde liegt? Das entscheidende Stichwort nennt Papst Benedikt XVI. in seinem obigen Zitat, wenn er von der schöpferischen Vernunft Gottes spricht. Und Wolfgang Waldstein, auf den der Papst wenige Zeilen später verweist, unterstreicht: „Der erste und wohl wesentlichste Grundzug des seit der vorchristlichen Antike entwickelten Menschenbildes ist das Bewußtsein der Geschöpflichkeit des Menschen. Damit hängen die weiteren Grundzüge zusammen, daß der Mensch in seinem Handeln an objektive Normen gebunden ist, die für ihn erkennbar sind, und daß der Sinn seines Lebens sich nicht in diesem Leben erschöpft.“² Auch wenn diese Rede vom christlichen Menschenbild und dem daraus ableitbaren Naturrecht als Grundlage der menschlichen Gesellschaft und des Staates keineswegs unumstritten ist, so kann doch im Blick auf die spezifisch christliche Idee des Naturrechts als Schöpfungsrecht mit Charles Taylor festgehalten werden, „der für unsere Entwicklung im Abendland besonders schicksalsträchtige Bruch sei sozusagen der Einschnitt ganz oben gewesen, nämlich der jüdische Gedanke der *creatio ex nihilo* (wie wir heute sagen), durch den Gott ganz aus dem Kosmos herausgenommen und darüber platziert wurde.“³ Mit Francis Oakley kann man in diesem Gedanken der göttlichen Schöpfung geradezu den Ursprung der gleichen und gerechten Demokratie und des Rechtsstaates sehen,⁴ und zwar im Gegensatz zur archaischen Monarchie: „Das Königtum ist aus einer „archaischen“ Mentalität hervorgegangen, die offenbar durch und durch monistisch war. Aus dieser Sicht gab es keine undurchdringliche Schranke zwischen dem Menschlichen und dem Göttlichen.“⁵ Und Charles Taylor fügt mit Blick auf eine aus dieser

2| Wolfgang Waldstein, *Ins Herz geschrieben. Das Naturrecht als Fundament einer menschlichen Gesellschaft*, Augsburg (St. Ulrich) 2010, 31.

3| Charles Taylor, *Ein säkulares Zeitalter*, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 2009, 262, mit Verweis auf Francis Oakley, *Kingship*, Oxford (Blackwell) 2006, 50-57.

4| Vgl. auch erhellend Paolo Grossi, *Das Recht in der europäischen Geschichte*, München (Beck) 2010.

5| Francis Oakley, aaO, 7, zit. bei Charles Taylor, aaO, 261.

Unterscheidung – nicht Abtrennung! – von menschlicher und göttlicher Welt, von Staat und Gott resultierende politische Ethik hinzu: „Das bedeutet, daß von Gott her Forderungen ergehen können, wir sollten mit dem „Lauf der Welt“ brechen. Von der „Weisheit der Welt“ (wie Rémi Brague sagt) geht kein Zwang mehr aus.“⁶ Der hier zustimmend zitierte Rémi Brague fasst seine These unter dem Titel „excès abrahamique“ zusammen (im Gegensatz zur archaischen kosmologischen Religion) und nennt als grundlegende Merkmale dieser abrahamitischen Revolution: „La création se fait ex nihilo. Dieu seul est créateur, sans que rien ne limite sa libre volonté. Le monde a un commencement dans le temps. La création de notre univers visible est précédée par celle d`un monde invisible de forms ou d`anges, qui sont les intermediaries d`une création continue. Le monde visible est régi par une téléologie ordonnée à l`homme et récapitulant l`ensemble du créé dans le péché, mais aussi dans la résurrection de la chair, pour l`ordonner en dernière instance à dieu seul.“⁷ Kurz und in den beiden „abrahamitischen“ Grundbegriffen von Schöpfung und Erlösung, die auch zu christlichen Schlüsselwörtern wurden, und in dieser Form in der islamischen Religion keinen Platz haben, zusammengefasst: „Unsere Welt ist in Unordnung geraten und muß neu geschaffen werden.“⁸ Oder etwas ausführlicher: Der Mensch ist in der Lage mit Hilfe seiner Vernunft, also von Natur aus, das Beste – nämlich das Göttliche – über und vor dieser realen Welt zu denken und zwar so zu denken, dass es richtunggebende Norm für das innerweltliche Verhalten wird. Gott tritt – immer zunächst im Denken der Vernunft – der Welt als Korrektiv gegenüber, mithin: Der Mensch korrigiert sich selbst und die ihn umgebende Welt durch Ethik und Denken – ganz so entsteht in der griechischen Achsenzeit des 7. bis 5. Jahrhunderts vor Christus die Ethik als Reflexion auf das Bessere und auf das Gute schlechthin, auf eine letzte Idee des Menschen, auf ein menschenwürdiges Ideal, kurz: auf das leitmotivisch wirkende Menschenbild.

3. Eine einheitliche Anthropologie ist, gerade vor dem Hintergrund einer immer ausdifferenzierteren, pluralistischen Gesellschaft, die

6 | Charles Taylor, aaO, 262.

7 | Rémi Brague, *La Sagesse du monde. Histoire de l`experience humaine de l`univers*, Paris (Fayard) 1999, 228; ähnlich ders., *La loi de Dieu. Histoire philosophique d`une alliance*, Paris (Gallimard) 2005.

8 | Charles Taylor, aaO, 261.

keine homogene religiöse Orientierung aufweist, eine besondere Herausforderung. Die personale Entwicklung ist auf ein Ideal angewiesen, das eine Gesellschaft von ihrem Ziel her zusammenhält. Besonders ein Bereich der Gesellschaft scheint wesentlich von dieser Idee eines Ideals, einer Vorstellung, wie der Mensch am besten sein könnte, angewiesen zu sein: Der Bereich der Bildung. Nicht zuletzt ist damit ein Stichwort benannt, das sowohl im säkularen Staat wie auch im theologischen und politischen Denken des Christentums eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt: Die Erziehung des Menschen. Und diese, so der grundsätzlich jüdisch-christliche Gedanke, ist in zweifacher Hinsicht zu denken: Zunächst als Pädagogik Gottes im Lauf der Heilsgeschichte und schließlich als Ethik und Moralität im Lauf der Lebensgeschichte. Bildung und Ausbildung ist in dieser Sicht immer etwas Abgeleitetes und Zweites, etwas Verfügbares, das dem unverfügbaren Urbild oder der Uridee entsprechen muss, um authentisch zu sein. Gedacht ist an eine der Realität vorausliegende Idealität, deren geistige Erkenntnis erst eine Bewältigung und Formung der Realität ermöglicht und so zu einem sittlichen Lebensentwurf führt. Die Idee des Guten liegt aller Erkenntnis und allem Handeln voraus: Das war präzise die Überzeugung der platonischen Philosophie. „Das Gute ist also ein umfassendes Prinzip des Seins, der Erkenntnis und des Wertes, der letzte Ursprung von allem in ontologischer, gnoselogischer und axiologischer Hinsicht. Das Prinzip wird von allem, was es hervorbringt, klar geschieden: Das Gute ist selbst weder Wahrheit noch Erkenntnis, sondern macht diese möglich und überragt sie noch an Schönheit, und ebenso gibt es den Ideen ihr Sein und ihr Wesen, ist selbst aber nicht mehr Sein, sondern ragt an Würde und Macht noch jenseits des Seins über dieses hinaus.“⁹ Wenn und insofern Gott als Schöpfer mit diesem ersten Sein als dem Guten schlechthin identifiziert wird, kann auch die biblische Überlieferung von der Erschaffung der Welt und des Menschen präziser und umfassender verstanden werden. Genau das ist dann nämlich mit der alttestamentlichen Rede vom sagenhaften Garten Eden, dem vergangenen Paradies, der Idealität, und mit der Rede von der ursprünglichen Gottesebenbildlichkeit des Menschen im Schöpfungsbericht gemeint: Der Kern des Menschen, sein ursprüngliches We-

9| Thomas A. Szlezák, *Was Europa den Griechen verdankt. Von den Grundlagen unserer Kultur in der griechischen Antike*, Tübingen (Mohr Siebeck) 2010, 242.

sen also, ist als Ideal gedacht. Das Paradies ist eine ideal gedachte Ordnung des Zusammenlebens von Menschen und jede Ordnung in Wirtschaft und Staat soll Bezug nehmen auf diese Art der Ordnung. Es ist eine Ordnung des Guten, die dem Wesen des Menschen entspricht, der hingeordnet ist auf das Gute und auf das Beste. Dieses Beste des Menschen erhält schon früh den Namen Gott und wird damit aus den Grenzen von Raum und Zeit der vergänglichen Welt herausgelöst. Das Wesen des Menschen, seine Natur und deren Streben, ist gut infolge der Teilhabe an Gottes vollkommener Gutheit – das meint der christlich-jüdische Begriff der Schöpfung und der Erschaffung der Welt – und damit vom Wesen her auf das Gute und – christlich gedacht – auf Gott hin ausgerichtet. Oder anders: Das Gute ist das Sein und damit wirklich, das Böse ist eigentlich „unwirklich“, *privatio boni*, Abwesenheit von Gutem – was seiner Grausamkeit keinen Abbruch tut, wohl aber tröstlich ist im Blick auf seine mögliche Überwindung! Für das theologische Denken der Scholastik wird die Gottesebenbildlichkeit des Menschen verwirklicht durch seine geistigen Tätigkeiten, oder, in der Sprache der griechischen Philosophie, durch den Unterschied von Handeln (*praxis*) und Machen (*poiesis*): „Machen besitzt nur eine indirekte moralische Qualität, weil es seine Wertigkeit vom hergestellten Gegenstand her bezieht. Dem Handeln kommt dagegen per se moralische Bedeutung zu, weswegen Aristoteles auch eine hierarchische Ordnung annimmt, der zufolge Praxis höher zu bewerten ist als Poiesis. Bisweilen läuft diese Ordnung darauf hinaus, daß die Ergebnisse von Poiesistätigkeiten dazu verwendet werden, um wertvolle Handlungen zu verrichten. Am deutlichsten zeigt sich die Dominanz der Praxis, wenn Aristoteles behauptet, das Leben als Ganzes habe den Charakter einer Praxis, denn schließlich liege der Zweck des menschlichen Lebens darin, gut zu leben.“¹⁰ Gut meint hier ziemlich exakt genau das, was wir modern das Glück nennen, und zwar im Sinn einer umfassenden und vollkommenen Beglückung des eigenen Lebens im Zusammenleben mit anderen Menschen. Gerade dies ist ja die letzte Sinnspitze einer aristotelischen Ethik, die im Hochmittelalter von Thomas von Aquin mit dem Konzept der Glückseligkeit (als *beatitudo*) aufgegriffen und in den Horizont der Offenbarung und damit der Theo-

10| Marcel Becker, Art. „Praxis/Poiesis“, in: Jean-Pierre Wils/Christoph Hüben-thal (Hgg.), *Lexikon der Ethik*, aaO, 302-305, hier 303.

logie gestellt wird:¹¹ „Daß jeder Mensch glücklich werden möchte, bedarf keiner Begründung, Eudaimonie ist das für alle evidente letzte Ziel. Zu erreichen ist es nur durch ein Leben, das den Tugenden entspricht. Unter einer Tugend versteht Aristoteles eine feste Ordnung oder Grundhaltung (*héxis*, lateinisch *habitus*) der Seele, die die Extreme vermeidet und die richtige Mitte verwirklicht. Daß auch diese als typisch aristotelisch geltende so genannte Mesotes-Lehre ihre Wurzeln bei Platon hat, sei nur am Rande erwähnt. (...) Diese Struktur der richtigen Mitte zwischen gegensätzlichen Formen des Fehlverhaltens findet Aristoteles in allen Tugenden. Ein Leben gemäß den Tugenden führt, wenn äußeres Unglück fernbleibt zu der dem Menschen erreichbaren Glückseligkeit.“¹² Jenes Ziel vollzieht sich heute, mehr denn je, unter dem Vorzeichen der pluralisierten, multioptionalen Gesellschaft. Von daher gewinnt der formale Begriff des Glücks wiederum seine erneuerte Aktualität. Gerade dort, wo eine Gesellschaft nicht mehr durch ein Deutungskonzept der Welt als Weltanschauung bestimmt wird, muss es eine offene, gemeinsame Grundlage geben. Nur so kann die staatliche Ordnung allen Menschen, welchem inneren Lebenskonzept sie auch immer zuneigen, gerecht werden. So wird zugleich dem wesentlichen Bedürfnis nach Freiheit, die freilich keine Anarchie meint, stattgegeben.

4. Die menschliche Wesensnatur verwirklicht sich also nach europäischer Tradition im Raum gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung und Zivilisation, durch die jene benötigte Freiheit gewährt wird. Es bilden sich ethische Traditionen aus, die Wege zu gelungenem und geglücktem Leben erhoffen lassen und Offenheit gegenüber individuellen Lebenskonzepten versprechen. Insofern stehen Kultur und Politik im Dienst einer nach vollkommener Vollendung strebenden menschlichen Natur, die ihrerseits nur schwach vorgezeichnete Wege zu dieser Vollendung in den Instinkten findet. Hier wird wiederum die Idee der inhärenten Freiheit eines jeden Individuums deutlich. Jede Form höherer Kultur entsteht durch ein Vernunftrecht, das sich als eine Art kritisches Naturrecht ausweist: Was denkt je-

11 | Vgl. ausführlich Otto Hermann Pesch, *Das Streben nach beatitudo bei Thomas von Aquin im Kontext seiner Theologie. Historische und systematische Fragen*, in: *Freiburger Zeitschrift für Philosophie und Theologie* 52 (2005) 427-453.

12 | Thomas A. Szlezak, *Was Europa den Griechen verdankt*, aaO, 250.

der Mensch von Natur aus und mit seiner Vernunft als gut und vollkommen? Und genau hier wird der normethische Begriff der Menschenwürde einzutragen sein, verbürgt er doch in einzigartiger Schärfe Selbstzweck und Universalisierung von Personalität, die für jeden Menschen den Ausgangspunkt geglückten Menschseins darstellt.¹³ Es ist mithin eine Frage, die in Zeiten von wachsenden Migrationsströmen unvermutet wieder an Aktualität gewinnt. Das Zueinander von Natur und Kultur zu bestimmen und zugleich die Grenze zwischen einer Ausbildung und einer Zerstörung der ursprünglichen Natur immer neu in den Blick zu nehmen, ist die vornehmste Aufgabe der Ethik, nicht zuletzt der Sozialethik, die damit zugleich die Grenzen der eigenen Kultur überwindet. Jene Kultur erscheint dann als notwendiger Humus einer menschenwürdigen Gesellschaft und einer menschenwürdigen Wirtschaft; Kultur bildet die notwendige Ergänzung und Überformung einer in sich gebrochenen Natur. Diese menschliche Natur trägt zwar noch eine schwache Erinnerung an das Beste (an das ursprüngliche Paradies des geglückten Lebens) in sich, ist aber aus sich heraus nicht in der Lage, dieses Glück zu erreichen. Aus dieser Sicht der christlichen Theologie ist daher Rousseau, den Jacques Maritain in einer berühmten Formulierung einmal den „père du monde moderne“ genannt hat,¹⁴ entschieden zu widersprechen, wenn er mit seinem Ruf „Zurück zur Natur“ die ursprüngliche Natur einfach wiederherzustellen können glaubt, und zwar durch eine radikal subjektivistische Moral und einen naturalistischen Rationalismus.¹⁵ „Rousseau errich-

13| Vgl. grundlegend Eberhard Schockenhoff, *Naturrecht und Menschenwürde. Universale Ethik in einer geschichtlichen Welt*, Mainz (Grünwald) 1996.

14| Jacques Maritain, *Trois réformateurs: Luther – Descartes – Rousseau*, in: *Ders., Oeuvres complètes, Vol III 1924-1929, Fribourg (Editions universitaires)* 1984, 429-655, hier 529.

15| Vgl. scharf Friedrich August von Hayek, *Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus*, Tübingen (Mohr Siebeck) 1996, 51: „Nachdem er behauptet hatte, der animalische Instinkt sei ein besserer Führer zum geordneten Zusammenwirken der Menschheit als entweder Tradition oder Vernunft, erfand Rousseau die „volonté générale“, den fiktiven Willen des Volkes, durch den das Volk „einen geistigen Gesamtkörper, seine Einheit, sein gemeinsames Ich erhält“. Das ist wohl die Hauptursache der verhängnisvollen Anmaßung des modernen intellektuellen Rationalismus, der uns zu einem Paradies zurückzuführen verspricht, in dem unsere natürlichen Instinkte und nicht die Fesseln, die wir ihnen anzulegen gelernt haben, uns ermöglichen werden, uns die Erde untertan zu machen, wie es dem Menschen im biblischen Schöpfungsbericht aufgetragen ist.“

tet einen neuen, einen konsequent subjektiven Maßstab, der Epoche machen sollte. Dieser Maßstab lautet: Übereinstimmung – nicht mit einer objektiven Norm, sondern mit sich selbst.“¹⁶ Das Paradies ist auf Erden nicht zu konstruieren; das war noch der Irrtum der neo-marxistischen Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg und auch etwa der von Rousseau inspirierten deutschen Reformpädagogik. Aber auch Thomas Hobbes mit seinem berühmt-berüchtigten Wort „Homo homini lupus est – der Mensch ist dem Menschen ein Wolf“ ist aus christlicher Sicht zu widersprechen, wenn er die Natur des Menschen einfach für böse und verderbt hält und nur durch den staatlichen Leviathan zu bändigen glaubt: Das Paradies ist auf Erden, im Geist des Menschen nämlich und in guten Gedanken, bruchstückhaft zu erkennen und auch durch Anreize zum Guten in Umrissen und wenigstens skizzenhaft zu erstellen. Das Streben jedes Menschen nach Glückseligkeit führt, kantianisch gesprochen, zu der Variante des Kategorischen Imperativs, wonach zu tun ist, wodurch der Mensch würdig ist, glücklich zu sein: in Übereinstimmung mit sich als dem Wesen der Sittlichkeit zu leben. Kultur speichert solche menschenwürdigen Mittel der Glücksgewinnung. Gedacht sei etwa an den Begriff der unveräußerlichen Menschenwürde, die der Staat zu garantieren hat: Es gibt das unveräußerliche Recht des Individuums auf eine würdige, seiner Vernunft und seinen Neigungen angemessenen Glücksstrebung. Daher unterstreicht Otfried Höffe: „Die Neigungen sind übrigens nicht glücksunwürdig, vielmehr für sich genommen unschuldig. Nur die Mittel und Wege sind des Glückes würdig (z. B. Ehrlichkeit) oder aber unwürdig (z. B. Betrug).“¹⁷

5. Für das Menschenbild von Staat und Wirtschaft, für ein Menschenbild in der christlich grundgelegten Demokratie heißt das aus Sicht der christlichen Sozialethik und einer personalistischen Wirtschaftsethik: Dem Individuum und seiner gebrochenen Freiheit zum Guten gebührt der ständige Vorrang vor dem Kollektiv, der Person gebührt der Primat vor der Gesellschaft. Daher unterstreicht die katholische Soziallehre und jede Form katholischer politischer Ethik den zentralen Wert von Personalität und Subsidiarität und spricht konsequent von Ehe und Familie als der Keimzelle des Staates. Nicht

16 | Robert Spaemann, *Rousseau – Bürger ohne Vaterland*, München (Piper) 1992, 23.

17 | Otfried Höffe, *Kants Kritik der reinen Vernunft. Die Grundlegung der modernen Philosophie*, München (Piper) 2004, 294, Anm. 46.

der Staat hat ursprünglich ein Recht, sondern jede Person hat unveräußerliche Grundrechte, und der Staat hat nur insoweit Recht (einschließlich des Gewaltmonopols), als er bedrohte Rechte von Personen zu schützen hat. Jedem offenkundigen oder auch klandestinen Unterjochen der Person durch einen liberalistischen oder ökonomischen Utilitarismus oder durch totalisierende Gesellschaftssysteme ist entschieden zu widersprechen und zu widerstehen. Aber umgekehrt gilt auch: Die Heiligung und Vervollkommnung des Menschen im Blick auf ein gelungenes Bild vom Glück ist von Staat und Gesellschaft entschieden zu fördern. Es braucht Anreize zur Heilung und zum Guten durch Bildung und Leitbilder. Wenn alles gleich gültig ist aus Sicht des Staates, wenn der Staat sich selbst als gleichgültig gegenüber allen Werten und in diesem letztlich absurden Sinn als wertneutral empfindet, wenn jede Lebensentscheidung und jede Lebensform als vor dem Gesetz und vor der Gesellschaft gleich gültig betrachtet wird, dann ist letztlich alles gleichgültig, dann wird auf Dauer auch der Mensch gleichgültig gegenüber dem wirklich Guten, dann geht es letztlich nur noch um unterschiedliche Optionen höchst unterschiedlicher Individuen, die miteinander nicht mehr teilen als den entschiedenen Willen zum Überleben um jeden Preis. Dieser Wertrelativismus und die damit verbundene Absage an ein gewissenbindendes Naturrecht – wobei Natur für den Rest an nicht manipulierbarer biologischer Zufälligkeit als Substrat menschlichen Wesens steht – wäre das Ende der Menschheit und die Abschaffung des Menschen, vor der Clive S. Lewis hellichtig schon 1943 warnte: „Das Endstadium ist da, wenn der Mensch mit Hilfe von Eugenik und vorgeburtlicher Konditionierung und dank einer Erziehung, die auf perfekt angewandter Psychologie beruht, absolute Kontrolle über sich selbst erlangt hat. Die *menschliche* Natur wird das letzte Stück Natur sein, das vor dem Menschen kapituliert.“¹⁸ Noch einmal ist hier an die zentralen Begriffe von Personalität und Freiheit zu erinnern, wenn vom christlichen und europäisch-abendländischen Menschenbild¹⁹ die Rede ist und von christlicher Demokratie. Freiheit und Personalität gehören zusammen. Eine rechtsstaatliche Demokratie und deren Wirtschaftsordnung, zumal im Begriff einer Sozialen Marktwirtschaft, muss sich dieser Verantwortung gegen-

18| Clive S. Lewis, *Die Abschaffung des Menschen, Einsiedeln (Johannes) 1983, 62.*

19| Vgl. *erhellend Roger-Pol Droit, Das Abendland. Wie wir uns und die Welt sehen, Darmstadt (Wiss. Buchgesellschaft) 2010.*

über dem gerechten Wohl jeder Person bewusst sein, will sie nicht insgeheim und schleichend zur gut organisierten Räuberbande mutieren, wie sie Augustinus als Schrecknis vor Augen steht. Die Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz hat am 27. Juni 2011 ein bemerkenswertes Impulspapier zum Thema „Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für eine freiheitliche Ordnung“ herausgegeben und darin den Begriff der sozialen Gerechtigkeit mit dem Begriff der Chancengerechtigkeit verknüpft. So heißt es mit Blick auf einen normativen Begriff von Chancengerechtigkeit an zentraler Stelle: „Soll die gesellschaftliche Ordnung den Lebenschancen jedes ihrer Mitglieder dienen, muss die Gemeinschaft stets neu prüfen, ob ihre Regeln und Institutionen auf dieses Ziel ausgerichtet sind. Hier trifft sich die Katholische Soziallehre mit den ordnungspolitischen Überlegungen der Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft: Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen der Gesellschaft sind so zu gestalten, dass gerechte Strukturen der Entfaltung des menschlichen Lebens dienen. Sie sind auch an der Verantwortung für die Schöpfung und für die nachfolgenden Generationen zu orientieren.“²⁰ Und folgerichtig heißt es wenig später: „Die gewonnenen Freiheitsspielräume und der gesellschaftliche Wandel haben dazu geführt, dass Lebenswege häufig weniger geradlinig verlaufen. Die zunehmende Brüchigkeit moderner Biographien verlangt daher nach einer Diskussion über eine ‚Kultur des Scheiterns‘. Gerade der christliche Glaube weiß um die Vielfalt menschlichen Versagens, aber ebenso um die immer wieder gegebene Möglichkeit des Neubeginns. Die Risiken der Freiheit dürfen nicht verdrängt, sondern müssen als Herausforderungen konstruktiv und verantwortungsvoll angenommen werden. Nur wer darauf vertrauen kann, nicht ins Bodenlose zu fallen, wird auch bereit sein, sich den Gefahren der Freiheit zu stellen. Deswegen muss eine freiheitliche Gesellschaft immer auch eine solidarische Gesellschaft sein.“²¹ Das ist der letzte ethische Kern der Sozialen Marktwirtschaft als Ordnungsrahmen: Garantiert wird ein ständiger Neuanfang der Person in einer globalen Solidaritätsgemeinschaft. Das ist anstrengend und ein ermüdende ethische Zumutung, aber eine zutiefst menschengerechte und notwendige Zumutung. Wenn man so will: Zumutung aus dem Ewigen!

20 | *Die deutschen Bischöfe, Chancengerechte Gesellschaft, Bonn 2011, 21.*

21 | *Ebd. 23.*

AUTORENVERZEICHNIS

Dr. Karlies Abmeier

Koordinatorin Religion und Wertorientierung in der
Konrad-Adenauer-Stiftung
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Ordo Socialis
Berlin

Dr. Claudio A. Agostini

Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften
Universität Adolfo Ibáñez
Santiago de Chile, Chile

Prof. María Luisa Aspe Armella PhD

Professor für Geschichte
Iberoamerikanische Universität
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Ordo Socialis
Mexiko-Stadt, Mexiko

Prof. Dr. phil. Guillermo León Escobar Herrán

Professor für Soziologie und Politik
Päpstliche Universität Gregoriana, Rom
Berater des päpstlichen Rats für die Laien, Rom
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Ordo Socialis
Bogotá, Kolumbien

Prof. Xingyuan Feng

Deputy Director and Senior Research Fellow, Unirule Institute of
Economics
Professor of Economics of Rural Development
Institute of Chinese Academy of Social Sciences
Beijing, China

Dr. Dennis T. Gonzalez PhD

Professor an der Graduate School of Business
Ateneo de Manila Universität,
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Ordo Socialis
Manila, Philippinen

Pater Dr. Raymond Bernard Goudjo

Rektor des Priesterseminar Msgr. Louis Parisot von Tchanvedji
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Ordo Socialis
Cotonou, Benin

Prof. Sujian Guo PhD

Professor in the Department of Political Science
Director of Center for US-China Policy
San Francisco State University, USA

Prof. Dr. Hwang Jun-Seong

Fakultät für Wirtschaft
Soongsil Universität
Seoul, Südkorea

Prof. Dr. Obiora Ike

Direktor des Catholic Institute for Development, Justice,
Peace and Caritas
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Ordo Socialis
Präsident der nigerianischen Abteilung des Club of Rome
Uwani Enugu, Nigeria

Prof. Joseph P. Kaboski

Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften
University of Notre Dame
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Ordo Socialis
Präsident von CREDO
(Catholic Research Economists Discussion Organization)
Indianapolis, USA

Dr. Camillus D. N. Kassala

Vorsitzender der "Christian Professionals of Tanzania",
Interfaith Standing Committee for Socio-economic Justice and
Integrity of Creation
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Ordo Socialis
Dar Es Salaam, Tansania

Pierre Lecocq

Präsident der Union Internationale des Associations Patronales
Catholiques (UNIAPAC)
Paris, Frankreich

Prof. Christer Ljungwall PhD

Associate Professor, Department of International Economics and Management

Copenhagen Business School, Dänemark

Prof. Dr. Christian Müller

Professor für Wirtschaftswissenschaften und ökonomische Bildung

Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Peter Schallenberg

Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle

Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Ordo Socialis

Mönchengladbach

Dr. h. c. Josef Thesing

Vorstandmitglied von Ordo Socialis

Ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der

Konrad-Adenauer-Stiftung

Königswinter

Prof. Dr. Markus Vogt

Lehrstuhl für Christliche Sozialethik

Katholisch-Theologische Fakultät

Sprecher des Wissenschaftlichen Beirats von Ordo Socialis

Ludwig-Maximilians-Universität München



Konrad
Adenauer
Stiftung

Ordo socialis

Für Freiheit und Gerechtigkeit in der Welt

In der globalisierten Welt werden die sozialen Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern wie auch innerhalb der Länder deutlich sichtbar. Das ruft die Frage nach einem gerechten Ausgleich hervor. Wie können Wirtschaftsordnungen dazu beitragen, dass alle Menschen in einer sozial gerechten Gesellschaft leben können? Welche Impulse bietet die christliche Soziallehre für ethische Maßstäbe zum Wohl aller? Welche ethischen Kategorien sind weltweit in unterschiedlichen kulturellen Kontexten anerkannt? Theologen und Wirtschaftswissenschaftler aus vier Kontinenten bieten mit ihren unterschiedlichen Ansätzen Fortschritte in der Diskussion über Maßstäbe für eine ethisch verantwortete Wirtschaftsordnung.

www.kas.de

www.ordosocialis.de

